

Stenographisches Protokoll

3. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVI. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 1. Juni 1983

Tagesordnung

1. Debatte über die Erklärung der Bundesregierung
2. Wahl der Ständigen Ausschüsse des Nationalrates (mit Ausnahme des bereits gewählten Hauptausschusses)

Inhalt

Nationalrat

Mandatsverzicht der Abgeordneten Dkfm. Bauer, Blecha, Dallinger, Dr. Beatrix Eypeltauer, Dr. Fischer, Dipl.-Ing. Hayden, Elfriede Karl, Lanc, Lausecker, Dr. Löschnak, Dr. Ofner, Dr. Salcher, Dr. Schmidt, Sekanina, Dr. Sinowitz und Dr. Steyrer (S. 34)

Verzicht des Abgeordneten Dr. Nowotny auf sein Mandat im Wahlkreisverband II und Berufung auf ein Mandat des Wahlkreises 4 – Oberösterreich (S. 34)

Angelobung der Abgeordneten Franziska Fast, Dipl.-Ing. Heinz Grabner, Dr. Helga Hieden, Hintermayer, Dr. Jankowitsch, Mag. Kabas, Konecny, Dr. Nowotny, Pöder, Dr. Rieder, Schöber, Strache, Dipl.-Vw. Tieber, Gabrielle Traxler, Veleta und Heidelore Wörndl (S. 34)

Personalien

Krankmeldungen (S. 34)
Entschuldigung (S. 34)

Tatsächliche Berichtigung

Dipl.-Ing. Riegler (S. 87)

Ersuchen um Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung wegen

üblicher Nachrede (S. 119)

Ausschüsse

(2) Wahl der Ständigen Ausschüsse (mit Ausnahme des bereits gewählten Hauptausschusses) (S. 117 und S. 120 ff.)

Zuweisungen (S 118 f.)

Verhandlungen

(1) Debatte über die Regierungserklärung

Redner:

Dr. Mock (S. 34),
Wille (S. 46),
Peter (S. 50),
Graf (S. 55),
Dr. Jolanda Offenbeck (S. 63),
Dr. Marga Hubinek (S. 66),
Grabher-Meyer (S. 70),
Dipl.-Ing. Riegler (S. 78),
Marsch (S. 84),
Dipl.-Ing. Riegler (S. 87) (tatsächliche Berichtigung),
Dr. Schüssel (S. 87),
Braun (S. 93),
Heinzinger (S. 98),
Dr. Haider (S. 102) und
Dr. Neisser (S. 108)

Eingebracht wurden

Berichte

III-1: Fünfter Bericht der Volksanwaltschaft (S 119)

III-2: Bericht gemäß Paragrafe 10 Abs. 3 und 11 Abs. 2 des ERP-Fonds-Gesetzes, BGBl. Nr. 207/1962, betreffend das Jahresprogramm, die Grundsätze und Zinssätze für das Wirtschaftsjahr 1983/84 des ERP-Fonds, Bundesregierung

III-3: Bericht 1983 gemäß § 8 des Forschungsorganisationsgesetzes, BGBl. Nr. 341/1981, Bundesregierung (S 119)

Antrag der Abgeordneten

Dr. Marga Hubinek, Bergmann, Dr. Lichal und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Suchtgiftgesetz 1951 geändert wird (Suchtgiftgesetznovelle 1983) (4/A)

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Stippel, Grabner und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Ausbau der Gutensteiner Bundesstraße B 21 (1/J)

Dr. Reinhart, Egg, Weinberger, Wanda Brunner, Dr. Lenzi, Dipl.-Vw. Tieber und Genossen an den Bundesminister für Verkehr wegen AK-Aktiv/Tirol-Bild, Ausgabe Nr. 2, April 1983 (2/J)

Dr. Reinhart, Egg, Weinberger, Wanda Brunner, Dr. Lenzi, Dipl.-Vw. Tieber und Genossen an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung wegen Einstellung einer Schreibkraft an der Universität Innsbruck (3/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident Benya, Zweiter Präsident Mag. Minkowitsch, Dritter Präsident Dr. Stix.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Frodl und Ella Zipser.

Entschuldigt hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Kreisky.

Ferner gebe ich bekannt, daß der Abgeordnete Dr. Ewald Nowotny auf sein Mandat im Wahlkreisverband II verzichtet hat und auf ein Mandat des Wahlkreises Nr. 4 — Oberösterreich — berufen wurde.

Nach Verlesung der Gelöbnisformel und über Namensaufruf durch den Schriftführer werden die auf Grund der hinterlegten Wahlscheine in den Nationalrat berufenen Damen und Herren Abgeordneten — mit Ausnahme der krank gemeldeten Frau Elli Zipser — ihre Angelobung mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten haben.

Ich ersuche nunmehr den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Dr. Keimel, um die Verlesung der Gelöbnisformel und um den Namensaufruf.

(*Schriftführer Dr. Keimel verliest die Gelöbnisformel. — Die Abgeordneten Franziska Fast, Dipl.-Ing. Heinz Grabner, Dr. Helga Hieden, Hintermajer, Dr. Jankowitsch, Mag. Kabas, Konecny, Dr. Nowotny, Pöder, Dr. Rieder, Schober, Strache, Dipl.-Vw. Tieber, Gabrielle Traxler, Veleta und Heidelore Wörndl leisten die Angelobung.*)

Präsident: Ich begrüße die Damen und Herren Abgeordneten herzlich in unserer Mitte (*Allgemeiner Beifall.*)

1. Punkt: Debatte über die Erklärung der Bundesregierung

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Debatte über die Erklärung der Bundesregierung.

Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Dr. Mock.

9.04

Abgeordneter Dr. Mock (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bundesregierung hat ihren Amtsantritt als Beginn einer neuen politischen Ära in diesem Lande deklariert.

Ich würde sagen, daß auch die Wähler mit dem Wahlergebnis vom 24. April 1983 in Österreich den Wunsch nach einer neuen politischen Ära zum Ausdruck gebracht haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Angelobung

Präsident: Von der Haupwahlbehörde sind die Mitteilungen eingelangt, daß folgende Abgeordnete auf die Ausübung ihres Mandates verzichtet haben:

Dkfm. Bauer,
Blecha,
Dallinger,
Dr. Beatrix Eypeltauer,
Dr. Fischer,
Dipl.-Ing. Haiden,
Elfriede Karl,
Lanc,
Lausecker,
Dr. Löschnak,
Dr. Ofner,
Dr. Salcher,
Dr. Schmidt,
Sekanina,
Dr. Sinowatz und
Dr. Steyrer.

An ihrer Stelle wurden folgende Abgeordnete in den Nationalrat berufen:

Franziska Fast,
Dipl.-Ing. Heinz Grabner,
Dr. Helga Hieden,
Josef Hintermajer,
Dr. Peter Jankowitsch,
Mag. Hilmar Kabas,
Albrecht Konecny,
Rudolf Pöder,
Dr. Josef Rieder,
Albin Schober,
Max Strache,
Dipl.-Vw. Herbert Tieber,
Gabrielle Traxler,
Josef Veleta,
Heidelore Wörndl und
Ella Zipser.

Dr. Mock

Sie haben, meine Damen und Herren, in diesem Land den politischen Kräften den klaren Auftrag erteilt, alles zu tun, um einen Wirtschaftsaufschwung wieder herbeizuführen. Wir brauchen diesen Aufschwung, damit es wieder die Vollbeschäftigung gibt, damit die Jugendarbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden kann, damit die Betriebe wieder Mut zum Investieren erhalten. Nur so werden wir den Staatshaushalt sanieren und die Schulden bekämpfen können.

Und die Wähler haben einen klaren Auftrag erteilt nach einer politisch-moralischen Erneuerung und diesen Auftrag den politischen Kräften dieses Landes gegeben, nämlich gegebene Versprechen zu halten, Volksbegehren zu respektieren, mit dem Geld des Steuerzahlers und auch mit unserer Umweltsorgsamer umzugehen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das waren, meine Damen und Herren, die Ziele der Österreichischen Volkspartei, mit denen wir zur „Volksabstimmung“, wie wir es genannt haben, vom 24. April angetreten sind. Und die Österreichische Volkspartei hat als einzige der im Nationalrat vertretenen Parteien zusätzlich Stimmen und Mandate erhalten. Die Österreicher haben damit klar zum Ausdruck gebracht, daß die Volkspartei maßgebliche Beteiligung an der Gestaltung der Regierungspolitik haben soll. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es war, meine Damen und Herren, ein klares Votum für den wirtschaftlichen Aufschwung, für einen neuen politischen Stil, ein Votum gegen die Verschwendug von Steuergeldern, gegen die Gigantomanie, gegen immer neue Steuern und Belastungen, gegen die Mißachtung des Bürgerwillens und gegen die Vorherrschaft einer einzigen Partei.

Der heutige Vizekanzler hat selbst in der Wahlnacht die Volkspartei als den eigentlichen Gewinner dieser Nationalratswahl anerkannt. Und daran hat sich auch durch die Absprachen nichts geändert, die er seit langem mit dem sozialistischen Parteivorsitzenden geschlossen hatte.

Ich will nun gar nicht, meine Damen und Herren, in einem langen Hin und Her nostalgische Überlegungen anstellen, warum die Österreichische Volkspartei an der Regierung nicht beteiligt ist, sondern mir geht es um die historische Wahrheit. Die Volkspartei hat noch in der Wahlnacht Vorschläge für die Regierungspolitik auf den Tisch gelegt und beiden anderen Parteien faire Verhandlungen angeboten.

Die beiden anderen Parteien haben die Volkspartei beschimpft, ohne ein einziges seriöses Argument zu unseren Vorschlägen vorzubringen.

Wir nehmen diese Vorgangsweise mit großer Ruhe und Gelassenheit zur Kenntnis. Und es beunruhigt uns nicht, meine Damen und Herren, wenn die heutigen Regierungsparaden von der ersten Stunde an nichts anderes wollten, als miteinander einen Koalitionsvertrag abzuschließen. Nur müßten Sie dann auch den Mut haben, sich zu dieser Entscheidung zu bekennen, und nicht anderen Zensuren zu erteilen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wozu haben denn die Verhandlungen zwischen SPÖ und FPÖ geführt? Auf der Basis eines skurrilen Wahlrechtes hat dieses Land heute eine Koalition der Verlierer. Wir haben eine Regierung, die auch weiterhin eine sozialistische Politik machen will, obwohl diese Politik bei den Wahlen die Mehrheit verloren hat. Wir haben die teuerste Regierung, die es je gab. „17 plus 6“ könnte man das Spiel nennen, das die Sozialisten bei der Aufteilung der Regierungämter auf Kosten der Steuerzahler mit den Freiheitlichen gespielt haben.

Herr Bundeskanzler! So lange Sie dem Bürger mit einer immer größeren Verwaltung und einer aufgeblähten Regierung immer mehr Kosten verursachen, können Sie vom Bürger nicht erwarten, daß er sich den Gürtel enger schnallt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie reden in Ihrer Regierungserklärung von den schwierigen Aufgaben und den schwierigen Zeiten, von den größer gewordenen Problemen. — Einverstanden. Aber da hat eben die Regierung mit dem guten Beispiel voranzugehen, sie hat zu sparen, bevor sie den Bürger mehr belastet. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Was Ihrer Politik fehlt, ist die Beispielhaftigkeit; die ist überhaupt in unserer Politik verlorengegangen. Deswegen ist die Politik auch so unglaublich geworden. (*Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.*)

Wir haben eine Koalition, die die abgenützten Elemente früherer Koalitionen wieder einrichtet. Es gibt keinen koalitionsfreien Raum im Parlament. Es gibt einen Koalitionsausschuß, der die Fraktionen bevormundet. Es gibt im Parlament einen koalitionären Abstimmungzwang. Es gibt Staatssekretäre als Aufpasser. — Was es aber nicht gibt, meine Damen und Herren, ist die breite Basis und die Entschlossenheit zur Lösung großer

Dr. Mock

Probleme, die die Koalition der vierziger und fünfziger Jahre ausgezeichnet hat.

Wir haben ein neues Ministerium, damit überhaupt eine Frau in dieser Regierung sitzt; ein Vorgang, Herr Bundeskanzler, der sogar von den Frauen Ihrer Partei als demütigend empfunden wird. Auch ich empfinde es so. (Zustimmung bei der ÖVP.)

In dieser Regierung gibt es einen kleinen Koalitionspartner, der Ihnen, Herr Bundeskanzler, die Fortsetzung des sozialistischen Weges ermöglicht und die Tatsache, nichts daran ändern zu können, damit begründet, daß es sich bei seiner Partei eben nur um eine 4,9 Prozent-Partei handelt. Was wir übrigens immer schon festgestellt haben ist: Eine kleine Partei in der Koalition mit Ihrer Partei ist nicht in der Lage, den sozialistischen Weg, der bisher gegangen wurde, auch nur einigermaßen zu ändern. Diese kleine Koalitionspartei hat kein einziges wichtiges Wahlversprechen gehalten.

Herr Vizekanzler, das Mallorca-Paket wird realisiert — zum Teil sofort, zum Teil später. Die Sparbuchsteuer — in geänderter Form — kommt; in welcher Form, scheint noch nicht einmal die Regierung zu wissen. Das Konferenzzentrum wird gebaut: Das alles, meine Damen und Herren, obwohl Dr. Kreisky seinen Rücktritt in der Wahlnacht damit begründet hat, daß seine Politik eine Niederlage erlitten hat.

Meine Damen und Herren! So hat eben die Sozialistische Partei ihre Koalition mit den Freiheitlichen geschlossen, und wir werden als Volkspartei die Koalition mit dem Wähler fortführen, die wir vor den Wahlen eingegangen sind und die in den Wahlen am 24. April eine positive Zustimmung erhalten hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Sie haben uns, meine Damen und Herren, in den Tagen nach dem 24. April vorgeworfen, wir hätten vor und nach den Wahlen das gleiche Programm vertreten; diesen Vorwurf lasse ich mir gerne gefallen. (Beifall bei der ÖVP.)

Sie haben uns eine populistische Politik vorgeworfen; wir sind auf diesen Vorwurf stolz. Wir werden auch in Hinkunft Volkspolitik betreiben und dadurch das Vertrauen, das uns gegeben wurde, noch verstärken. (Beifall bei der ÖVP.)

Herr Bundeskanzler! Sie haben gestern das Programm einer sozialistischen Koalitionsre-

gierung vorgelegt, die den Weg der sozialistischen Alleinregierung fortsetzen will. Sie haben in Ihrem Koalitionsvertrag und in der Regierungserklärung eine Reihe von Dingen vereinbart, die ohnehin niemand in Frage stellt: die Unabhängigkeit, die Selbständigkeit, die Neutralität Österreichs, die Aufrechterhaltung der demokratischen Ordnung, die Erhaltung der Attraktivität der österreichischen Landschaft, die Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte, die Freiheit der Kunst, die krisensichere Versorgung mit Nahrungsmitteln und die Fortschreibung des österreichischen Krankenanstaltenplanes.

Wo aber bleibt, Herr Bundeskanzler, die konkrete Antwort auf die Frage: Wie werden Sie, in welchem Zeitraum, mit welchem politischen Instrumentarium die Vollbeschäftigung wieder herbeiführen, das Budget sanieren, die Sozialversicherung reformieren, die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen? Die Antworten darauf sind leider ausgeblieben.

Die Lösung des Krankenhausfinanzierungsproblems, also der Frage der Sicherung der Spitalsfinanzierung, wurde bereits vor zwölf Jahren angekündigt; in der Regierungserklärung Kreisky 1971 ist uns das versprochen worden. Trotz der Errichtung eines zusätzlichen Ministeriums gibt es heute immer noch keine verlässliche Krankenanstaltenfinanzierung. Und als wir vor vier Jahren selbst einen diesbezüglichen Gesetzentwurf vorgelegt haben, haben Sie uns angegriffen, kritisiert und diesen Gesetzentwurf abgelehnt. Sie müssen daher verstehen, Herr Bundeskanzler: Bei allem Bemühen, nicht voreilig ein Urteil zu fällen, uns fehlt der Glaube, wenn Sie diese Dinge in Aussicht stellen. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Herr Bundeskanzler! Ich sage ja zu einem Finanzierungsinstrument im Bereich des Umweltschutzes. Ich sage ja zum Bau zusätzlicher Wohnungen und zur Altstadtsanierung. Ich sage ja zur schärferen Bekämpfung des Drogenhandels. Ich sage ja zu einem investitionsfreudlichen Klima. Ich sage ja zur Überprüfung der Folgekosten neuer Projekte und neuer Gesetze — Präsident Graf hat das seit zirka sieben, acht Jahren immer wieder gefordert.

Wenn jedoch die Hälfte dieser Zielsetzungen seit einem Jahrzehnt immer wieder verkündet und nicht realisiert wird, so können sie auch heute nicht verlangen, daß wir oder der österreichische Bürger diesen Ankündigungen irgendeinen Vertrauensvorschluß geben. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Dr. Mock

Ich werde daher, Herr Bundeskanzler, diese Zielsetzungen nicht von vornherein verurteilen oder zu Tode kritisieren. Nur: Wir werden Ihre Regierung nicht danach beurteilen, was sie verkündet hat, sondern danach, was sie in den nächsten Monaten und in den nächsten Jahren leisten wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie haben ja auch, was für mich, meine Damen und Herren, sehr interessant war, in der Sprache ihres Koalitionspaktes und Ihrer Regierungserklärung sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, es gehe um die Fortsetzung der bisherigen Politik. Sie können ja dauernd lesen, wie oft sie etwas „fortsetzen“ wollen, wie oft Sie etwas „weitermachen“, wie oft sie etwas „weiterhin“ praktizieren, was bisher schon die sozialistische Alleinregierung getan hat.

Herr Vizekanzler! Bis zum Beweis des Gegenteils werden Sie sich die Feststellung gefallen lassen müssen, daß Sie es mit Ihrer 4,9 Prozent-Partei ermöglicht haben, daß dieser sozialistische Weg fortgeführt wird.

Ich habe in dieser Regierungserklärung keine einzige umfassende klare Stelle gefunden, wo ich sagen könnte, das ist verkündete Politik der Freiheitlichen Partei. Ihre Funktion, Herr Vizekanzler, scheint es tatsächlich gewesen zu sein, Herrn Bundeskanzler Sino-watz, der Sozialistischen Partei, die Fortsetzung der sozialistischen Politik zu ermöglichen. Darauf werden wir immer wieder verweisen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Sie haben miteinander insgesamt paktiert, gemeinsam das zu tun, was die Sozialisten bisher allein getan haben, gemeinsam das zu Versprechen, was die Sozialisten bisher allein versprochen haben: das ergibt den sozialistischen Weg, da findet man die sozialistischen Wegweiser, nur die Wandergesellschaft hat sich personell geringfügig geändert.

Was unser Verhältnis als initiativ und kontrollierende Opposition zu dieser Regierung anlangt, so ist es, Herr Bundeskanzler und Herr Vizekanzler, keine Opposition gegen eine Person, sondern gegen eine falsche Politik (*Zustimmung bei der ÖVP.*); diese Politik, die vom Wähler am 24. April zurückgewiesen wurde, verdient auch keine Schonfrist, und wir werden ihr auch keine Schonfrist geben. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Wenn Sie vernünftige Vorschläge machen, so werden wir diesen zustimmen! Wenn Ihre

Vorschläge gegen die Interessen der Bürger gerichtet oder von sozialistischem Gedankengut geprägt sind, werden wir diese ablehnen. Nicht aus Prestige der Partei, auch nicht meiner Partei, sondern die Interessen des Landes und der Bürger haben Vorrang. Nur so wird der Parteienstaat wieder glaubwürdig werden! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Ich möchte doch Ihre Aufmerksamkeit auf eine Überlegung lenken, die mir sehr wesentlich erscheint. Ich glaube, es hat sich in der Diskussion und in den Aussagen der letzten Wochen gezeigt, daß der geistige Ansatz sozialistischer Politik von jenem, von dem wir ausgehen, sehr unterschiedlich ist.

Das kam sehr klar zum Ausdruck, als der sozialistische Parteiobermann vor wenigen Wochen feststellte: „Sie“ — nämlich seine Partei — „hat im wahrsten Sinn des Wortes meinem Leben Sinn und Inhalt gegeben.“

Herr Bundeskanzler, auch Sie haben in Ihren Ausführungen auf dem sozialistischen Parteitag gemeint: „Ich bin einer von euch, der ohne diese Partei nichts wäre und nichts sein möchte.“

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß man die Debatte am Beginn einer Legislaturperiode durchaus benützen sollte, diesen geistigen Ausgangspunkt der verschiedenen Parteien näher zu analysieren.

Der sozialistische Parteiobermann sagt, die Partei hat im wahrsten Sinn des Wortes seinem Leben Sinn und Inhalt gegeben. Und der zukünftige Parteiobermann sagt, daß er ohne diese Partei nichts wäre und nichts sein möchte. Ich stelle fest, meine Damen und Herren: Es gibt Dinge, die über der Partei stehen, nämlich die Interessen der Bürger, die Interessen unserer Heimat als Gemeinschaft aller Bürger, und es gibt darüber hinaus moralische Maßstäbe, die Vorrang vor den Interessen einer politischen Partei haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Selbstbeschränkung und die Selbstbescheidung der politischen Parteien ist eine Voraussetzung der Existenz unseres demokratischen Systems, und ein Totalitätsanspruch der Parteien unterminiert die Glaubwürdigkeit dieses demokratischen Systems. Das möchte ich in aller Deutlichkeit festhalten. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*)

Es gibt, Herr Bundeskanzler, auch eine Reihe von Zukunftsproblemen, die leider in

Dr. Mock

Ihrer Regierungserklärung nicht einmal angerissen wurden: Welche Arbeitsstrukturen werden wir zur Jahrtausendwende haben? Welche wollen wir? Wie können wir mehr Flexibilität und dadurch mehr Selbständigkeit und mehr Freiheit und Eigenverantwortung für den einzelnen sicherstellen?

Wir sagen klar, wir wollen in den Betrieben möglichst viel flexible Arbeitszeit, weil dies mehr Freiheit, mehr Selbständigkeit für den Arbeitnehmer bedeutet. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir werden auch die Arbeitszeitdiskussion gerade unter diesem Gesichtspunkt führen: nach mehr Freiheit, nach Selbständigkeit, vor allem nach den Bedürfnissen der berufstätigen Frau und nicht nach irgendwelchen ideo-logiebesetzten Vorurteilen.

Herr Vizekanzler, wie sollen wir die Probleme der Rationalisierung bewältigen? Wie werden wir in einer Welt der Mikroprozessoren leben?

Auch hier ist unsere Antwort klar: Wir bejahren den technologischen Fortschritt, weil er nicht nur die Voraussetzung für wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit ist, sondern weil er auch, in vernünftigem Tempo eingesetzt, insgesamt die Lebensqualität der Menschen verbessert hat.

Der technische Fortschritt wird aber auch in Zukunft im Dienste der Menschen und der erhöhten Lebensqualität stehen müssen.

Herr Bundeskanzler, welchen Beitrag leistet die Politik zur Sinnfrage? Was können wir von der Politik her den jungen Menschen an Optimismus, an Zukunftserwartungen geben? Welches Politikverständnis geben wir an die Jungen weiter?

Ich glaube, Herr Bundeskanzler, wir müssen uns dieser Herausforderung stellen und müssen auch den Mut haben, den Jungen Herausforderungen zu stellen für eine gerechtere, für eine friedlichere Welt, für mehr zwischenmenschliche Elemente in unserer Gesellschaft, indem individuelle Leistungen wieder anerkannt werden, aber auch Gefühle wieder mehr respektiert werden.

Herr Bundeskanzler, wie können wir, wenn ich von mehr menschlichem Gehalt in unserer Gesellschaft spreche, einzelne Lebensbereiche menschlicher machen?

Heute leiden die Bürger dieses Landes sehr oft am Tempo der Technik, sie leiden an der

Kälte gigantischer Wohnsilos, sie leiden unter unverständlichem Bürokratismus.

Auch hier ist unsere Antwort klar, Herr Bundeskanzler. Wir wollen überschaubare Gliederungen unserer Gesellschaft durch starke Länder und Gemeinden, durch die Aufwertung der Bezirke in den Großstädten, durch die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben, durch die innere Gliederung von Großunternehmen, durch die Stärkung der Familie in unserer Gesellschaft. Dadurch wollen wir überschaubare private und berufliche Einheiten schaffen, die dem Menschen das Gefühl der Beheimatung geben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundeskanzler! Es war für mich interessant, daß Peter Handke, der sich in seinen frühen Jahren mit allem Möglichen, nur nicht mit dem Begriff der Heimat beschäftigt hat, in seinen letzten Jahren die Feststellung getroffen hat, daß der Mensch sich nach Beheimatung sehnt. Wir wollen dem Menschen dieses Landes, dem Bürger dieses Landes durch unsere Gesellschaftspolitik im privaten und im beruflichen Bereich das Gefühl geben, daß er dort, wo er tätig ist und wo er lebt, auch eine natürliche Verankerung, eine Heimat hat. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundeskanzler! Das versteckt sich auch hinter dem, was sich in der Sprache der Juristen und Politiker so trocken als Bekenntnis zum Föderalismus verbirgt. Ich bin überzeugt, daß draußen bei den Menschen daran großes Bedürfnis herrscht.

Was den Stil anlangt — zu diesen Fragen haben Sie nicht Stellung genommen —, so werden Sie mir die Feststellung erlauben müssen, es gibt hier einen schlechten Start.

Herr Vizekanzler! Sie haben Ihren Rücktritt für den Fall angekündigt, daß Ihre Partei bei den Wahlen Stimmen verliert. Sie haben angekündigt, daß Sie bei einem Regierungseintritt Ihr Nationalratsmandat zurücklegen werden. Es ist heute, wenn ich nichts überhört habe, nicht geschehen.

Der Rechnungshofpräsident hat seinerzeit erklärt, daß er bei einer Regierungsbeteiligung der FPÖ von der Rechnungshofspitze zurücktreten wird. (*Vizekanzler Dr. Steger: Zitieren Sie nicht alles falsch!*) Die kleine Koalitionspartei hat angekündigt, daß die Sparbuchsteuer nicht kommt und hat das Konferenzzentrum immer bekämpft. Nur diese vier Beispiele zeigen, wie gerecht unsere Forderung nach einer neuen politi-

Dr. Mock

schen Verantwortungsbereitschaft und nach einer neuen Gesinnung in der Politik ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Ich habe vorhin festgestellt, daß die beiden Regierungsparteien keine einzige Sekunde mit uns über unsere Vorschläge ernst verhandelt haben. (*Vizekanzler Dr. Steger: Über meinen Rücktritt?*) Wir haben sie in einem umfangreichen Papier den beiden Gesprächspartnern vorgelegt. (*Vizekanzler Dr. Steger: Über meinen Rücktritt werde ich nicht mit Ihnen verhandeln!*) Sie brauchen über Ihren Rücktritt, Herr Vizekanzler, nicht mit mir zu verhandeln. Ich habe folgendes gesagt: Sie haben seinerzeit als Parteiobermann erklärt, wenn Sie Stimmen verlieren, werden Sie zurücktreten. Ich glaube, Herr Vizekanzler, wir brauchen wieder einen Stil in der Politik, wo das, was jemand sagt, auch nachher hält: Wo er ja sagt, bleibt es beim Ja, wo er nein sagt, bleibt es beim Nein. Dann wird das Ansehen unserer Parteidemokratie wieder zunehmen. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Wenn da Zwischenrufe sind, daß einem hier von der Regierungsbank in den Rücken geredet wird — ich muß dafür Verständnis haben. Es werden manche schlechte Eigenschaften des früheren sozialistischen Bundeskanzlers noch einige Zeit praktiziert werden. Damit habe ich mich abgefunden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Sie haben mit uns keine einzige Sekunde über unsere Vorstellungen, die wir Ihnen schwerpunktmaßig in fünf Sachbereichen konkret vorgelegt haben, verhandelt, weder im Bereich der Wirtschaftspolitik, der zukünftigen Sozialpolitik, der Gestaltung der Umweltschutzpolitik (*Abg. Grabherr-Meyer: Sie waren halt so schlecht!*) — Herr Generalsekretär, keine einzige Sekunde haben Sie ernst darüber verhandelt —, noch im Bereich der Demokratieentwicklung, noch im Bereich der öffentlichen Sicherheit und der Rechtspolitik, die wir als Schwerpunkt betrachten.

Aber, meine Damen und Herren, auch Sie, Herr Generalsekretär, werden Gelegenheit haben, wenn wir alle diese Anträge hier einbringen, zu zeigen, was Ihnen wichtiger ist: die Fortsetzung des sozialistischen Weges oder das Stimmverhalten der Freiheitlichen Partei und Ihre eigene Programmatik. (*Beifall bei der ÖVP.*) Sie werden Farbe bekennen müssen... (*Abg. Grabherr-Meyer: Was glauben Sie, was wichtiger ist: Österreich oder die ÖVP?*) Was ich glaube, sage ich Ihnen

gleich: Österreich ist wichtiger, das ist unser Verständnis. Österreich ist wichtiger! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber, Herr Generalsekretär, Sie koalieren ja mit einer Partei, die sagt, die Partei ist wichtiger, die Partei ist der einzige Sinn eines Lebens. Mit denen koalisieren Sie, nicht mit denen, die sagen, Österreich ist wichtiger als die Partei. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*)

Sie werden die Möglichkeit haben, klar Stellung zu beziehen, wenn wir unsere Anträge einbringen zur Stärkung der Klein- und Mittelbetriebe, zur Förderung der Jungunternehmer, wenn es um die Reinhaltung der Luft geht, um die Bekämpfung des Suchtgiftmisbrauchs, um flexible Arbeitszeitregelungen. Sie werden, meine Damen und Herren... (*Ruf bei der SPÖ: Regierungserklärung!*) Ja, Sie haben es nämlich bisher abgelehnt. Jetzt werden wir sehen, ob sich der neue Justizminister durchsetzt. Ich habe es gelesen, und da werden wir testen — bisher haben Sie es abgelehnt —, ob Sie in Zukunft zustimmen. Der Antrag für eine verschärfte Bekämpfung von Drogenhändlern wird heute noch eingebracht. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Generalsekretär! Sie werden Farbe bekennen müssen, wenn wir die Kürzung der bäuerlichen Mindestrenten rückgängig machen wollen. Sie werden, Herr Generalsekretär, Farbe bekennen müssen. Das werden Sie müssen, weil unser System nur ein Ja oder ein Nein zuläßt, obwohl es bei Ihnen üblich war, daß gelegentlich auch einer hinausgegangen ist bei einer Abstimmung. (*Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Herr Generalsekretär! Sie werden Farbe bekennen müssen, wenn es darum geht, den Einkommensrückgang in der Landwirtschaft zu beseitigen. (*Erneuter Beifall bei der ÖVP.*) Meine Damen und Herren! Es war ein Charakteristikum sozialistischer Politik, daß unsere bäuerlichen Mitbürger in den letzten 13 Jahren ständig auch in der Einkommensentwicklung benachteiligt wurden. Sie können zeigen, daß Sie einen anderen Weg gehen, oder Sie werden auch hier... Sie zeigen auf den Staatssekretär Murer — na, das wird eine gewaltige Arbeit werden! Ich wünsche ihm alles Gute, und wenn er hier Erfolg hat, werde ich nicht anstehen, ihm dafür auch zu gratulieren (*Beifall bei der ÖVP*), nur vorläufig bleibe ich — das werden Sie verstehen oder mir zugestehen oder nicht zugestehen — hier sehr skeptisch. (*Abg. Dr. Gradenegger: Das sind aber Sternstunden des Parlamentarismus!*) Ja, zu denen tragen Sie immer beson-

Dr. Mock

ders bei. Dafür sind Sie ja berühmt, Herr Abgeordneter Gradenegger.

Meine Damen und Herren! Was die wirtschaftspolitische Entwicklung anbelangt, so hat sie sich sicherlich in den letzten Jahren stärker verschlechtert, als viele von uns erwartet haben. Wir haben mehr Arbeitslose, einen geringeren Anteil von Investitionen am Budget, höhere Defizite, eine steuerliche Auszehrung der Betriebe, mehr Insolvenzen und ein brüchiges soziales Netz. Das könnte man auch kurz als Erbschaft der sozialistischen Alleinregierung bezeichnen. Die Warnzeichen der weltwirtschaftlichen Situation, Herr Bundeskanzler, auf die Sie verwiesen haben, hätten eigentlich Anlaß sein müssen, das Investitionsklima sorgsamer zu pflegen, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu stärken und nicht leistungsfeindlich und ohne Konzept in den Tag hineinzuleben und jetzt munter weiter Steuern zu erhöhen.

Wir vertreten weiterhin und konsequenter als bisher die Auffassung, daß wir die Entwicklung im wirtschaftlichen und sozialen Bereich nur in den Griff bekommen, wenn wir den Mut haben zu einer umfassenden wirtschaftspolitischen Weichenstellung. Und hier geht es auch um die Grundsätze, meine Damen und Herren. Eine solche Weichenstellung bedeutet für mich ein klares Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft in Theorie und Praxis. (*Beifall bei der ÖVP.*) Der marktwirtschaftliche Mechanismus, meine Damen und Herren, gibt vor allem jenen Chancen, die etwas tun wollen. Und die brauchen wir mehr denn je in den achtziger und neunziger Jahren, um in Österreich die wirtschaftspolitische Entwicklung wieder ins Lot zu bringen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Für mich ist das Ordnungssystem der sozialen Marktwirtschaft auch das einzige Ordnungssystem, das die Zielsetzungen wirtschaftspolitischer Art und des Schutzes der Umwelt — wenn Sie wollen: ökonomische Zielsetzungen und ökologische Zielsetzungen — synchronisiert und in Übereinstimmung bringt. Ich darf daran erinnern, daß noch vor einigen Jahrzehnten wirtschaftspolitische Zielsetzungen und sozialpolitische Zielsetzungen als Gegensätze erschienen.

Das Ordnungssystem der sozialen Marktwirtschaft hat beide Zielsetzungen vereinbar gemacht. Unter keinem Ordnungssystem wurden die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und der soziale Fortschritt so massiv entwickelt und gefördert wie dort, wo das Ordnungs-

system der sozialen Marktwirtschaft praktiziert wurde. (*Beifall bei der ÖVP.*) Und ich behaupte, meine Damen und Herren, daß der wirtschaftspolitische Fortschritt auch Voraussetzung dafür ist, die ökologischen Aufgaben zu bewältigen. Nur dort, wo es Vollbeschäftigung gibt, wird man einen fruchtbaren Boden finden auch für Ausgaben, die dem Schutz unserer Umwelt dienlich sind. Der, der keinen Arbeitsplatz hat, wird sich nicht um die Qualität unserer Gewässer und der Luft kümmern und daher auch kein Verständnis für Investitionen im Umweltschutzbereich haben. Die Technik und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sind Voraussetzung für die Erhaltung und Verbesserung der natürlichen Umwelt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir vertreten daher weiterhin die Auffassung, daß wir diese Probleme der achtziger Jahre nicht mit dem Instrumentarium der siebziger Jahre lösen können.

Wir glauben daher, daß eine Mittelstandsoffensive und wettbewerbsstarke Betriebe unabdingbare Voraussetzungen für die Rückeroberung der Vollbeschäftigung sind.

Herr Bundeskanzler! Es war für mich bezeichnend, daß nach 13 Jahren sozialistischer Alleinregierung und nach Fortsetzung der sozialistischen Politik, zu der Sie sich bekannt haben, das Wort Vollbeschäftigung nicht mehr als grundsätzliche Zielsetzung Ihrer Regierungspolitik aufscheint, sondern nur mehr die Rede von optimaler Beschäftigungssituation ist.

Ja ich habe auch die Hände in die Luft geworfen, Herr Staatssekretär Veselsky, als ich das gelesen habe. Sie haben resigniert vor diesem grundsätzlichen Ziel.

Wir wissen, daß man diese Entwicklung nicht von heute auf morgen herbeiführen kann. Für uns bleibt es aber ein grundsätzliches gesellschaftspolitisches Ziel, eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, die es erlaubt, in diesem Land wieder die Vollbeschäftigung sicherzustellen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Österreich braucht ein betriebswirtschaftlich orientiertes Sanierungskonzept für die verstaatlichte Industrie. Und wir werden nur unter diesen Voraussetzungen, Herr Bundeskanzler, in diesen Fragen gesprächsbereit sein.

Wir brauchen wirksame Maßnahmen gegen die Zweiteilung Österreichs. Vor allem müssen wir Abschied nehmen von der Durchfüh-

Dr. Mock

rung von Großprojekten in den Ballungszentren, die den Menschen, die an der nördlichen Grenze Niederösterreichs, im Mühlviertel, im Burgenland und in anderen Randzonen unseres Landes leben, systematisch mißachten.

Wir wollen ein Österreich haben, Herr Bundeskanzler, wo jeder zumindest ähnliche Lebens- und Berufschancen hat, ganz gleich, wo sein Wohnort ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich habe ja gesagt, Herr Bundeskanzler, zu einem Vertrauensklima für die Wirtschaft und die dort Tätigen. Aber dann brauchen wir eine Politik mit mehr Überlegtheit, Herr Bundeskanzler, statt eine Politik, die Vertrauen zerstört, wie Sie es bei der Sparbuchsteuer praktizieren.

Beenden Sie, Herr Bundeskanzler, die ständige Verunsicherung der österreichischen Sparer, indem Sie einmal klar sagen, was Sie wirklich wollen in diesem Bereich! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Seit Jänner 1983 wird der österreichische Sparer ständig verunsichert. Der Umfang der gesparten Gelder, des Neusparsen ist auf ein Viertel dessen zurückgegangen, was in den vergangenen Jahren noch gespart wurde. Es waren im vergangenen Jahr in den ersten vier Monaten 14 Milliarden, in diesem Jahr sind es nur mehr 3 Milliarden.

Herr Bundeskanzler! Es ist Zeit, daß Sie Schluß machen. Es ist ja durch die Diskussion schon ein größerer Schaden geschehen. Wir haben mehr wirtschaftliche Substanz und Investitionsmöglichkeit verloren, als Sie durch irgendeine Form der Sparbuchsteuer für die Zukunft noch sicherstellen können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich glaube, meine Damen und Herren, wir brauchen dringend eine Belebung der Wohnbautätigkeit, die vor allem Wohnungen für die jungen Menschen schafft und auch Arbeitsplätze für die Bauwirtschaft. Wir haben hier klare Vorschläge gemacht und bleiben auch bei diesen Vorschlägen, die den Finanzminister nicht belasten, sondern, meine Damen und Herren, nicht nur Geld für die Bautätigkeit und neue Wohnungen bringen, sondern auch durch die Übertragung von Wohnungen, die im öffentlichen Eigentum stehen, an ihre Benutzer Eigentum schaffen. Das war Ihr Hindernis, daß Sie dem zugestimmt haben. Aber wir bekennen uns als eine Partei, die das persönliche Eigentum fördert und es mög-

lichst vielen Menschen zugänglich machen will. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundeskanzler! Wenn ich nun in ihrer inneren Widersprüchlichkeit die Regierungserklärung durchlese, so sehe ich, daß Sie sich in neue Steuerbelastungen flüchten und sich zur Stärkung der Kaufkraft bekennen, Sie kündigen aber gleichzeitig eine Mehrwertsteuererhöhung an, haben für ein investitionsfreundliches Klima plädiert, aber diskutieren kontroversiell tagelang wieder über die Sparbuchsteuer. Der Vizekanzler kündigt eine neue Förderungsbürokratie an, statt endlich Klein- und Mittelbetriebe steuerlich zu entlasten. Sie wollen die Jugendarbeitslosigkeit mit dem gleichen Instrumentarium bekämpfen, das sich bisher schon als wirkungslos erwiesen hat, und kündigen zum dritten Mal die Null-Budgetierung an.

Eigentlich müßten Sie verstehen, daß wir diesen Ankündigungen — und eine Tageszeitung hat von 202 Versprechungen gesprochen — zutiefst kritisch gegenüberstehen. Wir lassen uns aber vom Gegenteil überzeugen.

Nur können Sie nach diesen Ausführungen nicht erwarten, daß wir dieser Politik irgend einen Vertrauenvorschuß geben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich möchte, Herr Bundeskanzler, auf eine weitere mir sehr grundsätzlich erscheinende Frage eingehen. Ich war überrascht, als ich Ihre Feststellungen zur Sozialpartnerschaft hörte. Um es vorsichtig zu sagen, Sie haben sich in der Formulierung vergriffen.

Was heißt, die Sozialpartnerschaft soll erhalten bleiben? Es ist nicht Aufgabe der Regierung, die Sozialpartnerschaft zu erhalten oder abzuschaffen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Sozialpartnerschaft, und das ist ihr Wert, ihr großer Wert, hat sicherlich auch eine empfindliche Flanke, beruht auf der freiwilligen autonomen Übereinstimmung von vier großen Interessenvertretungen und nicht auf der Zustimmung, Ablehnung oder der Schirmherrschaft irgendeiner Bundesregierung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Sozialpartnerschaft hat sich bisher mit Erfolg dagegen gewehrt, unangenehme Fragen, die eine Regierung oder die Mehrheit im Parlament zu lösen hat, auf sich abschieben zu lassen. Und jede Regierung — ohne Ausnahme — ist gelegentlich versucht, dies zu tun.

Dr. Mock

Sie wird sich auch wehren — davon bin ich überzeugt —, unter die Schirmherrschaft dieser Regierung zu kommen. Wobei mir diese Feststellung, meine Damen und Herren, wichtiger ist als die heute praktizierte Sozialpartnerschaft. Ich möchte das Verdienst allen vier Sozialpartnern zuordnen, ganz gleich, was allenfalls ihre parteipolitische Affiliation ist, da die heute praktizierte Sozialpartnerschaft, die den Konflikt so klein wie möglich hält, um das gemeinsame Interesse am gemeinsam erzeugten Wohlstand nicht in Frage zu stellen, sondern zu fördern, ihren ideologischen Ursprung in der katholischen Soziallehre hat und ursprünglich als „Sozialromantik“ abqualifiziert wurde.

Wir stehen daher aus grundsatzpolitischen Gründen und wegen der Leistungen in den letzten 30 Jahren positiv zu diesem System, aber positiv auch zu der Unabhängigkeit dieses Systems von jeder Regierung, ganz gleich, wie sie zusammengesetzt ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir haben in dem Papier, das wir den beiden anderen Parteien übergeben haben, auch im sozialpolitischen Bereich klar Position bezogen.

Ich möchte vorweg einmal feststellen, meine Damen und Herren, die Gesamtpolitik der Österreichischen Volkspartei ist ohne engagierte sozialpolitische Vorschläge und ohne engagierte Sozialpolitik nicht denkbar. Sozialpolitik war nicht ein zufälliger, sondern war, ist und bleibt ein wesentlicher Bestandteil der Gesamtpolitik der Österreichischen Volkspartei. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Jetzt könnte man mit Recht sagen, das nehmen die beiden anderen Parteien, das nimmt die Sozialistische Partei für sich mit Recht auch in Anspruch, wenn auch ein anderer gesellschaftspolitischer Ausgangspunkt vorhanden ist.

Der Unterschied besteht darin, meine Damen und Herren, abgesehen von sozialpolitischen Zielsetzungen, daß für uns immer wirtschaftspolitisches Denken, Anerkennung der wirtschaftspolitischen Leistung, wirtschaftspolitische Ertragsfähigkeit Voraussetzung für eine erfolgreiche Sozialpolitik gewesen sind. Das haben die Sozialisten immer vergessen. Daher stand am Anfang einer längeren oder kürzeren Alleinregierungsperiode der Sozialisten immer auch ein Abbau sozialer Errungenschaften, wie das zum Beispiel bei der Kürzung der bäuerlichen Mindestrenten geschehen ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Dabei möchte ich, meine Damen und Herren, vorweg betonen, daß uns bei unseren sozialpolitischen Zielsetzungen gleichzeitig auch bewußt ist, daß manches, was wir uns vorgenommen haben und wozu wir uns bekennen, nur über einen längeren Zeitraum hin verwirklichbar ist, wenn die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dieses Landes wiederhergestellt wurde. Vorrang hat jedenfalls die Beseitigung des Rentenunrechtes gegenüber den bäuerlichen Mindestrenten. Wir haben ganz bewußt den Antrag auf Beseitigung der Rentenkürzung in der ersten Sitzung des Nationalrates am 19. Mai eingebbracht. An der zweiten Stelle, Herr Bundeskanzler, steht bereits die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Meine Damen und Herren! Jeder vierte Arbeitslose in Österreich ist ein Angehöriger der jungen Generation, ein junger Mitbürger und um die 20 Jahre. Es ist das für mich ein zutiefst wirtschaftspolitisches, ein soziales und ein moralisches Problem. Ich sage auch hier im Bereich des Nationalrates und im Bereich des Parlaments, daß für die Volkspartei kein Gespräch zu kompliziert ist, auch über die Partiegrenzen hinweg, uns kein Schilling zu teuer ist, nichts zu kompliziert ist, um alles zu tun, um die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundeskanzler, ich bin enttäuscht, daß in Ihrer Regierungserklärung, die — glaube ich — rund 78 Seiten umfaßt, nicht mehr als elf Zeilen der Jugendarbeitslosigkeit gewidmet sind. Ich glaube, es bedarf einer nationalen Anstrengung, dieses Problem unter Kontrolle zu bekommen, wenn auch die Sozialisten so viel vom sozialen Grundrecht auf Arbeit reden.

Meine Damen und Herren, was hindert uns dann, alles zu tun, das erschreckende Ansteigen der Jugendarbeitslosigkeit mittels konkreter Maßnahmen zu bekämpfen? Wir haben im vergangenen Jahr ein umfassendes Konzept zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit vorgelegt, und wir werden auf der Basis dieses Konzepts noch im Monat Juni, noch vor dem Sommer, Anträge im Parlament einbringen, damit wir diese soziale Geisel, meine Damen und Herren, und diese moralische Geisel wegbringen. Wie wollen wir Zukunfts-optimismus erwarten, Glaubwürdigkeit für unser politisches System, wenn der junge Mensch nach dem Ende seiner Lehre, nach der Ausbildung in der Schule keine Chance auf einen fairen Arbeitsplatz bekommt? Das hat Priorität vor jeder anderen politischen Zielsetzung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Dr. Mock

Ich habe, Herr Bundeskanzler, mit großer Aufmerksamkeit Ihre Ausführungen zur Bedeutung der Familie gelesen. Ich möchte auch hier keine voreilige Stellung beziehen, sondern nach dem, was geschieht, mein endgültiges Urteil bilden. Wenn es so ist, wie Sie es dort sagen — und ich gestehe Ihnen zu, daß sich hier manche Formulierung gegenüber früher geändert hat —, dann sollte es auch möglich sein, bei unserem Antrag, bei der verfassungsrechtlichen Verankerung des Grundrechtes auf Schutz der Ehe und Familie, wie sie sich übrigens in einer Reihe europäischer Verfassungen befindet, ebenso Übereinstimmung zu erzielen wie bei der Sanierung des Familienlastenausgleichsfonds und der ausschließlichen Verwendung dieser Gelder für Familienzwecke. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Familie — und in dieser Grundsatzposition scheinen wir einander nähergerückt zu sein — ist und bleibt für uns die erste und prägende Erziehungsgemeinschaft für das Kind. Sie bestimmt aber auch in einem hohen Ausmaß die Lebenschancen der Kinder und auch das Glück der Eltern. Lassen wir Taten folgen! Familienpolitik hat jedenfalls Vorrang in unserem politischen Arbeitskatalog. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der dritte Bereich, wo wir den Gesprächspartnern Vorschläge gemacht haben, betraf die Umweltpolitik, den Kampf gegen den sauren Regen. Ich möchte hier als sehr positiv die regionale Initiative begrüßen, die von den Landeshauptleuten von Oberösterreich, Salzburg, Tirol zusammen mit dem bayrischen Ministerpräsidenten bei der Bekämpfung der Schäden, die durch sauren Regen verursacht wurden, ergriffen worden ist. Es ist hier, meine Damen und Herren, auch ein vielversprechendes, aber schwieriges Betätigungsfeld für den neuen Außenminister, weil dieses Problem in vielen Facetten nur grenzüberschreitend im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit gelöst werden kann. Der Kampf um die saubere Luft ist ebenso ein Anliegen wie die Schaffung von Naturreservaten. Wir bekennen uns auch hier zur raschen Errichtung des Nationalparkes Hohe Tauern, aber, meine Damen und Herren, bei klarer Berücksichtigung der ökonomischen und sozialen Interessen der Bürger, die dort in Osttirol und Salzburg leben. Das verlangt der Grundsatz der Solidarität. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*)

Wir glauben nicht nur, daß Sondermüllprobleme rasch bewältigt werden müssen, sondern wir glauben, daß in keiner Weise die

Möglichkeiten des Energiesparens schon ausgenutzt sind.

Nun, Herr Bundeskanzler, eine grundsätzliche Bemerkung auch zu diesem Kapitel und zu einer Frage, die verklammert ist auch mit der wirtschaftspolitischen Entwicklung. Sie haben gestern sehr empfindlich reagiert, als der Ausdruck „Verschwendug von Steuergeldern“ fiel. Ich sage Ihnen in aller Offenheit und ohne jede Animosität: Wir werden der Aufgabe der Bekämpfung der öffentlichen Verschwendug als kontrollierende Opposition besondere Aufmerksamkeit schenken. Sie können sich dem Kampf gegen die öffentliche Verschwendug mit Ihrer Mehrheit in jeder Weise anschließen und dadurch auch jeder Kritik den Boden entziehen. Es geht uns bei der Verschwendug nicht nur um ein finanzielles Problem, es geht hier, meine Damen und Herren, auch um eine geistige Grundhaltung: Wie stehen die öffentliche Hand und ihre Repräsentanten zu dem, was sie von den Bürgern erhalten, was der Bürger von seiner Arbeit einem Minister, einer Regierung zur Verfügung stellt? Wie stehen wir alle zur Bewahrung dessen, was wir als gesunde Umwelt übernommen haben und verpflichtet sind der nächsten Generation gesund zu übergeben? Wie sichern wir durch Bewahren und sorgsamen Umgang mit den Gütern dieser Welt die Zukunft der kommenden Generation? Das ist ein grundsatzpolitisches Problem, das, meine Damen und Herren, glaube ich, vor allem als Erziehungsaufgabe bisher nicht erkannt worden ist.

Wir haben nach dem Zweiten Weltkrieg eine beachtliche Steigerung des materiellen Lebensstandards erlebt. Aber gleichzeitig, meine Damen und Herren, kam es auch zur Entwicklung beachtlicher Wegwerfmentalität. Der leichtsinnige Umgang mit wirtschaftlicher Substanz, der leichtfertige Umgang mit unserer Natur, auch der rasante Anstieg öffentlicher Schulden sind das Ergebnis einer Wegwerfmentalität, die auch wir mit den Mitteln des Erziehungssystems bekämpfen sollen. Ich würde dem neuen Unterrichtsminister sehr empfehlen, sich mit dieser grundsätzlichen Frage zu beschäftigen. Ich glaube, daß die Bekämpfung der Wegwerfmentalität, die nicht nur das Schulbuch umfaßt, sondern die Natur bis hinein zur Wertung des menschlichen Lebens betrifft, in unserem Erziehungssystem einen höheren Stellenwert erhalten muß. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ein kurzes Wort zur Frage des Privilegienabbaus. Meine Damen und Herren! Wir vertreten die Auffassung, hier muß rasch und

Dr. Mock

zügig und so verhandelt werden, daß wir mit 1. Jänner 1984 eine Regelung finden, die auf das Empfinden und das Urteil der Bürger dieses Landes Rücksicht zu nehmen hat. In der Demokratie, meine Damen und Herren, bestimmt der Bürger die Position jener, die politische Verantwortung tragen. Das mag zwar nicht immer angenehm sein, bestimmt aber die Glaubwürdigkeit unseres politischen Systems. Ich habe wiederholt bedauert, daß die Behandlung des Antrages auf Beseitigung von Doppelabfertigungen, den ich über Einladung des sozialistischen Parteivorsitzenden hier eingebbracht habe, von der sozialistischen Mehrheitsfraktion in der letzten Legislaturperiode abgelehnt wurde. Ich hoffe jedoch, daß es so wie die Gespräche zwischen den drei Fraktionen derzeit laufen, möglich ist, eine faire und angemessene Regelung zu finden, die Ausnahmebestimmungen beseitigt und dem Gerechtigkeitssinn des Bürgers entspricht. Es wäre das ein wichtiger Beitrag zur Glaubwürdigkeit unserer politischen Systems. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir werden gerade auch im Dienste der Glaubwürdigkeit des politischen Systems unermüdliche Befürworter und Anwälte des Ausbaues der direkten Demokratie sein und der Stärkung der Kontrolle. Wir wollen einen gestärkten Rechnungshof, so wie es früher der derzeitige Rechnungshofpräsident verkündet hat. Wir wollen die stärkeren Kontrollrechte auch für das Parlament.

Ich habe den beiden anderen Fraktionen schon Ende der letzten Legislaturperiode angekündigt, daß wir in der ersten Hälfte dieser Legislaturperiode Vorschläge für eine Geschäftsordnungsreform im Sinne der Stärkung parlamentarischer Kontrollrechte machen werden. Ich sage es ganz offen, meine Damen und Herren: Es soll in Hinkunft ganz unmöglich sein und würde in älteren europäischen parlamentarischen Demokratien als unmöglich empfunden werden, daß eine Mehrheit eine Untersuchung nur deswegen unterbricht, weil ihre eine parlamentarische Untersuchung unangenehm ist. Das ist mit unserem Selbstverständnis unvereinbar! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Wir wollen mehr Respekt für Volksbegehren, indem bei einer bestimmten Unterschriftenanzahl zwingend eine Volksabstimmung stattfindet.

Wir wollen wirksame Maßnahmen — auch das gehört zur Selbstbescheidung der Parteien, von der ich heute gesprochen habe — im Bereich der Personalentscheidungen, auch

der Wohnungswirtschaft. Existentielle Bedürfnisse der Menschen nach einem Arbeitsplatz, nach der Wohnung sollen von der Zugehörigkeit zu einer politischen Partei unabhängig sein. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Ich möchte damit etwas sagen und fairerweise hinzufügen: Das ist sicherlich ein langer Weg, hier wird sich sicherlich jede Partei anstrengen müssen. Für mich liegt ein bißchen Optimismus darin, daß man zumindest im privaten Gespräch in jeder in diesem Haus vertretenen Partei Abgeordnete findet, die es als mit dem Selbstverständnis von Demokratie unwürdig beurteilen, daß jemand einer Partei nur deswegen beitritt, weil er das natürliche Bedürfnis hat nach einer Wohnung oder sich um einen Arbeitsplatz bemüht. Diese Praxis muß geändert werden! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Wir werden daher nicht nur für ein Persönlichkeitswahlrecht ... (Zwischenruf bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Es war ein Zwischenruf, ich habe ihn schon gehört. Das ist so der Politzyasmus, wissen Sie: Zum Konsum — dem Bürger muß man eben etwas sagen — verkündet der eine wie der andere.

Aber wenn die Diskrepanz zwischen dem, was hier — ganz gleich, von welcher Partei — verkündet wird und dem was getan wird, zu groß ist, dann werden sich die Menschen an diesem politischen System nicht mehr orientieren. Es gibt ohnehin zuviel junge Menschen, die sagen: Weg mit diesem politischen System!

Wir haben das bereits einmal in der Geschichte erlebt. Wir wollen es kein zweites Mal erleben. Das ist ein wichtiger Ansatzpunkt! (Beifall bei der ÖVP.)

Recht und Sicherheit werden für uns ein grundlegendes Anliegen sein. Es entspricht unserem Verständnis von Liberalität und Humanität, daß die Sicherheits- und Rechtspolitik in erster Linie dem weitaus überwiegenden Teil der gesetzestreuen Bevölkerung zu dienen hat und nicht dem Gesetzesbrecher. Auch das möchte ich hier sehr klar unterstreichen. Wir werden unsere Rechts- und Sicherheitspolitik sehr konsequent auf diese Zielsetzung ausrichten.

Wir sind in diesem Bereich zu neuen Wegen bereit, wenn diese neuen Wege primär die Gewißheit vermitteln, daß die Methoden und neuen Rechtswege mehr Sicherheit bedeuten

Dr. Mock

und nicht weniger Sicherheit bringen. Wir glauben, daß wir das mit einem Minimum an neuen Gesetzen bewältigen sollen. Was wir nicht brauchen, ist eine neue Gesetzesflut, mit der wir gerade in den letzten Legislaturperioden immer wieder konfrontiert wurden.

Ich habe vorhin gesagt, meine Damen und Herren: Es wird Aufgabe des neuen Justizministers sein zu zeigen, daß er sich bei der verschärften Bekämpfung des Drogenhandels durchsetzt. Es war hier ein Zwischenruf: Haben Sie die Regierungserklärung nicht gelesen? — Ich habe sie gelesen. Ich habe gesagt, daß ich manches, was dort steht, unterschreiben kann, daß manches in der Praxis bisher anders gehandhabt wurde und daß man vorsichtig sein muß mit irgendeinem Vorschuß.

Das ist eine Möglichkeit, Herr Justizminister Ofner, zu zeigen, ob Sie sich in dieser Regierung durchsetzen, oder ob auch Sie mittragen an dem sozialistischen Weg in der Rechts- und Sicherheitspolitik, der von Broda so stark in den letzten Jahren geprägt worden ist.

Die Bedeutung des Rechtssektors und vor allem die Unabhängigkeit der Richter ergibt sich bei uns, meine Damen und Herren, vom Gewicht, das wir der Gleichheit des Bürgers vor dem Gesetz zuordnen. Wir werden alles tun, um die Unabhängigkeit der Rechtssprechung zu sichern und zu verstärken.

Aber ich möchte hier auch bei diesem Kapitel meinen Respekt vor den Angehörigen der Exekutive zum Ausdruck bringen, die leider auf Grund der zunehmenden Verbrechen auch in einem erhöhten Ausmaß durch ihre Arbeit Gefahr laufen, Schaden an Gesundheit und Leben zu erleiden. Ich glaube, daß es angebracht ist, diesen Menschen den besonderen Dank auch von parlamentarischer Seite her zum Ausdruck zu bringen. (Beifall bei der ÖVP.)

Herr Bundeskanzler! Ich habe vorhin gesagt, daß man manches unterstreichen kann, was Sie gesagt haben, daß Sie sich insgesamt dazu bekannt haben, sozialistische Politik fortzuführen, daß hier ein Spannungsverhältnis liegt, das es nicht erlaubt, ein endgültiges Urteil abzugeben.

Wir bekennen uns zu sehr klaren Zielen und werden an diesen klaren Zielsetzungen auch Ihnen den Spiegel vorhalten.

Gelingt es Ihrer Regierung, die Vollbeschäf-

tigung zurückzuerobern, die Jugendarbeitslosigkeit zu beseitigen?

Gelingt es Ihrer Regierung, das jährliche Defizit des Budgets auf eine Formel, die Ihr früherer Staatssekretär Seidel entworfen hat, auf 2 ½ Prozent des Volkseinkommens, des Bruttonationalprodukts zu senken?

Gelingt es Ihrer Regierung, den Zuschußbedarf an die verstaatlichte Industrie einzudämmen und vor allem die gesamte Wirtschaft gleich zu behandeln, gleichgültig ob es sich um die private oder um die verstaatlichte Wirtschaft handelt? Gelingt es Ihnen, in der verstaatlichten Industrie eine Entwicklung zu ertragfähigen Betrieben einzuleiten?

Gelingt es dieser Regierung, das Realeinkommen der Bevölkerung zu sichern?

Gelingt es, die Insolvenzwelle bei Klein- und Mittelbetrieben zu brechen?

Gelingt es dieser Regierung, Renten und Pensionen zu garantieren?

Gelingt es endlich, die Bundesbahnen zu sanieren?

Gelingt es, für Wohnungen zu sorgen, die man sich leisten kann und die man, wie ich vorhin gesagt habe, ohne Parteibuch bekommt?

Sind Sie in der Lage, das Bausparen wieder attraktiv zu machen und die Benachteiligung des Wohnungseigentums abzustellen?

Sind Sie in der Lage, den Straßenbau zu reorganisieren und wichtige Fernverbindungen fertigzustellen?

Wird es konkrete Fortschritte geben im Kampf gegen den sauren Regen, gegen die Verschmutzung von Luft und Wasser und für die Erhaltung der Naturreservate?

Uns so könnte man noch einiges aufzählen. Das, was ich genannt habe, habe ich klar formuliert, Herr Bundeskanzler. Sie haben auf diese Punkte keine klare Antwort gegeben!

Wir sagen Ihnen und der österreichischen Öffentlichkeit, mit welchen Maßstäben wir Ihre Politik messen wollen. Mehr können Sie sich von uns als einen fairen Maßstab nicht wünschen.

Meine Damen und Herren! Die Aufgaben zwischen den Parteien sind damit verteilt.

Dr. Mock

Insgesamt haben Sie die Absicht erklärt, den sozialistischen Weg der siebziger Jahre fortzusetzen. Das würde bedeuten: Hohe Schulden, höhere Schulden, höhere Steuern und höhere Arbeitslosigkeit. Sie haben einige Bemerkungen gemacht, die zu dieser generellen Feststellung im Widerspruch stehen. Dort, wo Sie die Politik ändern, gibt es Verhandlungsbereitschaft und gibt es auch einen Verhandlungsspielraum. Wir werden jedenfalls alles tun, um die Menschen zu überzeugen, daß wir in Österreich einen politischen Kurswechsel benötigen. Der zeigt sich vor allem in einem Steuerstopp und darin, daß Sparsamkeit wieder Vorrang vor Verschwendug erhält und daß die Rückeroberung der Vollbeschäftigung ein Ziel bleibt, das Sie inzwischen aufgegeben haben.

Wir werden, meine Damen und Herren, uns auch bemühen, daß wir mit unseren Möglichkeiten als parlamentarische Opposition der Vision vom selbständigen Menschen wieder ein Stück näher kommen, dem Bürger, der in einem geordneten Staatswesen soviel wie möglich mitgestalten kann, im Rahmen einer direkten Demokratie, die wir ernst nehmen, im Rahmen unternehmerischer Initiative und der betrieblichen Mitbestimmung, im Rahmen flexibler Arbeitszeitmodelle, im Rahmen der Mitverantwortung bei der Gestaltung der natürlichen Umwelt, im Rahmen der Bildung von persönlichem Eigentum.

Wir werden alles tun, damit sich die Menschen in diesem Land nicht als Untertanen, sondern als selbständige und mündige Bürger fühlen und sich daher mit unseren politischen Vorstellungen identifizieren. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Österreichische Volkspartei, meine Damen und Herren, stellt sich den konkreten politischen Zielen und stellt sich dieser politischen Vision mit selbstbewußter Zuversicht als alleinige Opposition. Als alleinige Opposition werden wir für alles arbeiten, was den Menschen dieses Landes in den nächsten Jahrzehnten neuen Optimismus und Glauben an unsere Demokratie und an Österreich gibt. (Langanhaltender lebhafter Beifall bei der ÖVP.) 10.11

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Wille.

10.12

Abgeordneter Wille (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Einmal wurde gesagt: Du steigst nicht zweimal in denselben Fluß!

Ich glaube, daß diese Weisheit heute beträchtlich einzuengen ist, weil ich über weite Strecken den enttäuschenden Eindruck hatte, wir befinden uns bei der letzten Regierungsdebatte. Ich würde sehr darum bitten, daß wir Begriffe wie „Verrat“ einer gründlicheren Prüfung unterziehen. (Abg. Dr. Mock: Das Wort ist überhaupt nicht vorgekommen!)

Die FPÖ hat Verrat betrieben. (Heiterkeit bei der ÖVP. — Ruf bei der ÖVP: Die Annahme liegt nahe, aber das Wort . . . !) Ich möchte Ihnen sagen: Wer nach Koalitionsverhandlungen behauptet, daß einer der Partner Verrat an den Wählern begangen hätte, der unterstellt das logischerweise natürlich auch dem zweiten mit der gleichen Berechtigung.

Seit 25 Jahren nehme ich an Verhandlungen teil, bei denen nie das erreicht wurde, was wir eigentlich angestrebt haben, und seit 25 Jahren — ich könnte Ihnen Bände zeigen — habe ich immer wieder registriert, daß wir die Verräter seien. Vom ersten Tag meiner Tätigkeit an. Ich habe diese Zeitung noch gut in Erinnerung.

Ich glaube aus diesem Grunde, daß die Begriffe — ich werde darauf zurückkommen — klarer und sauberer sein sollen, denn daß die ÖVP nicht zu den Verrätern zu zählen ist, ist einfach darauf zurückzuführen, daß sie keine Koalitionsverhandlungen zu Ende geführt hat. (Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.) Jeder, der einen Partner sucht, und jeder, der einen Weg mit einem zweiten Partner gehen will, der wird logischerweise von seinen Versprechungen Abstriche zu machen haben.

Und ich verstehe auch überhaupt nicht — ich gehe nicht auf Privilegien und Einheitswerte und Mindestrentenerhöhung ein; da gibt es eine Kette, eine Kette von falschen Darstellungen! — und möchte meiner Verwunderung Ausdruck geben, daß ausgerechnet jene Aussage unseres Parteivorsitzenden während des letzten Parteitages so verdächtig klingt, mit der Kreisky zum Ausdruck gebracht hat, sein Leben hat Sinn und Inhalt nur durch diese Partei bekommen. Ein ganzer Parteitag hat dem Bundeskanzler in einer geradezu überwältigenden Weise dafür gedankt, daß ein Mensch in seiner Arbeit und in seiner Gesinnung und in seiner Idee aufgeht. Und wenige Tage später unterstellt man ihm, daß dem Bundeskanzler nichts wichtiger ist als die Partei. Denken wir mehr nach!

Ich möchte heute versprechen, das Wort

Wille

„Glaubwürdigkeit“ in diesem Hause so wenig wie möglich in den Mund zu nehmen, aber ich werde mich bemühen, jeden davon zu überzeugen, daß es mir um die Glaubwürdigkeit geht, gleich, ob er rechts oder ob er links sitzt. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Nun zum eigentlichen Thema, zur Regierungserklärung, die im Grunde genommen ja das Arbeitsprogramm dieser Bundesregierung ist. Ich glaube, daß die heutige, erste Besprechung in Wahrheit vier Jahre andauern wird. Wir werden nun voraussichtlich vier Jahre diese Regierungserklärung und dieses Arbeitsprogramm, das natürlich in vieler Hinsicht unvollständig und nicht genügend konkret ist, besprechen, und wir werden aus diesem Grunde eine Debatte, ein Gespräch führen, das lange dauert.

„Wenn Sie ein Gespräch mit mir wünschen, dann definieren Sie Ihre Begriffe“, meinte Voltaire, als er bereits dabei war, ein ganzes Jahrhundert mit seinem Geist zu durchdringen. Diese Forderung ging auf die alte griechische Philosophie, auf Aristoteles zurück, der den Geist der Menschen „zuchtlos und verworren“ nannte und sogar Plato den Vorwurf machte, daß er eine „ungestüme und unklare Seele“ sei. Aristoteles meinte, mit der Logik der Debatte sollten wir die Kunst des richtigen Denkens erlernen (*Zwischenruf bei der ÖVP*), und die Kunst des richtigen Denkens erfordert einfach die richtige Definierung der Begriffe.

Wenn es uns gelingt, klarer zu sein, dann wird es uns auch gelingen, endlose Debatten auf überschaubare Gespräche zu verkürzen, dann wird uns auch eine Konzentration unserer großflächigen Diskussionen gelingen, und wir werden eher auf den „Kern der Sache“ kommen. Wir werden auf diese Weise die Zeit nützen und sie nicht totschlagen und wir werden unsere Kraft für unsere Aufgaben nützen.

Eine Debatte, ein Gespräch wird immer auch Kritik bedeuten, und Kritik heißt auch Selbtkritik.

Einer der großen österreichischen Philosophen, der bereits in der Regierungserklärung zitiert wurde, nämlich Karl Popper, schrieb zwölf Thesen zur Berufsethik, und ich würde es allen Abgeordneten nahelegen, wirklich diese zwölf Thesen zu studieren.

Die These 10 lautet: „Wir müssen uns klarwerden, daß wir andere Menschen zur Entdeckung und Korrektur von Fehlern brauchen (und sie uns); insbesondere auch Men-

schen, die mit anderen Ideen in einer anderen Atmosphäre aufgewachsen sind.“

These 11: „Wir müssen lernen, daß Selbtkritik die beste Kritik ist; daß aber die Kritik durch andere eine Notwendigkeit ist. Sie ist fast ebensogut wie die Selbtkritik.“

These 12: „Rationale Kritik muß immer spezifisch sein: Sie muß spezifische Gründe angeben, warum spezifische Aussagen ... falsch zu sein scheinen oder spezifische Argumente ungültig sind.“

Und damit, glaube ich, kann ich zu einem weiteren Begriff, nämlich zum Begriff der Krise kommen, zum zentralen Problem unserer Auseinandersetzungen. Wir sagen auch in der Regierungserklärung: Seit 1975 stecken wir in der größten Weltwirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren. Ich glaube, wir sollten fragen: Was ist denn das?

Wir belegen diese Behauptung mit einem Wachstum in der OECD von nur ungefähr zwei Prozent, mit einer Inflationsrate in der OECD von zehn Prozent und mit einer Arbeitslosenrate in der OECD von ebenso zehn Prozent. 35 Millionen Menschen sind arbeitslos. Allein in den letzten fünf Jahren ergab das eine Verdoppelung oder eine Zunahme der Arbeitslosigkeit fünf Jahre lang monatlich um 380 000. Die Staatsschulden haben überall zugenommen, die Defizite waren nicht wegzubringen.

Dennoch ist dazu aber zu sagen: Die Industrienationen produzieren heute zuviel Getreide, Milchseen und Butterberge entstehen, Stahlquoten werden verhängt, und eine Ölschwemme verdeckt die sogenannte Ölkrise. Neue Industrien entstehen, neue Technologien und Methoden treiben die Produktion voran. Die Wissenschaft, nach Popper die größte menschliche Leistung, war in der Geschichte noch nie so überzeugend wie heute.

Daher meine ich: Die Krise, in der wir stecken, ist zwar die größte Krise seit den dreißiger Jahren, aber sie ist in keiner Weise vergleichbar mit der Krise der dreißiger Jahre. Sie ist ein völlig neues Phänomen und eine völlig neue Herausforderung.

Ein Wachstum von zwei bis drei Prozent ist keine Depression. Nach Koren, nach Fürst, nach Kramer bis hin zu Forester — nach wem eigentlich nicht? — ist ein Wachstum in dieser Größenordnung eine positive Entwicklung. Ein zweiprozentiges Wachstum führt zu einer

Wille

Verdoppelung unserer nationalen Leistung in 35 Jahren und ein dreiprozentiges bereits in rund 26 Jahren.

Wir haben keinen Grund zum Jammern, sondern wir haben zu fragen: Wo liegen die wirklichen Probleme dieser Krise? — Ich meine, diese Krise ist vor allem eine Strukturkrise, aber nicht eine Strukturkrise allein der Wirtschaft, sondern eine Strukturkrise auch aller staatlichen Einrichtungen, so des Budgets, der Sozialversicherung, des Verkehrs. Alle Glieder einer Gesellschaft sind dieser Strukturpolitik zu unterziehen, damit die Gesellschaft wieder ihre Glieder findet und im Gleichgewicht zu stehen vermag.

Ich meine daher: Wir sollten Rechte und Pflichten, Einnahmen und Ausgaben, Steuern und Subventionen, Beiträge und Leistungen überprüfen. Sie brauchen entsprechend dieser neuen Wirtschaft ein neues Gesicht. Darum scheint es uns zu gehen. Die Krise ist demnach ein hartnäckiges Mißverständnis. Wir wissen zwar, daß die neuen Wachstumsraten nicht wie die alten Wachstumsraten sein können, wir scheuen uns aber, diesen neuen wirtschaftlichen Wachstumsraten alle übrigen Wachstumsraten in die Gesellschaft zu unterwerfen. Ein Wachstum von zwei bis drei Prozent macht uns alle Tage ganz beträchtlich reicher und nicht ärmer.

Aus diesem Grunde meine ich zudem: Sollten hier Mißverständnisse auftreten über unsere eigene Politik im eigenen Land, dann möchte ich schon klarstellen, daß diese verhältnismäßig erfolgreich verlaufen ist. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Die OECD erbringt gegenwärtig eine Wirtschaftsleistung von rund 8 000 Milliarden Dollar jährlich, Österreich eine von 70 Milliarden. 0,9 Prozent der Leistung der OECD entfällt somit auf Österreich. Damit ist hinlänglich belegt, daß wir nicht zu den Wirtschaftsführern zählen, sondern die Konjunkturnehmer der anderen sind. Wenn wir bei der Frage Wachstum, bei der Frage Inflation, bei der Frage Arbeitslosigkeit, bei der Frage Leistungsbilanz, ja sogar bei der Frage Defizite, also bei allen magischen Größen der Nationalökonomie, olympische — olympische! — Ergebnisse erzielt haben, dann soll uns das nicht stolz machen, aber wir haben auch keinen Grund, den Mut zu verlieren.

Ich möchte damit nur sagen, wir sollten endlich zur Kenntnis nehmen: Österreich ist kein absolutes Maß. Wir sind ein Teil, noch dazu ein kleiner Teil, der westlichen Welt und der westlichen Wirtschaften.

In der Regierungserklärung wird noch nicht genügend sichtbar, wo überall und in welchem Maße die Sparmaßnahmen wirksam werden und in welchem Maße die Steuererhöhungen die Staatsquote verändern werden.

Wir haben in den letzten Jahren eine Staatsquote von 42 Prozent erreicht, und es passiert immer wieder, daß wir einfach blind klagen, diese Staatsquote wäre zu hoch. Möglicherweise ist sie es. Aber wenn wir zu dieser Überzeugung gelangen sollten, dann haben wir klar zu antworten, wo und wie sie zu reduzieren ist. Jedenfalls, von diesen 42 Prozent entfallen auf den Bund 19 Prozentpunkte, aber er gibt der Sozialversicherung gleich 3 Prozentpunkte. Auf die Sozialversicherung entfallen 12 Prozentpunkte, sie bekommt aber vom Staat noch 3 Prozentpunkte, hat also 15 Prozentpunkte. Die Gemeinden, die Länder und sonstigen Einrichtungen — das sind die Kammern — haben 11 Prozentpunkte.

Das heißt erstens: Die Sozialversicherung hat heute nahezu denselben Stellenwert wie der Bund. Das heißt zweitens: Die Rolle des Bundes kann eben nur die Rolle eines Teiles sein und nie die Rolle des Ganzen. Wir haben dem Bund nicht anzulasten, was wir alle miteinander konsumieren, weil das einfach unfair wäre. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Lassen Sie mich aus diesem Grunde auch einige wenige Worte zur sogenannten Belastung sagen, die wir dem Österreicher täglich immer wieder einreden. Wir wissen alle, daß Steuern einfach zu bezahlen sind. Aber seit 1978 sind die Steuern auf das Einkommen von rund 10 Prozent lediglich auf rund 11 Prozent angestiegen, also um einen Prozentpunkt während der Krisenjahre. Die Verbrauchssteuern sind mit 12 Prozent, gemessen am Bruttonationalprodukt, gleichgeblieben. Die Vermögensteuer ist mit rund einem Prozentpunkt während der Krisenjahre gleichgeblieben.

Wir dürfen uns nicht Entwicklungen suggerieren, die tatsächlich keine so arge Belastung darstellen. Dabei sollten wir bei den sogenannten Belastungen auch sehen, welche Leistungen den Belastungen gegenüberstehen, und eben abwiegen, was uns lieber ist. Insgesamt gesehen glaube ich sicher, daß ein mögliches Nettodefizit von 60 Milliarden Schilling bei einem Bruttonationalprodukt von 1 200 Milliarden Schilling einfach zu hoch ist. Das sind fünf Prozent, und wir werden alles tun müssen, um diese Schuldenlast nicht ansteigen zu lassen. Aber ich erlaube mir auch den Hinweis, daß auf Grund der letzten

Wille

OECD-Prüfung das Nettodefizit 1981 in Österreich rund 2,2 Prozent betragen hat, während es in der europäischen OECD 4,1 Prozent ausmachte.

Wir sehen aus diesem Grunde, daß in weiten Bereichen einfach eine gesellschaftliche Neuordnung notwendig ist. Zur Sicherung des qualitativen Wachstums — was wir darunter verstehen, werden wir genauer definieren müssen —, zur Neustrukturierung der gesellschaftlichen Einrichtungen und vor allem zur Verhinderung der Arbeitslosigkeit. Dazu wird auch die Arbeitszeitverkürzung zählen. Ich begrüße sehr, daß die Sozialpartner aufgefordert und eingeladen sind, diese Frage ernstlich zu behandeln. Jedenfalls ist heute sichtbar, daß die Arbeitslosigkeit ohne Investitionen in Europa zu höheren Schulden geführt hat als die Investitionen bei Vollbeschäftigung in Österreich!

Schließlich zu einigen Fragen, die uns bei der Lösung der Probleme helfen werden. Da nenne ich in erster Linie die Partnerschaft. Ich mache aber nicht nur den Hinweis auf die Sozialpartner, sondern ich möchte vor allem einmal den Hinweis machen, daß die Arbeiterbewegung in den wenigen Jahrzehnten, in denen sie zum Träger dieser Gesellschaft geworden ist, den Ausgleich mit der Wirtschaft gefunden hat, den Ausgleich mit der Kirche gefunden hat, den Ausgleich mit der Wissenschaft gefunden hat und schließlich auch den Ausgleich mit dem Bundesheer. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Wenn es heute einen Träger dieser Gesellschaft gibt, dann ist es vor allem die Arbeiterbewegung. Ich möchte aber in diesem Zusammenhang sagen, daß eine weitere Frage für uns sehr wichtig ist, nämlich die Frage, wie wir es mit der Zusammenarbeit der Parteien halten. Ich glaube auch da, daß es keine Alternative gibt, auch nicht in diesem Haus. Wenn wir eine vernünftige Arbeit bewältigen wollen, dann bedürfen wir auch in diesem Haus der Zusammenarbeit der Parteien, selbst wenn wir in eine Regierungsfraktion und in eine Fraktion der Opposition unterteilt sind, weil ich der Meinung bin, daß wir das einfach der Öffentlichkeit und den Menschen schuldig sind.

Ein weiterer schwerwiegender Grund, warum die Zusammenarbeit erleichtert werden wird, wenn wir von Phrasen Abstand nehmen, ist die Tatsache, daß wir alle die wirtschaftlichen Grundauffassungen miteinander teilen. Ob wir Sozialisten, Konservative oder Liberale sind — wir alle bekennen uns doch

nach einem langen Lernprozeß der letzten Jahre zur gleichen Wirtschaftsverfassung.

Die Partnerschaft der Staatsindustrie und der Privatindustrie wird ja nicht in Frage gestellt; niemand verlangt eine weitere Verstaatlichung, aber es verlangt auch niemand eine weitere Privatisierung. Wenn wir von Einzelfällen absehen, können wir sagen, daß es hervorragende Leistungen der österreichischen Wirtschaft zweifelsfrei in der Privatwirtschaft und zweifelsfrei in der Staatswirtschaft gibt, und dabei kann es bleiben.

Ich möchte also sagen: Wenn ein Staat wie der unsere von starken Parteien getragen wird, wenn ein Staat wie der unsere die Großbanken verstaatlicht hat, die Grundindustrien verstaatlicht hat, die E-Wirtschaft verstaatlicht hat, wenn es weite Bereiche von Genossenschaften gibt, dann kann einfach von Kapitalismus nicht mehr die Rede sein; der Kapitalismus ist in unserem Staat zur Legende geworden.

Es wäre aber ebenso eine Legende, wenn man die Behauptung aufstellen möchte, wir hätten zuviel Staats- und zuviel Verwaltungswirtschaft. Was wir brauchen, ist ein sinnvolles Miteinander dieser Bereiche, und dieses Miteinander ist ein Grundstein für den sozialen Frieden. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Diese Tatsachen, glaube ich, erschweren nicht nur die plakative Profilierung der demokratischen Parteien, sondern verhindern sie. Die Farben Rot, Schwarz und Blau sind alle freundlicher geworden. Je schreiner heute Farben leuchten, umso schrecklicher werden sie von der Gesellschaft empfunden.

Die Massengesellschaft, in der heute 85 oder 90 Prozent aller Erwerbstätigen als Arbeitnehmer organisiert sind, darf aber nicht populistisch sein. Die Großgruppen dürfen nicht nur an sich selbst denken. Die arbeitenden Bauern mit ihrem 8 Prozent-Anteil, die Unternehmer mit ihren wenigen Prozent — insgesamt mit den Bauern nur 15 Prozent aller Erwerbstätigen —, die Intellektuellen und die Künstler, sie alle bilden einen besonderen Reichtum unserer Gesellschaft und haben das volle Recht darauf, in derselben Weise berücksichtigt zu werden, wie das die großen Gruppen für sich beanspruchen.

Ich meine, wenn wir unserer Gesellschaft ein humanes Gesicht geben wollen, dann müssen die Parteien alle diese Gruppen berücksichtigen.

Wille

Zur Arbeit hier im Parlament möchte ich wenige Worte sagen. Ich war vier Jahre Obmann eines Ausschusses, der mit einer faszinierenden und selbstbewußten Frau zusammen gearbeitet hat. Dennoch war es in unserem Ausschuß üblich, alle Regierungsvorlagen im wesentlichen nur deshalb abzuändern, damit wir den Oppositionsparteien eine Zustimmung ermöglichen; das war auch eine Art von Koalition. Ich glaube, es sind die schönsten Stunden des Parlamentarismus, wenn hinter verschlossenen Türen in einer so überzeugenden und sachlichen Weise die Probleme gelöst werden. Aus diesem Grunde bedauere ich es, daß die Arbeit hier im Plenum so stark unterschiedlich ist. Wir suchen viel zu oft glänzende Reden mit schäbigen Beweisen, und wir reden zuviel, und wir reden zu lang, und wir langweilen uns. Denken wir doch gemeinsam darüber nach, ob und wie wir das ändern können.

Und noch ein Hinweis: Da oder dort ist der Glaube entstanden, daß einige Abgeordnete für die Dreckarbeit der anderen oder „Vorden“ berufen wären. Ich glaube, politische Dreckarbeit ist für den Jüngsten genauso unvertretbar wie für den Hintersten. Jeder, der hier eine Gesinnung zu vertreten hat, der soll sie mit seinem vollen Namen vertreten. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Schließlich komme ich zum Schluß und möchte sagen: Wir stehen ja eigentlich erst am Anfang einer neuen Arbeit! „Wir schauen vorwärts und schauen zurück und sehnen uns nach dem, was nicht ist“, sagt Plato und nennt diese Sehnsucht „Utopie“. Diese Sehnsucht ist sicher nicht immer ergebnislos, denn so manchem Traum sind Flügel gewachsen und er begann zu fliegen. Und wie? — Ikarus. Plato sagt, wenn wir Utopien entwerfen, zeichnen wir ein Bild, ein Vorbild, und dieses steht am Himmel als Muster, und jeder kann es sehen, der sich danach richten will. Unsere Utopie heißt: Österreich morgen! In Sicherheit und Freiheit! (Anhaltender Beifall bei SPÖ und FPÖ.) ^{10.39}

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Peter.

^{10.40}

Abgeordneter Peter (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir Freiheitlichen waren in den Jahren und Jahrzehnten unserer Oppositionstätigkeit stets der Überzeugung, daß staatspolitische Verantwortung unteilbar ist, ungeachtet des Umstandes, ob eine Partei einen Regierungs- oder einen Oppositionsauftrag zu erfüllen hat. In dieser

Überzeugung war und ist die Tatsache begründet, daß sich eine Partei der staatspolitischen Gemeinsamkeiten nicht nur nicht entziehen darf, sondern daß sie denselben gerecht zu werden hat.

So haben wir Freiheitlichen vor allem die Außen-, Friedens-, Entspannungs-, Sicherheits- und Währungspolitik stets als Bestandteile solcher staatspolitischer Gemeinsamkeiten betrachtet und daher immer den größten gemeinsamen Nenner mit den beiden anderen Parteien dieses Hohen Hauses gesucht. Davon, meine Damen und Herren, werden wir Freiheitlichen uns auch in Zukunft leiten lassen.

In gleicher Weise waren wir auch darauf bedacht, eine Schwarz-Weiß-Malerei zwischen Regierung und Opposition zu vermeiden. Unter anderem auch deswegen, weil es falsch wäre, alle Positiva für die Opposition zu beanspruchen und alle Negativa zu Lasten der Regierung zu Buche zu schlagen. Wann immer sich der Freiheitlichen Partei die Frage der Mitbestimmung und Mitverantwortung auf parlamentarischer Ebene stellte, hat sie sich dieser Möglichkeit nicht entzogen, sondern dieselbe wahrgenommen und die Last mit dem Partner gemeinsam getragen.

Hohes Haus! Die Ereignisse um die Nationalratswahlen vom 1. März 1970 fügten es, daß der Partner dabei schwerpunktmäßig die Sozialistische Partei war. Das bedeutet aber nicht, daß wir der ÖVP-Alleinregierung von 1966 bis 1970 gegenüber in Ablehnung verharrt hätten. Im Gegenteil! Die parlamentarische Kooperationsbereitschaft der Freiheitlichen gegenüber der Regierung Klaus formulierte ich bei der Debatte über die Regierungsbildung am 22. April 1966 so:

„Wir Freiheitlichen beabsichtigen weder die Bundesregierung mit Vorschußlorbeeren zu bedenken, noch ihren Bemühungen dort ein unabdingbares Nein entgegenzusetzen, wo sie in Einzelfragen Lösungsvorschläge unterbreitet, die dem Wohle Österreichs dienen und mit freiheitlichen Zielsetzungen übereinstimmen.“

Als Parteiobermann der Freiheitlichen — das war ich damals — „verbürge ich mich meinen Wählern dafür, daß wir alle Bemühungen auf parlamentarischer Ebene unterstützen werden, die im Interesse der Demokratie und unserer Republik notwendig sind.“ — Ende des Zitates.

So ließ uns eben die ÖVP-Alleinregierung

Peter

von 1966 bis 1970 im Regen stehen und gab uns, nach damals 21 Jahren großer Koalition, keine wie immer geartete Chance, aus dem politischen „Austragsstüberl“ herauszukommen.

Meine Damen und Herren! Es ist müßig, die Frage aufzuwerfen, wie anders die Politik in den siebziger Jahren verlaufen wäre, wenn Dr. Klaus sich nur einigermaßen ein Gespür für Proportionen und Realitäten bewahrt hätte.

Es hätte heute auch wenig Sinn, meine Damen und Herren, sich rückschauend mit jener Barriere zu beschäftigen, welche Bundeskanzler Dr. Klaus am Wahlabend 1970 zwischen der Österreichischen Volkspartei und der Freiheitlichen Partei errichtet hat. Diese Barriere hat heute bereits zeitgeschichtlichen Charakter und wird zum gegebenen Zeitpunkt von den Historikern zu beurteilen sein.

So begann 1970 nicht nur der Weg der Freiheitlichen aus dem parteipolitischen Ghetto, sondern auch jener der parlamentarischen Mitgestaltung. Dieser Bogen reicht von den Verhandlungen zur Zustimmung zum Budget 1971 über die Einführung der Mehrwertsteuer bis zur Annahme einzelner Budgetkapitel in der Zeit der sozialistischen Mehrheitsregierung.

In den siebziger Jahren wurde uns Freiheitlichen Sinn und Bedeutung einer differenzierteren Opposition voll und ganz bewußt.

Meine Damen und Herren! Wer sich für den Fall des Verlustes der absoluten sozialistischen Mehrheit als Juniorpartner der SPÖ profilieren wollte, konnte und durfte nicht auf eine klare Differenzierung seiner Oppositionsfunktion verzichten. Der mußte aber ebenso erkennen, daß es in der Härte und Schärfe der Auseinandersetzung Grenzen gibt, die weder im parlamentarischen Alltag noch in der heißen Phase des Wahlkampfes überschritten werden dürfen.

Daran habe ich mich als seinerzeitiger Bundesparteiobmann der Freiheitlichen Partei stets gehalten, und mir ist es heute eine besondere Genugtuung, daß sich Bundesparteiobmann Dr. Steger als Repräsentant der nachrückenden Generation in der FPÖ diesen Grundsatz ebenfalls zu eigen gemacht hat.

Meine bald dreißigjährige Erfahrung lehrt, daß sich Korrektheit, Vertrauen und vor allem Fairneß in der Politik auf weite Sicht immer bewähren. Auf Grund dieser Erfah-

rung bitte ich meine jungen Freunde in der Fraktion, diesen Grundsatz nie aus dem Auge zu verlieren. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Trotz aller Verschiedenartigkeit der Standpunkte hat sich zwischen SPÖ und FPÖ in den zurückliegenden Jahren ein Stil der parlamentarischen Zusammenarbeit auf einer korrekten und vertrauensvollen partnerschaftlichen Grundlage entwickelt. Dadurch haben zwei Parteien mit verschiedenen Programmen und unterschiedlichen Zielsetzungen Gesprächsvoraussetzungen geschaffen, deren eben die Demokratie bedarf, wenn keine absolute Mehrheit einer Partei vorhanden sein sollte. Daß die Freiheitliche Partei dafür dem Herrn Altbundeskanzler Dr. Kreisky Dank schuldet, darf in der Debatte über die Regierungserklärung eines sozialdemokratisch-freiheitlichen Regierungsbündnisses nicht unerwähnt bleiben. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Hohes Haus! Ich bekenne mich zu der gestern vom Herrn Bundeskanzler Dr. Sino-watz wiederholten Feststellung des Herrn Präsidenten Benya, daß mit diesem Regierungsbündnis ein neuer Abschnitt in der Geschichte der Zweiten Republik eingeleitet wird. Die Bedeutung dieses historischen Ereignisses kann uns die Österreichische Volkspartei mit dem Seitenhieb auf die „Koalition der Verlierer“ bestimmt nicht vermeiden.

Ich gebe zu, daß sich besonders in der Politik mit Worten trefflich streiten läßt. Herr Kollege Dr. Mock, mir ist aber heute gar nicht nach Streit mit der Opposition zumute. Zu viele Jahre habe ich persönlich das karge Brot der politischen Opposition gegessen, daher ist mir gerade in dieser Stunde jede Retourkutschentaktik in der Seele zuwider.

Herr Dr. Mock, ich will vielmehr die ÖVP in aller Sachlichkeit an jenes Wahlergebnis erinnern, mit dem sie unter Julius Raab am 22. Februar 1953 konfrontiert worden war. Damals erhielt die Sozialistische Partei mehr Stimmen als die Österreichische Volkspartei. 1 818 517 Stimmen entfielen auf die SPÖ, das waren 42,1 Prozent, die ÖVP erhielt 1 781 777 Stimmen, das waren 41,3 Prozent. Die ÖVP verlor damals drei Mandate, hatte aber mit 74 Mandaten ein Mandat mehr als die Sozialistische Partei, die mit 73 Mandaten aus dieser Wahl hervorgegangen ist.

Ich kommentiere das Wahlergebnis vom 24. April 1983 mit jenem lapidaren Satz, mit dem der damalige ÖVP-Bundesparteiobmann

Peter

Ing. Julius Raab das Wahlergebnis vom 22. Februar 1953 kommentiert hat, mit dem Satz nämlich: „Gwunna hama.“ „Gwunna hama und darüber freun wir uns“, meine Damen und Herren. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Das „Kleine Volksblatt“, der ÖVP sicher bekannt, schrieb dazu am 24. Februar 1953: „Der Bundesparteiobmann der ÖVP, Minister a. D. Ing. Julius Raab, sagte unter anderem“ — ich zitiere Raab —: „Die Bevölkerung hat uns, wenn auch nur mit einem Mandat Mehrheit, das Vertrauen ausgesprochen, woraus sich für uns die Verpflichtung ergibt, unsere Politik fortzusetzen.“ Das war vor 30 Jahren! Die Gunst der Wahlarithmetik war 1953 auf Seite der Österreichischen Volkspartei. (*Zwischenrufe der Abg. Dr. Mock und Dr. Taus.*) Nach 30 Jahren haben wir Freiheitlichen auch einmal gewonnen, Herr Dr. Taus! Warum sollte die Gunst der Wahlarithmetik nicht einmal auf freiheitlicher Seite sein? (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Wir befinden uns also, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, in einer guten Gesellschaft.

Der Germanist und Dichter Karl Simrock sagte einmal: „Glück läßt sich finden, Behalten ist Kunst.“ Dr. Steger hat das Glück gefunden. Daß er es auch behält, darin werden wir Freiheitlichen ihn nachhaltig unterstützen. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.* — *Zwischenruf des Abg. Dr. Mock.*) Herr Dr. Mock, ich komme schon wieder zu Ihnen.

Zur Auflockerung darf ich an dieser Stelle, meine Damen und Herren, zwei Wahltipps zitieren. Den falschen von Dr. Mock laut „Kurier“ vom 21. Dezember 1982 — ich zitiere —: „Ich kann mir als erste Etappe die relative Mehrheit der ÖVP im April 1983 und vier Jahre später die absolute“ Mehrheit der ÖVP „vorstellen . . .“ Ende des Mock-Zitates.

Der richtige Wahltip stammt laut „Conturen“, Heft 2, 1980, von mir. Ich sagte damals: „Wenn ich heute ein Wahlziel für 1983 formulieren müßte, würde ich dem Bundesparteiobmann Dr. Steger folgendes Wahlziel stellen: Du mußt 1983 unbedingt die elf Mandate, die wir heute haben, halten, und ein zwölftes auf Kosten der SPÖ gewinnen.“

Meine Damen und Herren! Natürlich freue ich mich über die Bestätigung dieses Wunsches durch das Wahlergebnis vom 24. April 1983. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Hohes Haus! Ich kehre zurück zum Grundsätzlichen der Regierungserklärung. Das Regierungsbündnis der Sozialisten und der Freiheitlichen verfügt über eine stabile parlamentarische Mehrheit, 102 zu 81 Mandaten. Es stellt die größte Regierungsmehrheit seit dem Ende der großen Koalition dar. Darin sehe ich eine der Voraussetzungen dafür, einem schwierigen Regierungsauftrag in einer Zeit der ungelösten Probleme erfolgreich gerecht zu werden.

Dem Verantwortungsbewußtsein gegenüber kommenden Generationen ordnet diese Bundesregierung einen hohen Stellenwert zu. Gerade deswegen wird diese Bundesregierung besonders bemüht sein, nicht nur Entscheidungen für die Gegenwart herbeizuführen und Weichenstellungen für die Zukunft vorzunehmen, sondern, was mir besonders bedeutsam erscheint, im Miteinander mit allen Bevölkerungskreisen zeitgemäße Antworten auf ungelöste, aber auch auf neue Fragen zu finden.

Die Politik korrekt und sauber gestalten, die Gesellschaft menschlicher machen, am Bewährten festhalten und Neues hinzufügen, das sind Grundsätze des SPÖ- und FPÖ-Bündnisses, für deren Verwirklichung beide Parteien sicher mit allen Kräften eintreten werden. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Dies sind Grundsätze, die in einer fairen und konstruktiven Zusammenarbeit aller aufgeschlossenen Bürger mit Inhalt und mit Leben erfüllt werden sollen.

Ich bekenne mich namens der freiheitlichen Abgeordneten und aus persönlicher Überzeugung dazu, daß diese Bundesregierung mit Energie und Mut an die Erfüllung ihrer Arbeit herangeht,

daß diese Bundesregierung das Gemeinsame über das Trennende stellt und

daß diese Bundesregierung mit Demut der Größe ihrer Aufgabe gerecht zu werden versucht.

Der Regierungserklärung hinzufügen möchte ich, daß der Politiker in der Demokratie nicht die Funktion des Herrschenden und schon gar nicht die des Beherrschenden, sondern die des Dienenden gegenüber der res publica hat. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Der Sache des Volkes dienen, meine Damen

Peter

und Herren, ist ein elementarer Grundsatz dieser Republik, den dieses Regierungsbündnis nicht nur stets hochhalten, sondern auch praktizieren und in die Tat umsetzen wird! (*Neuerlicher Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich beschränke mich in meinen Ausführungen bewußt auf die grundsätzliche Stellungnahme der freiheitlichen Fraktion zur Regierungserklärung und vermeide daher das Eingehen auf die Zielsetzungen einzelner Ressorts ebenso wie das Abgleiten in eine Spezialdebatte.

Zum Grundsätzlichen der Politik dieser Bundesregierung gehört es — das muß herausgehoben werden —, die geistige und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit dieser Republik und ihrer Menschen auf allen Ebenen weiterhin zu gewährleisten und zu festigen.

Österreichs Wirtschaft hat Zukunft, weil deren Chancen vor allem in der mittelständischen und kleinbetrieblichen Struktur begründet sind. Daher begrüßen wir Freiheitlichen, daß die Bundesregierung den Erfordernissen der Industriepolitik die gleiche Bedeutung wie der mittelständischen Wirtschaft zuordnet und umgekehrt. Dabei wird zu bedenken sein — das hat der Generaldirektor der Kontrollbank Dr. Helmut Haschek in den letzten Tagen in Erinnerung gerufen —, daß die wahren Wachstumsmärkte nicht in der unmittelbaren Nähe unseres Landes, sondern in der weiten Welt, etwa in Lateiname-rika liegen.

Die schwierige Aufgabe der Wirtschaft wird es in diesem Zusammenhang sein, den sicher schmalen Weg zwischen dem, was möglich ist, und unseren Hoffnungen zu finden aber auch zu gehen. Da wird da und dort in der Wirtschaft das Einstellen auf neue, auf andere Dimensionen sicher notwendig sein.

Hohes Haus! Ich wende mich nun jenem Kompromiß zu, den die Sozialistische Partei und die Freiheitliche Partei für die Dauer dieser Legislaturperiode geschlossen haben und der mit einer der Grundlagen für die in Diskussion stehende Regierungserklärung darstellt. Es sei vorweggenommen, daß es Kritiker dieses Kompromisses — vor allem in der Österreichischen Volkspartei — gibt und sicher auch in Zukunft geben wird. Das kann und darf uns Freiheitliche aber nicht abhalten, uns zu diesem Kompromiß und zu seinem Inhalt in dem Geiste zu bekennen, den Gustav Freytag einmal so charakterisiert hat:

„Grundlage der Politik ist und bleibt der Kompromiß.“

Meine Damen und Herren! Wenn der Kompromiß die tragfähige Grundlage der bewährten Sozialpartnerschaft ist und außer Diskussion steht, dann kann, soll und darf er es auch für ein Regierungsbündnis der Sozialisten und der Freiheitlichen sein. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Hohes Haus! In dieser Regierungserklärung sehen wir Freiheitlichen ein Dokument gemeinsamen Wollens, aber auch einer gemeinsamen Verpflichtung für die gesamte Legislaturperiode, ohne daß einer der beiden Bündnispartner dabei seine politische Identität aufzugeben beabsichtigt oder aufgibt.

Das Funktionsprinzip dieser Bündnispartnerschaft lautet, und das soll klar und unmißverständlich heute unterstrichen werden: Der Kleine kann dem Großen nichts aufzwingen. Die Konturen der Proportionen sind mit dem 90 zu 12 klar gekennzeichnet.

Ich gebe zu, daß dies für beide Teile eine Frage des Augenmaßes und des politischen Fingerspitzengefühls ist, bin aber fest davon überzeugt, daß Persönlichkeiten wie Dr. Sino-watz und Dr. Steger zum gegebenen Zeitpunkt sicher die richtigen Antworten finden werden.

Dem Willen und Wollen der beiden Bündnispartner — und somit auch des Seniorpartners; hier möchte ich das Wort im Sinne von Erfahrung verstanden wissen — entspricht es, daß diese Koalition funktioniert. Und, meine Damen und Herren, funktionieren wird dieses Regierungsbündnis dann, wenn der Große auf den Kleinen Rücksicht nimmt und dessen Anliegen und Zielvorstellungen über seine Stimmen- und Mandatstärke hinaus zu respektieren bereit ist.

Herr Bundeskanzler! Ich danke Ihnen im Namen der FPÖ wie auch namens der freiheitlichen Abgeordneten, daß diese Bündnisphilosophie von Ihnen und dem Verhandlungskomitee der Sozialistischen Partei zur Grundlage unserer gemeinsamen Zusammenarbeit gemacht wurde. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.*)

Meine Damen und Herren! Solange diese Bündnispartnerschaft Grundlage unserer beiderseitigen Zusammenarbeit ist, so lange funktioniert auch diese Koalition. Davon bin ich fest überzeugt. (*Zwischenruf des Abg.*

Peter

Fachleutner.) Ebenso lange braucht uns aber auch um den Stil, Herr Fachleutner, dieser Zusammenarbeit sicher nicht bange zu sein.

Beiderseitiges Vertrauen — vielleicht heute in der Politik ein nicht immer gängiger Begriff — ist und bleibt einer der tragenden Grundpfeiler dieses gemeinsamen Regierungsbündnisses.

An der Stelle des Koalitionspaktes seinerzeitiger Prägung ... Herr Dr. Mock! An dieser Stelle sollten Sie aufpassen; sie ist Ihnen gewidmet. (*Abg. Graf: Er paßt immer auf, auch wenn Sie das nicht sehen!*) Danke für den Hinweis.

An der Stelle des Koalitionspaktes seinerzeitiger Prägung steht das der Öffentlichkeit vollinhaltlich dargelegte Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und FPÖ. Wer dies mit dem seinerzeitigen Koalitionsabkommen, wie Sie es heute taten, gleichsetzt, tut dies meines Erachtens wider besseres Wissen. (*Abg. Dr. Mock: ... mit den abgenützten Elementen des seinerzeitigen Koalitionsabkommens!*) Es sind keine „abgenützten Elemente“. Davon werden Sie sich im Laufe der nächsten vier Jahre überzeugen können! (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Hohes Haus! Ich komme zur Erläuterung dieses gemeinsamen Kompromisses nicht zuletzt auch deswegen, damit die Österreichische Volkspartei mehr Einblick in den Funktionsmechanismus dieses Bündnisses bekommt.

Das Prinzip der Einstimmigkeit von Ministerratsbeschlüssen ist Gewähr und Sicherheit dafür, daß der Kleine die Grenze der inhaltlichen und substantiellen Zumutbarkeit in diesem Regierungsbündnis nicht zu überschreiten braucht.

Das Kontaktkomitee wieder ist kein Routine-Instrument, sondern die Voraussetzung für das Funktionieren der Bündnispartnerschaft auf parlamentarischer Ebene. Ich persönlich betrachte das Kontaktkomitee als ein Koordinationsinstrument der Regierungspartner zur erfolgreichen Bewältigung bedeutsamer Materien und Probleme.

Zu den Aufgaben der Klubobmänner der SPÖ- und FPÖ-Fraktion gehört unter anderem die Obsorge für den klaglosen Ablauf des parlamentarischen Alltags. Diesem Auftrag werden Klubobmann Wille und ich im Hin-

blick auf unsere partnerschaftliche Grundeinstellung sicher gerecht werden.

In gleicher Weise werden wir um ein kollegiales und kooperatives Verhältnis mit dem und zum Klubobmann der Oppositionsfraktion über die zu erwartenden Auseinandersetzungen hinaus bemüht sein.

Meine Damen und Herren! Damit sind auch auf parlamentarischer Ebene die Weichen für das Funktionieren des sozialdemokratisch-freiheitlichen Regierungsbündnisses gestellt.

Zum Schlusse gebe ich meiner Freude und Genugtuung — wie könnte es anders sein — dahin gehend Ausdruck, daß nach den langen Jahrzehnten einer beschwerlichen Opposition zum erstenmal ein nicht zu übersehendes freiheitliches Element in der Bundesregierung integriert ist.

Meine Damen und Herren! Möge dem Kabinett Sinowatz—Steger vor allem die Entwicklung einer neuen Partnerschaft zwischen den Generationen, zwischen den erfahrenen Alten und den nachdrängenden Jungen in dieser Gesetzgebungsperiode in wesentlichen Ansätzen gelingen. Das wünsche ich diesem Kabinett aus ganzem Herzen. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Ebenso wird uns Freiheitlichen ein ganz besonders ernstes Anliegen die in der Regierungserklärung verankerte Überwindung simpler Denkmuster in der Politik sein, vor allem, meine Damen und Herren, die Überwindung von Feindbildern der Vergangenheit. Die Verbindung von Erfahrung und Ausblick sowie die Ausnutzung von Lebensweisheit und Phantasie könnten dabei, so wie es Bundeskanzler Dr. Sinowatz in der Regierungserklärung formuliert hat, von großem Nutzen sein.

Hohes Haus! Die freiheitliche Nationalratsfraktion wird diese Bundesregierung bei der Erfüllung und Verwirklichung dieser und anderer schwieriger Aufgaben mit allen verfügbaren Kräften unterstützen.

In diesem Sinne überantworte ich namens der freiheitlichen Fraktion dem Kabinett Sinowatz—Steger ein herzliches Glückauf. (*Lebhafter, anhaltender Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Der Redner schüttelt demonstrativ Bundeskanzler Dr. Sinowatz und Vizekanzler Dr. Steger die Hand.*) 11.05

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster

Präsident Mag. Minkowitsch

zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Graf. Ich erteile es ihm.

11.05

Abgeordneter Graf (ÖVP): Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Aus mehreren Gründen ist der heutige Tag sehr bemerkenswert, nicht nur, weil es diese Regierung gibt, sondern zu dieser Meinung kommt man auch dann, wenn man die Ausführungen der bisherigen Redner gehört hat. Ich würde unter dem Untertitel „Wissen Sie, woran mich das erinnert?“ sagen: Eine Großfamilie hat einen Sohn — das wäre der Herr Sinowatz, und eine kleine Familie hat eine Tochter — das wäre der Herr Steger. Beide Familien wünschen nicht, daß sie heiraten, aber nachdem sie diese Ehe erzwungen haben, kommen die Väter hierher und erklären, sie hätten das schon immer gewollt. — Das ist ungefähr, wenn Sie wollen, der Prätext dieser Erklärungen. (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.*) Aber dieser Vergleich ist das einzige, was mir daran Spaß bereitet. (*Abg. Precht: Das Burgenland hat einen großen Sohn, und der heißt Sinowatz!*) Ich weiß es. Es bedarf keiner Interpretation meines Verhältnisses zu Herrn Sinowatz, Herr Precht! Alles geschehen. Ich wende mich ernsteren Dingen zu. (*Heiterkeit bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Samwald.*) Herr Samwald! Ich wende mich anderen Dingen zu.

Die bemerkenswerte Tatsache an diesem Haus ist zuerst — und das möchte ich feststellen —: Es hat sich der frühere Herr Bundeskanzler, Dr. Bruno Kreisky, zwar ordentlich entschuldigt, es ist auch sein Recht als Abgeordneter, sich zu entschuldigen, aber, meine Damen und Herren, wenn es überhaupt etwas gibt, was das Verhältnis des Noch-Abgeordneten Kreisky zum Parlament zeigt, dann ist das seine heutige Absenz. (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Mühlbacher.*)

Herr Mühlbacher! Bevor Sie sich erregen — ich sage das, damit ich in Hinkunft von dieser Form von Zwischenrufen Ruhe habe, nicht daß Sie glauben, es stört mich; überhaupt nichts von dem, was Sie sagen, stört mich —, zitiere ich Ihnen jetzt etwas von Ihrem Noch-Vorbild Dr. Kreisky. Er sagte am 22. April 1966 — es war in der 4. Sitzung in der Zeit der Alleinregierung Klaus; ich zitiere wörtlich besonders für Sie, Herr Mühlbacher —: „So wenig wir es aber der Regierung oder uns selbst leicht machen werden, so ist es in der Demokratie niemals Sache der Regierung, zu entscheiden, wann die Opposition, mit der sie konfrontiert wird, konstruktiv und die Kritik,

die an ihr geübt wird, objektiv ist.“ — Kreisky. Richten Sie sich danach, Herr Mühlbacher! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich wiederhole gerne und noch einmal: Es ist bemerkenswert, aus welchem Grund immer, den ich ja respektiere, sich Dr. Kreisky entschuldigt hat, aber wenn heute die Diskussion über eine Masse stattfindet, die er als Erblasser der Regierung übergeben hat als Nachfolgerin und wenn diese Masse zwischen Ausgleich und Konkurs wohnt, dann hätte er, der Architekt dieser Regierung, sich die erste Tagsatzung hier anhören können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das werden Sie sich schon deshalb sagen lassen, weil ich schon um meinewillen, nicht um Ihretwillen, mich um jenes Augenmaß ... (*Zwischenbemerkung des Abg. Dr. Haider.*) Herr Landesrat! Warten Sie, bis Sie dort sind! Lassen Sie mich ausreden! (*Heiterkeit.*) Ich werde um dieses Augenmaß ringen, das wir sichtlich alle brauchen werden, um diese Zeit zu überstehen.

Ich wende mich nun den beiden Klubobmännern zu, die zumindest im Augenwinkel das Maß nicht verloren haben. Herr Abgeordneter Wille! Sie sind der neue Klubobmann der SPÖ und wissen, daß Sie bei uns, der Opposition, ein hohes Maß an Vertrauen genießen, weil Ihre Art, sich im Parlament zu präsentieren, uns immer unseren Respekt abgenötigt hat, und wir haben Ihnen diesen gezeigt. Es kann sicher so bleiben. Wenn Sie aber Ihre Ausführungen damit beginnen, daß Sie dem Dr. Mock ein Verbum insinuieren, das er nicht gesagt hat, dann sollten Sie Zeitungen nicht zitieren. Mock hat es nicht gesagt, Herr Teschl! Ich halte das gerne fest; wir möchten nicht, daß man Mock etwas insinuiert. Es bedarf ja dieser Insinuation gar nicht. Mock hat es ja an Kritik nicht fehlen lassen. Daher nur eine Empfehlung: Es wird sich Ihr Klubobmann ja so verhalten, wie er es für gut befindet.

Und nun weiter zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Wille. Ich glaube sicher, daß wir, die Abgeordneten der Opposition, mit seinen Bemerkungen zur Regierungserklärung mehr Freude gehabt haben als die hinter mir thronende Regierung, denn die Kritik war außerordentlich subtil. Aber, Herr Kollege Wille, wer sozialistische Disziplin kennt, der kann schon etwas aus dieser geäußerten Kritik heraushören.

Und noch einen Satz — um Sie nicht zu überfordern, Sie sind neu im Amt —: Der Ver-

Graf

gleich mit Ikarus hat mir gefallen — Ihre Flügel sind schon angesengt, Sie von der Koalition, und Sie werden sie sich sicher verbrennen. Lassen Sie mich das sagen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Herr Abgeordneter Peter! Sie wissen, ohne daß ich auf Details eingehen muß, daß auch Sie sich ein hohes Maß an Respekt von uns von Parlamentarier zu Parlamentarier in harter Arbeit erwirtschaftet haben. (*Abg. Dr. Gradenegger: Das hat die Presseaussendung der ÖVP gezeigt!*) Herr Gradenegger, Sie haben zwar Ihren Standort gewechselt, aber die Klasse Ihrer Zwischenrufe ist dieselbe geblieben. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Die Qualität Ihrer Zwischenrufe kann nicht schlechter werden. (*Abg. Dr. Gradenegger: Aber einen burgenländischen Zwischenruf habe ich nie gemacht!*) Nein, dazu sind Sie ja nicht gut genug. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber nun wende ich mich dem Herrn Peter zu und repliziere auf das, was er heute hier gesagt hat — ich bin kein Nachbeter von Zeitungsartikeln — und halte — ohne Einschränkung und ohne Hinzufügung — fest, was ich eingangs gesagt habe. (*Zwischenruf des Bundesministers Dr. Fischer.*) Herr Bundesminister, Sie müssen sich daran gewöhnen, daß es uns nicht stört, daß Sie nicht mehr Klubobmann sind, aber menschliche Regungen von der Regierungsbank, sofern sie sich in Zwischenrufen artikulieren, sind vorübergehend gestattet. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Herr Klubobmann Peter, Sie haben hier eine Erklärung des Bundeskanzlers Dr. Klaus zitiert; ich habe das nicht zu werten. Sie war vielleicht nicht der Ausfluß letzter tagespolitischer Ausgefiehltheit. Alle können das feststellen. Daß das gerade Sie tun, ist mir unverständlich. Sie haben anscheinend vergessen zu bedauern, was Sie öffentlich bedauert haben. Nämlich: Auch Friedrich Peter hat eine Erklärung vom Stapel gelassen, die ihm später ebenfalls leidgetan hat. (*Abg. Peter: Vom 16. Jänner? Sie war falsch!* — *Vizekanzler Dr. Steger: Sie war früher!*) Egal wann sie war, auch falsch. Komme ich Ihnen jetzt weit genug entgegen? Also, verlieren Sie aus dem Augenmaß nicht die Balance der Kritik. Was das Zitat des Julius Raab betrifft: Er hat in einem recht gehabt, und Sie und Ihre Koalitionäre haben unrecht. Raab hatte gewonnen, und Sie beide haben verloren und haben sich trotzdem vermählt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Peter! Es ist Ihr legitimes Recht, mit den Sozialisten eine Koalition zu bilden, auch wenn Sie beide verloren haben; das wird von der ÖVP nicht bestritten. Aber ich halte fest:

Das Zitat Raab erfolgte aus einer ganz anderen Situation heraus als Ihres. Das wollte ich ganz gerne dazu gesagt haben, weil ich glaube — und das meine ich ganz ernst —: Wir haben ... (*Abg. Dr. Gradenegger: Er hat auch verloren!*) Beruhigen Sie sich, Herr Gradenegger. (*Vizekanzler Dr. Steger: Er hat Stimmen verloren, Herr Präsident, das hat ...!*) Herr Vizekanzler, darf ich Sie erinnern, daß Sie auch Stimmen verloren haben, und zwar gewaltig, und trotzdem auf der Regierungsbank sitzen. (*Vizekanzler Dr. Steger: Sie sagen, er hat gewonnen!*) Natürlich hat er gewonnen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Dr. Steger! Sie haben nicht Stimmen gewonnen, Sie haben die Chance gewonnen, die Peter und Kreisky für Sie gezimmert haben. Ich kritisiere das nicht, ich stelle das nur fest. Ein Vergleich mit dem Zitat Julius Raab steht Ihnen überhaupt nicht zu. Darf ich Ihnen das sagen. (*Zustimmung bei der ÖVP.* — *Abg. Dr. Gradenegger: Das ist zu überheblich! Steigen Sie ein bißchen herunter!*) Herr Gradenegger, Sie werden nicht besser. Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, was Sie wollen. Gewisse Zwischenrufe kann man behandeln. Herr Gradenegger, ich kritisiere Ihren Zwischenruf nur, wenn Sie ihn mir widmen, ansonsten überhöre ich ihn. Das ist mein parlamentarisches Recht, und ich nehme davon Gebrauch. Hoffentlich nicht noch einmal in diesen Ausführungen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte nicht so wie die beiden Herren Klubobmänner in eine Spezialdebatte eingehen. Wir haben Zeit, uns später damit auseinanderzusetzen, und die beiden Koalitionspartner werden uns fraglos die Möglichkeit bieten, eine spezielle Kritik anzubringen.

Ich widme nun meine Ausführungen ganz kurz der Regierungserklärung. Ich habe einige Punkte herausgesucht, die der Herr Bundeskanzler gestern gesagt hat, um darauf zu replizieren. Nur ganz wenige, um Ihnen unsere Darstellungen dazu zu geben.

Sie sagten, Herr Bundeskanzler Dr. Sino-watz, auf Seite 1 Ihrer Regierungserklärung: „... die Regierungsbildung ist rascher und friktionsfreier vor sich gegangen als bei der Bildung irgendeiner anderen Koalitionsregierung, ...“ Das ist eine typische Wahrheit, die aber nur eine Sprechblase ist, denn Sie haben vergessen, die Vorarbeiten Ihres Vorgängers beziehungsweise die Vorgänger Ihres Vizekanzlers zu erwähnen. Und im übrigen haben sich die Österreicher eher ein hartes Ringen um Grundsätze als eine friktionsfreie Eini-

Graf

gung über die vorhandenen neuen Ministerposten erwartet. Lassen Sie sich das zu Ihrer Seite einsagen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie haben, Herr Bundeskanzler, auf der Seite 4 von der Logik des Wahlresultates gesprochen. Ich muß Ihnen sagen: Das kann nur Ihre eigene Logik sein, denn die Österreicher präferierten für den Fall, daß die SPÖ die absolute Mehrheit verliert, eindeutig zu einer Zusammenarbeit auf breiter Basis, welche eine größere Problemlösungskapazität hat, vor allem bei der Bekämpfung der Verschwendug, aber auch bei der Sicherung bestehender oder noch zu schaffender Arbeitsplätze.

Sie sprechen, Herr Bundeskanzler, ferner auf den Seiten 8 und 9 vom gemeinsam Erreichten seit 1945 und zitieren dabei Männer wie Renner, Figl, Raab, Schärf oder Kreisky — völlig zu Recht! —, aber Sie haben — wahrscheinlich mit Absicht — keinen einzigen Finanzminister erwähnt, denn Sie hätten sich hart getan, dem früher besten Finanzminister zu huldigen. Aber zumindest einen hätten Sie erwähnen können, der unter dem Stichwort leistungsfähige Volkswirtschaft genannt werden sollte — es war Kamitz. Auch wenn Sie kein Pendant gehabt hätten, weil es Dr. Kreisky nicht geliebt hätte, hätte es Ihnen nicht geschadet, Kamitz zu erwähnen. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Wen soll ich vergessen? Ich erwähne nur einen, und Sie haben keinen erwähnt. Wenn ich zwei erwähne, ist es noch schlechter für Sie. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Herr Bundeskanzler! Einer der bemerkenswertesten, kühnsten Sätze Ihrer Regierungserklärung befand sich auf Seite 12, wo Sie sagten: „... die Differenz zwischen den Einnahmen und Ausgaben im Staatshaushalt in vertretbaren Grenzen zu halten.“ Diesen Satz am Fuße Ihres Berges, den Sie zu besteigen haben, zu sagen, ist eine in Ihrer Diplomatie wohl unerreichte Formulierung angesichts der Tatsache, daß seinerzeit Dr. Kreisky ein Budgetdefizit in der Höhe von 7 Millionen Schilling als Wahnsinngrenze markierte. Und heuer haben wir diese Grenze um das Zwölf- bis Dreizehnfache überschritten. Das, was damals als Wahnsinn galt, wird von Ihnen heute als „möglicherweise in vertretbaren Grenzen zu halten“ angedeutet. Das ist die negativ kühne Passage in Ihrer Regierungsbildung.

Auf Seite 14 sprechen Sie weiters vom investitionsfreundlichen Klima, von der Stärkung der Kaufkraft. Vorläufig haben Sie nur das

Erbe Dr. Kreiskys, denn diese Drachensaft hat Kreisky erfunden. Sie verschlechtern das Sparklima und damit indirekt auch das Investitionsklima. Und was die Stärkung der Massenkaufkraft betrifft, so werden wir spätestens im Herbst unter dem Titel Mehrwertsteuer mit Ihnen wahrscheinlich noch ein Wörtchen zu reden haben.

Ich habe noch zwei Passagen. Sie sagten auf der Seite 19, es müsse alles für die Modernisierung und Wettbewerbsfähigkeit der Klein- und Mittelbetriebe getan werden. Statt diesem pathetischen Wort „alles“, von dem die Regierung Kreisky versucht hat zu leben, wäre es uns angenehmer gewesen zu hören, was denn konkret für diese Betriebe getan werden soll. Und das fand ich nirgends, Herr Bundeskanzler.

Auf der Seite 27 haben Sie gesagt — in diesem Punkt bin ich völlig in Meinungskonsens mit Ihnen; das gibt es trotz dieser Regierungserklärung —, vor Übernahme neuer Staatsausgaben seien sämtliche Folgekosten zu beachten. Dagegen kann ich beim besten Willen nichts sagen, denn das Zero-Base-Budgeting habe ich bereits bei der Klubtagung meiner Fraktion am 30. Oktober 1980 gefordert. Die Frage ist nur: Warum hat man unter Berücksichtigung dieser Grundsätze bis zum Budget 1984 gewartet? Fairerweise muß ich sagen: Salcher hat dasselbe bei seinem Amtsantritt gefordert; er bekam meinen voreiligen Applaus, weil ich glaubte, er wird es durchsetzen. In diesem Punkt sichere ich Ihnen den Applaus meiner Fraktion zu, aber nicht mehr als Vorschuß — wir wurden enttäuscht. Erst wenn Sie Zero-Base-Budgeting machen, dann werden wir sicher klatschen, denn dann haben Sie etwas getan, was notwendig ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nun einige Bemerkungen zu der auf den Seiten 28 und 29 erwähnten unseligen Anonymitätsgebühr, wie sie jetzt heißt. Zwei Dinge noch zuvor. Wie ich Ihren Pressreferenten kenne, hat er Ihnen den Artikel der „Weltwoche“ vom 25. Mai von der Frau Inge Santner gerne vorgelegt. Er ist für Sie durchaus angenehm lesbar. Ich sage das nicht neiderfüllt. Haben Sie aber vielleicht die Freundlichkeit und lesen Sie nach, was Frau Santner als Punkt 9 Ihnen hier mitteilt — noch als Lob, ich zitiere das —:

„Neuntens besteht das angeblich so leichtlebige Völkchen von der Donau in Wahrheit aus fanatischen Sparmeistern. Die 7,5 Millionen Österreicher verfügen über 22 Millionen Sparbücher mit insgesamt 85 Milliarden

Graf

Franken“, — „Franken“ sagt die gute Frau; aber vielleicht ist es so —, „die sie dem Staat — genauer: den verstaatlichten Banken — zur Verfügung stellen.“

Das, Herr Bundeskanzler, sollten Sie sich gut merken bei der Verfolgung der finsternen Pläne des Dr. Kreisky nach Einführung einer Steuer, wie immer sie heißt — Sparbuchsteuer, Anonymitätsabgabe, was immer. Sie sind im Begriff, eine der größten Köstlichkeiten dieser Bevölkerung zu zerstören: den Glauben und das Vertrauen, daß sich Sparen lohnt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wissen Sie, Herr Bundeskanzler — natürlich wissen Sie das, aber lassen Sie es mich auch sagen —: Der einzige, der nach der Wahl von dieser Partie Regierungskoalition die Wahrheit gesagt hat, war Dr. Salcher; er wurde zwar dafür geprügelt, höre ich, ich weiß nicht, ob es wahr ist. Immerhin, wenn Sie das, was Salcher gesagt hat, ändern wollen, dann werden Sie viele Gesetze ändern müssen, denn wer ein Bankbuch offizialisiert, hat mit einer Menge Belästigungen durch Gesetze zu kämpfen, und ich würde Ihnen etwas empfehlen, was mir nichts nützen wird, und Sie werden mich sicher nicht hören; ich tue es trotzdem. In Wahrheit haben Sie nur zwei Möglichkeiten und nicht drei: Sie können keine Ausnahmen machen bei Wahrung der Anonymität, Sie können entweder die Wahrheit sagen, daß Sie alle Sparer und alle Sparformen um 20 Prozent ihrer Zinserträge abscheren wollen, oder Sie haben den Mut, sich beim Sparer zu entschuldigen, und sagen, wir versprechen euch, es passiert euch dort nichts. Eine andere Möglichkeit haben Sie gar nicht mehr. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Was Sie auf den Seiten 38 bis 43 zu Umweltschutz und Gesundheitspolitik sagten, hört sich, ohne daß man historisch nachblättert, relativ gut an. Sie haben, Herr Bundeskanzler, Ihre Erklärung über Umweltschutz und Gesundheit mit den Worten eingeleitet: Wir werden die Zeichen der Zeit zu deuten wissen. — „Wer die Zeichen der Zeit zu deuten vermag“, so heißt es richtig.

Apropos Zeit: Morgen, am 2. Juni, Herr Bundeskanzler, werden es auf den Tag fünf Jahre sein, daß Frau Minister Leodolter das neue Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz übernommen hat. Das ist so ungefähr sozialistische Planwirtschaft: Man erfindet zuerst ein Ministerium, dann beginnt man die Zeichen der Zeit zu deuten, nämlich, welche Kompetenzen sollte es eigentlich haben, wieviel Geld wird dafür benötigt? Ein

an sich böses Omen für Ihr neues Ministerium und für die Frau Karl, von der Sie an anderer Stelle verlangen, die österreichische Öffentlichkeit möge ihm und ihr, dem Ministerium und der Frau Karl, eine faire Chance geben. Bitte, wofür soll denn die Bevölkerung, für welche Kompetenzen, für wie wenig oder wieviel Geld, für welchen Umfang soll denn die Bevölkerung dem Familienministerium eine faire Chance geben? Etwa dieselbe wie Frau Leodolter? Dann kann ich Ihnen sagen: Lieb Vaterland, magst ruhig sein. Das wird ungeheuerlich! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nun möchte ich mir erlauben, zu Ihrem Schlußsatz zu kommen, der auch bemerkenswert war. Sie sagten auf Seite 77 — ich habe nicht nur aufmerksam zugehört, ich habe das alles noch einmal gelesen —: Zugegeben, so sagten Sie, daß es perfekte Lösungen für alles und für jedes in einer pluralistischen Gesellschaft nicht geben kann.

Herr Bundeskanzler! Der Satz isoliert ist eine Wahrheit. Es ist aber ein Satz, der uns, die ÖVP, aber zu einer anderen Form des Nachdenkens anregt — auch mich —: Wenn man auch in zwei verschiedenen Richtungen nachdenkt, auf der einen Seite ist es sicher gut, wenn der neue sozialistische Bundeskanzler vom hohen Roß der Planbarkeit und Machbarkeit, der Megalomanie seines Vorgängers Abschied nimmt. Das haben Sie getan, das sei Ihnen adjustiert.

Auf der anderen Seite neige ich zum Mißverständnis, wenn Sie sagen, perfekte Lösungen sind offenbar nur für eine pluralistische Gesellschaft ausgeschlossen. Sie hätten dazu sagen müssen, daß geschichtliche Erfahrungen — ich unterstelle Ihnen gar nichts —, daß geschichtliche Erfahrungen und der Blick über unsere Ostgrenzen lehren, daß gerade auch ein Einparteiensystem — ausgenommen vielleicht in der Verfolgung seiner Bürger — von perfekten Lösungen weit weg ist. Ich glaube, daß Sie, Herr Bundeskanzler, gleich mir aus geopolitischer Perspektive sehr wohl darüber wissen, und ich möchte mit aller Deutlichkeit eines anmerken: Wir versprechen uns weniger Pluralismus von nicht mehr Perfektion, im Gegenteil. Wir versprechen uns von mehr privater Initiative und mehr marktwirtschaftlichem Wettbewerb mehr Effizienz als von noch stärkerem Staatseinfluß und zunehmender Bürokratisierung. Hier sind wir noch nicht beruhigt.

Und wenn Sie am Schluß — und hier sah ich Ihren Vizekanzler angenehm lächelnd Ihnen zunicken; ich freue mich immer, wenn

Graf

sich Leute zunicken — sagten, der Einfluß der FPÖ spiegle sich hier irgendwo wider: Ich konnte das bis jetzt — ich bin der letzte, der Vorauskritik erteilt —, bis jetzt nur in einem Satz vielleicht glauben, nämlich als Sie sagten, humanistische Belange würden da mehr eine Rolle spielen. Da haben Sie vielleicht an den Musensohn Steger gedacht, das mag sein, denn in der Regierungserklärung und im Koalitionsvertrag kann ich für den kleineren Partner nur eines feststellen — soweit das jetzt sichtbar ist, und ich bewege mich wieder zu auf die sogenannte Anonymitätsabgabe —: Hier, verehrter Herr Vizekanzler, und das ist keine Vorschußkritik, das ist eine Feststellung von schon gesetzten Tatsachen, hier haben Sie alle Ihre Feststellungen vor der Wahl nicht nur vergessen, Sie haben alle Ihre Latten, die Sie sich gelegt haben, nicht übersprungen, sondern wie ein Limbotänzer unterkrochen in diesem Zusammenhang, und das möchte ich Ihnen ganz gerne sagen. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Wir werden Sie kritisch messen daran und auch nicht mit Vorschußkritik ausstatten.

Es hat heute wieder der Begriff Vertrauensvorschuß und ähnliches eine Rolle gespielt. Ich möchte Ihnen etwas sagen: Auch hier wünschen wir uns konkret und bewußt von der Artikulation des damaligen Abgeordneten Kreisky bei der Regierung Klaus zu unterscheiden. Er hat, als vierter Redner, damals in der vierten Sitzung ohne Schonfrist der Regierung Klaus in Bausch und Bogen erklärt, daß sie eine miese Regierung sei.

Wir haben nicht die Absicht, Ihnen das zu sagen. (*Zwischenruf des Abg. Probst*) Herr Probst, ich traue mich Ihnen nicht zu sagen, Sie sollten mir zuhören — das ist dem Herrn Peter vorbehalten —, ich möchte Ihnen aber trotzdem — auch Ihnen — etwas sagen: Wir wünschen nicht, Ihnen heute schon als Personen, als handelnde oder duldende in dieser Regierung, ein globales Mißtrauen darzubringen. Aber es kann aus einem anderen Grund von einem Vertrauensvorschuß keine Rede sein: Nur ein neues Programm, wenn es mit neuen und halbneuen Leuten garniert ist, verdient den Vertrauensvorschuß. Drei bemerkenswerte Äußerungen gab es für uns, die mich glauben lassen, daß Sie als Programm Ihrer Regierung einen Vertrauensvorschuß nicht nur nicht verdienen, sondern es wäre töricht, ihm den jetzt zu geben, minus der Personen. Sinowatz hat am Sonderparteitag erklärt, es wird die Fortsetzung des bisherigen Kurses der Regierung Kreisky sein. Herr Bundeskanzler! Der Kurs war nicht beson-

ders prachtvoll, und weil die Wähler das auch gewußt haben, haben Sie ja fünf Mandate und Gott sei Dank die absolute Mehrheit verloren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Daher können Sie von uns keinen Vertrauensvorschuß erwarten für Ihren Kurs, von dem Sie sagen, es ist die Fortsetzung — Herr Steger wird Ihnen dabei helfen oder nicht; man wird sehen, Peter hat heute nicht ganz genau gesagt, ob Sie sich vom vorherigen Kurs distanzieren. Daher besteht, Hohes Haus, bei der Opposition dem Programm Ihrer Regierung gegenüber ein solider Sockel eines dreizehn Jahre gewachsenen Mißtrauens, und den erhalten wir Ihnen, und es wird an den handelnden Personen in Ihrer Regierung liegen, diesen Mißtrauensvorschuß, den Sie geerbt haben, abzubauen oder möglicherweise noch zu verstärken.

Hohes Haus! Ich habe die Erklärung der beiden Herren Klubobmänner in „Politik am Freitag“ aufmerksam angehört. Ich attestiere den beiden Herren, wenn Fachleute sich über ihr Fach unterhalten, dann vergessen sie auf politische Floskeln, und das kann für einen oppositionellen Zuhörer sehr lehrreich sein. Sowohl Sie, Herr Wille, als auch Herr Peter haben in dankenswerter Klarheit auf bohrende Fragen des Fernsehjournalisten, ob's Krachs geben kann, sehr offenherzig erklärt — Peter hat das übrigens hier wieder bestätigt —: Das kann nicht sein, im Ministerrat gibt es die Einhelligkeit, und wenn diese nicht gefunden wird, kommt hier nichts herunter. — So sagten Sie.

Nun, ich ziehe eine Schlußfolgerung und keine Hypothese, eine Tatsachenfeststellung: Das bedeutet, Sie werden im Parlament nichts einbringen, worüber Sie sich nicht einigen können, das heißt, Sie, beide Parteien, haben Abschied genommen von eigenparlamentarischen Initiativen, bevor Sie das eingesegnet haben. Herr Wille, Sie und der Herr Peter werden möglicherweise Hand in Hand zur Ministerratsvorbesprechung pilgern und Dinge einbringen.

Ich halte fest: Wenn die Dinge nicht eingebraucht und nicht abgesegnet werden, kommen sie nicht ins Parlament damit. Das ist Ihr gutes Recht. Aber es steht im krassen Widerspruch zu den Erklärungen von Ihnen und von Peter, daß man mit uns, der Opposition, dann „eh“ zusammenarbeiten will. Wissen Sie, was das auf deutsch heißt? — Wenn wir einen Vorschlag haben, der zufälligerweise nahtlos in das abgesegnete Elaborat Ihres Ministerrates paßt, dann werden Sie uns mit-

Graf

nehmen als parlamentarische Initiatoren, ansonsten haben Sie eine Absage erteilt, daß Sie Initiativen der Volkspartei nicht nach Klugheit oder Nichtklugheit, sondern nach Einigung in Ihrem Ministerrat prüfen werden.

Ist Ihnen bewußt geworden, Herr Wille, was Sie uns damit signalisiert haben? Daher reiche ich das Mißtrauen, um eine Ziegelreihe erhöht, an Sie wieder zurück. Ich möchte Ihnen das sagen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Hohes Haus! Wenn sich die SPÖ zur Fortsetzung ihres Kurses mit Hilfe der Freiheitlichen bekennt, so ist das ihr gutes Recht, es ist aber kontra dem Willen der Bevölkerung. Ich muß Ihnen jedoch attestieren, zumindest die bisherige Regierung unter dem bisherigen in Absenz glänzenden Bundeskanzler und Abgeordneten Kreisky, hat sich ja kaum gekümmert um die Meinung Andersdenkender. Wünschen Sie Beispiele? — Ich habe nur drei hier, ich könnte das jedoch erweitern; aber beim Budget haben wir ja mehr Zeit.

Zwentendorf. Ein Beispiel dafür, was an der Meinung der Bevölkerung liegt.

Weiteres Beispiel: Konferenzzentrum. Wenn es einmal politische Universitäten in Ost und West geben wird, so wird man das Verhalten des damaligen Herrn Bundeskanzlers bei der Frage Konferenzzentrum zur Meinung der Bevölkerung als klassisches Fehlverhalten auf diesen Lehrstühlen lehren, das sage ich Ihnen jetzt schon.

Und zur Sparbuchsteuer: Hohes Haus, hier werden wir alle noch lange zu leiden haben, denn Sie sind auf dem Wege dazu — ich wiederhole mich bewußt —, den Österreichern das Sparen abzugewöhnen.

Ich habe aber im übrigen das Gefühl — und ich denke nicht daran, das für mich zu behalten, nur weil Herr Dr. Kreisky nicht hier sitzt, wir haben ja gehört, er haßt die ÖVP —, daß Kreisky die Wähler haßt, weil sie etwas getan haben, was Demokraten eben tun, wenn sie genug haben von einer Regierung: sie haben ihm die Mehrheit genommen. Wissen Sie, daß ich jetzt schon bald das Gefühl habe, daß Kreisky auch Sparer haßt? Ansonsten könnte ihm das doch alles nicht eingefallen sein!

Ich bedaure, daß Herr Bundeskanzler Sinozat zum mindesten auf dem Parteitag, aber vielleicht war es atmosphärisch bedingt, den Spruch seines Herrn Vorgängers und noch Parteivorsitzenden Dr. Kreisky übernommen

hat, nämlich, wir betrieben eine populistische Politik. Dazu muß ich Ihnen etwas sagen, nicht nur vom lateinischen Stammwort her, ich will mich damit nicht beschäftigen: Sie müssen sich hier sagen lassen, Sie beide Koalitionäre, daß das, was Sie uns zum Vorwurf gemacht haben, meiner Partei zur Ehre gereicht, denn wir sind die einzige Partei, welche nach der Wahl sich zu dem bekannt hat, was sie vor der Wahl erklärt und demonstriert hat. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und Sie, meine Damen und Herren — zumindest der große Partner der Koalition —, haben sich in 13 Jahren absoluter Mehrheit und Machtausübung so weit von der Vorstellung der Bevölkerung distanziert, sodaß es Ihnen und Ihrem Parteivorsitzenden Dr. Kreisky unvorstellbar geworden ist, daß eine Partei, nämlich die Volkspartei, nach den Wahlen das verwirklichen möchte, was sie vor den Wahlen versprochen hat.

Unser Festhalten an diesen Grundsätzen wurde von der SPÖ als Grund für das Scheitern der Verhandlungen angegeben. Gestatten Sie mir, daß ich ein ernstes Wort hier sage. Allein der Ausdruck „Verhandlungen“ im Zusammenhang mit dem, was sich hier mit der Volkspartei abgespielt hat, ist ungeheuerlich: Es gab keine Verhandlungen. Sie ließen uns wissen, was Sie nicht wollen und warum. Das ist Ihr gutes Recht. (*Ein Beamter nimmt auf der Regierungsbank neben Staatssekretär Dr. Ferrari-Brunnenfeld Platz. — Rufe bei der ÖVP: Ist das auch ein Staatssekretär?*)

Dieser gute Mann könnte nicht lange sitzen bleiben, sonst muß ich zu schreien anfangen, Herr Ferrari-Brunnenfeld. Der hat dort nichts verloren. Ich weiß zwar nicht, ob Sie etwas dort verloren haben, aber Sie haben zumindest das Recht, dort zu sitzen. (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Gradenegger: Steigen Sie ein bißchen herunter!*)

Herr Gradenegger, ich lade Sie ein, wenn Sie sich von Ihren eigenen Zwischenrufen erholt haben, nachzulesen im Stenographischen Protokoll, was Bruno Pittermann einmal aufgeführt hat, als ein Rundfunk-Mensch hier stand und das Taferl vergessen hatte. Können Sie sich überhaupt vorstellen, wie vornehm unsere Reaktion gegenüber diesem guten Mann ist? (*Abg. Dr. Gradenegger: Sie werden sich doch nicht einen Sozialisten zum Vorbild nehmen!*) Ich habe kaum Sozialisten, die ich zum Vorbild haben möchte, aber ich möchte Sie, auch wenn Sie nur Brustschwimmer wären, nie zum Vorbild haben.

Graf

Darf ich Ihnen das endgültig sagen. (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir doch in gebotener Kürze, bevor ich zur Schilderung dieser sogenannten Verhandlungen komme, Herrn Dr. Kreisky vorher noch zur Einstimmung zu zitieren, seine Meinung zum Parlament — von Ihnen kann sie ja nicht so schlecht gewesen sein wie von uns —, die er am 26. April, nach der Wahl, einem „AZ“-Reporter gegenüber vertrat:

„Wenn es notwendig ist, werde er auch noch eine Zeitlang Abgeordneter bleiben. Er habe allerdings nie sehr große Freude mit seiner Aufgabe im Nationalrat gehabt. Ich bin kein sehr geborener Parlamentarier ...“, sagte er. — Das leitet einiges ab.

Wissen Sie, die „Vorbereitungen“ für die nicht vorhandenen Verhandlungen waren ja schon erkennbar. Ich komme dann darauf zu sprechen. Aber eines muß ich gleich ausräumen, ohne besondere Detailkritik an Ihnen, Herr Doktor Steger, wir haben ja Zeit: Bei der SPÖ-Alleinregierung hat sich Herr Dr. Kreisky angewöhnt und angemaßt, jede Kritik der Opposition als Rufschädigung Österreichs im Ausland zu deklarieren. Das ist sicher falsch. Sie, Herr Dr. Steger, haben scheinbar hier eine völlig falsche Nachfolge angetreten oder beabsichtigen das; ich hoffe nur, beabsichtigen, und Sie tun es nicht. Wenn Sie, Herr Dr. Steger, künftighin bei Kritik der ÖVP, ob Sie Ihnen gefällt oder nicht — und ich bin nicht der Sprecher jener Leute, die verschiedenes kritisiert haben, ohne daß sie ÖVpler sind, ich beschränke mich aus wohlüberlegten Gründen auf meine Fraktion —, wenn Sie also auch künftighin meinen, daß Kritik der ÖVP den Ausdruck „neofaschistisch“ oder „faschistoid“ verdient, dann möchte ich Ihnen in gebotener Ruhe und mit großem Augenmaß folgendes sagen: Wir können miteinander fürchterliche Auseinandersetzungen haben, wir werden uns bemühen, uns noch am Gang die Hand geben zu können, wir werden eine Auseinandersetzung mit Ihnen führen, wenn Sie wollen, die menschliche Brücken nicht abbrennen. Ich bekenne mich namens meiner Partei dazu. Sollten Sie aber, Herr Dr. Steger, mit dieser Diktion fortsetzen, dann gibt es keine Brücken, die man abbrechen kann, sonst brechen wir mit Ihnen. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren von den Regierungsparteien! Nicht daß Sie glauben, wir beklagen hier, wir wurden überrascht, weil Sie mit uns nicht koalieren woll-

ten. Ich weiß, daß Sie in schichtenspezifischem Denken von der ÖVP nicht viel halten. Wie wenig oder wie viel: es wäre töricht zu glauben, daß uns die Signale entgangen sind.

Es hat der damalige Herr Bundeskanzler seit vielen Jahren kontinuierlich versucht, eine Barriere aufzubauen; der Ausrüfer von „Eiszeiten“, dem stenographisch erhärtetem Begriff „Lumpenpack“, der Begriff „dummer Mensch“, erinnern Sie sich. Kreisky hat sich nie entschuldigt dafür, wahrscheinlich weil er nicht wollte. Aber bitte, das ist seine Sache.

Dann gab es die Erklärungen: Ja wir möchten „eh“, wenn der oder der brav ist und so weiter. Das liegt ja alles im System. Warum glauben Sie denn, daß wir überrascht waren, daß Sie mit uns nicht wollten? Die Artikulation von Haß ist kein Aphrodisiakum — auch für einen Pensionär nicht. Das möchte ich hier ein bißchen herausarbeiten.

Lassen Sie mich noch eines vorlesen, was mich heute noch berührt, auch persönlich, obwohl ich also ein alternder Wicht und schon lange in der Politik bin. Aber es berührt mich eigenartig — ich wurde zum Haß nicht erzogen —, wenn ich das lese, dann verstehe ich vielleicht, was ein Revanchist sich denken kann.

„Zeit im Bild“ — Kreisky. „Na, mit den Herren, die ja hier maßgebend beteiligt waren, werden wir sicher nicht reden. Das sage ich Ihnen ganz deutlich. Und die anderen, die da immer wieder kommen und uns sagen: „Aber schaun S‘, nehmen S‘ das nicht so ernst ...“ — ich zitiere im Dialekt — „„oder was soll i machen, mir kennen uns halt net durchsetzen“, na des san doch Simandeln ...“ So sprach der damals noch amtierende Bundeskanzler Kreisky am 22. April 1983.

Ich muß Ihnen dazu etwas sagen, und da werden Sie mir ja zum ersten Halbsatz recht geben. Es ist diesem Mann nie etwas passiert; es war kein Irrtum. Ich weiß, daß er sich nicht geirrt hat. Er war immer ein bewußter Beleidiger oder Kränker. Er hat in dieser Passage, Hohes Haus, meine Damen und Herren von den Regierungsparteien, bewußt geantwortet auf die Frage: „Fällt Ihnen der Dr. Mock ein?“ Nein, nein, den meinte er nicht. Das wußte der Frager, das wußte der Sager, das wußten wir.

Kreisky hat seriöse Verhandlungspartner, die aus verschiedenen Situationen her oder im Auftrage ihrer Partei gehandelt haben, bewußt abqualifiziert, mit einer bewußten

Graf

Beleidigung, denn der Ausdruck „Simandel“ umschließt das für einen gelernten Österreicher; wenn es einige vergessen haben, Wehle hat ein Buch geschrieben über Jargons, da können Sie das nachlesen.

Kreisky sagte dann ferner: „I wüll da gar nix sagen. Jedenfalls, ein Parteiführer, der nicht in der Lage ist, seine Leute einigermaßen ...“ und so weiter. Ja was heißt denn das?

Am Schluß sagte Kreisky: „Ich will niemanden präjudizieren, aber wissen Sie, wenn ein Politiker in meiner Position seine Funktion aufgibt, hat er — wenn's geht — noch mehr zu reden ...“ Das kann schon sein. Kreisky weiter: „Ich würde überhaupt warnen vor der Hoffnung, daß hier Koalitionsverhandlungen zwischen den beiden großen Parteien geführt werden. Die haben ja miteinander praktisch überhaupt keine Gesprächsbasis über konkrete Fragen. Die ÖVP hat sich in allem so einbetont, daß ja wahrscheinlich über nichts geredet werden kann.“

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Kreisky sagte die Wahrheit. Ich möchte nur wissen, warum haben Sie denn hinterher behauptet, man könnte mit uns nicht verhandeln. Für wie naiv oder borniert hielten Sie denn Ihren Gesprächspartner, nachdem das gesagt wurde, frei Haus Österreichern geliefert? Haben Sie denn wirklich gedacht, wir nehmen das nicht ernst?

Wir trauern niemandem nach — unterstellen Sie uns das nicht —, ich gestehe Ihnen aber offen und ehrlich, es war das Werk des Dr. Kreisky, einen historischen Kompromiß, nämlich eine Regierung auch aus Sozialpartnern in schwierigen Zeiten zu machen, und daß die FPÖ die Gunst der Stunde genutzt hat, das ist ihr gutes Recht, Herr Peter. Ich kann auch menschlich Ihre Beweggründe und auch Ihr Gefühl verstehen!

Aber ich möchte folgendes sagen: Haß allein ist vermutlich zu wenig — ich sage das ganz bewußt, ich bin kein Beleidiger —, aber die Transformation des strahlenden Journalistenkanzlers hat sich reduziert auf einen Haser auf die ÖVP, weil er den Verlust der absoluten Mehrheit nicht verwinden konnte. Nicht die ÖVP, sondern der Wähler wandte sich von Kreisky ab. (*Beifall bei der ÖVP.*) Und er wandte sich uns zu. Daß diese Hinwendung nicht ausreichend war, das entmutigt uns nicht. Wenn Sie nicht sehr aufpassen, dann wird er sich weiter abwenden.

Ich weiß nicht, wie weit die FPÖ Sie zu hin-

dern vermag, Ihren Kurs fortzuführen. Wir werden es beobachten, und der Wähler wird es kritisieren. Wir sind guten Mutes! Wir stehen nicht im Schatten Ihres früheren Bundeskanzlers. Die SPÖ wird sich vielleicht aus diesem Schatten lösen.

Ich kündige Ihnen etwas an: Wir werden, wenn wieder Toleranz und Respekt sichtbar werden, es nicht daran messen, daß Sie es nicht mit uns tun. Wir werden Ihre Vorschläge nicht an der Zweckmäßigkeit der ÖVP messen — hier unterscheiden wir uns —, sondern wir werden sie messen an der Zweckmäßigkeit zum Wohlergehen des Wählers. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Und ich muß noch etwas sagen, aber ich hätte das viel lieber im Beisein des Herrn früheren Bundeskanzlers gesagt: Die Art, wie uns gesagt wurde, daß man mit uns nicht will — und er sagte es allein —, die ist es, die wir nicht verstehen. Es gab Erklärungen, die haben Gräben und Gräber aufgerissen. Und ich sage das mit aller Distanz und aller Vorsicht. Die Darstellung der Zustimmung der Sozialistischen Partei zu einem Kabinett, wo Julius Raab drinnen ist, sie war nicht so. Das Leid der KZ-Generation beider großen Parteien ließ die Leute heimkommen und sagen: Nie wieder! Schluß mit der Vergangenheit! Das war die Prämisse und nicht die Erklärung: dem verzeihen wir, weil ... Die, die damals hier waren, waren geprägt vom überlebten Holocaust. Das Leben des Herrn Bundeskanzlers Kreisky — ich respektiere das — war durch eine bittere Emigration geprägt. Aber das uns zu sagen, dazu hatte er nicht das Recht, und auch hier hat er sich nicht geirrt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Eines haben wir nie geglaubt, vielleicht auch viele von Ihnen nicht, vielleicht sogar viele von der FPÖ, trotz aller Dankeserklärungen, die ich auch verstehe: Der Herr Bundesparteivorsitzende der SPÖ war nie der Großpönitentiar, der Ablässe und Bußen zu verteilen hatte. Er ist ein interessanter, ein hochgebildeter Bürger, aber die Vergangenheit zu beurteilen nach Gutdünken und nicht nach Abwicklung, dagegen wehren wir uns.

Ich näherte mich dem Schluß und möchte ihm noch etwas ausrichten. Kreisky liebt Anglizismen, der Herr Präsident wird mir erlauben zu zitieren. Kreisky sagte im Fernsehen, auf seinen Abgang hin befragt: Na ja wissen S': Old soldiers never die und so weiter. Ich möchte den Spruch ergänzen, es ist ein amerikanischer Spruch, der alt ist, der am Sarkophag von General MacArthur steht, und

Graf

er heißt vollständig gesagt: „Old soldiers never die, they just fade away!“ Ich erlaube mir eine freie Übersetzung: „Alte Soldaten sterben nie, sie welken nur dahin.“ Und das ist nicht boshaft.

MacArthur wollte in Übernahme dieses Spruches sagen: Der Kriegsruhm bleibt bestehen, aber sie treten aus der Öffentlichkeit heraus. Sie treten zurück. Kreisky hat den zweiten Satz nicht vergessen, er kennt ihn, er hat ihn nur geflissentlich nicht gesagt. Ich wünsche es ihm, daß er lebt, aber he doesn't fade away — er bleicht nicht dahin —, er haßt dahin in Richtung ÖVP. Das bedauern wir, das nehmen wir ihm übel. Bevor Sie in Erregung verfallen, möchte ich Ihnen etwas sagen: Ich und übrigens meine Partei in einem weit höheren Maß waren immer sehr respektvoll Kreisky gegenüber. Wir waren jederzeit bereit, uns zu entschuldigen. Das wurde aber nicht honoriert.

Er geht fort. Er kommt hier nicht her. Seine Verdienste sind unbestritten. Ein Jahr später aber werden Sie vielleicht feststellen, daß dieser verdienstvolle Mann an vielem schuld ist, was Sie heute geerbt haben. Wir hätten ihm einen anderen Abgang gewünscht. Wir haben ihm nicht verübelt, daß er alles getan hat, damit wir nicht in die Regierung kommen, sondern daß Sie beide miteinander regieren. Ihr gutes Recht. Die Form, wie das geschehen ist, hat aber viel von seiner Achtung, die wir ihm entgegenbringen, uns genommen. Das sage ich leidenschaftslos. Sie werden das in unserem Verhalten nicht spüren.

Ich bedaure, daß ich das nicht en face sagen konnte. Ich habe es aber so gesagt, daß es erzählenswert ist, und das, meine Damen und Herren von der kleinen und von der großen Partei, die gemeinsam regieren, ist die Ausgangsposition. Leidenschaftslos. Sie werden uns dann finden, wenn wir uns finden können im Interesse der Wähler, deren Wunsch Sie möglicherweise nicht voll berücksichtigen werden. Sockel des Mißtrauens für Ihr Programm: Vorwärtsschauend, Herr Kollege Wille, wie sich die Regierung verhält. Was daraus wird, das ist der Standort. Wir sind bereit, von diesem Standort aus mit Ihnen zu reden. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.) ^{11.49}

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Jolanda Offenbeck. Ich erteile es ihr.

^{11.50}

Abgeordnete Dr. Jolanda Offenbeck (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich

stimme mit Herrn Klubobmann Peter über ein: Es ist ein historisches Ereignis, daß die Freiheitlichen erstmals Regierungsverantwortung tragen. Das erstmal in der Geschichte der Republik gibt es eine Koalition zwischen Sozialdemokraten und der Freiheitlichen Partei Österreichs. Das erstmal in der Republik diskutieren wir über eine gemeinsame Regierungserklärung von Sozialisten und Freiheitlichen.

Mit dieser Regierungserklärung, in der die Absichten und Zielsetzungen der SPÖ-FPÖ-Koalition festgeschrieben sind, beginnt eine neue Ära. Das muß uns hier im Hohen Haus bewußt sein. Möge es eine gute Ära für Österreich und seine Menschen sein! (Beifall bei SPÖ und FPÖ).

Die Wähler haben uns Sozialisten mit einer Mehrheit von 48 Prozent den Auftrag gegeben, daß wir weiterhin Regierungsverantwortung tragen. Die Spielregeln der Demokratie bestimmen, daß Mehrheiten gesucht werden müssen. Die Sozialisten stellen zusammen mit der FPÖ — und auch das hat Klubobmann Peter bereits betont — 102 Mandate von den 183 Mandaten im Nationalrat. Das ist eine klare, eine beachtliche Mehrheit! (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Wir Sozialisten erwarten, daß unsere wichtigsten Ziele — die Erhaltung eines möglichst hohen Beschäftigungsniveaus, die Sicherung des sozialen Netzes und die Sicherung gleicher Bildungschancen für alle — mit der FPÖ weiterhin verwirklicht werden können. (Neuerlicher Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

In den letzten 13 Jahren einer sozialistischen Regierung haben wir unsere Gesellschaft wesentlich verändert. Viele sozialdemokratische Wertvorstellungen haben wir verwirklicht. Es gibt seither mehr Freiheit, mehr Demokratie in allen Lebensbereichen, mehr Gleichheit, und das bedeutet für mich Anerkennung der Menschenwürde jedes einzelnen, gleichgültig, welche Stellung er in der Gesellschaft einnimmt. Und es gibt seither mehr Gerechtigkeit. Mehr Gerechtigkeit aber stärkt unsere Demokratie, und das hat Bundeskanzler Sinowatz ausdrücklich in seiner Regierungserklärung betont.

So haben wir 1977 ein neues Rechtsinstitut geschaffen, das den Bürgern mehr Gerechtigkeit bringen soll: die Volksanwaltschaft.

So haben wir in diesem Geist der Gerechtigkeit die Strafrechtsreform des Jahres 1973 und die Familienrechtsreform verwirklicht.

Dr. Jolanda Offenbeck

Wir haben die Tore der Bildung für alle an den Mittel- und Hochschulen weit aufgestoßen und unsere Vorstellung von gleichen Bildungschancen für alle weitgehend verwirklicht.

Manches ist schon in Vergessenheit geraten, was neu gemacht wurde: Wir haben eine neue Gewerbeordnung beschlossen — vor vielen Jahren; wir erinnern uns kaum mehr —, ein neues Forstrecht. Und Präsident Minkowitsch hat damals als Abgeordneter eine beeindruckende Rede zu diesem neuen Forstrecht gehalten.

Die Universitäten wurden durch das Universitäts-Organisationsgesetz neu organisiert. Wir freuen uns, daß in der Regierungserklärung ausdrücklich festgehalten ist, daß es an den österreichischen Hochschulen keinen Numerus clausus geben wird. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

13 Jahre wurde mit Feuereifer an diesen gewaltigen Reformen gearbeitet. Es wurde mehr geschaffen als 100 Jahre zuvor, es wurde mehr reformiert als 100 Jahre zuvor. Sicher können die Reformen in den nächsten Jahren nicht in diesem Umfang und nicht in diesem Tempo weitergeführt werden. Das liegt aber sicher nicht an der Koalition, meine Damen und Herren. Bei der Fülle der Reformen, die in den letzten Jahren verwirklicht wurden, ist eine Atempause einfach nicht zu vermeiden.

Reformen müssen, wenn die Zeit dafür reif ist, durchgeführt werden. Sie müssen aber auch in die Realität umgesetzt werden. Nun ist die Zeit angebrochen, daß sich diese Reformen setzen, daß man die bestehenden Gesetze ausfeilt, ergänzt und verbessert. Es ist Zeit, daß sich die neuen Gesetze nun in der Praxis bewähren können und den letzten Schliff erhalten.

So sehe ich in den nächsten vier Jahren einer gemeinsamen Regierung zwischen FPÖ und SPÖ eine sehr wichtige Phase: Die Zeit der Bewährung des großen Reformwerkes.

In dieser Regierung wird es erstmals ein Familienministerium geben, das in der Öffentlichkeit bereits kritisiert wird, ehe es mit irgend einer Tätigkeit beginnen konnte, ehe es seine Arbeit aufgenommen hat. (*Abg. Kraft: Ehe es eine Kompetenz hat!*)

Herr Klubobmann Mock! Wir empfinden die Schaffung des Familienministeriums keineswegs als „demütigend“. (*Zwischenruf des*

Abg. Dr. Mock.) Ich habe aber daraus nie- mals ein Hehl gemacht, daß ich mich sehr gefreut hätte, wenn man Frauen Regierungsverantwortung in Sachministerien übertragen hätte. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Mock.*)

Ich weiß, daß die Frauen immer besser gebildet werden und qualifiziert sind. Dank unserer Reformen auf dem Bildungssektor haben wir viele kritische, selbstbewußte und gebildete Frauen, die Sachministerien sicher leiten könnten. Sicher wäre es schon aus diesem Grunde wichtig gewesen, den Frauen eine Chance zu geben, damit sie ihr Können beweisen können. Aber „demütigend“ ist es keinesfalls, daß ein Familienministerium geschaffen wurde.

Es ist sonderbar, daß die Österreichische Volkspartei an diesem Familienministerium so sehr Kritik übt. Wir schaffen dieses Familienministerium, damit es sich noch mehr der Familien annehmen kann, daß es sich noch mehr mit den Sorgen der Familien beschäftigen soll, damit es Hilfen geben soll. Und da kommen Sie, wo Sie immer sagen, daß für Sie Familienpolitik einen so hohen Stellenwert hat, und lehnen dieses Ministerium von vornherein ab.

Ich bin sicher: Wenn man dieses Familienministerium, das gegenwärtig noch ein Ministerium ohne Portefeuille ist, mit den richtigen Inhalten erfüllt, dann kann es sinnvolle Arbeit für die Familien leisten. So darf ich in die Niederungen fast einer Spezialdebatte herabsteigen — weil der Herr Klubobmann Peter das so bezeichnet hat —: Ich würde mir wünschen, daß das neue Familienministerium aus allen Ressorts jene Agenden übertragen bekommt, die besonderen Einfluß auf die Familien ausüben. (*Abg. Dr. Mock: Auch das wird ein frommer Wunsch bleiben!*) Bitte? (*Abg. Dr. Mock: Auch das wird ein frommer Wunsch bleiben, wenn ich eine Prophe- zieung riskieren kann!*)

Ich weiß, daß sich mancher Minister sehr schwer von irgendeiner Kompetenz trennt (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Das glauben wir auch!*), Herr Parteiobmann Mock, denn ... (*Abg. Dr. Mock: Sie haben eine wirklich couragierte Stellungnahme abgegeben! Warum gehen Sie jetzt davon ab? Warum denn?*)

Ich sage Ihnen noch einmal: Ich hätte mich mehr über ein Sachministerium gefreut, ich bin aber überzeugt, daß das Familienministerium, wenn es mit Inhalten erfüllt wird,

Dr. Jolanda Offenbeck

durchaus sinnvoll ist. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Die Minister müssen nur ihrem Herzen einen Stoß geben und sich von einigen Agenden und von einigen Kompetenzen trennen. Noch immer ist der Irrtum weit verbreitet, daß derjenige, der eine Fülle von Kompetenzen sein eigen nennt, auch mehr Macht hat. Dabei wird der Umstand nicht beachtet, daß manche Kompetenzen verkümmern, wenn sie in einem Ressort nicht entsprechend gepflegt werden.

So hoffe ich, daß dem neuen Familienministerium zum Beispiel die Fragen des Konsumentenschutzes übertragen werden, die bisher bei der Frau Staatssekretär Albrecht in guten Händen lagen. Wir alle wissen, daß Konsumentenschutz heute wichtiger denn je ist, geben die Konsumenten doch jährlich mehr Geld aus als das gesamte österreichische Staatsbudget, als der Staatshaushalt. Hier ist wichtige Arbeit zu leisten, die den Familien, aber auch der Wirtschaft zugute kommen kann.

In den Familien, das ist ja unbestritten, leisten die Frauen Vorbildliches nicht nur bei der Betreuung von Kindern, sondern auch kranker, behinderter und alter Menschen. Hier Hilfestellungen zu bieten, wäre eine der Aufgaben des neuen Ministeriums. Die Entlastung berufstätiger Frauen durch mehr Halbinternate und Ganztagschulen beziehungsweise Ganztagskindergärten wäre dringend zu betreiben, denn die Frauen haben ein Recht auf Arbeit und wirtschaftliche Unabhängigkeit. Sie sind sehr belastet, wenn sie ihre Kinder nicht in sicherer Obhut wissen. Die berufstätigen Frauen würden es verdienen, daß man ihnen hier hilft.

Auch die Fragen des Unterhaltes, die Weiterentwicklung des Unterhaltsvorschußgesetzes, Unterhaltsfragen im allgemeinen passen in die Agenden eines solchen Ministeriums. Ich denke daran, wie viele Frauen sich immer wieder an mich wenden, wenn es darum geht, nach einer Scheidung zu einem gerechten Unterhalt zu kommen. Hier zu einer Systematisierung zu finden, wäre auch eine Aufgabe für das neue Familienressort. Damit könnte vielen Menschen echte Hilfe geleistet werden.

Es muß auch der Zustand beendet werden, daß man Ehen scheidet, ohne daß vorher die Frage des Unterhaltes klargestellt ist.

Ich sehe also eine Fülle von Wirkungsmög-

lichkeiten für dieses neue Ressort, das nun geschaffen wurde.

Auch um die Bäuerinnen muß man sich verstärkt kümmern, auch hier ein Aufgabenbereich für dieses neue Ressort.

Ich bin also nicht so pessimistisch wie die ÖVP, sondern sehe in der Schaffung des Familienministeriums eine Möglichkeit, den Familien Hilfen zu bieten.

Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, haben schon seinerzeit bei der Schaffung des Wissenschaftsministeriums, das anfangs auch ein Ministerium ohne Portefeuille war, und bei der Schaffung des Gesundheitsministeriums große Bedenken gehabt. Sie sind widerlegt worden: Das Wissenschaftsministerium hat sich sehr bewährt, ebenso das Gesundheitsministerium mit Minister Steyrer an der Spitze. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Erlauben Sie mir noch eine Bemerkung zur Sozialpolitik. In dem Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und FPÖ heißt es, daß eine umfassende Reform der Sozialversicherung auch in Zukunft ein gerechtes und gesichertes Leistungssystem gewährleisten soll. Zu diesem Zwecke sollen Verhandlungen über eine Reform der Sozialversicherung geführt werden.

Ich fühle mich hier als Frauenvertreterin verpflichtet zu deponieren: Eine Reform der Sozialversicherung darf keinesfalls zu Lasten der Frauen gehen. Das möchte ich hier ausdrücklich feststellen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Die Frauen sind diejenigen, die in den schlechtesten Lohnklassen schwere Arbeit leisten. Vielfach lasten Haushalt, Beruf und Kindererziehung auf den Frauen. Das ist auch noch immer der Grund, daß wir viel weniger Frauen in der Politik finden.

Ich appelliere hier und heute an die Männer, daran zu denken, wenn sie an eine Reform der Sozialversicherung herangehen. Das ist ein ernstes Problem für uns Frauen.

Zu den erfreulichen Aspekten gehört — ich komme nun zu der erfreulichen Seite für die Frauen —, daß in diesem Parlament mehr Frauen als bisher vertreten sind, nämlich 20 weibliche Abgeordnete. Erstmals hat auch die Freiheitliche Partei eine Frau im Hohen Haus, und wir Frauen der anderen Fraktion

Dr. Jolanda Offenbeck

freuen uns darüber. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Erstmals sind alle Bundesländer im Nationalrat durch Frauen vertreten. Das war immer ein Wunsch von mir, den ich oft und oft deponiert habe. Ich möchte hier ausdrücklich anmerken und dem Bundeskanzler dafür Dank sagen, daß er sein Nationalratsmandat für eine Frau zurückgelegt hat, die noch nicht angelobt werden konnte, aber angelobt wird. (*Neuerlicher Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Ich sehe in diesen winzigen Schritten, die die Frauen in der Politik vorwärts machen — ich verstehe die Ungeduld junger Frauen —, ein Zeichen dafür, daß die Utopie echter Partnerschaft von Männern und Frauen in Zukunft doch einmal verwirklicht werden wird. Ich bin davon überzeugt, daß die Probleme der Zukunft nur dann gemeistert werden können, wenn Männer und Frauen in echter Partnerschaft zusammenwirken. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Die Gestaltung unserer Gesellschaft muß durch Männer und Frauen gemeinsam erfolgen.

Wir können dabei aber auch auf die Jugend nicht verzichten. Sie ist die Zukunft unseres Landes. Und ich stimme wieder mit Klubobmann Peter überein, der gesagt hat, daß diese Regierung den Ausgleich mit den Jungen suchen muß. Diese Aufgabe muß einfach bewältigt werden.

Wir müssen uns alle gemeinsam als Demokraten mit den neuen Wertvorstellungen der Jugend, mit dem neuen Pazifismus und mit den Grünen auseinandersetzen. Wir sollten unsere Jungen und die sogenannten Grünen nicht als Gefahr für die Demokratie betrachten, sondern als Menschen, die sich Sorgen um die Zukunft machen, die nach besserer Lebensqualität streben, die sich nicht nur materiell niederschlägt.

Nach einer langen Epoche des Kampfes der Menschheit gegen materielle Not sind wir nun — allerdings nicht alle auf dieser Welt, sondern nur die Menschen in den fortgeschrittenen Industrienationen — in die postmaterielle Phase eingetreten, und das ist doch eine erfreuliche Tatsache.

Die Jugend, die Not und Krieg nicht erlebt hat, geht in diesem Wertwandel, der sich nun vollzieht, voran. Dieser Jugend ist die Mitgestaltung einer freundlicheren Gesellschaft, dieser Jugend ist das Ideelle wichtiger als

Geld. Dieser Jugend ist auch die Erhaltung der Landschaft, sind schönere, grünere Städte wichtiger als Wirtschaftswachstum.

Wir müssen mit unserer Jugend diskutieren, wir müssen diese Jugend einladen, in unseren Parteien mitzuarbeiten.

Was wir keinesfalls dürfen, ist die kritische Jugend isolieren, sie in ein Jugendgetto drängen. Haben wir Verständnis für die Träume unserer Jugend von einer besseren Welt, und erinnern wir unsere Jugend auch daran, daß wir Umweltschutz schon seit Jahrzehnten betreiben. Gesundes Wasser, Erholungsgebiete, wie die Donauinsel, Kanalisation und Kläranlagen, das ist praktischer Umweltschutz, den unsere Gemeinden doch seit Jahren verwirklichen! Das ist doch nicht neu entdeckt worden durch unsere Jugend. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Gerade auf den Gebieten reines Wasser, reine Luft, gesunde Ernährung sitzen wir alle, alle Österreicher in einem Boot. Wir Sozialisten haben 1969 als erste in unserem Humanprogramm Umweltfragen beachtet, Umweltfragen zur Diskussion gestellt. Die Errichtung eines Umweltfonds wird ein weiterer Schritt — davon bin ich überzeugt — zu einer noch gesünderen Umwelt sein, die wir uns alle wünschen.

Und so bleibt mir nur noch eines zu tun: Ich wünsche dieser neuen Regierung viel Erfolg bei ihren Bestrebungen, allen Österreichern eine noch lebenswertere Heimat zu schaffen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) 12.11

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Marga Hubinek. Ich erteile es ihr.

12.11

Abgeordnete Dr. Marga **Hubinek** (ÖVP): Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Präsident! Ich weiß nicht, wie es Ihnen gegangen ist, als wir gestern den Saal betreten haben und hier eine Regierungsmannschaft von 23 Personen aufgefädelt gesehen haben. Ich weiß nicht, ob Sie nicht auch alle nach all den Bekenntnissen im Wahlkampf der Spargesinnung und des Willens zum Sparen und nach der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers, daß man jede Budgetausgabe genauest prüfen werde, ob sie berechtigt sei, ein bißchen seltsam berührt waren.

Ich möchte den Damen und Herren von der Regierungsmannschaft nicht unterstellen, daß es sich nur um Lippenbekenntnisse

Dr. Marga Hubinek

gehandelt hat. Ich glaube, es ist das Ergebnis von Verhandlungen zweier politischer Parteien, wo man um Macht und Einfluß, um Ministerposten und Posten von Staatssekretären gerungen hat.

In der Regierungserklärung hat man darauf schon Rücksicht genommen. Gestern hat der Herr Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung die Absicht des Sparsens schon ein bißchen anders dargestellt. Er hat nämlich gemeint, man werde vor allem bei dem Sachaufwand des Bundes, bei den Subventionen sparen. Man hat nicht mehr den Personalaufwand des Bundes erwähnt, der immerhin ein Viertel der Ausgaben des Bundes beträgt. (*Zwischenruf des Abg. Grabher-Meyer*)

Und damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, ergibt sich zwangsläufig die Auseinandersetzung mit einer weiteren Aufblähung der Bürokratie durch das zusätzliche Familienministerium, derzeit das Ministerium ohne Portefeuille.

Meine Vorrednerin hat gemeint, dieses Familienministerium würde es erst ermöglichen, Familienpolitik effizienter zu gestalten, mehr Hilfestellung für die Familie zu geben. Frau Abgeordnete Offenbeck! In 13 Jahren hätte die sozialistische Alleinregierung und mit ihr die damalige Frau Staatssekretär Karl Zeit und Gelegenheit gehabt, eine effektivere Familienpolitik zu betreiben. (*Beifall bei der ÖVP*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist heute die groteske Situation, daß Sie genau dann ein eigenes Familienministerium installieren, wann der Familienlastenausgleichsfonds bankrott ist und wir alle nicht wissen, wie es weitergehen soll. Irgendwo ist das ein bißchen symptomatisch für die Sozialisten. Die Sozialisten haben ein größeres Vertrauen in die Apparate und vertrauen weniger einer Sachpolitik.

Es gibt dafür einige Beispiele aus der Vergangenheit. Als sich das Umweltbewußtsein langsam entwickelte, als die Bevölkerung dafür sensibilisiert war, daß wir schonungslos die Ressourcen der Natur ausbeuten, hat man flugs ein Ministerium gegründet, das den Umweltschutz im Titel hat. Man hat es um die Gesundheitssektion des Sozialministeriums angereichert. Heute gibt es einen Herrn Minister Steyrer, dem ich einen guten Willen und gute Absichten gern attestiere. Nur: Mit seinem Kampf um zusätzliche Kompetenzen hat er in all den Jahren seine Schwierigkeiten gehabt. Er hat leider nicht mehr Kompeten-

zen erhalten, er wird bei der angespannten Situation des Budgets wahrscheinlich auch nicht mehr Geldmittel zur Verfügung haben. Das einzige, was er bekommen hat, ist ein zusätzlicher Staatssekretär. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Mock*)

Das gleiche hat sich beim Wissenschaftsministerium abgespielt. Als die Hochschulen aus allen Nächten geplattzt sind, als für die Forschungsförderung kein Geld da war, gab es ein zusätzliches Ministerium. Und ich habe nur eine Befürchtung: ob es nicht beim nächsten Ölshock dann auch ein eigenes Energie-ministerium gibt. (*Zustimmung bei der ÖVP*)

Die Schaffung des neuen Familienministeriums soll also familienpolitische Aktivitäten signalisieren. Ich weiß schon, daß Familienpolitik nicht identisch ist mit der Politik des Familienlastenausgleichs. Aber zwei Zahlen kann ich Ihnen nicht ersparen.

Heuer hat der Finanzminister unter Duldung der bisherigen Familienstaatssekretärin dem Lastenausgleich mehr als 10 Milliarden Schilling entzogen. Nun meint die noch zukünftige Frau Minister, er wird 2,5 Milliarden Schilling aus dem — ohnedies notleidenden — Budget einzubringen haben, um wenigstens die Auszahlung der seit Jahren eingefrorenen Familienbeihilfen zu ermöglichen.

Es gibt kein Wort, wie eine Sanierung des Familienlastenausgleichs in Hinkunft erfolgen soll. Im Gegenteil: Es gibt ein Interview der Frau Staatssekretärin in der „Presse“ vom 30. Mai, und ich muß sagen, es hat mich sehr verwundert, daß sie deutlich die Einnahmenkürzung des Lastenausgleichs noch verteidigt. Sie sagt nämlich:

„Die Beiträge wurden seinerzeit gekürzt, ich habe das akzeptiert und vertreten, und zwar aus der Erwägung, daß man einen Budgetspielraum schafft.“

Sie war, bitte, Anwalt der jeweiligen Finanzminister, leider nicht Anwalt der Familien, was wir uns so sehr gewünscht hätten. (*Zustimmung bei der ÖVP*)

Ich glaube, daß die Familien sensibel geworden sind. Wir alle haben es im Wahlkampf erlebt, als wir durch Österreich gezogen sind. Die Familien spüren, daß sie bei der sozialistischen Regierung keinen Stellenwert gehabt haben. Die Mehrkinderfamilie weiß, daß man für ihre finanziellen Bedürfnisse kein Verständnis hat. Das Geld dafür wird für andere Zwecke verwendet. Da ist das Defizit

Dr. Marga Hubinek

der Bundesbahnen wichtiger als die Mehrkindfamilie. (*Zustimmung der Abg. Dr. Mock. — Zwischenruf des Abg. Dr. Reinhart.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben auch gespürt, daß Sie die Familien bevormunden. Das System der Sachleistungen soll den Familien Verantwortung abnehmen. Offenbar trauen Sie den Familien nicht zu, daß sie selbst wissen, was ihnen am besten bekommt. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Die Reaktionen der Familien lassen sich an vielerlei Symptomen erkennen. Die Zahl der Eheschließungen ist sprunghaft zurückgegangen. Es gibt immer mehr Aussteiger aus Ehe und Familie. Die Scheidungsziffern explodieren.

Meine Damen und Herren! Wenn heute bei nahe schon jede dritte Ehe vor dem Scheidungsrichter landet, wissen wir doch alle, wieviel Leid das für die betroffenen Partner, aber wieviel Leid das vor allem für die betroffenen Kinder bedeutet. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich glaube, daß die Schaffung eines neuen Familienministeriums aus zwei, wie ich meine, sehr profanen Überlegungen geschehen ist. Einerseits sollte dieses neue Ministerium familienpolitische Aktivitäten signalisieren; es sollte ein Ersatz für diese familienpolitischen Aktivitäten sein. Und auf der anderen Seite, so glaube ich, sollte es eine Beruhigung für die unruhig gewordenen sozialistischen Frauen sein.

Ich kann mich nur auf die Mitteilungen in Presse und anderen Medien über den sozialistischen Parteitag beziehen. Daraus konnte man eine sehr deutliche Kritik der sozialistischen Frauen ersehen, nicht nur hinsichtlich der schlechten Behandlung der Frauen in bezug auf die künftige Regierungsmannschaft — damals stand sie ja noch nicht fest —, sondern vor allem auch an der Schaffung des Familienministeriums wurde handfeste Kritik geübt.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich glaube, diese Methode ist ja bekannt. Wenn Frauen unruhig werden, dann hebt man eine Frau heraus. Man schafft ein Amt, dessen Notwendigkeit nachträglich begründet wird. Man wählt möglichst eine Frau, die nicht allzu unbequem ist, die nicht durch allzu selbständige eigene Meinungen zu schaffen macht. (*Abg. Marsch: Sie sprechen aus der Erfahrung Ihrer Partei!*) Diese Kritik war sehr deutlich zu erkennen. Wir können daher

heute schwer glauben, daß mit diesem neuen Ministerium, das von jener Frau geführt wird, die wir seit 13 Jahren kennen, die Familienpolitik besser wird.

In der Regierungserklärung, die uns gestern vorgestellt wurde, hieß es auch — so hat es der Herr Bundeskanzler voll Überzeugung formuliert —, daß die Rolle der Frau in der Gesellschaft zu würdigen sei, daß Förderungsmaßnahmen zu setzen sein werden.

Herr Bundeskanzler! Ich glaube, die erste Förderungsmaßnahme hätte der Frau in der Regierung gegolten, denn der Frauenanteil in der Regierung wurde bei Ihnen schlicht halbiert. Wenn man die Frauen auf den Abgeordnetenbänken sucht, so hat sich zwar heute durch das Zurücklegen der Abgeordnetenmandate der Minister einiges geändert, aber es zeigt sich doch, wie Sie die Frauen plaziert haben, nämlich auf jenen Kampfmandaten, die bei einer Wahlniederlage als erste verlorengehen.

Die ganze Regierungserklärung, wenn man sie genau durchliest, bringt über die Probleme der Frauen gar nichts. Sie bringt nichts von den Problemen der unterschiedlichen Einkommensentwicklung. Es war eine sozialistische Regierung, die es zustande gebracht hat, daß sich die Einkommen von Frauen und Männern in vergleichbaren Positionen immer mehr auseinanderentwickeln. Heute gibt es Einkommensunterschiede von 50 und 60 Prozent. Ist das nicht ein Armutszeugnis für 13 Jahre sozialistische Politik? (*Beifall bei der ÖVP.*)

Kein Wort in der Regierungserklärung von den subtileren Formen der Benachteiligung, von den geringeren Chancen am Arbeitsmarkt, von den geringeren Förderungsmöglichkeiten, von den geringeren freiwilligen Sozialleistungen. Kein Wort von der Bedrohung der Frau am Arbeitsmarkt, vom Einzug der Mikroelektronik, die die Schreibtische leerfegen wird. Es werden dies die Schreibtische der Frauen sein! Und da fällt dem Herrn Sozialminister nichts anderes ein als eine generelle Arbeitszeitverkürzung, also eine kollektive Zwangsbeglückung.

Die Humanisierung der Arbeitswelt, meine Damen und Herren von der Regierungsmannschaft, haben Sie völlig übersehen. Die Verwirklichung von flexiblen Arbeitszeitformen, die Verwirklichung von mehr Teilzeit auch in jenen Bereichen, in denen dies heute mit einem handfesten Nachteil verbunden ist, etwa Teilzeitarbeit bei pragmatisch Bedien-

Dr. Marga Hubinek

steten, würde auch einen arbeitsmarktpolitischen Effekt haben. Denken Sie bei den Lehrern an mehr Einstellungsmöglichkeiten für Junglehrerinnen!

Meine neue Kollegin Rabl-Stadler hat das Modell einer Teilzeitbörsen erarbeitet. Der Ball liegt nun beim Sozialminister, daß dieses Modell auch funktionieren kann. Es gibt die Modelle der flexiblen Arbeitszeit, die jenseits unserer Grenzen erprobt werden. (*Abg. Dr. Mock: Das übersteigt seine logische Phantasie!*) Unserem Sozialminister, der leider keine Phantasie hat, fällt nur die Arbeitszeitverkürzung ein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese flexible Arbeitszeit ist nicht nur ein Modell für Frauen, denn auch ältere Arbeitnehmer, die dem Stress des Berufslebens nicht mehr gewachsen sind, werden wahrscheinlich glücklich sein, wenn sie nicht mehr die volle Arbeitsleistung erbringen müssen.

Ich weiß schon, daß das Konsequenzen im Sozialversicherungsbereich hat. Aber der Sozialminister hat ja für 1984 eine Reform der Pensionsversicherung angekündigt. Ich höre, daß es dazu schon Geheimpapiere gibt, die im Sozialministerium kursieren. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Mock.*) Nur fürchte ich auf Grund verschiedener Äußerungen des Sozialministers, daß diese Reform zu Lasten der Schwächen gehen wird, nämlich zu Lasten der berufstätigen Frauen, die nicht nur zeitlebens ein kleines Einkommen erzielen, sondern dann auch eine kleine Pension haben. Das Zusammentreffen einer kleinen Pension mit einer Witwenpension würde sie in den Kreis der Doppelpensionen bringen.

Ich kann nur unterstreichen — und ich freue mich, daß die Frau Abgeordnete Offenbeck das gleiche Bekenntnis ablegt —: Wir werden uns mit aller Verve und mit aller Energie dagegen wehren, daß die Sanierung der Pensionsversicherung ausschließlich zu Lasten der berufstätigen Frauen geschieht. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Regierungserklärung hat auch weite Passagen zum Gesundheits- und Umweltschutzbereich gebracht. Viele Passagen sind dem, der sich mit diesen Fragen beschäftigt hat, seltsam vertraut vorgekommen. Sie fanden sich in der Regierungserklärung 1975, sie fanden sich in der Regierungserklärung 1979 und waren schon Auftrag an Frau Minister Leodolter. Ich nenne zum Beispiel die Finanzierung des Krankenanstaltenwesens, das integrierte Sozial- und Gesundheitswesen

sowie die Vorsorgemedizin. Das war der Auftrag an Frau Minister Leodolter, und wir alle wissen, daß sie gescheitert ist.

Manche Passagen zum Umweltschutzbereich — und das macht mich ein bißchen ängstlich — sind viel vager formuliert, als das in den Regierungserklärungen 1975 und 1979 der Fall war. Ich habe ein bißchen Sorge, daß sich Minister Steyrer in seinen eigenen Reihen nicht durchsetzen konnte. Dieses Mißtrauen wird genährt durch eine personalpolitische Entscheidung in der Wiener Landesregierung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Wiener Landesregierung wurde von der sozialistischen Fraktion ein Landesrat bestellt, der seine Aggressionen gegen alle Umweltschützer sehr lautstark artikuliert hat: Roman Rautner. Das setzt auch für mich ein Signal, wie es künftig um die Grünpolitik in der Bundeshauptstadt bestellt sein wird.

Der Katalog der künftigen Aktivitäten im Gesundheits- und Umweltschutzbereich — ich möchte das mit aller Deutlichkeit sagen — ist für uns durchaus diskussionswürdig. Beispielsweise darf ich die Entwicklung eines integrierten Sozial- und Gesundheitswesens anführen. Nur, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion: Das bedeutet aber auch eine Abkehr vom Humanprogramm der Sozialistischen Partei. Darin haben Sie noch die zentrale Stelle des Spitals betont. Wir meinen, daß das Spital eben nur eine subsidiäre Rolle erfüllt, daß durch das Zusammenwirken von stationärer und ambulanter Behandlung das Gesundheitswesen effizienter, humarer und, was auch wichtig ist, kostensparender wird.

Der Herr Minister Steyrer wird mit uns auch über eine effizientere Vorsorgemedizin reden können. Nur eines wird schwer gehen: eine verbale Übereinstimmung zu erzielen und dann Anträge der Österreichischen Volkspartei, die diese Übereinstimmung präzisieren, im Ausschuß niederzustimmen.

Sie haben in Ihrer Regierungserklärung den Umweltschutzfonds angeführt. Ich darf bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß Sie vor kurzem zwei diesbezügliche Entschließungsanträge der Österreichischen Volkspartei hier in diesem Haus niedergestimmt haben. Dennoch, so glaube ich, sollten wir sehr deutlich sagen, daß wir im Gesundheits- und Umweltschutzbereich zu einer Kooperation bereit sind.

Besonders im Umweltschutzbereich, wo es

Dr. Marga Hubinek

fünf vor zwölf ist, finde ich es wichtig, daß man die Vorschläge konkretisiert. Die Regierungserklärung bleibt verdächtig vage, ob es nun um die Entschwefelung von Öl und Rauchgas geht, ob es sich um die Konfrontation mit den Kraftwerksgegnern handelt.

Man geht allen Entscheidungen aus dem Weg durch sehr vage Formulierungen, und es wird an dem Herrn Minister Steyrer liegen, wieweit er sich in den eigenen Reihen durchsetzen wird. Eine Nagelprobe wird er in den nächsten Wochen zu erwarten haben, wenn es darum gehen wird, ob die letzte Donau-Au bei Hainburg zerstört wird. Da werden wir sehen, ob sich der Herr Minister Steyrer in seinen eigenen Reihen durchsetzen kann: bei einem Landwirtschaftsminister, der die Rodungsbe willigung gibt, bei den Kraftwerksbauern, bei den Straßenbauern in seinen Reihen, aber auch bei der verstaatlichten Österreichischen Mineralölverwaltung.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit den Herrn Minister Steyrer daran erinnern, daß er nur mit Hilfe der Österreichischen Volkspartei das erste Umweltschutzgesetz zustande gebracht hat. Nach 13 Jahren gab es ja am Anfang dieses Jahres das erste Umweltschutzgesetz, nämlich das Abfallbeseitigungs gesetz. Und ich darf sagen: Ohne die entscheidende Geburtshilfe der Österreichischen Volkspartei wäre dieses Gesetz nicht beschlossen worden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich darf auch daran erinnern, daß wir schon zu einer Zeit, als der Wahlkampf seine ersten Anzeichen laut werden ließ, in diesem Hause ein sehr entscheidendes Gesetzeswerk beschlossen haben — auch wieder unter sehr entscheidender Mithilfe der Österreichischen Volkspartei —, nämlich das Arzneimittelgesetz. Daher: Die Mitarbeit wird vorhanden sein. Es wird aber, wie gesagt, am Durchsetzungsvermögen auch des Ministers Steyrer gelegen sein.

Ein Problem wird auch zu lösen sein, ein Problem, das Sie vorsorglicherweise gar nicht in der Regierungserklärung erwähnt haben: der Neubau des Allgemeinen Krankenhauses. Ich kann mir schon vorstellen, daß Sie da gewisse Horrorvisionen haben. (*Unruhe bei der ÖVP.*) Ich glaube, das Allgemeine Krankenhaus interessiert auch die Regierung nicht ... (*Rufe bei der ÖVP: Wo sind der Kanzler und der Vizekanzler? Sie distanzieren sich von der eigenen Erklärung!*) Sie distanzieren sich. Offenbar scheint Ihnen auch die eigene Erklärung nicht wichtig genug zu sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das zeigt aber auch, welche Einstellung zur parlamentarischen Demokratie diese künftige Regierung hat! (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Wenn man gehört hat, daß das Parlament weitgehend entmachtet werden soll und sich die politische Arbeit in einem Koalitionsaus schuß abspielt, kann man heute schon verstehen, daß man sich absentiert. Aber die Probleme des Allgemeinen Krankenhauses werden auch dieser Regierung nach wie vor nicht erspart bleiben, wenn man in den Zeitungen der letzten Tage liest, wie wenig dieses künftige Großspital funktionieren soll. Da gibt es ja Horrorvisionen, wenn plötzlich von Fachleuten Ratschläge erteilt werden, man möge daraus eine Parkgarage machen; eine Parkgarage, die immerhin 50 Milliarden Schilling kosten wird, ist ein teurer Spaß. Ich glaube, den kann sich das österreichische Volk sicherlich nicht leisten!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Österreichische Volkspartei wird sich in diesen nächsten Jahren zum Anwalt aller jener machen, die den sozialistischen Weg nicht fortsetzen wollen. Sie wird sich auch zum Anwalt aller jener machen, die berechtigte Anliegen haben und die, aus welchen Gründen immer, im Parlament nicht vertreten sind. Sie wird offen sein für jene, die nicht mehr länger bereit sind, einen sozialistischen Weg in diesem Lande fortzusetzen. (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{12.35}

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Grabher-Meyer. Ich erteile es ihm.

^{12.35}

Abgeordneter Grabher-Meyer (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Es steht Ihnen, meine Damen und Herren der ÖVP, als einziger Oppositionspartei in diesem Hause frei, diese Koalitionsregierung vom ersten Tag an zu attackieren, und es bleibt Ihnen unbenommen, die völlig unbewiesene Behauptung bereits heute in den Raum zu stellen, daß SPÖ und FPÖ nicht in der Lage seien, die gemeinsam gebildete Regierung zum Erfolg zu führen. Nur eines müssen Sie zur Kenntnis nehmen: Ein gültiges Urteil darüber, ob die sozialdemokratisch-freiheitliche Regierung diesem Land und seinen Menschen zum Vorteil gereicht, wird erstens nicht heute und zweitens nicht von der ÖVP gefällt, sondern bei der nächsten Nationalratswahl in vier Jahren von allen

Grabher-Meyer

Österreichern und Österreicherinnen! (Abg. Dr. Mock: *Das ist richtig!*)

Es bleibt Ihnen als Oppositionspartei überlassen, allenfalls gar nicht erst abzuwarten — wie ich heute bemerke: Sie, Herr Parteiobermann Mock, haben das schon angekündigt —, ob beziehungsweise wie sich dieses Regierungsteam bei der Bewältigung der heranstehenden Probleme bewährt. Ob Sie dem Kabinett Sinowatz-Steger jene den parlamentarischen Usancen entsprechende Hunderttagefrist einräumen oder aber sofort mit allen oppositionellen Geschützen auffahren wollen, ist eine Frage, die Sie allein entscheiden. Sie werden tun, was Sie für richtig halten, und wir werden uns darauf einstellen. (*Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der SPÖ.*)

Sie haben heute bereits angekündigt, daß Sie nichts auf Usancen halten, daß Sie keine Hunderttagefrist setzen wollen, weil Sie nach Ihren Ausführungen schon wissen, daß diese Regierung versagen wird. Sie haben gesagt, Sie verzichten auf diese Hunderttagefrist.

Sie, Herr Dr. Mock, haben heute mit einer Politik des Negativismus begonnen. Die ÖVP erhebt den Negativismus zur Maxime, wie ich heute bei den Folgerednern festgestellt habe, und Sie, Frau Abgeordnete Hubinek, verzeihen Sie, daß ich Sie als letzte dieses Reigens nenne, haben geradezu den Gipfel gesetzt, wie man Negativist sein kann. Ich weiß nicht, ob es Ihrer Mentalität entspricht, Ihren Farben entspricht es nicht, die Sie heute haben. Höchstens, Frau Kollegin Hubinek, entsprechen Ihre Farben heute dem, was ich vermute: einer tiefen Frustration. Sie haben damit begonnen, daß Sie eigentlich — als Sie gestern diesen Saal betreten haben — enttäuscht waren. Ja, das glaube ich Ihnen gerne: Es muß furchtbar für Sie gewesen sein, hier eine Regierung vorzufinden, wo sechs Freiheitliche drinnen sitzen. Ich weiß, daß Sie die Eifersucht geplagt hat, so gelb, wie Ihr Kleid heute ist. (Abg. Dr. Mock: *Wir haben schon mehr ausgehalten!*)

Sie werden noch viel aushalten, Herr Kollege Mock, ich weiß es, Sie haben sich auch schon darauf eingestellt. (Abg. Dr. Mock: *Richtig!*) Es ist nicht leicht, nach 13 Jahren noch weitere vier Jahre anzuhängen. Das gibt dann fast zwanzig Jahre zusammen.

Wir Freiheitlichen haben nach dem 24. April dieses Jahres sehr rasch zu spüren bekommen, daß die Existenz der dritten Partei von der ÖVP rundweg als Geschäftsstö-

rung betrachtet wird. (Abg. Dr. Mock: *Sie sind innovativ tätig, muß ich sagen!*)

Es ist nicht meine Absicht, auf die unerquicklichen und zum Teil beschämenden Einzelheiten, Herr Kollege Mock, dieser Anti-FPÖ-Eskalation, wie ich sie bezeichnen möchte, hier Punkt für Punkt einzugehen. Jedenfalls werden wir bald feststellen können, ob es auch weiterhin die Strategie der ÖVP, aber ich vermute es nach heute, bleiben wird, den Hauptstoß Ihrer Angriffe gegen uns Feiheitlichen zu richten. (*Zwischenruf des Abg. Heinzinger.*) Für uns wäre das nichts Neues, Herr Kollege Heinzinger, gar nicht Neues! Wir kennen Sie auch als einen der Exponenten. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Heinzinger.*) Nein, wissen Sie: Solange die Strategie der ÖVP von CV-Vorreden gemacht wird und die Ratschläge, die Sie bekommen, nicht besser ausfallen, als Ihr Generalsekretär Graff imstande ist, sie Ihnen zu geben, so lange fürchten wir uns nicht! Solange sich Gott sei Dank die ÖVP nach Ratschlägen ihres Generalsekretärs richtet, so lange hat sich die Freiheitliche Partei weiß Gott nicht zu fürchten!

Ob Sie es wollen oder nicht, meine Damen und Herren: Sie von der ÖVP müssen zur Kenntnis nehmen, daß es für die Bildung einer Koalition mit der Sozialistischen Partei kein ÖVP-Monopol gibt. Daß Ihnen diese Tatsache zu schaffen macht, haben Sie in den letzten Wochen deutlich genug zur Schau getragen. An vorderster Stelle Sie auch, Herr Kollege Mock.

Und nun zu der Parole von der „Koalition der Verlierer“, an der sich die ÖVP so gerne berauscht. Es ist eine Tatsache, daß die Volkspartei am 24. 4. vier Mandate dazugewonnen hat. Es ist aber ebenso eine Tatsache, daß die ÖVP ihr erklärt Wahlziel, die relative Mehrheit, deutlich verfehlt hat. Von einem „Wahlsieg, der sich gewaschen hat“, waren Sie ja meilenweit entfernt. Meine Damen und Herren! Ob das aber zu einer Siegerpose berechtigt, möchte ich bezweifeln.

Ich habe nicht vor, mir den Kopf der ÖVP zu zerbrechen, aber ich möchte doch sagen: Die Strategie der Herren Graff, Bergmann und Steinbauer, um nur die Vordersten der für diese Strategie Verantwortlichen zu nennen, um nur die drei größten Strategen — ich möchte betonen: „größten Strategen“ — zu nennen, ist eindeutig nicht aufgegangen.

Die ÖVP hat vier Mandate gewonnen, aber ein gutes Stück Politik verspielt. Angemaßte

Grabher-Meyer

Siegerposen sind jedenfalls kein Wesensbestandteil der Demokratie, und mit dem Schlagwort von der „Koalition der Verlierer“ wird das Gesetz der demokratischen Mehrheitsbildungen sicher nicht außer Kraft gesetzt.

Es steht im Nationalrat 102 zu 81, und das ist, wie schon gestern der Herr Bundeskanzler in der Regierungserklärung betont hat, die größte Regierungsmehrheit seit 1966.

Wir Freiheitlichen haben in der Vergangenheit schon sehr oft Grund und Anlaß gehabt, der ÖVP vorzuhalten, daß sie politisch nicht bis drei zählen könne. (*Abg. Dr. Blenk: Da werden sich aber die Vorarlberger freuen!*) Von ganz seltenen und kurzlebigen Ausnahmssituationen abgesehen, hat es aus der Sicht der Volkspartei in Österreich immer nur zwei Parteien gegeben. Bis drei weiterzählen, auch die FPÖ politisch wirklich mit allen Konsequenzen zur Kenntnis zu nehmen, dagegen hat sich die ÖVP meistens gesträubt.

Es muß hier und heute einmal ganz klar und deutlich ausgesprochen werden: Das Erlebnis einer fairen Behandlung von Seiten des politischen Gegners im demokratischen Konkurrenzkampf ist uns Freiheitlichen bisher fast ausschließlich von Seiten der SPÖ zuteil geworden. (*Abg. Dr. Blenk: In Lustenau!*) Auch in Lustenau, Herr Kollege Blenk! Auch dort ist die Freiheitliche Partei an die Regierung gekommen, hat den Bürgermeister gestellt mit einer sozialistischen Unterstützung. Herr Kollege Blenk! Ihr Gedächtnis scheint mir in der letzten Zeit sehr kurzlebig zu sein. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Herr Kollege Blenk! Ich soll Sie wahrscheinlich nicht an die unrühmlichen Ausfälle erinnern, nachdem die Koalitionsbildung in Lustenau erfolgt ist, an die unrühmlichen Ausfälle, die in Lustenau dazu geführt haben, daß dort nach dem zweiten Weltkrieg der erste politische Anschlag auf das Haus eines Bürgermeisters verübt wurde. Herr Kollege Blenk! In dieser Sache würde ich still sein. Sie tun Ihrer Partei keinen guten Dienst, wenn Sie das aufrollen. Weiß Gott, keinen guten Dienst! (*Beifall bei der FPÖ.*) Herr Dr. Blenk! Seien Sie über die Lustenauer Situation lieber still. (*Abg. Dr. Blenk: Von Ihrer Politik in Lustenau rede ich, Herr Grabher-Meyer!*) Es ist ein unrühmliches Blatt in der Geschichte Ihrer Partei, das möchte ich Ihnen sagen.

Meine Damen und Herren! Es ist eine fast jahrzehntelange Erfahrung und eine erhär-

tete Tatsache, daß die Sozialistische Partei bei der gesetzgeberischen ebenso wie bei der praktischen Verwirklichung des politischen Pluralismus in Österreich ungleich initiativer und engagierter war, als die ÖVP es jemals zustande gebracht hat.

Obwohl uns Freiheitliche in bezug auf die weltanschauliche Position von der SPÖ sicher nicht weniger trennen als von der ÖVP, waren es fast nur die Sozialisten, die schon in der Vergangenheit Verständnis dafür bewiesen haben, daß auch die dritte Partei einen gewissen Lebensraum braucht.

Aber der Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei kann allem Anschein nach politisch noch immer nicht bis drei zählen. Ich hoffe, er versteigt sich jetzt nicht zu der kühnen Behauptung — er ist momentan nicht hier —, seine Rechenkunst mit dem Wort von der Blauäugigen bewiesen zu haben. Das war meiner Ansicht nach der mißglückte Versuch der Anwendung einer algebraischen Formel in der Politik. Die Formel war aber so schlecht gewählt, daß sie unmöglich aufzulösen war. Es gibt Formeln, die dann, wenn man sie in der Algebra aufstellt, unmöglich etwas ergeben können. (*Abg. Peter: Das mit der Blauäugigen und der Rothaarigen war der Bierschwefel vom Herrn Zawisch!*)

Herr Klubobmann Peter! Ich weiß nicht, wer bei der ÖVP der Ghostwriter für solche Sachen ist. Ich bedaure nur manchmal, daß es in der ÖVP niemanden gibt, nicht einmal den Parteiobmann, der verhindern kann, daß solcher Stumpfsinn dann auch tatsächlich gesagt wird. Eingeflüstert wird einem ja manchmal einiges, Herr Kollege Mock, nur Sie scheinen mir da in dieser Frage einige Male zu weich gewesen zu sein. Sie haben es dann im Nachhinein versucht, als der Zug, auch der Zug, den Ihr Generalsekretär in der Wahlnacht beschworen hat, für Sie jedenfalls auf das falsche Gleis gefahren ist, aufs Abstellgleis, dort wo Sie heute sitzen.

Hätten wir Freiheitlichen, meine Damen und Herren, nur so viel Luft zum Atmen gehabt, wie uns von der Österreichischen Volkspartei gegönnt wurde, dann wären wir schon längst erstickt.

Herr Dr. Mock! Sie sollten zuhören, nachdem Sie hier schon von Wortbruch gesprochen haben, davon, daß die Freiheitliche Partei oder ihr Parteiobmann Steger sein Wort nicht hält, wie Sie in Ihrer Rede hier behauptet haben. Da möchte ich Sie doch einmal an das Jahr 1957 und an das damals beschlos-

Grabher-Meyer

sene Parteienübereinkommen erinnern, an das Gedächtnisprotokoll, das mit den Unterschriften auf Ihrer Seite von Raab, Maleta, Weinberger und Kraus sowie von der Freiheitlichen Partei von Reinthaler, Gredler, Tongel und Huber unterzeichnet wurde. (Abg. Dr. Blenk: Niedermüller hat es nicht unterschrieben!)

Herr Kollege Blenk! Wenn Ihre Zwischenrufe gut wären, würde ich mich damit auseinandersetzen. Aber sie sind aus der untersten Schublade, Herr Kollege Blenk! (Abg. Dr. Blenk: Kennen Sie den Niedermüller?) Ich weiß es. Aber lassen wir es!

Ich halte es mit Ihrem Präsidenten Graf, der Zwischenrufe auch nach der Qualität beurteilt: Mir scheint, ich habe schon zuviel Zeit mit Ihnen verschwendet. (Abg. Heinzinger: Da haben Sie ein gutes Vorbild!)

Herr Kollege Mock! Ich darf Sie noch im Zusammenhang mit „Wort halten“ an das erinnern, was mit dieser Vereinbarung seitens der ÖVP geschehen ist. Damals hat es geheißen: So verpflichtete sich die Volkspartei, bis spätestens 31. Oktober 1957 im Parlament eine Abänderung der Nationalrats-Wahlordnung einzubringen, welche den Grundsatz der absoluten Gleichwertigkeit der abgegebenen Wählerstimmen zum Ziel hatte und außerdem noch ein zweites Ermittlungsverfahren im ganzen Bundesgebiet statt in vier Wahlkreisverbänden vorsah. Eine analoge Wahlreform sollte auch in allen Landtagen erfolgen. (Abg. Peter: Das war eine Vereinbarung im Zusammenhang mit der Bundespräsidentenwahl 1957!) Das war, als wir Ihren Präsidentschaftskandidaten Denk unterstützt haben. Das war diese Bereitschaft und die Vereinbarung und das Versprechen Ihrer Partei der Freiheitlichen Partei gegenüber.

Seit diesem Zeitpunkt sind 26 Jahre vergangen, und Sie haben diesen Antrag immer noch nicht eingebracht. Wer nicht Wort halten kann, wer wortbrüchig ist, das ist Ihre Partei. Und das nicht nur in dieser Frage. Herr Kollege Mock! Ich könnte Ihnen noch einige Beispiele bringen. (Abg. Dr. Mock: 1957!) Aber das tun Sie mit einer Handbewegung weg, das geht Sie ja nichts mehr an. Nein, Herr Kollege Mock! Das ist natürlich weit zurückgegriffen, bis zum Jahr 1957. Doch Sie wundern sich hier wehleidig. (Ruf bei der ÖVP: Wer?) Sie, Ihr Präsident Graf — am wehleidigsten ist Ihre Kollegin Hubinek — wundern sich über die schlechte Behandlung und den Vertragspartner der Freiheitlichen Partei. Sie

wundern sich, daß einem von Ihnen gebrachten Verhandlungsangebot nicht der nötige Ernst und der nötige Respekt entgegengebracht werden. Herr Kollege Mock! Wundern Sie sich nicht, da Sie alte Wahlversprechen beziehungsweise alte Vereinbarungen nicht gehalten haben! (Abg. Heinzinger: Es gab eine Wahlreform! — Vizekanzler Dr. Steger: Das haben nicht Sie gemacht!) Das haben ja nicht Sie gemacht. Sie haben ja dagegengestimmt.

Diese Dinge sollen ruhig einmal ganz deutlich ausgesprochen werden, so meine ich, danach werden wir gerne versuchen, zur Tagesordnung überzugehen.

Zu einem korrekten und bei aller standortbedingten Gegensätzlichkeit kooperativen Verhältnis zwischen Bundesregierung und Opposition müssen auf Regierungsseite beide Koalitionsparteien beitragen. Wir sind dazu selbstverständlich bereit.

Wir Freiheitlichen kennen die Opposition wahrlich gut genug, um von der Aufgabe, die nun allein der ÖVP zufällt, allen nötigen Respekt zu haben. Die Koalition von SPÖ und FPÖ ist nicht gegen irgend jemand gerichtet, heißt es ausdrücklich in der Regierungserklärung. Daß sich die Opposition der ÖVP gegen die Bundesregierung zu richten haben wird, ist eine demokratische Selbstverständlichkeit. Ob die Opposition der ÖVP darüber hinaus auch noch gegen jemand Bestimmten gerichtet ist, werden wir abwarten. Wir Freiheitlichen waren lange genug in der Opposition, um die Bedeutung dieser Aufgabe für das Funktionieren einer Demokratie voll und ganz ermessen zu können.

Zu dieser Aufgabe gehört neben Kritik und Kontrolle bekanntlich auch das Aufzeigen von Alternativen; letzteres schließt selbstverständlich die Präsentation sachpolitischer Forderungskataloge mit ein. Und wir sagen ganz deutlich: Auch jetzt als Regierungspartei bekennen wir Freiheitlichen uns dazu, daß es eine wichtige oppositionelle Aufgabe ist, die jeweilige Bundesregierung laufend mit Sachforderungen zu konfrontieren. Obschon die Oppositionsrolle aus freiheitlicher Sicht nie ein Freibrief für Lizitation war, ist es jedenfalls legitim, wenn sich eine Oppositionspartei bemüht, das von ihrem Standpunkt aus Wünschbare auch öffentlich als Forderung zu vertreten.

Kann man sich als Opposition vom Gesichtspunkt der Wünschbarkeit leiten lassen, so ist für eine Regierungspartei im Sinne

Grabher-Meyer

der Politik als Kunst des Möglichen die Tat der Realisierbarkeit das entscheidende Kriterium. Und danach werden wir uns richten.

Eine Oppositionspartei kann vieles fordern, sie muß nichts verwirklichen. Eine Regierungspartei hat die Chance, einiges in die Tat umzusetzen. (Abg. Dr. Blenk: *Das, was Sie vorher verlangt haben?*) Beides ist standortbedingt, Herr Kollege Blenk, und beides ist legitim. (Abg. Dr. Blenk: ... von den früheren Vorstellungen?) Beides, Herr Kollege Blenk, ist legitim. Ich betone „beides“, Sie müssen nur zuhören. (Abg. Dr. Blenk: *Ich werde das verfolgen!*) Regierungsparteien werden leicht dahin tendieren, nur das als politisch wünschbar zu deklarieren, was für Sie realisierbar ist. Warum auch nicht? Alles andere würden Sie, so wie ich Sie kenne, wieder als Lüge darstellen.

Demgegenüber kann und, wie ich glaube, soll die Opposition durch das Anmelden wesentlich weitergehender Forderungen dafür sorgen, daß die Ziele immer noch etwas anspruchsvoller gesetzt werden. Maximalistische Zielvorgaben, so unrealistisch sie im Augenblick auch sein mögen, können à la longue als Ansporn dienen und den Fortschritt beschleunigen.

Im Sinne des hier Gesagten möchte ich die ÖVP als nunmehrige Inhaberin des Oppositionsmonopols im Nationalrat schon jetzt darauf hinweisen, daß sie, wenn sie uns Freiheitliche mit früheren Forderungen konfrontieren sollte, keine besonderen argumentativen Erfolgsergebnisse haben wird. Und noch etwas.

Wir Freiheitlichen sind darauf vorbereitet, daß uns die Oppositionspartei in den nächsten vier Jahren laufend den Anspruch streitig machen wird, in dieser Koalition erfolgreiche Sachwalter sogenannter bürgerlicher Interessen zu sein. (Abg. Dr. Blenk: *Was soll das heißen, daß Sie sich daran halten oder nicht?*) Das ist das gute Recht der ÖVP. Ich weiß, daß Ihnen dieses Wissen schon lange abhanden gekommen ist, Herr Kollege Blenk, ich weiß es. (Abg. Dr. Blenk: *Wie halten Sie es mit den früheren Versprechen?*) Wir, Herr Kollege Blenk, werden diese Sachwalter sein. (Beifall bei der FPÖ.) Aber dieser Streit um diese Position ist das gute Recht der ÖVP.

Unser gutes Recht wird es sein, solche Behauptungen in einer gemeinsamen Regierungspolitik mit der SPÖ, die auf einem guten und tragfähigen Kompromiß beruht, konkret zu widerlegen.

Es liegt in der Natur einer Regierungskoalition, daß in den diesbezüglichen Verhandlungen keiner der beiden Partner über den anderen triumphiert. Nur ein Kompromiß, der für beide Seiten akzeptabel ist, kann hier eine tragfähige und dauerhafte Grundlage Wie meinen? (Abg. Dr. Blenk: *Selten wedelt der Schwanz mit dem Hund!*) Ja, Kollege Blenk, Sie haben noch immer vergessen, daß in der Regierung und im Ministerrat das Einstimmigkeitsprinzip vorgeschrieben ist. (Abg. Dr. Blenk: *Das habe ich nicht vergessen!*) Schauen Sie, hier gibt es kein Hinteres und kein Vorderes, kein Ende und keinen Anfang, keinen Kopf und keinen Schwanz, Herr Kollege Blenk. (Abg. Dr. Neisser: *Das ist die Physiologie der Tiere!*) Sie werden sich noch daran gewöhnen müssen, daß es in einer Koalitionsregierung darauf ankommt. (Abg. Dr. Blenk: *An die werden Sie sich gewöhnen müssen!*) Und wenn man den Kompromiß in den Vordergrund stellt, dann wird man draufkommen, daß ein Kompromiß auf die Zustimmung beider angewiesen ist. Und hier gibt es dann eben kein Hinteres und kein Vorderes, Herr Kollege Blenk!

Nur ein Kompromiß, der für beide Seiten akzeptabel ist (Abg. Dr. Blenk: *Daran werden Sie sich gewöhnen müssen!*) — ich behaupte das noch einmal —, kann hier eine tragfähige und dauerhafte Grundlage bilden. Solches ist in den zwischen der Sozialistischen Partei und der Freiheitlichen Partei geführten Koalitionsverhandlungen ohne Zweifel gelungen. Aus freiheitlicher Sicht kann festgestellt werden, daß mit dem hier notwendigen Augenmaß Kompromisse eingegangen wurden, gleichzeitig aber auch eine Vielzahl wichtiger und essentieller freiheitlicher Forderungen durchgesetzt werden konnte.

Eine Gegenüberstellung des FPÖ-Wahlprogramms 1983 mit der nunmehr abgegebenen Regierungserklärung beweist dies sehr eindrucksvoll.

So hat eines der freiheitlichen Grundanliegen, daß aus den Erfahrungen mit den beiden großen Skandalen der XV. Gesetzgebungsperiode, AKH und WBO, auch wirklich konkrete Konsequenzen gezogen werden, in der Regierungserklärung einen deutlichen Niederschlag gefunden. Eine wirksamere Bekämpfung von Korruption und Wirtschaftskriminalität ist die erklärte Absicht beider Regierungspartner. Sozialisten und Freiheitliche sind sich dessen bewußt, daß es heute gilt, das durch verschiedene Vorgänge bei den Bürgern verlorengegangene Vertrauen wiederzu-

Grabher-Meyer

gewinnen. Sauberkeit und Korrektheit wird in der Politik dieser Koalition ein besonderer Stellenwert eingeräumt. Dazu gehört auch das gemeinsame Bekenntnis zu dem Grundsatz, daß Personalentscheidungen in allen Bereichen nach objektiven und sachlichen Kriterien zu treffen sind. Das wird Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, manchmal sehr hart treffen, glaube ich. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk*) Na, Herr Kollege Blenk, Sie werden wir uns reinsetzen, verstehen Sie! Von Ihnen werden wir uns die Sekretärinnen aussuchen lassen, die wir hier drinnen haben. Na bitte, Herr Kollege Blenk. (*Abg. Peter: Walter, laß doch den Altvater Blenk in Ruh', der hat die Weisheit mit'n Löffel 'gesessen!*) Na selbstverständlich! (*Zwischenrufe bei der ÖVP und Gegenrufe bei der FPÖ*) Es richtet sich jeder an der Qualität seiner Zwischenrufe. Nur, man sollte ihm die Gelegenheit geben, daß seine Zwischenrufe auch im Inhalt erkannt werden, das genügt. Man muß weiters nicht darauf eingehen.

Das von der FPÖ seit jeher vertretene Leistungsprinzip ist in der verbindlichen Absichtserklärung beider Regierungsparteien verankert. Es besteht Übereinstimmung, daß die Leistungsfähigkeit der Menschen dieses Landes voll mobilisiert werden muß.

Die schon demnächst in Angriff zu nehmende Steuerreform ist gerade auch dem Ziel zugeordnet, die Leistung zu fördern.

Auch der Konsens, den SPÖ und FPÖ in bezug auf Budget und Wirtschaftspolitik finden konnten, wurde von uns Freiheitlichen unverkennbar mitgeprägt. Tatsächlich können wir Freiheitlichen eine Budgetpolitik unterschreiben, die expansiv dort ist, wo es um die Sicherung eines hohen Beschäftigungs niveaus, um die Belebung der Wirtschaft und um die Aufrechterhaltung der sozialen Sicherheit geht. Ebenso entspricht es unseren ureigensten Vorstellungen, wenn nun die strengsten Maßstäbe der Sparsamkeit in allen Bereichen, etwa bei den Subventionen, angelegt werden sollen.

Die Nullbudgetierung der Budgetmittel und die mit der allfälligen Übernahme neuer Staatsaufgaben verknüpfte rigorose Prüfung sämtlicher Folgekosten gehören zu jenen Vorhaben dieser Bundesregierung, die wie vieles andere mehr in der FPÖ-Wahlplattform 1983 gefordert wurden.

Die zielstrebige Konsolidierung des Staatshaushaltes ist ebenso ein gemeinsames Anliegen von SPÖ und FPÖ wie die Forcierung

einer Wirtschaftspolitik, die auf der Angebotsseite ein investitionsfreundliches Klima schafft und auf der Nachfrageseite durch die Stärkung der Massenkaufkraft den Absatz sichert.

Das gemeinsame Bekenntnis zu einem qualitativen Wirtschaftswachstum entspricht in eindeutiger Weise den Vorstellungen der Freiheitlichen Partei. Dies gilt auch für die in der Regierungserklärung erkennbare Schwerpunktbildung mit Blick auf die Klein- und Mittelbetriebe. Diese werden mit dem Ziel einer Modernisierung und Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit entsprechend gefördert werden.

Wenn es aus der Sicht des Kollegen Präsident Graf zu weitgehende Forderungen waren oder zu wenige genau umschrieben sind, dann soll er abwarten. (*Präsident Dr. Stix übernimmt den Vorsitz*). Der freiheitliche Handelsminister wird Ihnen dann im einzelnen sagen, wie diese Wettbewerbsfreiheit entsprechend gefördert werden kann.

Nicht zuletzt geht es hier auch um die Aktivierung eines bisher noch weitgehend unge nutzten Exportpotentials. Der Bedeutung der kleinen und mittleren Betriebe für die österreichische Wirtschaft soll so Rechnung getragen werden, wie dies freiheitlichen Vorstellungen entspricht.

Auch die Betonung einer Strukturpolitik, die auf die Schaffung neuer Produktionen und auf die Spezialisierung bestehender Unternehmen Bedacht nimmt, findet unsere vorbehaltlose Zustimmung.

Das gleiche ist auch bezüglich der beabsichtigten Schwerpunktbildung im Bereich der Innovationspolitik zu sagen. Beide Koalitionspartner stimmen darin überein, daß es sehr wesentlich darum geht, für die österreichische Wirtschaft ein investitionsfreundliches Klima zu schaffen. Vom Standpunkt der FPÖ und damit aus liberaler Sicht ist dem nichts hinzuzufügen.

Es wird eine Frage der kommenden Jahre, des kommenden Jahres werden, was gescheiter ist: das Krankjammern, das destruktive Jammern der Österreichischen Volkspartei oder das Optimistische, die optimistische Wirtschaftspolitik, die wir betreiben wollen, mit den Maßnahmen, die wir setzen wollen. Welche Maßnahme ist wohl besser geeignet, der österreichischen Wirtschaft zum Erfolg zu verhelfen? Ich behaupte, die positive Geisteshaltung und unsere Maßnahmen. Ich lasse

Grabher-Meyer

Ihrer negativen Geisteshaltung die Krankjammerei, die Sie jetzt schon wieder, bevor diese Regierung auch nur einen Tag im Amt war, an den Tag gelegt haben.

Die Modernisierung der verstaatlichten Industrie und der Verstoß in diesem Bereich in neue Finalproduktionen ebenso wie die Entwicklung zukunftsorientierter Strategien für jeden einzelnen Unternehmensbereich sind Vorhaben, die wir ebenfalls gerne unterschreiben.

Auch der Stellenwert, welcher der Förderung des Fremdenverkehrs und dem Ausbau des regionalpolitischen Förderungsinstrumentariums eingeräumt wird, entspricht durchaus dem, was wir Freiheitlichen uns vorstellen.

Daß das 13. und 14. Monatsgehalt auch in Zukunft nicht stärker besteuert werden wird und daß an die Stelle der seinerzeit geplant gewesenen Sparbuchsteuer eine Anonymitätsabgabe in der Höhe von 20 Prozent des Zinsertrages anonymer Wertpapiere und Anlagen getreten ist, erachten wir Freiheitlichen jedenfalls für wesentlich wichtiger als ein Blockieren der Fertigstellung des internationalen Konferenzzentrums in Wien. (Abg. Helga Wieser: Sie sind leicht zufrieden!) Unsere Vorbehalte gegen dieses Projekt sind bekannt, Frau Kollegin Wieser. Trotzdem wäre es für uns kein Erfolgserlebnis, dazu beigetragen zu haben, daß hier eine neue österreichische Großruine geschaffen wird. (Abg. Dr. Blenk: Sagen Sie das auch zu Vorarlberg?) Ja, Herr Kollege Blenk, vielleicht sagen Sie mir, ob aus Vorarlberger Sicht diese Ruine dann gesprengt wird oder was damit angefangen wird. Wenn Sie jetzt über die Reichsbrücke fahren, dann sehen Sie dort schon hochhausgroße Bauten. Wollen Sie diese sprengen?

Herr Kollege Blenk! Es entspricht Ihrem destruktiven Denken, daß Sie mit einem begonnenen Bau, für den die Freiheitliche Partei keine Verantwortung zu übernehmen hat, ... (Abg. Dr. Blenk: Seit wann haben Sie denn diese Erkenntnis?) Ja, was hätten denn Sie gemacht damit? (Abg. Dr. Zittmayr: Das haben Sie ja schon vor der Wahl gewußt, daß zu bauen angefangen worden ist! Warum haben Sie das vor der Wahl nicht gesagt?) Herr Kollege! Wir haben ja gesagt, daß darüber nachgedacht werden muß, auf welche Weise die sparsamste Variante für das Konferenzzentrum gefunden werden kann. (Abg. Dr. Zittmayr: Ja, nachgedacht!) Ich will Ihnen etwas sagen. Wissen Sie, was von

seiten Ihres Verhandlungsführers Mock den Sozialisten in der Verhandlung angeboten wurde? Wollen Sie wissen, was ihnen angeboten wurde? Fragen Sie ihn einmal, welche Vorschläge er gehabt hat, was mit diesem Konferenzzentrum zu machen wäre: Man sollte halt eine größere Zweckwidmung haben. Ja das tun wir auch! Meine Damen und Herren von der ÖVP, vielleicht ist heute noch jemand von Ihnen bereit, zu sagen, auf welche Weise dann dieser Bau beseitigt wird, das, was bis heute gebaut wurde.

Ich habe schon gesagt, wir haben bis zum heutigen Tage für den Bau des Konferenzzentrums, wie er sich heute darstellt, keine Verantwortung zu tragen. Vielmehr haben Sie Verantwortung zu tragen, Sie haben den Bau beschluß gefaßt. (Abg. Dr. Zittmayr: Was ist mit Zwentendorf? Der Schmidt sagt: prüfen!, der Steger sagt: zusperren!) In Zwentendorf hat es in einer Volksabstimmung... (Abg. Dr. Zittmayr: Was ist jetzt wirklich?) Wenn Sie nicht nur immer wild dazwischenrufen, sondern auch zuhören würden, würde ich sogar Ihnen, auch bei der Form Ihrer Zwischenrufe, eine Antwort geben.

Das österreichische Volk hat am 5. November 1978 in einer eindeutigen Willenserklärung deutlich festgelegt, was mit Zwentendorf zu geschehen hat. Es soll nicht als Kernkraftwerk in Betrieb genommen werden. Sie werden doch nicht jetzt auf einmal an diesem Beschuß zweifeln wollen? (Abg. Dr. Zittmayr: Gilt das, was der Steger gesagt hat, oder das, was der Schmidt gesagt hat? Was hat der Schmidt gesagt?)

Ja fragen Sie ihn doch, fragen Sie ihn doch! Ich bin doch nicht Transmittant für solche Nachrichten. Fragen Sie ihn! Es nimmt Ihnen niemand das Recht, daß Sie den Staatssekretär Schmidt fragen können. Fragen Sie ihn. (Abg. Dr. Zittmayr: Ja, aber das ist unser Steuergeld!) Nicht „aber“ — fragen Sie ihn. Fragen Sie ihn! Ich habe Ihnen schon gesagt, es wird für Sie keine argumentativen Erfolgs erlebnisse geben. Mit solchen Zwischenrufen sicher nicht!

Eine alte Forderung, meine Damen und Herren, eine alte FPÖ-Forderung ist auch die in der Regierungserklärung angeführte Umwidmung der Wohnungsbeihilfe. Wer nicht bereit ist, sich auch zu Maßnahmen zu bekennen, die als unpopulär gelten, soll keine Regierungsverantwortung übernehmen, schon gar nicht in einer Situation, mit der wir derzeit konfrontiert sind. Sollte es sich im Zuge der noch anzustellenden Prüfungen

Grabher-Meyer

erweisen, daß die Anhebung bestimmter Mehrwertsteuersätze notwendig ist, wird diese Bundesregierung bereit sein, daraus die Konsequenz zu ziehen. Hand in Hand mit einem solchen Schritt wird aber auch ein Verzicht auf die Kreditsteuer ins Auge gefaßt.

Im Rahmen der Verhandlungen über einen neuen Finanzausgleich wird die Bundesregierung den Wegfall der Lohnsummensteuer und der Gewerbesteuer auf Gewerbekapital vorschlagen. Das Bekenntnis zur Notwendigkeit gemeinsamer Opfer darf nicht gleichbedeutend sein mit einer Politik, die die Leistung hemmt und damit den erhofften Aufschwung in sein Gegenteil verkehrt.

Was heute in allen Bereichen not tut, ist eine differenzierte Politik. Das für die nächsten vier Jahre geltende Regierungsprogramm trägt freiheitliche Schriftzüge. Das gilt auch für den Bereich der Sozialpolitik. Wenn nun eine umfassende Reform der Sozialversicherung in Angriff genommen wird, entspricht dies den von uns präsentierten Vorstellungen.

Die Pensionsgarantie ist für Sozialisten ebenso wie für Freiheitliche ein zentrales Anliegen. Dasselbe gilt im Rahmen der Bemühungen um ein hohes Beschäftigungsniveau für eine gezielte Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Die Schaffung eines umfassenden Behindertenkonzeptes ist eine Forderung der Freiheitlichen Partei. Daß wir es als Liberale begrüßen, daß die Mitbestimmung der Arbeitnehmer erweitert werden wird, bedarf keiner besonderen Betonung.

Auch im Bereich der Land- und Forstwirtschaft ist diese Regierungserklärung die Grundlage für eine aus freiheitlicher Sicht lohnende Mitgestaltung. Im Vordergrund steht für uns eine wirklich angemessene Verbesserung der Lebensgrundlagen der bäuerlichen Bevölkerung.

Einen besonderen Schwerpunkt bildet die Umweltschutzpolitik. Auch hier haben wesentliche freiheitliche Vorschläge in die Regierungserklärung Eingang gefunden. Vor allem nenne ich die beabsichtigte Gründung eines Umweltschutzfonds, um nur ein Beispiel zu nennen.

Ich habe mit Aufmerksamkeit das Angebot der anscheinend neuen Gesundheits- und Umweltschutzsprecherin der Österreichischen Volkspartei Hubinek bezüglich der Konsenspolitik im Bereich des Umweltschutzes ihres Vorgängers Wiesinger, der ein

Beweis für eine Konsenspolitik im Bereich einer Sache war, aufgenommen, und wir werden sie in Zukunft an ihren Worten messen.

Es ist keine Frage — ich habe es von dieser Stelle aus schon gesagt, und ich stehe nicht an, dies auch als Sprecher einer Regierungs- partei zu tun —, daß Umweltschutzpolitik keine Sache der Ideologie ist. Es ist keine ideologische Frage, ob Umweltschutz, von wem auch immer, gemacht wird. Die Qualität der Luft kennt keine politischen Grenzen. Deshalb meine ich, diese Regierung wird eine Umweltschutzpolitik machen, wo die politisch relevanten Fragen nicht mehr ausgeklammert werden.

Ich habe auch als Oppositionssprecher dem Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz oft den Vorhalt gemacht, daß politisch relevante Fragen gerade in der Umweltschutzpolitik aus den Regierungsvorlagen ausgeklammert waren. Wir werden darauf dringen, daß diese politischen Fragen und diese ausgeklammerten Fragen jetzt zur Behandlung kommen. Aber es wird auch eine Frage der Mitarbeit der Länder sein, ob sie auch bereit sind, diese politischen Fragen mit zu lösen. Das sind politische Fragen, wodurch man das Wahlverhalten beeinflussen könnte. (Abg. Dr. Blenk: Das sind keine politischen, das sind Sachfragen!)

Es ist selbstverständlich eine wirtschaftspolitische Frage, ob und auf welche Weise man die Wirtschaft belasten muß oder sie nicht belasten will. Das ist selbstverständlich eine wirtschaftspolitische Frage, aber keine ideologische Frage, das ist der Unterschied.

Weitere Beispiele dafür, meine Damen und Herren, daß freiheitliches Gedankengut in das vorliegende Regierungsprogramm Eingang gefunden hat, sind die Sicherheitspolitik, die Herstellung eines verbesserten Kontaktes zwischen der Exekutive und der schutzsuchenden Bevölkerung, die verschärfte Bekämpfung verschiedener Kriminalitätsformen, insbesondere der Suchtgiftkriminalität.

In der Verkehrspolitik wird eine Verbesserung der Organisationsstruktur der Österreichischen Bundesbahnen auch unter Bedachtnahme auf Empfehlungen des Rechnungshofes vorgenommen werden. Der Ausbau der West- und Südbahn zu Hochleistungsstrecken, die Landesverteidigungspolitik mit der Beseitigung des Mangels an Kaderpersonal durch finanzielle und organisatorische Maßnahmen sowie die Verbesserung der Bedin-

Grabher-Meyer

gungen für Präsenzdiener sind weitere Vorhaben.

Besonders hervorzuheben ist der Justizsektor. Ohne hier wiederholen zu wollen, was ohnehin in der Regierungserklärung angeführt wurde, kann man sagen, daß aus freiheitlicher Sicht alles Punkt für Punkt zu unterschreiben ist. Im Vordergrund steht ein verbesserter Zugang des Bürgers zum Recht.

Einen weiteren Schwerpunkt bilden die Schul- und Bildungspolitik, eine humanere Schule, die Betonung der Selbstverwirklichung des Menschen als wesentliche Aufgabe im Erziehungsprozeß — das sind zutiefst liberale Forderungen —, das Bekenntnis zur Förderung von Wissenschaft und Forschung, die in der Regierungserklärung nach den Worten Sir Karl Poppers als „Haupthoffnung der Menschheit“ bezeichnet werden. Was sollte dem aus liberaler Sicht noch hinzugefügt werden?

Das Bekenntnis zur Partnerschaft in der Familie und das Bekenntnis zu einer fortgesetzten Beseitigung aller noch bestehenden Diskriminierungen der Frau sind Beweise für eine gelungene politische Synthese, der eine liberale Partei die Zustimmung geben kann.

Diese Feststellung gilt auch mit Blick auf die von beiden Koalitionspartnern beabsichtigte Forcierung der Arbeit für die Reform des Grund- und Freiheitsrechtes, für das gemeinsame Bekenntnis zum föderalistischen Prinzip, für die gemeinsame Absicht, dem Ziel einer möglichst bürgernahen Verwaltung um einige echte Schritte näherzukommen, und für vieles andere mehr.

Zu den Bereichen, in denen zwischen Sozialisten und Freiheitlichen von vornherein ein sehr weitgehender Konsens besteht, gehört die Außenpolitik. Beide Parteien . . . (Abg. Dr. Blenk: *Das ist eine Ergänzung der Regierungserklärung!*) Seien Sie doch dankbar dafür, wenn Sie mehr erfahren. Beide Parteien verbindet das Bekenntnis . . . (Abg. F a c h l e u t n e r: *Sie haben früher ganz anders gesprochen!*) Herr Kollege Blenk! Ich mute Ihnen nicht zu, daß Sie in Ihrer geringen Grundsätzlichkeit wirklich die Regierungserklärung gelesen haben, ich mute es Ihnen wirklich nicht zu. Sie können infolge Ihrer vielen Verpflichtungen gar keine Zeit haben. (Abg. Dr. Blenk: *Müssen Sie immer beleidigt werden?*) Herr Kollege Blenk! Beide Parteien verbindet das Bekenntnis zu einer aktiven Neutralitätspolitik, zu einer Politik, deren vornehmstes Ziel es ist, der Ent-

spannung und der Friedenssicherung zu dienen.

Wir Freiheitlichen begrüßen es, daß eine engagierte Europapolitik und die gewissenhafte Wahrnehmung der österreichischen Schutzmachtfunktion für Südtirol Italien gegenüber im außenpolitischen Teil der Regierungserklärung zwei deutliche Schwerpunkte sind.

Zum Schluß kommend kann man sagen: Alles in allem können wir Freiheitlichen denjenigen, die uns am 24. April 1983 ihr Vertrauen gegeben haben, guten Gewissens sagen: Die freiheitlichen Schriftzüge in dieser Regierungserklärung sind unverkennbar. Es ist gelungen, die Weichen für eine Politik zu stellen, die die Verwirklichung eines realistischen Maximums freiheitlicher Vorstellungen verspricht. Die einzige Voraussetzung, an die wir den Eintritt in eine Regierung geknüpft haben, ist damit erfüllt. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*) 13.16

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Riegler. Ich erteile es ihm.

13.16

Abgeordneter Dipl.-Ing. Riegler (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir konnten heute vormittag eine Debatte — ganz gleich, von welcher Fraktion die Redner waren — miterleben, die ein sehr hohes Niveau gehabt hat. Und bei aller Unterschiedlichkeit der Standpunkte waren auch Aussagen des sozialistischen Klubobmanns, des Abgeordneten Wille, oder des freiheitlichen Klubobmanns, des Abgeordneten Peter, überlegens- und bedenkenswert. Der Vorrredner hat in diesem Reigen eine unrühmliche Ausnahme gemacht. Ich möchte es mir daher auch ersparen, im einzelnen auf Details dieser Aussagen einzugehen, denn sie haben sich in zwei Abschnitte gegliedert: in einen ersten Abschnitt der Aggressionen und der Emotionen und in einen zweiten Abschnitt, wo Sie quasi als Pressesprecher der Regierung einen zweiten Aufguß der Regierungserklärung vorgelesen haben. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Es ist jedenfalls etwas enttäuschend, wenn immerhin der Generalsekretär einer Partei sich in diesem Niveau hier geäußert hat, und es ist auch nicht die Art, wie Parlamentarismus bei den Zuhörern auf der Galerie, bei vielen jungen Menschen attraktiver gemacht werden kann. Darum, glaube ich, sollten wir uns wieder mehr auf eine sachliche Auseinan-

Dipl.-Ing. Riegler

dersetzung konzentrieren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es war der jetzige Bundeskanzler Dr. Sino-watz, der die Aussage getroffen hat, die Freiheitliche Partei werde das Regieren erst lernen müssen. Das ist nicht unsere Erfahrung. Ich glaube, Herr Abgeordneter Grabher-Meyer, Sie werden auch lernen müssen, sich ohne Aggressionen hier auseinanderzusetzen, auch wenn Maßnahmen der Regierung kritisiert werden, Sie haben das jahrzehntelang auch getan. Und Sie werden sich täuschen, meine Damen und Herren: Die Volkspartei hat weder Frustrationen noch Enttäuschungen. Im Gegenteil, als Partei ist ihr sogar die angenehmste Rolle zugefallen. Was wir bedauern, ist, daß im Sinne der Problemlösung, wovon wir in Österreich wahrlich genug haben, unseres Erachtens nicht der zielstrebigste und beste Weg gefunden wurde. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich möchte Ihnen, Herr Klubobmann Wille, sagen, daß manche Ihrer Aussagen beachtenswert waren und daß sie sich auch positiv abheben von Wortmeldungen Ihres Vorgängers als Klubobmann. Es wäre erfreulich, wenn sich das auch in der praktischen parlamentarischen Arbeit niederschlagen würde, wenn es wirklich mehr Wettbewerb der Ideen geben würde und wenn nicht aus dem Prestigestandpunkt der Mehrheit all das, was die Opposition an Vorschlägen bringt, von vornherein weggewischt wird und nicht sein darf, was nicht sein kann, nämlich daß auch die andere Seite einmal gute Ideen bringt, die ja im Sinne der Problemlösung angewandt werden sollten. Wir werden sehr rasch feststellen können, wie das auch in der praktischen Handhabung aussieht. Und genauso ist es auch mit den Aussagen in der Regierungserklärung.

Lassen Sie mich nochmals, weil das immer wieder hier mitanklingt, zur Philosophie der Koalition, wie es in der Regierungserklärung heißt, eine kurze Bemerkung machen.

Der Herr Bundeskanzler hat von der Logik des Wahlresultats gesprochen. Die Logik des Wahlresultats sieht folgendermaßen aus: Der Wähler wollte eine Änderung der Politik, sonst hätte er die absolute Mehrheit der Sozialisten bestätigt. Der Verlust an Wählerpotential war bei den Sozialisten etwa 6 Prozent und bei den Freiheitlichen etwa 17 Prozent.

Die rot-bläue Koalition — das ist aus vielen verschiedenen Umfragen nachweisbar — ist

jene Regierungsform, die die Österreicher am wenigsten gerne wollten. Das sind Fakten, die kann ich in aller Deutlichkeit und Nüchternheit hier festhalten.

Es wird auch Ihnen nicht unbekannt sein, meine Damen und Herren, daß es eine Reihe freiheitlicher Wähler gibt, die schwer enttäuscht über den Schritt ihrer Partei waren, und daß es eine Reihe sozialistischer Wähler gibt, die enttäuscht waren über die Vorgangsweise, die vom Noch-Parteivorsitzenden Dr. Kreisky seiner Partei oktroyiert wurde.

Das Ergebnis dieser eher machttaktischen Vorgangsweise ist, daß wir eine Fortsetzung des sozialistischen Weges mit freiheitlicher Schützenhilfe haben. Das ist der Inhalt der Koalition, wie er sich uns jetzt darstellt. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Wenn man die Situation dieser Koalition ganz nüchtern betrachtet, meine Damen und Herren, dann sind es zwei besondere Merkmale. Das erste: Die politischen Positionen dieser beiden Koalitionspartner sind in vielen Fragen wirtschaftspolitischer und gesellschaftspolitischer Art besonders weit voneinander entfernt.

Das zweite: Das Kräfteverhältnis 47,6 Prozent der Wählerstimmen des einen Partners und 4,9 Prozent des zweiten, des kleinen Partners beinhaltet logischerweise, daß in der Durchsetzung der Politik diesem kleinen Partner bei diesen Unterschieden in den Positionen sehr wenig Spielraum gegeben ist. Das sehen wir auch im Inhalt der Regierungserklärung, da können Sie heruminterpretieren, wie Sie wollen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Logisch daher die Fortsetzung des sozialistischen Weges mit freiheitlicher Schützenhilfe. Ihre Wähler merken das ja ohnehin, das ist nicht unser Problem, wie Sie das dort interpretieren. (*Abg. Dr. Haider: Dasselbe Problem würde es für euch auch geben! Eure Positionen sind mindestens so weit entfernt von der SPÖ wie unsere!*)

Lieber Herr Landesrat in spe (*Abg. Dr. Haider: Noch Abgeordneter!*), das wäre bei einer gleichgewichtigen Regierungskonstellation halt ein kleiner Unterschied. Es wäre für die Sozialisten etwas schwieriger geworden. Das haben sie auch offen ausgesprochen. Sie hätten vielleicht etwas mehr Minister abgeben müssen, sie hätten aber vor allem inhaltlich eine wesentliche Korrektur vornehmen müssen. Und das war es ja, was die Österreicher gewollt haben. Das ist der Unterschied in

Dipl.-Ing. Riegler

der Situation, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich möchte zur Regierungserklärung positiv anmerken, daß in dieser Regierungserklärung ... (*Ruf bei der SPÖ: Sie wären halt gern Landwirtschaftsminister!*) Vielleicht sollten Sie zuhören, wenn ich einmal etwas Positives zur Regierungserklärung sage, Herr Kollege.

Positiv empfunden habe ich, daß die Arroganz der Macht weniger spürbar war, als wir das in den vorangegangenen 13 Jahren erlebt haben. Positiv habe ich eine Reihe guter Absichtserklärungen in der Wirtschaftspolitik, in der Familienpolitik, in der Umweltpolitik empfunden.

Positiv habe ich es auch empfunden, daß erstmals seit langer Zeit Probleme auch offen angesprochen wurden. Der Klubobmann Fischer hat doch jahrelang ignoriert, daß es Budgetprobleme, Beschäftigungsprobleme, Wirtschaftsprobleme gibt. Erstmals wurde das offen ausgesprochen, das ist positiv.

Negativ, meine Damen und Herren, ist die noch gewachsene Unverbindlichkeit in den Formulierungen. Die Regierungserklärungen 1975 und 1979 waren schon nicht übermäßig von sehr konkreten Aussagen geprägt. Aber das, was jetzt vorliegt, sind gute Absichtserklärungen — was daraus wird, werden wir sehen.

Negativ muß ich bemerken, daß die Lebensprobleme der Menschen in Österreich nicht konkret in Lösungen aufgezeigt wurden, sondern daß man sagt: Es ist schwierig, wir werden prüfen, wir werden uns bemühen, wir werden schauen. — Das ist ein bissel wenig für eine Regierung, die antreten soll, um mit einem ganzen Berg von Problemen, der unsere Familien, der unsere Jugend, der unsere älteren Menschen mit Sorgen belastet, fertig zu werden.

Was uns zum Beispiel fehlt: das klare Bekennen oder das Erkennen, wo konkret ein Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik in die Richtung erfolgt, daß nicht die Steuermilliarden unter dem Schlagwort Beschäftigungsprogramm hinausgeworfen werden, sondern wirkungsvoll das, was die Österreicher erarbeiten, auch in eine Verbesserung der Zukunft eingesetzt wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Was uns fehlt, sind neue Wege zur Wiedererringung der Vollbeschäftigung, vor allem im Interesse unserer jungen Menschen. Unser

Parteiobmann Dr. Mock hat das sehr deutlich gesagt. Wir wissen ja alle aus der Praxis heraus: Die größte Sorge für Eltern und für Jugendliche ist es, wenn sie ausgelernt haben, die Schule abgeschlossen haben und nicht wissen, wo sie eine Arbeit aufnehmen können. Das ist nicht nur ein wirtschaftliches, nicht nur ein gesellschaftliches, sondern ein moralisches Problem höchsten Ausmaßes.

Was uns fehlt, ist daher, daß gesagt wird, wie das besser gemacht werden kann, daß man sich nicht auf die Formel, ein hohes Niveau der Beschäftigung zu halten, zurückzieht. Sie haben ja den Anspruch auf die Vollbeschäftigung in Ihren Erklärungen bereits aufgegeben, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Was uns fehlt, sind neue Maßnahmen, daß die immer deutlicher erkennbare wirtschaftliche und gesellschaftliche Zweiteilung Österreichs wieder aufgefangen werden kann und daß nicht die Grenzlandregionen, die Bergbauerngebiete, die Industrieregionen wie etwa die Obersteiermark immer weiter von der Entwicklung abgehängt werden und dann noch das Steuergeld umgeschaufelt wird in die Riesenprojekte, die hier im Ballungsraum errichtet wurden.

Es stimmt ja auch nicht, meine Damen und Herren, wenn es in der Regierungserklärung heißt, 400 000 Arbeitsplätze seien geschaffen worden. Das stimmt im Unselbständigenbereich. Aber warum verschweigt man, daß etwa 200 000 Existenz auf den Bauernhöfen und in den Gewerbebetrieben in der gleichen Zeit vernichtet wurden, zugrunde gegangen sind? Das muß man doch bei einer nüchternen Beurteilung auch mitzählen. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Es ist für uns nicht erkennbar, daß die Gleichheit in der wirtschaftspolitischen Vorgangsweise geändert wurde. Wenn die Informationen stimmen, wird für einen Lehrplatz im Bereich der verstaatlichten Industrie eine Prämie von 7 000 S und im Gewerbebetrieb von 2 000 S gegeben. Das ist nichtverständlich, meine Damen und Herren. Seien wir doch froh über jeden Arbeitgeber und Lehrherrn, der bereit ist, einen zusätzlichen jungen Menschen einzustellen. Wir wissen, überwiegend ist das in den Gewerbebetrieben der Fall. Warum daher die Ungleichbehandlung?

Was uns fehlt, ist eine wirkliche Offensive in der Entwicklung des ländlichen Raumes. Ich habe schon gesagt: Die Sorgen in unseren Grenzlandgebieten, ob im Mühlviertel, im

Dipl.-Ing. Riegler

Waldviertel, im Weinviertel, im Burgenland, in der Südsteiermark, in Südkärnten, das sind die größten Probleme, die wir dort haben. Ebenso ist es in den Bergbauernregionen, in den Industriegebieten.

Wir haben eine Reihe von konkreten Vorschlägen gemacht. Wir haben vom Österreichischen Bauernbund ein Konzept „Lebenschancen im ländlichen Raum“ vorgelegt. Wir haben dieses Konzept an alle politischen Gruppen, an alle Sozialpartner, an alle, die im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben Verantwortung tragen, verschickt, weil wir meinen, daß vielleicht die eine oder andere Idee drinnen ist, die es wert ist, auch umgesetzt zu werden. Das sollte, glaube ich, unser Bemühen sein: Wettbewerb der Ideen, aber auch das Aufgreifen konstruktiver Lösungen, unabhängig, von welcher Seite sie kommen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte für den ländlichen Raum ganz kurz zwei konkrete Punkte herausstellen, die wir als dringend notwendig zur Bewältigung in den nächsten Jahren ansehen.

Das erste: Wir brauchen eine Beschäftigungsoffensive, die sich speziell an die Problemregionen im ländlichen Raum richtet. Es gibt sehr, sehr viel zu tun hinsichtlich der Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen: Wohnungsbau, Wohnungserhaltung, Verkehrserschließung, bessere Infrastruktur, Schulen, Krankenhäuser — eine Fülle von Aufgaben sind nicht bewältigt.

Wir können also zweierlei erreichen, wenn wir eine Korrektur in der Vorgangsweise wählen: die Lebensverhältnisse dieser Menschen verbessern und ihnen gleichzeitig Arbeits- und Lebenschancen in ihre Heimatregion bringen.

Wir haben einen konkreten Vorschlag gemacht. Wir haben vorgeschlagen ein Wegbaubeschleunigungsprogramm. — Der Landwirtschaftsminister ist nicht da, und der Herr Staatssekretär Murer hat sich heute auch zurückgezogen. Ich kann es verstehen nach dem Ergebnis der Regierungserklärung. — Aber es wäre doch naheliegend. Wir haben einen ungeheuren Nachholbedarf in diesem Bereich. Das wäre ein Beitrag, mehr Beschäftigung und Verbesserung der Lebenssituation in die ländlichen Regionen zu bringen.

Wir haben ein Konzept zur Sanierung der landwirtschaftlichen Bausubstanz vorgeschlagen. Wir haben ein Dorferneuerungskonzept und ein Konzept zur Schaffung von Arbeits-

plätzen auf den Kleinbauernhöfen mit Hilfe von Sonder- und Spezialkulturen vorgeschlagen.

Das alles wären Möglichkeiten, meine Damen und Herren, einen konstruktiven Beitrag zur Verbesserung der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum zu leisten.

Wir haben das mit wissenschaftlichen Mitarbeitern durchgerechnet: Wir würden 600 Millionen Schilling pro Jahr aus den öffentlichen Mitteln brauchen und etwa 20 000 Arbeitsplätze damit in die ländlichen Regionen bringen. Und das ist, meine Damen und Herren, um ein Vielfaches wirkungsvoller als das, was wir in den Beschäftigungsprogrammen der Bundesregierung bisher gehört haben! (Beifall bei der ÖVP.)

Ein zweites Hauptanliegen: Es wird, wenn man die Lebensinteressen der ländlichen Bevölkerung ernst nimmt, notwendig sein, im Finanzausgleich entscheidende Korrekturen herbeizuführen. Es geht einfach nicht an, meine Damen und Herren, wenn man sich in einer Art Gewohnheitsrecht einfach darüber hinwegsetzt, daß sich gerade die kleinen Gemeinden — und die sind nun einmal auf dem breiten Land draußen — mit einer Fülle gewachsener Aufgaben auf der einen Seite und mit einer ungerechten Behandlung in der Verteilung der Finanzmittel weiter abfinden müssen. Das ist ein Punkt, wo wir uns mit aller Energie einsetzen werden, daß es bei der nächsten Verhandlung des Finanzausgleiches zu mehr Gerechtigkeit für die kleineren Gemeinden und damit für die dort lebenden Menschen kommt. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte durchaus anerkennen, daß in der Regierungserklärung eine nicht sehr verbindliche Formulierung, aber doch eine Andeutung drinnen ist, man werde auf die Bedürfnisse und Aufgaben von Bund, Ländern und Gemeinden Rücksicht nehmen. Na net. Und dann steht drinnen, daß die Bundesregierung den Wegfall der Lohnsummensteuer und der Gewerbesteuer auf Gewerbe Kapital in diese Verhandlungen mit den Finanzausgleichspartnern einbringt.

Ich möchte zunächst sagen, es kann durchaus darüber diskutiert werden. Aber meine Frage: Wie stellt sich die Bundesregierung vor, daß der Einnahmenausfall durch die Streichung dieser Steuern für die Gemeinden ausgeglichen wird? Das ist die entscheidende Frage dabei. Denn eines wird nicht gehen. (Abg. Elm ecker: Das sollen die Verhandlungen ergeben! — Abg. Marsch: Finanz-

Dipl.-Ing. Riegler

ausgleich!) Es wird nicht gehen, daß man sagt: Wenn wir schon auf allen anderen Gebieten die Steuern erhöhen, da haben wir einen Punkt, wo wir auch einmal Steuern reduzieren können — wobei das wirtschaftspolitisch durchaus erstrebenswert sein mag —, aber die Kosten dafür hat ohnehin die Gemeinde zu tragen. Diese Art von „neuer Gerechtigkeit“ werden wir nicht hinnehmen, meine Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP.)

Und lassen Sie mich in einem letzten Abschnitt auch noch einige konkrete Aussagen zur Situation der österreichischen Bauern machen.

Wenn man sowohl die Parteienvereinbarung als auch die Regierungserklärung genau durchliest, dann muß man feststellen, daß der Umfaller der Freiheitlichen Partei in keinem Sachbereich so eklatant aufgetreten ist wie im Bereich der Agrarpolitik.

Es gibt sehr, sehr viele Aussagen, meine Damen und Herren von der Freiheitlichen Partei, in Ihren Programmen, im Agrarkonzept, im Konzept zur liberalen Marktwirtschaft, es gibt eine Reihe von Anträgen, und man könnte die Redeprotokolle des damaligen Abgeordneten Murer durchlesen, wo wir sagen: Jawohl, wir stimmen überein, wir wollen das gleiche. Ich bedaure es ausdrücklich, daß davon in der Regierungserklärung aber auch nicht einmal Spuren elemente zu finden sind. Ich bedaure das im Interesse unserer Bauern, die sich derzeit in einer ganz, ganz kritischen und schweren Situation befinden. Denn nur in wenigen Worten ausgesprochen, was uns jetzt Sorge macht. (Abg. Weinegger: Drei Seiten über unsere Bauern!) Ja, ja. Nur, was drinnensteht, lieber Herr Abgeordneter, das ist das Ernüchternde dran. Es geht ja nicht um die Seiten, es geht um den Inhalt, und der Inhalt ist besorgniserregend für die Bauern! (Zustimmung bei der ÖVP.) Denn was steht drinnen? Die Fortsetzung des bisherigen Weges, und der hat uns in die Misere geführt, und die Androhung neuer Reglementierungen und Belastungen. Das ist nicht das, wonach unsere Bauern fragen! Die wollen eine Lösung der Probleme! (Beifall bei der ÖVP.)

Gehen Sie doch hinaus, meine Damen und Herren, schauen Sie es sich an! Herr Staatssekretär, Sie haben die Agrarpolitik der Regierung erklärt. Das ist so gut gelungen, daß Sie entscheidende Verluste hinnehmen mußten! (Abg. Elmec ker: Aber nicht im ländlichen Raum, Herr Kollege!) Ja, ja. Aber bei den

Bauern sehr entscheidend, das kann ich Ihnen auch sagen.

Aber schauen wir uns die Situation an. Reden Sie doch mit den Milchbauern, was die jetzt dazu sagen. 14 Prozent Anpassung bei den Richtmengen, obwohl 22 Prozent möglich gewesen wäre, wenn man es bauernfreundlich anwendet. Eine Belastung bei den Überlieferungen, die nicht mehr hinnehmbar ist. Das heißt, Sie sind mit einer falschen Agrarpolitik dabei, das an sich tragbare System der Milchmarktregelung endgültig in eine Linie zu bringen, wo wir nicht mehr weiterkönnen werden. Die Situation bei der Viehproduktion: Unsicherheit, Schwierigkeiten. Die Frage beim Getreidebau, wie es weitergehen wird. Das wissen Sie doch, meine Damen und Herren, die Sie ein bißchen damit zu tun haben, daß wir uns fragen: Ja wie wird denn die nächste Ernte im Absatz bewältigbar sein?

Eine katastrophale Situation bei unseren Weinbauern! So etwas hat es überhaupt noch nie gegeben, daß eine Produktionssparte mit Preisen der Jahre 1952, 1955 bei der heutigen Kostensituation auskommen muß. (Abg. Mag. Minkowitsch: 1949, bitte!) Oder 1949. Das ist doch eine Situation, die alarmierend ist! Und wundern wir uns nicht, wenn sich hier einfach auch die Unzufriedenheit und der Unmut in Formen manifestieren können, die wir alle miteinander nicht wollen.

Die Situation in unserer Forstwirtschaft ist schwer genug auf Grund der allgemeinen Wirtschaftssituation. Sie wird noch angeheizt dadurch, daß man die Importe ungehindert hereinläßt und die Exporte behindert, wo es Möglichkeiten gäbe, noch etwas zu tun.

Die Situation im Obstbau, im Gemüsebau, bei den Sonderkulturen: Absatz- und Preisprobleme wie noch nie.

Die Sorge unserer Nebenerwerbsbauern: Werde ich auf der Kündigungsliste stehen oder nicht? Das alles auf einmal. Wir haben immer Probleme gehabt in der Landwirtschaft, aber neu ist die Situation, daß es überhaupt keinen Bereich mehr gibt, der nicht mit schwersten Sorgen belastet ist. Und auf alles darauf keine Antwort in der Regierungserklärung! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Ich möchte es mir gar nicht so leicht machen, daß ich sage: Ja, für alles ist die Regierung verantwortlich. Es gibt internationale Schwierigkeiten. Das wissen wir. Die Konkurrenz auf den Weltagarmärkten ist ungerecht und zum Teil auch drückend. Es

Dipl.-Ing. Riegler

gibt gesamtwirtschaftliche Auswirkungen in Österreich.

Aber es ist auch eine Tatsache, daß nicht getroffene politische Entscheidungen oder Fehlentscheidungen der siebziger Jahre jetzt einfach kulminieren in den Auswirkungen. Darum die Lawine von Problemen gleichzeitig: weil bei den EG-Verhandlungen die Situation der Bauern schlecht gelöst wurde, weil die Ostliberalisierung bei Obst- und Gemüseprodukten erfolgte, weil im Jahr 1973 die Chance für den Ölsaatenanbau versäumt wurde, weil der Anteil für die Landwirtschaftsförderung im Budget halbiert wurde, weil die Einheitswerte hinaufzitiert wurden, weil die Belastung durch die Mehrwertsteuer seit dem Jahr 1977 jährlich 300 bis 500 Millionen Schilling beträgt. Das alles sind Fakten. (Abg. Wille: *Die Einheitswerte sind hinaufzitiert worden?*) Jawohl. Bei sinkenden Reinerträgen, Herr Klubobmann, sind die Einheitswerte hinaufgesetzt worden. Sie wissen, daß im Bewertungsgesetz steht: Der Einheitswert ist ein Ertragswert. Er ist vom Reinertrag abzuleiten.

Wenn die Reinerträge sinken und die Einheitswerte massiv hinaufgesetzt werden, dann ist das meines Erachtens ein Hinaufzitieren — in aller Bescheidenheit, Herr Klubobmann. (Abg. Dr. Zittmayr: *Das versteht der Wille zu wenig!*)

Was wir daher brauchen würden, wäre eine Korrektur. Und diese Korrektur fehlt. Das ist das, was ich bedauere: Daß die freiheitliche Konzeption in die Regierungserklärung überhaupt keinen Eingang gefunden hat. Es ist die geradlinige Fortsetzung des sozialistischen Weges. (Abg. Dr. Zittmayr: *Der Weg in die Krise!*)

Und die Freiheitliche Partei... (Abg. Peter: *Das ist eine Interpretationsfrage!* — Weitere Zwischenrufe.) Vielleicht können wir die Zwischenrufe wieder beenden.

Ich möchte eines noch anmerken, Herr Klubobmann Peter: Es ist sicher richtig, daß die Freiheitliche Partei immer einen hohen Vorrang der Verbesserung der Erzeugerpreise bei den Bauern beigemessen hat. Wir wurden oft kritisiert, daß wir hier zuwenig durchgesetzt haben.

Auch wir wollten — Sie wissen das — eine bessere Behandlung der Bauern in dem Bereich, sie ist sachlich gerechtfertigt. Aber es gibt eben Kräfteverhältnisse im wirtschaft-

lichen Leben, die nicht alles erreichbar machen.

Wir haben jetzt eine ganz große Chance, Herr Klubobmann, der Preisminister heißt ab jetzt Vizekanzler Dr. Steger. Und wir sind schon sehr gespannt darauf, wie die Preisanträge, die jetzt zur Behandlung liegen, die Anfang Juli zu entscheiden sein werden, von einem Vizekanzler Dr. Steger behandelt werden.

Ich hoffe nach der negativen Überraschung in der Regierungserklärung auf die positive Überraschung, ich sage das ganz ohne Zynismus, ich hoffe auf die positive Überraschung bei der Lösung unserer Preisanträge. (Beifall bei der ÖVP.)

In der Regierungserklärung — und das ist durchaus anerkennenswert — ist die Bedeutung der Sozialpartnerschaft deutlich angesprochen worden. Es stimmt mit dieser Aussage der Regierungserklärung aber meines Erachtens nicht überein, daß weder die Konzeption der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern im agrarpolitischen Bereich noch die Konzeption der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft im wirtschaftspolitischen Bereich entsprechenden Niederschlag gefunden hat.

Es gibt ja eine sehr vieldeutige Aussage in der Regierungserklärung, wo es um die Arbeitszeit geht. Da heißt es: Man wird die Beschlüsse des ÖGB-Kongresses abwarten, und man wird dann auch die anderen Sozialpartner anhören. — Ja bitte, das wird nicht der Weg sein.

Ich stimme mit allen überein, die sagen, wir haben große Probleme zu bewältigen und das wird dann leichter gehen, wenn alle Kräfte in der Gestaltung mit zum Tragen kommen. Aber eines wird nicht gehen, meine Damen und Herren: daß in wichtigen wirtschaftspolitischen Entscheidungen die Regierung sich über die Meinung der Sozialpartner — und hier meine ich alle Sozialpartner — einfach hinwegsetzt und dort, wo Kastanien aus dem Feuer zu holen sind, die Sozialpartner diese Aufgabe übernehmen sollen. Diese Arbeitsteilung wird nicht gehen. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Österreichische Volkspartei hat vor den Wahlen im agrarpolitischen Bereich sehr konkret und klar ihre Zielsetzungen aufgezeigt. Wir werden geradlinig diese Zielsetzungen weiter verfolgen. Das ist die Verbesserung der Preis- und Absatzsicherung, weil das die Arbeitsplätze auf den Bauernhöfen sind, ob

Dipl.-Ing. Riegler

im Marktordnungsgesetz, im Außenhandel, in der Hilfe für die Weinbauern, im Obst- und Gemüsebau oder in der Forstwirtschaft.

Ein Um und Auf in der agrarpolitischen Bewältigung wird die Schaffung neuer Produktionsalternativen sein. Und es ist erfreulich, wenn die Stichworte Biosprit und Ölsaatenanbau in der Regierungserklärung stehen. Aber es ist zuwenig, wenn drinnen steht, man wird sich damit auseinandersetzen. Das tut man schon seit fünf und seit zehn Jahren, meine Damen und Herren, nur herausgekommen ist noch nichts. Was wir wollen, sind einmal Realisierungen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir wollen, daß die Investitionsförderung für die Landwirtschaft im Zuge einer verbesserten Arbeitsplatzpolitik entsprechend wieder auf 1 Prozent der Bundesausgaben angehoben wird. Wir verlangen Steuergerechtigkeit für unsere Bauern.

Sie, meine Damen und Herren von der Freiheitlichen Partei, werden Gelegenheit haben, das, was Sie immer verlangt haben, zu realisieren. Ich hoffe, daß Sie, wenn wir den Antrag stellen, daß zumindest einmal die 5prozentige Einheitswerterhöhung rückgängig gemacht wird, sich diesem Antrag gegenüber so positiv verhalten, wie Sie es vorher in den Aussagen immer getan haben.

Das gleiche wird im Bereich der Sozialpolitik gelten, meine Damen und Herren. Ja ich halte es wirklich für eine Zumutung, wenn von der Hilfe für die Kleinen und Schwachen in der Regierungserklärung die Rede ist und mit keinem Wort die Wiedergutmachung des Rentenunrechtes an den 18 000 bäuerlichen Mindestrentnern angesprochen wurde. Das ist ein Versprechen, das wir sehr konkret einlösen werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir haben diesen Antrag als ersten Antrag dieser Legislaturperiode eingebracht, und ich warte darauf, daß der Sozialminister jene Aussage wahr macht, die er bei der dringlichen Anfrage Anfang Februar gemacht hat, nämlich sich nach der Wahl mit diesem Problem auseinandersetzen zu wollen.

Wir wollen eine rasche Befassung, weil diese Kürzung von Renten in einer Größenordnung von 2 500 bis 3 000 S in einem Sozialstaat einfach nicht hingenommen werden kann. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Österreichische Volkspartei wird im Interesse der Menschen, vor allem auch der Menschen im ländlichen Raum, um die aktive

Umsetzung ihrer Schwerpunkte bemüht sein. Wo in diese Richtung politische Gemeinsamkeiten gefunden werden können, werden wir konstruktiv mitarbeiten.

Wo immer die Regierungspolitik zu Unge rechtigkeit und zur Belastung der Zukunft unseres Landes führt, werden wir entschieden Widerstand leisten.

Als kontrollierende Opposition verstehen wir uns als Anwalt der 2,1 Millionen Wähler, die die Österreichische Volkspartei gewählt haben, und darüber hinaus all jener Menschen, die den Taten der Regierung kritisch gegenüberstehen. In diesem Sinne werden wir als eine konstruktive, das heißt um die Lösung der Lebensinteressen bemühte Partei in diesem Haus arbeiten. (*Beifall bei der ÖVP.*) 13.48

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Marsch. Ich erteile es ihm.

13.48

Abgeordneter Marsch (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich bin überrascht, daß es sich mein Vorredner so leicht gemacht hat und so wenig aus der Regierungserklärung herausgefunden hat, was er anerkennen kann. Man kann doch nicht ignorieren, was da geschieht.

Wir müssen den Bauern sagen, daß es jetzt ein 3. Bergbauernsonderprogramm gibt. Und das ist die Fortsetzung einer Bauernpolitik aus einer Zeit heraus, als es ÖVP-Landwirtschaftsminister gegeben und als man keinen Schilling für die Bauern übrig gehabt hat.

Meine Damen und Herren! Ich erinnere Sie an jene Zeit — es war in der ÖVP-Zeit —, als ein ÖVP-Landwirtschaftsminister den Milchpreis um 1 S erhöht hat und die Bauern davon keinen Groschen bekommen haben. Das war damals die Wahrheit. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und den Getreidepreis hat man sogar um 14 Groschen gesenkt zu einer Zeit, als Sie Landwirtschaftspolitik gemacht haben.

Heute gibt es das 3. Bergbauernsonderprogramm. (*Abg. Dr. Zittmayr: Sie haben keine Ahnung! — Wo gibt es Geld?*) Natürlich mit Geld. Das wissen Sie doch. Wir führen eine neue vierte Zone ein. (*Beifall bei der SPÖ.*) Und das ist eine Handarbeitszone.

Lieber Herr Zittmayr! Ich diskutiere mit Ihnen gerne über Landwirtschaftsfragen.

Marsch

Aber ich weiß nicht einmal, ob Sie wissen, ob die Erdäpfel unten oder oben wachsen. (*Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Dr. Zittmayer:* Kommen Sie einmal zu uns, Sie haben ja keine Ahnung!) Von den Schreibtischbauern haben Ihre praktizierenden Bauern genug.

Wenn Sie von einer Mißwirtschaft sprechen, dann sagen uns die Bauern: So eine „Mißwirtschaft“ soll noch recht lange andauern. So gut ist es uns noch nie gegangen wie jetzt.

Meine Damen und Herren! Ich begrüße — und das muß man auch den Bauern sagen —, daß es eine verstärkte Förderung gerade für die kleinen Betriebe geben wird, für die Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbauern, daß diese vierte Bergbauernzone als Handarbeitszone eingeführt ist, weil sie sehr viel den Bauern gibt. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Dazu kommen noch die Realisierung von Grenzland- und Regionalprogrammen, die wir gemeinsam mit den Bundesländern machen werden, und Infrastrukturmaßnahmen, wie der Güterwegebau und die Entwicklung des ländlichen Telefonnetzes. Das sind Probleme, die die Lebensverhältnisse unserer fleißigen Bauern verbessern werden und die auch neue Arbeitsbedingungen, die besser für sie sind, schaffen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.* — *Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Herr Kollege Riegler! Wenn Sie die Frage des Ölsaatenproblems anschneiden: Ich bin dafür, daß wir eine Lösung finden. Nur: Bitte, erinnern Sie sich, wie schwer das ist! Sie wissen genau, welche Voraussetzungen damals aus Ihrer Zeit heraus, Ende der sechziger Jahre, geschaffen wurden, die wir leider heute eben nicht beiseiteschieben können und die uns diese Schwierigkeiten so spürbar machen.

Das wollte ich Ihnen sagen, denn es soll hier von diesem Parlament auch der Optimismus gerade an jene Menschen hinausgehen, wie es die Bauern sind, wie es die Bergbauern sind, die fleißige Arbeit leisten, die keinen Acht-Stunden-Tag kennen, die aber erst in den siebziger Jahren nach ihrer Leistung beurteilt wurden und nicht vorher in der ÖVP-Zeit. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.* — *Weitere anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist logisch, daß zwei Parlamentsparteien, die gemeinsam eine Regierung bilden, auch die von ihr vorgeschlagenen Gesetze durchbringen wollen. Das ist doch der Sinn des Koalitions-

verbundes, der Zusammenarbeit. Daß Ihnen auf der ÖVP-Seite das nicht paßt, ist verständlich, aber doch kein Grund, die parlamentarischen Spielregeln in Zweifel zu ziehen. Und wenn die Opposition in diesem Haus nun einige Mandate schwächer geworden ist... (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*) Die Opposition ist schwächer geworden. (*Abg. Bergmann:* Sie sind der Sieger!) Es hat früher über 90 Mandate gegeben, und heute gibt es 81 in der Opposition.

Meine Herren! Wie es scheint, kennen Sie die Rollenverteilung noch nicht, wissen Sie nicht, daß Sie allein und damit weniger in der Opposition sind und daß die Regierung stärker ist, nämlich 26 Mandate mehr hat. Seit 1966 hat es keine so starke Regierung gegeben! (*Zustimmung bei SPÖ und FPÖ.* — *Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Das müssen Sie wissen. So schaut die Situation aus. Sie werden diese Rollenverteilung nicht ignorieren können. Damit ist noch immer gesorgt — im demokratischen Kräftespiel —, daß es eine ausreichende Mehrheit für die Regierung und auch eine beachtenswerte Opposition gibt. (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Sehr geehrte Damen und Herren! Hätten die Österreicher am 24. April die ÖVP zur Regierungspartei machen wollen, dann hätte die ÖVP unseren Stimmenrückgang von 3 Prozent gewinnen müssen; aber Sie haben nur 1,3 Prozent Stimmen mehr erhalten, also nicht einmal die Hälfte unserer Stimmenverluste. Da dürfen Sie ja nicht auf die SPÖ böse sein, sondern da müssen Sie sich bei Ihrem Wiener Obmann Busek beschweren. Er hat von den 1,3 Prozent nur 0,2 Prozent in die Kärntner Straße gebracht. Das ist Buseks ÖVP. Sie war das ÖVP-Schlüßlicht der Bundesländer.

Dort beschweren Sie sich, wenn Sie mit dem Ergebnis nicht zufrieden sind! Und nehmen Sie zur Kenntnis, daß 2 312 000 Wähler durch ihre Stimmabgabe zum Ausdruck gebracht haben, daß sie eine Regierung unter Führung der SPÖ wünschen. (*Beifall bei der SPÖ.* — *Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.*)

Von der Wählerschaft, die in diesem Hause vertreten wird, hat die SPÖ doch 49,7 Prozent der Stimmen. Damit soll der Verlust von 3,4 Prozent der Wählerstimmen nicht beschönigt werden. Aber man kann nicht übersehen, daß die SPÖ die mit Abstand stärkste politische Kraft unseres Landes geblieben ist. Das sind nur 2 Mandate weniger als die absolute Mehrheit, aber zuwenig, um allein zu regieren. Trotzdem ein Ergebnis, um das uns der

Marsch

Stimmenzahl wegen fast jede andere demokratische Partei Europas beneidet. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! So viele demokratische Parteien in Europa, die diesen Prozentsatz bekommen haben, den nun die SPÖ nach Verlust der absoluten Mehrheit erhalten hat, werden Sie nicht finden. Ich kenne außer einer Partei in einem kleinen Land in Europa keine einzige Partei, die eine absolute Mehrheit an Stimmen hat. Aber bitte, helfen Sie mir nach: Wo ist diese Partei, diese demokratische Partei? Wo ist diese demokratische Partei in Europa, die eine absolute Mehrheit hat? (*Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Wir haben aber für die Sicherung eines guten österreichischen Weges eine stabile Mehrheit im Nationalrat gesucht und gemeinsam mit der FPÖ auch gefunden. Wir haben das erreicht. Wir wollten und konnten in dieser Situation nicht um den Preis eines Kurswechsels eine Koalition mit der ÖVP bilden. Dann hätten wir ja ähnliche Zustände wie in England oder Belgien, wo die Freunde der ÖVP regieren. Das wäre für unser Land schlecht und kann daher der SPÖ nicht zugemutet werden. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.*) Diese Zweiparteienregierung stützt sich auf 102 Mandate von 183. Das sind immerhin 52,6 Prozent aller gültig abgegebenen Stimmen und — wie ich schon gesagt habe — eine Mehrheit von 21 Mandaten. Das ist die stärkste Mehrheit seit 1966.

Meine Herren von der ÖVP! Schauen Sie sich jetzt die Ergebnisse an: Der Stimmenzuwachs von 1,3 Prozent ist für die ÖVP kein Regierungsanspruch. Den können Sie daraus nicht ableiten! (*Zustimmung bei SPÖ und FPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

In der Tat hat die ÖVP seit dem Jahre 1971, seitdem es eine absolute Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei gegeben hat, ein Zehntel Prozent gewonnen und nicht mehr, meine Damen und Herren. Schauen Sie sich die Ergebnisse an. Dann werden Sie auch die Wahrheit sehen. (*Zustimmung bei SPÖ und FPÖ.*)

Jedenfalls hat die ÖVP durch ihr Verhalten den beiden Regierungsparteien die Zusammenarbeit erleichtert. (*Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Es war eigentlich die logische Konsequenz daraus. Natürlich mußten beide Regierungsparteien Abstriche machen. Grundlage der Politik der SPÖ-FPÖ-Regierung ist ein Arbeitsübereinkommen, das die Zusammenarbeit sicherstellt. Es erscheint

uns durchaus praktikabel, wie mein Kollege Peter von der Freiheitlichen Partei schon gesagt hat.

Die Regierungserklärung beinhaltet auch die unveränderte Fortsetzung der österreichischen Außenpolitik und eine aktive Neutralitätspolitik, die Österreich so viel Ansehen auf der Welt gebracht hat. Österreich ist in den 13 Jahren unter Bruno Kreisky weltoffener geworden. Und das hat uns viel Anerkennung gebracht! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Notwendig ist eine nüchterne Einschätzung der Lage. Und das kann man aus der Regierungserklärung ersehen. In der Welt, in der wir Politik machen, gibt es heute 35 Millionen Arbeitslose. Davon sind über 4 Millionen Menschen länger als zwei Jahre ohne Arbeit, und zwar in jenen Staaten, in denen durch die konservativen Parteien, die Freunde der ÖVP, der Kurswechsel schon vor Jahren durchgeführt wurde. Und dieses Ergebnis wollen wir nicht. (*Zustimmung bei SPÖ und FPÖ.*) Aber von 1 000 Europäern, die ohne Arbeit sind, gibt es nur 6 Österreicher, und die sind uns zuviel.

Meine Damen und Herren! Ich erinnere alle drei Fraktionen daran, was man uns gesagt hat, als wir vor gar nicht langer Zeit in Brüssel im Büro der Europäischen Gemeinschaft als österreichische Parlamentsdelegation waren. Nämlich: Man gehe bei allen wirtschaftlichen Überlegungen in der Gemeinschaft davon aus, daß man mit der hohen Arbeitslosigkeit in Westeuropa noch Jahre hindurch leben müssen und daß man nicht als erste Maßnahme diejenige ersehen kann, daß man die Arbeitslosigkeit senkt, sondern daß man sich eben damit abfinden muß.

Ich glaube, das ist nicht der Weg, den diese Regierung gehen kann und gehen will. Daher hat sie auch an die Spitze als Hauptausführung ihrer Erklärungen gestellt, daß sie vor allem eine Politik für die Beschäftigung machen wird.

Gewiß, die neue österreichische Bundesregierung steht vor schwierigen wirtschaftlichen Aufgaben. Das hat Bundeskanzler Sino-watz nicht verschwiegen. (*Abg. Schwarzenberger: Nach 13 Jahren!*) Jawohl, nach 13 Jahren, nachdem sich die Zeit so geändert hat, und meine Damen und Herren und Sie, meine Herren Hauptzwischenrufer in der ÖVP, sagen Sie nur ein Land, in dem die Voraussetzungen für das Weiterregieren besser sind als in Österreich! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Marsch

Wir haben seit Februar ein Zurückgehen der Arbeitslosigkeit, in einer Zeit, in der andere Länder das noch erhöht haben. (*Zwischenrufe der Abg. Bergmann und Staudinger.*) Wir haben heute einen Leistungsbilanzüberschuß, den uns kein anderer nachmacht, und wir haben heute bereits die Billiardengrenze beim Sparen überschritten. Meine Damen und Herren! Das sind drei Voraussetzungen, auf denen man viel besser aufbauen kann als überall anders in Europa! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.* — *Abg. Bergmann:* Schreien Sie nicht so! — *Gegenrufe bei der SPÖ.* — *Abg. Kraft:* Marsch, kommen Sie überhaupt nicht ins Ausland?)

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte auch auf folgendes zurückkommen, weil der Generalredner und Klubobmann der ÖVP auf die Gespräche der Sozialistischen Partei mit der ÖVP hingewiesen hat: Die ÖVP hat uns ein Diskussionspapier übergeben, in dem sie 50 Milliarden Schilling mehr Ausgaben vorgeschlagen hat, in dem sie 25 Milliarden Verzicht auf bestehende Steuern verlangt hat, in dem sie von einer sogenannten Regierung der Partnerschaft und der Zurückeroblung der Vollbeschäftigung gesprochen hat. Allein durch dieses Papier hat sie bewiesen, daß sie jede Kompetenz für Wirtschaftsfragen verloren und aufgegeben hat. (*Zustimmung bei SPÖ und FPÖ.*) Ich glaube, daß Sie uns schon allein mit diesen Blättern, die Sie zur Verfügung gestellt haben und wo das glatt zu entnehmen ist, die Situation viel leichter gemacht haben. Das wollte ich auch heute sagen, weil ich glaube, man muß doch hier den Realitäten ins Auge schauen und wissen, wie es wirklich ist.

Ich möchte noch sagen, daß die Regierungserklärung auch einen starken Akzent in der Friedenspolitik enthält. Friedenspolitik machen, das heißt auch mitgestalten und mitbauen am Frieden. Österreich muß daher auf Stätten der Begegnung bedacht sein. So muß man auch den Bau des Konferenzzentrums verstehen, und gerade weil Österreich lange Jahre hindurch ein Ort der Begegnungen war, hat sich heute seine Position gegenüber den USA, aber auch gegenüber der Sowjetunion so gefestigt, wie sich das vor 28 Jahren beim Abschluß des Staatsvertrages niemand hätte vorstellen können. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Österreich ist heute ein bescheidener, aber anerkannter Faktor zur Weltpolitik. Österreich ist heute ein Land, das der Welt keine Sorgen bereitet.

Wir haben allen Grund, auf die Erfolge hin-

zuweisen, die wir in den letzten Jahren erreicht haben und die uns nach wie vor zur stärksten Partei in diesem Hause machen. (*Abg. Dr. Blenk:* Mehr habt ihr ja nicht wollen!) Daraus ergibt sich für uns ein hohes Maß an politischer Verantwortung, die wir gerne gemeinsam mit unserem Koalitionspartner im Interesse Österreichs und seiner fleißigen Bevölkerung tragen wollen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.* — *Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.* — *Abg. Dr. Kraft:* Solche Reden hat der Tull am Anfang auch gehalten!) 14.03

Präsident Dr. Stix: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Riegler zu Wort gemeldet. Ich weise darauf hin, daß eine tatsächliche Berichtigung die Dauer von fünf Minuten nicht überschreiten darf.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Riegler das Wort zur tatsächlichen Berichtigung.

14.03

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Riegler** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Abgeordnete Marsch hat sich von seiner eigenen Parteipropaganda verleiten lassen, hier eine Aussage zu treffen, die ich tatsächlich berichtigten muß. (*Ruf bei der SPÖ:* Daß die Erdäpfel...?)

Der Abgeordnete Marsch hat festgestellt, den Bauern sei es noch nie so gut gegangen wie jetzt. (*Abg. Wille:* Das stimmt auch sicher! — *Ruf des Abg. Marsch.* — *Rufe der Abg. Staudinger und Schwarzenberger.*)

Ich darf hier gegenüberstellen, meine Damen und Herren... (*Abg. Wille:* Das ist keine Berichtigung!)

Ich darf hier richtigstellen: Nach den Ergebnissen des Grünen Berichtes des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft hatten die österreichischen Bauern 1977 einen realen Einkommensverlust von 2,5 Prozent, 1979 von 9,6 Prozent, 1981 von 5 Prozent und so, wie es aussieht, für 1982 ebenfalls wieder einen realen Einkommensverlust in der Größenordnung von 5 Prozent zu erleiden. Hier festzustellen, den Bauern sei es noch nie so gut gegangen, ist daher sachlich unrichtig, und das möchte ich richtigstellen. (*Beifall bei der ÖVP.*) 14.04

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Schüssel. Ich erteile es ihm.

14.04

Abgeordneter Dr. Schüssel (ÖVP): Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ich habe dem Zentralsekretär Marsch sehr gründlich zugehört und ersuche ihn, mir zwei Fragen zu beantworten.

Wenn ich recht verstanden habe, was er uns zu sagen wußte, dann hat die Sozialistische Partei am 24. April einen gigantischen Wahlsieg errungen, um den uns ganz Europa und die Welt beneiden könnte.

Nur eine Frage: Warum haben Sie das nicht dem Bundeskanzler gesagt? Dann hätte er sich vielleicht seinen Rücktritt ersparen können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und die zweite Frage, die ich mir zu beantworten ersuche:

Ich sehe das schon ein, daß möglicherweise 1,3 Prozent Zuwachs für die Österreichische Volkspartei nicht unbedingt eine Garantie für eine Regierungsbeteiligung sein kann. Aber, erklären Sie mir dann: Wieso ist ein Verlust von 1 Prozent ein Anspruch auf eine Regierungsbeteiligung für die FPÖ? Das ist mir nicht klar geworden. (*Ruf des Abg. Bergmann.*)

Meine Damen und Herren! Bei dieser Regierungserklärung fällt einiges auf: Es ist eine Regierungserklärung, deren Autor der Liebe Augustin sein könnte. Es ist alles „weiter hin“.

„Weiterhin“ ist nämlich das Schlüsselwort dieser Regierungserklärung. Ich habe mir das sehr genau angesehen. „Weiterhin“ kommt fünfzigmal in dieser Regierungserklärung vor. Da will die Regierung etwas fortsetzen, weiterführen, erhalten. Zwanzigmal will sie etwas prüfen oder Konzepte erarbeiten. Das sind meistens jene Punkte, wo es sich um echte Probleme handelt.

Das heißt, erster Eindruck aus der gestrigen Regierungserklärung: Es handelt sich um eine Fortsetzung des sozialistischen Weges. Nach der sozialistischen Alleinregierung finden wir nun eine sozialistische Koalition auf der Regierungsbank versammelt. Daran kann auch die Freiheitliche Partei nichts ändern und wird wahrscheinlich nichts ändern können. Natürlich hat man oberflächlich probiert, die sehr unterschiedlichen Wahlkampfkonzepte zu kleistern. Ein sehr sinnvolles Ganzes ist dabei nicht herausgekommen.

Zweiter Eindruck: Die Regierungserklärung und das Programm dieser Regierung sind merkwürdig inkonkret und damit beinahe unüberprüfbar. Es ist keine Bilanz drinnen, kaum eine Analyse, schon gar keine Vision.

Horst Knapp hat das gestern in der Sendung „10 vor 10“ sehr kritisch gesagt. Er hat auf die Frage: Was steht eigentlich drinnen?, sehr resigniert erklärt: Es ist halt relativ schwierig, „quasi einen Pudding in Würfel zu zerschneiden“.

Es sind ganze drei Zahlen drinnen: 1 Milliarde für Industrie- und Klein- und Mittelbetriebe, 10 000 zusätzliche Wohnungen und eine Erhöhung der Entwicklungshilfe. Alles andere bleibt inkonkret.

Herr Bundeskanzler! Da muß man schon nachfragen: Was heißt zum Beispiel: Die kostengünstigste Variante des Konferenzentrums soll gebaut werden? — Ja waren bisher die Varianten, die vorgelegt wurden, etwa nicht kostengünstig? Um wieviel etwa soll es verbilligt werden? Das hätte uns und vor allem die von uns vertretene Öffentlichkeit interessiert.

Was heißt, Herr Bundeskanzler, der Satz, die Belastung des Budgets durch die Österreichischen Bundesbahnen müsse „in vertretbaren Grenzen gehalten werden“, wie es in der Koalitionsvereinbarung drinnen steht? Was heißt das? Was ist vertretbar? Sind 21 Milliarden noch vertretbar? Sind es 25 Milliarden, oder muß hier substantiell ein anderes Ziel angepeilt werden?

Was heißt der Satz in der Regierungserklärung: „Zuführung ausreichender Mittel für die Verstaatlichte Industrie?“ Sind das 3, sind das 5, sind das 15 Milliarden Schilling? (*Ruf des Abg. Dr. Veselsky.*) Nein, Dr. Veselsky, so kann man es nicht machen, daß man in einer Regierungserklärung sagt: Ausreichend ist das, was nachher benötigt wird! Da, glaube ich, muß ein Regierungschef schon mehr und Konkreteres zu bieten haben. (*Abg. Dr. Veselsky: Als Wirtschafter wissen Sie doch, daß die Entwicklung abgewartet...!*) Natürlich, das ist mir völlig klar. Nur: Insgesamt werden Sie mir doch zugeben, daß es wirklich zuwenig ist, wenn man nur allgemein sagt: Das Budget muß vertretbar belastet werden, und es muß ausreichend vorgesorgt werden.

Wir und die Wähler, die wir vertreten, hätten uns sicher hier mehr erwartet.

Dr. Schüssel

Vor allem — das ist der wichtigste Punkt, der sicher etwas bedeutet —, was heißt es, wenn ein bisher von Ihnen so sehr strapaziertes Schlüsselwort wie „Vollbeschäftigung“ in der Regierungserklärung kein einziges Mal mehr vorkommt? Das Wort „Vollbeschäftigung“ wird durch „hohes Beschäftigungs niveau“ ersetzt. Herr Bundeskanzler, was bedeutet diese nicht nur semantische Änderung? Heißt das, daß Sie im Kampf gegen die wachsende Arbeitslosigkeit zu resignieren beginnen? Wenn ja, dann sollten Sie aufhören, in Ihrem Zentralorgan „Arbeiter-Zeitung“ Jubelmeldungen wie beispielsweise gestern herauszugeben, daß die Arbeitslosenzahl gegenüber April schon wieder um 23 000 gesunken ist. No na, was soll sie sonst tun, womöglich steigen von April auf Mai? Wahr ist, daß sie im gleichen Monatszeitraum gegenüber dem Vorjahr um 29 000 gestiegen ist. Wahr ist, daß das Wirtschaftsforschungsinstitut voraussichtlich die Arbeitslosenrate heuer von etwa 4,5 Prozent auf vielleicht sogar 5 Prozent hinaufrevidieren muß.

Da war ja die Regierungserklärung 1979 noch sehr viel konkreter, Herr Sozialminister. Da haben Sie noch die konkrete Ankündigung enthalten gehabt, diese Regierung werde 200 000 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Sie haben sie nicht geschaffen; aber es war wenigstens eine kontrollierbare Erklärung. Noch im Wahlkampf war die Rede von einem dritten Beschäftigungsprogramm — es ist in der Regierungserklärung überhaupt nicht mehr erwähnt worden —, das jährlich 50 000 Arbeitsplätze zusätzlich schaffen wird. Es werden keine Zahlen mehr genannt, daher ist auch nichts mehr überprüfbar.

Vor der Wahl hat es geheißen, es sollen zwei große Tunnels gebaut werden. Merkwürdigerweise war kein Wort davon in der Regierungserklärung zu hören.

Meine Damen und Herren! Herr Bundeskanzler! Ich hätte mir schon erwartet, daß Sie konkrete mittelfristige Ziele angeben. Wie lauten etwa Ihre Wachstumsannahmen für die kommende Legislaturperiode? Welches Beschäftigungsziel hat sich diese Regierung vorgenommen? Das muß sie sagen, damit der Wähler und auch die Opposition sie überprüfen kann.

Welche Steuerquote haben Sie sich vorgenommen? Ich habe einen interessanten Hinweis auf die Freiheitliche Partei: Einst gab es im liberalen Manifest den Vorschlag, eine Volksabstimmung abzuhalten, sollte die Steuerquote insgesamt ansteigen. Das mag

vielleicht heuer kein Problem sein, es wird aber sicher in Zukunft eines sein. (*Zwischenruf des Bundesministers Dallinger*) Ich weiß schon, daß die Steuerquote jetzt sinkt; das ist aber ein sehr kurzfristiges Problem, und die Steuererhöhungen, die Sie vorhaben, werden diese Tendenz sehr schnell korrigieren, Herr Sozialminister.

Dritter Eindruck: Erstmals gibt die Regierung zu — und das halte ich für sehr wichtig —, daß das Budget, würde man — wörtlich — „dagegen nichts unternehmen, in den nächsten Jahren auf Summen ansteigen würde, die nur sehr schwer finanziert sind“. Wir begrüßen diese Aussage, sie entspricht dem, was wir konsequent schon seit langem, vor allem bei den letzten Budgetdebatten, aber natürlich auch im Wahlkampf, immer wieder aufgezeigt haben.

Wir haben vorausgesagt, daß im Jahre 1983, also heuer, das Budgetdefizit auf über 90 Milliarden Schilling steigen wird. Wir haben im vorigen Jahr das Budgetdesaster vorausgesagt, und wir sagen Ihnen jetzt schon, daß Sie im Jahr 1984 auf über 100 Milliarden Schilling Defizit kommen werden, wenn es keine massiven Steuererhöhungen gibt. Bis Ende der Legislaturperiode, und zwar bei reiner Fortschreibung der jetzigen Entwicklung, werden Sie auf ein Defizit — und insofern besteht ja Ihre Befürchtung völlig zu Recht, Herr Bundeskanzler — von 150 bis 160 Milliarden Schilling kommen. Das ist die Realität und nicht die Horrorprognose der Opposition. Ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie mit diesem Irrglauben aufräumen. Das sind wirklich die Meinungen von profunden, unabhängigen Experten.

Nur: Budgetprobleme entstehen nicht kurzfristig, sie sind nicht das Ergebnis einer Fehleinschätzung von gestern auf heute. Sie sind die Folgen weit zurückreichender Fehlentscheidungen. Salcher hat sich nicht einfach geirrt 1982 und 1983, als er das Defizit um 25 Prozent beziehungsweise um über 20 Prozent zu niedrig eingeschätzt hat.

Das Problem beim Budget ist folgendes, und zwar ist es langfristig entstanden: Sie haben in den Jahren 1976 bis 1981 eine Reihe von neuen Steuern eingeführt beziehungsweise Steuererhöhungen in einem Ausmaß von etwa 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes durchgeführt. Trotzdem ist die Einnahmenquote nur um etwa 1 Prozent gestiegen. Das zeigt eine abnehmende Ergiebigkeit der Einnahmen. Die Steuerschraube dreht durch.

Dr. Schüssel

Weitere Steuererhöhungen bringen nicht mehr den gewünschten Effekt.

Nur bei den Ausgaben haben Sie in der Vergangenheit überhaupt nicht darauf Rücksicht genommen. Seit 1975 ist der Anteil der Ausgaben ständig ausgeweitet worden. Interessanterweise ist innerhalb der Ausgaben der Anteil der Investitionen gesunken, der Anteil der Personalausgaben hingegen gestiegen. Die Zuschüsse an die Pensionsversicherung sind in den letzten zwei Jahren — und dieser Trend wird sich verstärken — stark angestiegen, und der Schuldendienst wird in den nächsten Jahren geradezu explodieren.

Die Regierungserklärung zeigt aber, daß sich die Bundesregierung dieser wahren Probleme und ihrer Ursachen nicht recht bewußt zu sein scheint und überhaupt keine konkreten Zielgrößen angibt. Herr Bundeskanzler! Warum haben Sie in die Regierungserklärung nichts über das Budget 1983 hineingenommen? Warum haben Sie außer vagen Ankündigungen, die alle schon irgendwann einmal gesagt wurden, von Salcher, von Kreisky selbst, von Ihnen, vom Sozialminister, über das Budget 1984 nichts wirklich ausgesagt?

Vierter Eindruck: Glauben Sie wirklich, daß Sie über neue Steuern den vor der Wahl versprochenen Aufschwung sicherstellen können? Wir wissen alle, welche Rolle das Mallorca-Paket im Wahlkampf und bei den Koalitionsverhandlungen gespielt hat. Dieses Mallorca-Paket hat Ihnen einen der schwersten Wahlverluste in Ihrer Geschichte beschert. Ich weiß, daß es nicht zuletzt auch dadurch zu einer Art Gesichtsfrage für die SPÖ geworden ist. Der Absender dieses Pakets mußte von Bord gehen, das Paket ist geblieben, es hat nur das Etikett gewechselt. Ich behaupte, es ist sogar größer geworden. Es heißt statt „Sparzinsensteuer“ nur jetzt „Anonymitätsabgabe“.

Die Überstundenbesteuerung und die Erhöhung der Besteuerung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes sind zunächst bis zur großen Steuerreform verschoben worden. Genauso verschoben wurde die von der FPÖ geforderte Erhöhung der Mehrwertsteuer. Es gehört keine besondere Phantasie dazu, jetzt schon zu prophezeien, daß wahrscheinlich beides kommen wird, und beides wird vom Steuerzahler abgelehnt.

Das Paket aus Mallorca wurde jetzt einfach geteilt und um die Mehrwertsteuererhöhung vergrößert. Es wird in zwei Etappen abgeschickt. Erste Etappe: jetzt 10 Milliarden

Schilling. — Zweite Etappe: je nachdem wie hoch die Mehrwertsteuererhöhung sein wird, 8 bis 12 Milliarden Schilling. All das erfolgt — und das nimmt ihnen niemand ab, meine Damen und meine Herren von der Freiheitlichen Partei — mit tatkräftiger Unterstützung der FPÖ.

Wenn man sich ansieht, was die FPÖ bei diesem Regierungswechsel profitiert hat, dann zeigt sich folgendes interessantes Gedankenexperiment: Sie haben bei den Wahlen 5 Prozent an Wählerstimmen bekommen. Wenn Sie die von Ihnen verwalteten Budgetsummen auflisten, dann verwalten Sie in Hinkunft 5 Prozent des Budgets. Das heißt, Sie sind nicht über das Ihnen vom Wähler gegebene Maß hinausgewachsen. (*Abg. Dipl.-Vw. Josseck: Tut Ihnen das weh?*) Mir tut gar nichts weh. (*Abg. Graf: Herr Josseck! Sie sollten über Schmerzen überhaupt nichts reden!*) Aber vielleicht tut es dem Wähler weh, wenn er jetzt hört: Die 20 Milliarden Schilling, die die freiheitlichen Minister jetzt bei Landesverteidigung, Justiz und Handel verwalten werden, haben sie mit der Zustimmung zu einem Belastungspaket in genau gleichem Ausmaß bezahlt. Sie finanzieren sich jene Ressorts, die sie verwalten, auf dem Rücken der Steuerzahler selbst. Das sollte den Wähler schon interessieren! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich habe schon gesagt, mich stört das nicht, nur uns wäre ein „5-Prozent-Kurswechsel“ sicherlich zuwenig gewesen.

Die Maxime dieser Koalitionsverhandlungen war nicht die maximale Lösung, sondern der minimale Gesichtsverlust. Das hat sich auch gezeigt bei den Verhandlungen um die Anonymitätsabgabe. Vor der Wahl hat es geheißen: 20 Prozent Zinsenbesteuerung, Ausnahme bei den Kleinsparern bis 100 000 S. Jetzt heißt es Anonymitätsabgabe: 20 Prozent auf alle anonymen Konten.

Nur, meine Damen und Herren: Es gibt ja eigentlich keine deklarierten Sparkonten in Österreich. Es kann der Herr Josef Müller ein Sparbuch auf den Namen Josef Huber eröffnen, und er braucht dazu überhaupt keinen Ausweis oder sonst eine Legitimation vorzulegen.

Deswegen hat der Finanzminister das Problem völlig zu Recht erkannt, der ist natürlich auch völlig zu Recht in der Öffentlichkeit dann dafür geprügelt worden: Es gibt nur dann eine Anonymitätsabgabe, die etwas bringt, wenn gleichzeitig das Bankgeheimnis gelockert wird, wenn ein stärkerer, schärferer

Dr. Schüssel

Zugriff der Finanzverwaltung auf die Bankinstitutions, auf die Kontenbewegungen möglich ist. Entweder die Anonymitätsabgabe bringt Ihnen nichts, dann bleibt das Bankgeheimnis gewahrt, dann haben Sie „nur“ — nur unter Anführungszeichen — die Sparer verunsichert. Oder sie bringt etwas, dann werden Sie — das prophezeie ich jetzt schon — das Bankgeheimnis lockern. (Abg. Dipl.-Vw. Jossbeck: Das tät' Ihnen passen!)

Mir tät' das überhaupt nicht passen, Herr Kollege — ich bin ja kein Masochist —, und dem Wähler draußen, dem Steuerzahler, noch viel weniger. Nur Ihnen wird das weh tun, wenn die FPÖ dazu die Hand reicht, Herr Kollege Jossbeck, das sage ich Ihnen auch jetzt schon. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Es gibt auch schon ein Indiz dafür, daß Sie das Bankgeheimnis lockern wollen.

Ein Indiz dafür ist die Verlängerung der Steueramnestie, die mit 30. Juni ausgelaufen wäre, bis Jahresende. Hier sieht man deutlich, daß Sie eine Spekulation mit der Angst betreiben.

Meine Damen und Herren! Sie kommen aus diesem Teufelskreis rund um die Sparbuchsteuer oder Anonymitätsabgabe nicht heraus. Solange Sie an dem Testament aus Mallorca festhalten werden, haben Sie keine Ruhe.

Und ich sage Ihnen jetzt schon: Im Ausland wird das sehr kritisch und sehr wachsam beobachtet. In der bundesdeutschen Zeitschrift „Blick durch die Wirtschaft“ vom 26. Mai steht ziemlich präzis: „Es stellt sich die Frage, ob nicht die Reizschwelle nach Abzug von 20 Prozent Quellensteuer im Schillingraum überschritten ist. Es kann sein, daß zum Jahresende noch ein größerer Fluchstrom über die österreichische Grenze sich gen Westen ergießt. Auch Bürger aus Deutschland haben in den letzten Jahren anonyme Konten in Österreich angelegt. Diese Kreise sind nach Erfahrungen der Schweizer Banken besonders hellhörig. Es läßt sich erkennen, daß möglicherweise die Sommerreisesaison benutzt wird, um hier anonyme Konten deutscher Schillingbesitzer zu kündigen.“

Meine Damen und Herren! Das sind keine kleinen Summen, um die es dabei geht. Ich würde das nicht gering schätzen. Der Anteil der ausländischen Einlagen auf anonymen Schillingkonten wird derzeit auf etwa 3 Prozent, das sind 21 Milliarden Schilling,

geschätzt. Wenn Sie so wollen: Das ist der billigste Kapitalimport nach Österreich.

Wir warnen Sie davor, diese Verunsicherung weiter fortzusetzen. Wir warnen Sie davor, mit der Einführung der Sparbuchsteuer auch noch die Geheimhaltungsstufe für Bankauskünfte an die Finanzbehörden abzusenken. Wir warnen Sie, den Finanzämtern ein Zugriffsrecht auf die Sparkonten der Österreicher schon bei Vorliegen kleiner Verdachtsmomente oder vielleicht sogar ohne nähere Begründung einzuräumen. Salcher hat gestern eine solche Bemerkung in einer Zeitung gemacht.

Die Zustimmung zu dieser Maßnahme wird auch der Freiheitlichen Partei keinen Segen bringen. Ich darf Sie an ein Zitat aus der Sparzinsensteuerdiskussion vom 19. März 1981 vom jetzigen Staatssekretär Holger Bauer erinnern. Er hat damals gesagt: „Auf der gleichen Ebene der Bestrafung der privaten Eigenvorsorge liegt auch die heute bekräftigte Einführung einer Sparbuchsteuer. Sie können es nennen, wie Sie wollen: Sparbuchsteuer, Quellensteuer, Anonymitätsabgabe. Wir“ — die FPÖ — „werden das Kind beim Namen nennen und nicht müde werden, der Öffentlichkeit zu sagen, daß es hier um eine Sparbuchsteuer geht, die den Notgroschen auch der kleinen und kleinsten Bezieher und die kleinen Ersparnisse besteuern soll. Und auch dazu sagen wir Freiheitlichen nein.“ (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Das sollen die Wähler wissen. Aufrecht bleiben im Liegen ist eine Haltung, die niemandem sehr gut tut. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Fünfter Eindruck von dieser Regierungserklärung: Es fehlen die Visionen. Es fehlen auch wirklich originelle Beiträge. Ich finde es eigentlich schade, daß gerade Bundeskanzler Sinowatz den Wiener Hilferuf des Leopold Gratz: „Wir brauchen Ideen“, wörtlich in die Regierungserklärung übernommen hat. Ich hätte mir den Versuch einiger originellerer Beiträge zur politischen Diskussion und Praxis gewünscht.

Ich hätte mir zum Beispiel gewünscht, daß der Bundeskanzler eine Lanze für Versuche mit flexiblern Arbeitszeiten bricht. Ich hätte mir gewünscht, daß der Sozialminister freiere Formen der Arbeitszeitgestaltung bis hin zum Jobsharing zulassen würde; nicht nur von Mitbestimmung in der Regierungserklärung zu reden, sondern sie auch dort zu ermöglichen, wo tatsächlich ein Bedürfnis nach Mit-

Dr. Schüssel

bestimmung einzelner Arbeitnehmer besteht. Nicht als Patentrezept zur Lösung der Arbeitslosigkeit, das weiß ich schon, aber vielleicht als ein Beitrag, da und dort auch zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es hat einige Vorstöße dazu in der Vergangenheit von unserer Nationalrätin Helga Rabl-Stadler und von unserer Frau Bundesrat Lindi Kalnoky gegeben. Alle diese Vorschläge — und das verstehe ich einfach nicht — werden brutal abgedreht. Man diskutiert überhaupt nicht darüber. Man könnte doch wenigstens befristete, im Einvernehmen mit der Gewerkschaft formulierte Teilexperimente zulassen. Es muß doch nicht alles so starr und stur ablaufen, wie wir es bei uns im Arbeitsrecht jetzt viele Jahre gewöhnt gewohnt sind.

Zweitens: Ich hätte mir vielleicht weniger Fortsetzung des alten Weges und mehr Neuanfang gewünscht. Es gibt eine hochinteressante alternative Regierungserklärung, vorgelegt von Carl Amery und einem sehr gescheiten und hochrangigen Diskussionskreis rund um die deutsche Zeitschrift „Natur“. Darin sind einige hochinteressante Dinge, obwohl wir in vielen Punkten sicher nicht mitgehen können. Aber man könnte doch wirklich diskutieren, was etwa manche Wissenschaftler hier vorschlagen: Wie kann man den Kampf gegen die faktische Anarchie in manchen Bereichen aufnehmen, in wirtschaftlichen, ökologischen, auch öffentlichen Bereichen? Wir haben doch täglich mit Skandalen zu tun, die in diesem Bereich fast signifikant sind, ob im Wohnbau, bei Kartellierungen, in der E-Wirtschaft, der Meinungsindustrie. Warum nicht ein bißchen mehr Mut, solche Dinge anzugehen?

In dieser alternativen Regierungserklärung ist ein sehr gut ausgebauter Vorschlag eines ökologischen Zehn-Jahres-Modernisierungsprogramms mit Finanzierungsvorschlägen enthalten. Ja warum nicht ein bißchen mehr Mut zu Lösungen, die von uns gemeinsam mitgetragen werden können?

Diese Wissenschaftler schlagen vor: Wenn wir schon zuwenig Arbeit haben für alle, warum entdiskriminieren wir denn dann nicht steuerlich den Faktor Arbeit, ebenso wie bei der Förderung, den Rechtsvorschriften und so weiter? Von Ihnen wird der gegenteilige Weg begangen.

Ich hätte mir von einem Bundeskanzler Sinowatz vielleicht so etwas wie einen Bericht an die kommende Generation gewünscht.

Was wird auf sie zukommen? Welche Vorbefestigungen, welche Verpflichtungen, welche Haftungen, welche Risiken sind schon eingegangen worden und müssen von dieser neuen Generation getragen werden?

Aber auch: Welche Chancen bekommen sie eingeräumt? Ich hätte mir gewünscht, daß Sie nicht nur sagen, wie Sie die Macht neu verteilen wollen zwischen den neuen Koalitionären, ich hätte mir vielleicht gewünscht, daß Sie auch eine Aussage treffen, wo Sie und wie weit Sie auf Macht zu verzichten bereit gewesen wären bei der Postenvergabe, bei der Wohnungsbesetzung, bei öffentlichen Aufträgen, bei der Wahrnehmung öffentlicher Kontrolle. Das steht ja dahinter, wenn wir sagen, der Rechnungshof sollte von einem Mann, der der Opposition nahe steht, geführt werden. Machtverzicht, das hätten wir uns gewünscht, aber Sie sind leider dazu nicht bereit gewesen.

Wo sind Sie — eine Aussage dazu hätte ich mir gewünscht — im marxistischen Sinn durchaus bereit, Ihren Beitrag zu leisten zum Absterben des Staates, zum Absterben der Bürokratie?

Vielleicht ist es Ihnen nicht aufgefallen: Das Wort Verwaltungsreform, ohnedies leider nur ein Stehsatz vieler zurückliegender Regierungserklärungen, kommt überhaupt nicht mehr vor in dem von Ihnen gestern präsentierten Papier.

Vielleicht hätten Sie den „Hofnarren“ Günther Nenning — jetzt ernst gemeint; er bezeichnet sich selber so — manchmal ernster nehmen sollen, wenn er in dem Buch, das er jetzt vorgestellt hat: „Vorwärts zum Menschen zurück“ schreibt: „Der alte Sozialismus“ — den Sie einfach nahtlos fortsetzen wollen mit Hilfe der FPÖ — „ist tot. Arbeiterbewegung heißt, was sich einmal bewegt hat, jetzt aber nicht mehr, aber man bleibt beim Namen.“

Nenning plädiert zu einer Rückkehr zur Überschaubarkeit: „Schluß mit der großsprecherischen Industriepolitik, die allein und verzweiflungsvoll auf Großtechnologie, Großbürokratie baut und in Großpleiten endet.“ Er ist dabei gar nicht einäugig, denn er sagt: „Dabei wären die österreichischen Großparteien gar nicht schlecht beraten, wollten sie sich statt mit Augenauswischen mit Kopfkratzen und mit Nachdenken befassen.“

Meine Damen und Herren! Leider steht nichts davon in der Regierungserklärung.

Dr. Schüssel

Wir hätten und von Bundeskanzler Sino-watz ein Wort der Ermutigung an selbständige Menschen in Österreich gewünscht, an die vielen Tausend Landwirte, die die Ernährung sichern und die Landschaft pflegen, an die vielen Tausend kleineren und mittleren Betriebe, die unter größten Schwierigkeiten Arbeitsplätze und Märkte halten.

Aber nicht nur an die Unternehmer oder an die Bauern, sondern wir hätten uns auch ein Wort der Ermutigung an selbständige Menschen vorstellen können, die in Bürgerinitiativen politische Arbeit leisten.

Wir hätten uns vorstellen können, daß Sie ein Wort zu Selbsthilfegruppen sagen, die im Sozial- und im Gesundheitswesen die Lösung jener Probleme vorbereiten, die das kälteste aller Ungeheuer — frei nach Nenning —, der Sozialstaat, mitgeschaffen hat.

Wir hätten uns ein Wort zu wirtschaftlichen Alternativen im Biolandbau, im Bildungsreich, in der Stadt-, in der Dorfreparatur vorstellen können. Mehr davon und weniger unkritische Fortsetzung Ihrer bisherigen 13jährigen Politik!

Wir hätten uns in der Regierungserklärung ein Wort gewünscht über die Funktion der Kritik in der Demokratie. Warum schweigen Sie eigentlich, Herr Bundeskanzler, zu den Kraftworten des Herrn Steger? Sind Sie auch der Meinung, daß alle jene faschistoid sind, die nicht den Wert der von Ihnen ausgehandelten Kompromisse unkritisch zu würdigen wissen? Akzeptieren Sie das? Schweigen könnte als Zustimmung ausgelegt werden!

Ich halte gar nichts davon, wie der Vizekanzler Kritiker abkanzelt, und ich hoffe, daß auch die Mehrheit — immer noch Mehrheit dieses Parlaments —, die Sozialistische Partei, hier etwas vorsichtiger mit Worten umgeht. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

In der Regierungserklärung haben Sie selber das Wort geprägt von dem „erfrischenden Klima des Liberalismus und der Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit der Kunst“, die Sie propagieren wollen.

Herr Bundeskanzler, wie ist diese Aussage vereinbar mit Ihrer Rede anlässlich des Gedenktages zur Bücherverbrennung vor wenigen Wochen, wo Sie wörtlich gesagt haben: „Ich möchte gar nicht verschweigen, daß es vieles gegeben hat, was mich bedrückt hat und das bei dieser Gelegenheit“ — Bücherverbrennung — „in Erinnerung

gebracht werden muß als eine Aufgabe, die sich uns stellt, wenn wir an die Bücherverbrennung denken, etwa an all das, was rund um die ‚Staatsoperette‘, rund um das Dramatische Zentrum geschehen ist.“

Herr Bundeskanzler, zur Erinnerung: Die Sendung „Staatsoperette“ ist von der Kommission zur Wahrung des Rundfunkgesetzes verurteilt worden als Verletzung des Rundfunkgesetzes, als gesetzesverletzend, als oberflächlich und verzerrend, als die Gefühle vieler Katholiken empfindlich verletzend. Herr Bundeskanzler, das darf man nicht mehr kritisieren?

Man darf das Dramatische Zentrum — eine Frage der Effizienz dieser Einrichtung — nicht mehr kritisieren?

Sind Sie wirklich der Meinung, daß Freiheit der Kunst einen Freibrief für Intoleranz bedeuten könnte? Dieser Satz in der Regierungserklärung, verbunden mit dem, was Sie anlässlich dieses Gedenktages gesagt haben, scheint mir doch so nicht haltbar zu sein! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Schade, daß Sie zu all diesen Dingen geschwiegen haben, die vielleicht auch gesagt werden müßten, über die reine Frage der Verteilung des Bruttosozialprodukts oder von Zehntelprozenter auf oder ab hinaus. Vielleicht hätten Sie doch auch einige grundsätzliche Aussagen zum Klima, zur Demokratie, zur Liberalität Ihrer künftigen Regierungsvorhaben sagen sollen. Schade, leider nichts drinnen!

Bleiben wird für den Tag, daß diese Regierung dem Steuerzahler vielleicht nicht lieb, aber sicher sehr teuer sein wird. Alles, was die Zukunft betrifft, ist in dieser Regierungserklärung vertagt worden. Der Schlüsselsatz am Schluß war — und das ist symptomatisch für die ganze Rede —: Es ist alles sehr kompliziert, vieles wird schwer sein, manches sogar sehr schwer. — Ich glaube das auch, besonders für dieses Bündnis, für die rot-graue Koalition! (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{14.36}

Präsident Dipl.-Vw. Dr. Stix: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Braun. Ich ertheile es ihm.

^{14.36}

Abgeordneter Braun (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter Dr. Schüssel hat zu Beginn seiner Ausführungen Fragen an den Herrn Abgeordneten Marsch gestellt.

Braun

Ich glaube, man kann ohneweiters diese Fragen sehr rasch beantworten.

Niemand in diesem Raum von der sozialistischen Fraktion hat die Auffassung vertreten, daß am 24. April die SPÖ einen Wahlerfolg erreicht hat. Aber es kann auch niemand bestreiten, daß die SPÖ als die stärkste Kraft aus diesen Wahlen hervorgegangen ist.

Ich glaube auch, daß in bezug auf die andere Frage klargestellt werden muß: Selbstverständlich wären die Sozialisten daran interessiert gewesen, wieder eine Alleinregierung zu stellen. Aber das Wahlergebnis am 24. April hat das nicht möglich gemacht, und daraus sind die Konsequenzen gezogen worden.

Ich möchte auch gleich eine Frage stellen, Herr Dr. Schüssel, weil ich meine, wenn man so spricht, wie Sie es jetzt zumindest zum Schluß versucht haben, daß man sich dann auch die Frage vorlegen lassen muß: Glaubt denn die ÖVP oder glauben Sie persönlich wirklich, daß die ÖVP im Falle einer Regierung, die mit ihr oder durch sie gestaltet worden wäre, auf eine Erhöhung der Einnahmen für den Staat hätte verzichten können? Das kann doch niemand von Ihnen wirklich ernsthaft vertreten. Sie sollen aber auch hier sagen, daß die Problematik im Raum steht und daß niemand darum herumkommt, sondern daß wir eine solche Entwicklung brauchen.

Es kommt darauf an, zu wessen Gunsten oder zu wessen Ungunsten eine Politik betrieben wird, und da können wir jetzt schon auf Grund der Regierungserklärung feststellen: Hier sind die Weichen gestellt. Es wird bestimmt nicht zuungunsten der arbeitenden Menschen in unserem Lande, die immerhin rund 78 Prozent ausmachen, geschehen, und ich glaube, daß das eine Entscheidung ist, die man auch für diese vierjährige Funktionsperiode ankündigen kann. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Der Hinweis auf die Vollbeschäftigung: Warum ist dieses Wort nicht verwendet worden? Herr Dr. Schüssel, Sie wissen genausogut wie ich, daß man bisher unter dem Begriff Vollbeschäftigung im Höchstmaß eine dreiprozentige Arbeitslosigkeit verstanden hat. (Abg. Bergmann: Wollen Sie die?)

Natürlich wollen wir das, Herr Bergmann, Ihre Zwischenrufe sind ja bekannt; das war das letztemal, daß ich auf so etwas eingehet. Ich habe ja den Herrn Dr. Schüssel, der auf

diesem Gebiet wirklich ein Wissen hat, gefragt, und darauf wollte ich noch einmal hinweisen.

3 Prozent Arbeitslosigkeit war bis jetzt die Marke. Jeder weiß, und Sie selbst haben es gesagt, daß eher die Gefahr besteht, daß wir die angenommenen Werte von 4,5 Prozent oder 4,6 Prozent an Arbeitslosigkeit noch hinaufrevidieren müssen, weil allen Ankündigungen zum Trotz weder weltweit noch europäisch das, was man als Lichtschimmer in bezug auf positive Wirtschaftsentwicklung am Horizont zu sehen gemeint hat, zu spüren ist.

Wenn daher diese Frage gestellt wird, dann müßte man sagen: Natürlich könnten wir jetzt in Österreich so verfahren, wie man das in den Vereinigten Staaten tut, denn dort sagt man, daß bereits eine Arbeitslosenrate bis 6 Prozent Vollbeschäftigung bedeutet.

Unsere Regierung ist angesichts der momentanen Situation von dem Willen gekennzeichnet, der auch in der Regierungserklärung zum Ausdruck kommt, ganz besonders eine Politik zu betreiben, um ein Höchstmaß an Vollbeschäftigung nicht nur zu erhalten, sondern die Situation wesentlich zu verbessern. Das ist eine Ehrlichkeit, die der Bevölkerung gesagt werden muß.

Unter diese 3-Prozent-Marke Vollbeschäftigung können wir zurzeit nicht kommen. Dies wäre unrealistisch, wenn man weiß, daß das Wirtschaftswachstum in der ganzen Welt mit etwa 1 bis 1,5 Prozent angenommen wird, während auf der anderen Seite allein durch Rationalisierung, allein durch neue Technologien etwa 4,5 Prozent an Arbeitsplätzen jährlich vernichtet werden. Das ist doch eine Realität. Ich habe nicht gewußt, daß man über diese Tatsache in diesem Raum noch sprechen muß.

In der Regierungserklärung ist klar und deutlich zum Ausdruck gekommen, daß wir uns hundertprozentig zur Vollbeschäftigung als Zielsetzung bekennen. Gleichzeitig haben wir aber ein Programm, das in nächster Zeit realisiert werden soll, und da ist es richtiger, ehrlich zu sein und der Bevölkerung zu sagen, wie die Situation tatsächlich ausschaut. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Auch in bezug auf Ihre Behauptungen, was alles nicht in der Regierungserklärung enthalten ist, kann ich mich wirklich nur wundern. Denn wenn Sie zum Beispiel von der Untertunnelung nichts konkret gelesen haben, dann werden Sie doch hoffentlich von

Braun

den Hochleistungsstrecken sowohl nach dem Westen als auch im Süden gelesen haben.

Herr Dr. Schüssel! Ich habe nicht gewußt, daß man in Klammer dazuschreiben muß, daß Hochleistungsstrecken ohne Tunnel überhaupt nicht möglich sind. Ich gebe zu, man muß halt doch manchmal Gebrauchsanweisungen liefern, wenn man eine solche Darstellung gibt.

Nun zur Anonymitätsabgabe. Ich glaube nicht, Herr Dr. Schüssel, daß es wirklich so ist, wie Sie es mehr oder weniger verklausuliert angedeutet haben, daß Sie selbst nämlich die Meinung vertreten, daß man noch einen anderen Weg gehen kann, als entweder die Mehrwertsteuer zu erhöhen, die Anonymitätsabgabe einzuführen oder andere zusätzliche Formen von Steuereinnahmen zu finden.

Wenn nun diese Frage vor uns steht, dann ist doch die Anonymitätsabgabe noch immer etwas, worüber man offener und ehrlicher reden kann, weil sie eine Möglichkeit bietet, zu zusätzlichen Einnahmen zu kommen, statt daß man womöglich überhaupt nur die Erhöhung der Mehrwertsteuer als Zielsetzung hat.

Dazu darf ich Ihnen nicht von mir, sondern aus der Morgenbetrachtung von einem Pfarrer, und zwar von Dechant Josef Mayer aus Linz, etwas vom 27. Mai zitieren:

„Seit ich aus einer Bankstatistik weiß, daß fast die Hälfte der Spareinlagen in Österreich, nämlich zirka 300 Milliarden Schilling, einer kleinen Clique von zirka 15 000 Menschen gehören, weiß ich, daß es auch in Österreich wirklich Reiche gibt.“

In dieser kleinen Oberschicht hat also durchschnittlich jeder einzelne 20 Millionen Schilling Spareinlagen. Das heißt, er kann allein von den Zinsen in Saus und Braus leben, ganz zu schweigen von dem, was er darüber hinaus noch besitzt.

Ich bin es keinem neidig, denn ich könnte nicht mehr schlafen, wenn ich wüßte, daß ich mit meinem Geld Tausende Aussätzige heilen oder Hunderte Kinder vor dem Hungertod bewahren und mich trotzdem von meinem Geld nicht trennen könnte. Ich könnte nicht mehr schlafen bei dem Gedanken, daß andere schuften und rackern müßten, um die Zinsen zu erarbeiten, die ich bloß von der Bank zu holen brauche.

Verstehen Sie mich nicht falsch, ich will keinem kleinen Sparer ein schlechtes Gewis-

sen machen. Ob aber der oben geschilderte Reichtum für einen Christen verantwortlich ist, wage ich zu bezweifeln.“

Und nun bitte bleiben Sie bei Ihrer These und lassen Sie solche Leute darüber urteilen, was man dazu sagen kann, wenn man weiß, wie diese Zusammenhänge wirklich gegeben sind. (Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Ich glaube auch, daß man bei dieser Gelegenheit feststellen kann: Wir haben mit großer Überraschung, leider mit negativer Überraschung — ich bedaure, daß Herr Dr. Schüssel nicht mehr da ist —, die Ankündigung gehört, wie im kommenden Sommer der Versuch unternommen werden könnte, Steuerflucht aus Österreich zu betreiben. Es war eine erschütternde Tatsache, die ich zur Kenntnis nehmen mußte, daß Herr Dr. Schüssel fast noch entsprechende Tips gegeben hat. So etwas dürfte eigentlich nicht vorkommen. (Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Bergmann: Lesen Sie keine Zeitung? — Abg. Gurtner: Das ist schon im Gang!)

Es gibt sicher solche Leute, die Ihnen nahestehen, daher wissen Sie, daß das schon im Gange ist. Diese Leute stehen mir nicht nahe, daher weiß ich nicht, daß das schon im Gange ist. Ich glaube, hier kann man klar und deutlich die Unterschiede erkennen.

Meine Damen und Herren! Auf weiten Strecken wurde insbesondere durch den Parteiobmann Dr. Mock diese Regierungserklärung nicht in den Rahmen der tatsächlich vorhandenen Probleme gestellt, sondern versucht zu negieren, daß es seit dem Jahre 1980 eine weltweite Krise gibt und daß praktisch die wirtschaftliche Situation überhaupt noch nicht aufgehört hat, sich weiter negativ zu entwickeln. Wir wissen, daß nach einer jüngsten Untersuchung aus der deutschen Bundesrepublik allein 2,4 Millionen Arbeitsplätze durch Rationalisierung und neue Technologien gefährdet sind. Aber man fordert, daß in genauen Zahlen und möglichst schon in entsprechenden Absätzen genau gesagt wird, wie wir diese Probleme lösen wollen, und man bemängelt, daß das nicht in der Regierungserklärung enthalten ist.

Angesichts dieser Umstände zu sagen, daß die Regierungserklärung schlecht ist, zeigt eine Oberflächlichkeit, von der ich nicht erwartet habe, daß sie in einer Grundsatzdiskussion über die Regierungserklärung zum Ausdruck kommen könnte.

Wenn daher von meiner Seite eine Charak-

Braun

terisierung der Regierungserklärung durchgeführt wird, dann kann ich nur feststellen, daß diese Regierungserklärung meiner Meinung nach der Ausdruck einer guten politischen, einer österreichischen Gesinnung ist und gleichzeitig Bezug zur Realität hat.

Ich bin überrascht gewesen, daß Herr Dr. Mock so schnell nach diesen für die ÖVP verlorengegangenen Wahlen die Ankündigung von ihm, die ÖVP übernehme gerne weiter und nun allein die Oppositionsrolle, so deutlich in die Tat umsetzt. Er hat heute bewiesen, daß er diese Oppositionsrolle gerne spielt, denn seine Ausführungen waren bar jeder Verantwortung und sachlicher Auseinandersetzung mit den Problemen.

Wo waren denn die sachlichen Auseinandersetzungen? Ist es denn wirklich möglich, daß man als eine so große Partei oder, wie Sie sagen, als eine Partei, die sogar noch Vertrauen gewonnen hat, wie das keineswegs bestritten wird, all die Aussagen zur Industriepolitik, zu all den Förderungsmaßnahmen für die Klein- und Mittelbetriebe, zur Wirtschaftsförderung im allgemeinen, zu den Maßnahmen der Bahn und Post... (*Abg. Heinzinger: Wir haben ausdrücklich vielen Maßnahmen zugestimmt! Nicht aufgepaßt!*)

In diesen Fragen hat Herr Dr. Mock jede sachliche Kritik vermissen lassen, er hat bloß mit wenigen Schlagworten wiederholt, was auch im Rahmen der Wahlpropaganda der ÖVP zu hören war.

Das ist deswegen so erschütternd, weil jeder auf Seiten der ÖVP wissen müßte, daß die Industrieproduktion im vergangenen Jahr sich wieder um 1,5 Prozent verschlechtert hat.

Meine Damen und Herren! Ob das nun gerade sehr angenehm ist oder nicht, auf jeden Fall muß ich Ihnen sagen: Ohne General Motors, und gegen dieses Projekt war die ÖVP (*Abg. Heinzinger: Nicht gegen das Projekt, gegen die Förderung!*), wäre der Rückgang in der industriellen Produktion in Österreich nicht 1,5 Prozent, sondern 3,5 Prozent. So muß man das sehen, aber das übersehen Sie bewußt. (*Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der FPÖ.*)

Wenn auch die 10 000 Wohnungen, deren Bau zu erschwinglichen Preisen mit dem Schwerpunkt der Althaussanierung und Stadtneuerung in der Regierungserklärung versprochen wird, wenn das alles nicht auch Möglichkeiten sein sollen, zusätzliche

Arbeitsplätze zu schaffen, ja wo soll denn dann überhaupt ein Schwerpunkt entstehen?

Wenn Ihnen vielleicht die Formulierung mißfällt, daß auch beim Wohnbau strengste Kontrollen durchgeführt werden müssen, damit Ähnliches wie beim WBO-Skandal, für den ja die ÖVP die Verantwortung zu tragen hat, in Zukunft verhindert wird, dann verstehe ich es. Aber man muß selbstverständlich auch von einer Regierung verlangen, daß sie diesbezügliche Vorkehrungen trifft.

Was die Umweltpolitik betrifft, so tut es mir leid, daß Herr Abgeordneter Graf jetzt nicht im Saal ist, denn sein Beispiel der Umweltpolitik, auch im Hinblick auf das Familienministerium, war ein von ihm schlecht gewähltes Beispiel.

Ich glaube nicht, daß ich jetzt alle Gesetze aus dem Bereich des Umweltschutzes aufzählen muß, die noch dazu einstimmig in der letzten Funktionsperiode, ja sogar noch in den letzten Tagen der vergangenen Legislaturperiode beschlossen wurden, Gesetze, gegen die man sich von Seiten der ÖVP Jahre hindurch gewehrt hat. Das sind einstimmig beschlossene Gesetze, eine ganze Serie. Das als ein Beispiel anzuführen, daß ohne Kompetenz oder angesichts zu geringer Kompetenz nicht die Möglichkeit besteht, wirksam zu werden, beweist doch, auch wenn jetzt die Kompetenzen für das Familienministerium noch nicht in aller Deutlichkeit gegeben sind, daß es viele Ansatzpunkte gibt und daß dann sicherlich auch Erfolge ähnlich wie beim Umweltschutz erreichbar sein werden.

Was die Pensionen betrifft, so wurde die Pensionsgarantie klar und deutlich wiederholt, nicht als eine separate Ankündigung, sondern als ein Bestandteil der Politik einer von Sozialisten getragenen Regierung. Gleichzeitig wurde ein Bekenntnis zur Weiterentwicklung der Einkommen der Pensionisten abgelegt. Dasselbe gilt in bezug auf die Kranken- und überhaupt auf die Sozialversicherung.

Herr Präsident Beurle hat gesagt, daß das Parlament nun über einen Fachmann verfügt, den Herrn Dr. Stummvoll, der die Fragen der Sozialversicherung wunderbar beherrscht.

Ich kann dazu nur sagen, daß Herr Dr. Stummvoll als Abgeordneter sicherlich nicht bestreiten kann, daß ein System nicht generell in Frage gestellt werden muß, das 99 Prozent der Bevölkerung in bezug auf die Krankenversicherung erfaßt, das in der Kranken-

Braun

versicherung — zumindest in den letzten zwei Jahren — positiv gebart, wo wir in der Unfallversicherung mit den gesetzlichen Grundlagen unser Auslangen finden und wo auch in der Pensionsversicherung zwar die Kosten erkannt werden müssen, die auf Grund der allgemeinen Entwicklung entstehen, letztlich aber das System als solches nicht in Frage gestellt werden muß, sondern wo wir versuchen müssen, durch Reformen einen Weg zu finden, der auch eine Absicherung und eine Finanzierung für die nächsten fünf bis zehn Jahre möglich macht.

Dazu bekennt sich die Regierungserklärung vollinhaltlich, und das in irgendeiner Form in Frage zu stellen, hat mich gewundert.

Bei dieser Gelegenheit muß man wieder in Erinnerung rufen, daß sicherlich ein Problem bei dieser Diskussion mit im Raum stehen wird, nämlich die Tatsache, daß für die Unselbständigen 6 732 S pro Versicherten, bei den Gewerbetreibenden aber 42 342 S und bei den Bauern 39 414 S aus Bundesmitteln ausgezahlt werden. Das wird sicher ein Problem sein, über das wir uns unterhalten müssen, aber ich meine, daß wir in der Lage sein werden, eine sachlich-fachliche Diskussion durchzuführen und dann die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen.

Auch noch eine Bemerkung zu den Bauern. Ich glaube, daß hier wirklich Propaganda mit einer Vorgangsweise betrieben wurde, die auf Grund einer Befragung gewählt wurde. Jeder Bauer wurde in bezug auf die Einheitswerte und die Konsequenz, die sich daraus ergibt, befragt, und sie haben alle zugestimmt. Auch die ÖVP hat der Änderung des Gesetzes zugesagt. Damit war die Grundlage auch für die Auswirkung auf die Sozialversicherung von vornherein klar. Das dann als ein Wegnehmen und als eine Handlung auszuschlachten, die praktisch gesetzlich nicht fundiert wäre, ist wirklich etwas, was man anderen zu charakterisieren überlassen kann. Aber eine faire Art der Auseinandersetzung war das zweifellos nicht.

Was die Jugendarbeitslosigkeit betrifft: Wir können doch nachweisen, daß viele dieser Behauptungen gar nicht stimmen, die von Herrn Dr. Mock aufgestellt wurden. Obwohl die Zahl der Jugendlichen, die eine Lehrstelle angestrebt haben, deutlich zurückgegangen ist, nämlich von 50 Prozent auf 42 Prozent aller jungen Menschen, die überhaupt dafür in Frage kommen, ist die Zahl der Jugendlichen, die nicht untergekommen sind, gestiegen.

Meine Damen und Herren! Das der Bundesregierung allein in die Schuhe zu schieben und so zu tun, als ob die Unternehmer sowieso alles in ihrer Macht Stehende tun möchten, ist etwas zu billig. Wenn von Seiten der ÖVP nicht einmal an die Unternehmer appelliert wurde, viel mehr in dieser Richtung zu tun, dann zeigt das nur, daß der Wille gefehlt hat, in diesem Fall natürlich der Wille bei der ÖVP und den Unternehmern.

In bezug auf die Vollbeschäftigung noch eine Bemerkung. Wenn gesagt wird, daß wir im Verhältnis zum vergangenen Jahr eine um 1 Prozent höhere Arbeitslosigkeit haben, dann kann das niemand bestreiten. Warum soll man es auch bestreiten, es ist ja eine Tat-sache.

Aber eines muß auch gesagt werden, nämlich daß die Zahl der Arbeitslosen in der deutschen Bundesrepublik im Mai 1983 sogar um 2 Prozent höher liegt als im Mai 1982, und das bei einer viel höheren Ausgangsposition; die Arbeitslosigkeit beträgt dort jetzt 8,8%. Das zeigt doch sehr deutlich, daß Sie nicht nur mit zweierlei Maß messen, sondern daß Sie manchmal überhaupt die Realität bei der Gegenüberstellung solcher Tatsachen außer acht lassen. Das tut uns leid, weil wir gerade bei solchen Äußerungen, wie sie von Herrn Dr. Mock gemacht wurden: „Man muß den Menschen das Gefühl der Beheimatung in Österreich geben“, feststellen müssen, daß das, was daran anschließen muß, nämlich der Wille, es ihnen auch zu vermitteln, fehlt. Denn wenn man bar jeder Realität in vielen Fragen eine solche Politik betreibt, trägt das nicht zu ihrer Glaubwürdigkeit bei.

Daher bin ich der Auffassung, daß in bezug auf die Arbeitszeitfrage sowohl von Herrn Dr. Schüssel als auch von der ÖVP generell ein Bild zu vermitteln versucht wird, das nicht den Tatsachen entspricht. Erstens wissen wir ganz genau, wie viele Menschen sich überhaupt für Teilzeitbeschäftigung interessieren; sie sind ja gemeldet. Wir wissen es, die Zahlen liegen ja auf.

Zweitens: Das, was jetzt an neuen Formen von Teilzeitarbeit, Job-sharing oder von Kapovaz, kapazitätsorientierter variabler Arbeitszeit, angepriesen wird, ist eine ganz neue Form der Ausbeutung der Menschen, gegen die wir uns mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzen werden. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) Das kündige ich mit aller Deutlichkeit an.

Ich darf auch gleich hinzufügen: 87 Prozent

Braun

all jener, die teilzeitbeschäftigt sind, sind Frauen, und wir wissen auch, warum es so viele Frauen sind. Gleichzeitig muß gesagt werden, daß der weitaus größte Teil von ihnen eine Vollzeitbeschäftigung anstrebt, aber auf Grund der familiären Situation keine Vollzeitbeschäftigung bekommt. Wollen Sie das jetzt noch wesentlich verschärfen? Oder wollen Sie tatsächlich jemandem einreden, daß die Teilung eines Arbeitsplatzes auf zwei Menschen das Arbeitsvolumen erhöht? Davon kann doch keine Rede sein. Hier kann nur die Arbeitszeitverkürzung, hier können nur die Überlegungen in die Richtung, in die man gehen muß, um die vorhandene Arbeit auf alle Arbeitnehmer zu verteilen, der richtige Weg sein.

Wir werden sicherlich noch einige Diskussionen haben, aber das sollte nicht unbeantwortet bleiben.

Noch eine Bemerkung, weil sich Herr Dr. Mock gar so bizlich auf die Sozialpartnerschaft angesprochen gefühlt hat. Das Bekenntnis der Regierung betrachte ich nur als eine Untermauerung, daß die Sozialpartnerschaft selbstverständlich weiterexistieren soll.

Wenn von Herrn Dr. Mock der Eindruck erweckt wird, daß die Sozialpartnerschaft lediglich auf dem Boden der Sozialenzyklika beziehungsweise der katholischen Soziallehre fußt, dann bitte nicht böse zu sein: Wenn ich dem nicht die Stärke der gewerkschaftlichen Organisation gegenüberstellen würde — man weiß auf der Unternehmerseite, daß das zwei Drittel der Arbeitnehmer sind —, dann würde uns das alles nichts nützen. Mit freundlichen Worten sind die Arbeitnehmer in Österreich gut bedient. Wenn sie sich aber nicht auf ihre Stärke verlassen könnten, dann allerdings wären sie richtig „bedient“.

Daher werden wir uns natürlich auch weiterhin dort zur Sozialpartnerschaft bekennen, wo sie auch Lösungsvorschläge anbietet. Dort, wo der gegenwärtige Zustand auf Grund der weiteren Entwicklung durch Gesetze verändert werden muß, wird das Parlament zu entscheiden haben. (*Der Präsident übernimmt den Vorsitz*)

Ich weiß nicht, ob das vielleicht der Tenor ist, auf den Herr Dr. Schüssel zum Schluß zu sprechen gekommen ist, indem er gesagt hat, daß man sich zu neuen Formen bekennen müßte. Da hat es von den Jungunternehmern kurz vor der Wahl einen Forderungskatalog gegeben, der wie folgt lautet:

An erster Stelle steht die Rücknahme der „durch nichts zu rechtfertigenden“ Urlaubsverlängerung. Es folgen die Forderungen nach einer Verwaltungsreform und einer Reform des Sozialsystems mit dem Ziel, Mehrfachleistungen einzudämmen und den Ausgabenrahmen der geänderten Einnahmensituation anzupassen.

Dann wurde weiter gesagt, daß Sie selbstverständlich auch die Sistierung der Arbeiterabfertigung und schließlich die Einführung flexibler Arbeitszeiten wollen. Wenn das die Politik ist, die von Seiten der ÖVP in Zukunft auf diesem Sektor vertreten wird, dann wird es der Bevölkerung noch leichter möglich sein, die Unterscheidung zu treffen, daß nicht nur die Regierungspolitik richtig ist, sondern daß es vor allem richtig war, diese Koalition einzugehen und sich nicht auf irgendwelche Versprechungen eventueller anderer Koalitionspartner einzulassen.

Ich glaube, deshalb kann man ja zu dieser Regierungserklärung sagen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ*) 15.00

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Heinzinger.

15.01

Abgeordneter **Heinzinger** (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Zunächst möchte ich einmal ein persönliches Grüß Gott der neuen Regierung, dem neuen Präsidenten sagen und ihnen versprechen, daß ich mich in der Sache mit möglicher Konsequenz, Ausdauer und Härte im Sinne von Fairneß mit dieser Regierung auseinander setzen werde.

Meine Damen und Herren! Einige Bemerkungen zu meinen Vorrednern: Ich habe es mit Freude — ich stehe durchaus nicht an, dies zu sagen — vermerkt, daß der Klubobmann der SPÖ auf die Glaubwürdigkeit ein so hohes Gewicht gelegt hat. Einer meiner Parteifreunde hat schon gemeint, daß wir auch in der Vergangenheit immer gemerkt haben, daß er differenziert urteilte. Er hat sich an Popper und nicht an Marcuse angelehnt. Auch hier wird man sich in der Rangordnung der Kritik eigentlich sehr leicht finden.

Wir hoffen, daß diese gute Absicht, wie ich persönlich glaube, auch durchgehalten werden kann.

Der Generalsekretär der Freiheitlichen Partei hatte die Sorge, daß diese Partei unser Hauptgegner würde. Da kann ich ihn von

Heinzinger

Herzen beruhigen, wir werden ihn nicht mehr beachten, als das der Wähler getan hat: so unter 5 Prozent ungefähr, diese Kapazität wird reichen.

Wenn er Angst hat, daß bei der ÖVP zuwenig Atemluft wäre, dann kann das höchstens so sein, daß man den Wettbewerb vielleicht scheut. Diese freie Atemluft bei der ÖVP täte der Freiheitlichen Partei vielleicht besser als die künstliche Beatmung durch die sozialistische Regierung. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nun komme ich zum Kollegen Braun. Zunächst war ich ein bissel bewegt, als er tief in die Kiste griff und sich einen Pfarrer zum Leitbild erwählte.

Herr Kollege Braun! Eine Umfrage in Favoriten, in Ihrem Heimatbezirk — Sie sind doch „Bezirkskaiser“ von Favoriten —, hätte ergeben, was Ihre Parteifreunde von dem Sparbuch halten. Sie hätten dann nicht meinen Freund Schüssel falsch verstehen müssen. Denn der hat gemeint, wie es die Österreichische Volkspartei meint: Zuerst sparen, gleichzeitig Verschwendungsstop, dann sorgfältig umschichten in jene Bereiche, die Arbeitsplätze sichern.

Wenn alle diese Maßnahmen keinen Erfolg haben, dann wird man auch nachdenken müssen, ob man in dem einen oder anderen Fall Einnahmen erschließen muß.

Sie sprachen auch von General Motors. Wir sind nicht gegen General Motors, wir sind gegen die exemplarisch einseitige Förderung von General Motors. (Abg. Braun: Sie waren gegen General Motors! — Zwischenrufe bei der SPÖ.) Wenn Sie die Klein- und Mittelbetriebe gleich fördern wie General Motors, dann ein Bravo, aber nicht bei einer solchen Vorgangsweise. (Beifall bei der ÖVP.)

Dann, Herr Kollege Braun, haben Sie gemeint, ein Zeitmodell, das davon ausgeht, daß man einen variablen Zeitrahmen zur Verfügung stellen soll, sei von vornherein eine Ausbeutung. Ich gebe Ihnen recht, es ist die große Gefahr einer Ausbeutung. Es ist die große Gefahr einer Ausbeutung, es ist aber prinzipiell ein ganz bedeutsamer neuer Denkanansatz, den wir in der Zeitfrage beachten sollen. Mit der linearen Senkung der Arbeitszeit auf allen Ebenen als Heilsbeglückung werden wir dieses Problem ganz sicherlich nicht schaffen. Wir brauchen neue flexible Zeitmodelle unterschiedlichster Art, die wir in Pionierunternehmen mit Hilfe des Sozialministe-

riums durchaus ausprobieren sollten, im guten Glauben, daß die Sozialpartner — beide! — das Interesse haben, Arbeitsplätze in diesem Lande zu sichern. (Abg. Braun: Schauen Sie sich das in jenen Betrieben an, wo das bereits geschieht!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nun darf ich zur Regierungserklärung kommen. Sie ist ein bißchen die Umkehrung des Wirtschaftlichkeitsprinzips. Hier wurde nämlich mit einem geringen Worteinsatz nicht die größtmögliche Wirkung erzielt, sondern mit einem höchst unverbindlichen Worteinsatz die geringste Ankündigung von konkreten Maßnahmen gemacht.

Meine Damen und Herren! Für Schonzeiten ist in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage, in der wir uns befinden, ganz sicherlich keine Zeit.

Obwohl diese Regierung so breit geraten ist, findet sich über die Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition, über Regierung und Kontrolle kein Wort, auch nicht ein Ansatz. Verschiedene Sozialisten haben Bedeutsames über Kontrolle geschrieben, aber in dieser Regierungserklärung gibt es kein Wort darüber. Im Gegenteil, meine Damen und Herren, wir stehen vor einer makabren Szene: Der neue Unterrichtsminister, der Kultusminister, für die Kulturpolitik zuständig, soll gleichzeitig im elektronischen Informationsmonopolunternehmen die Kulturpolitik überwachen. Eine Geistigkeit, meine Damen und Herren, wie sie nur in totalitären Systemen links oder rechts denkbar ist: Der Unterrichtsminister ist gleichzeitig Mitglied des Kuratoriums des ORF — noch dazu, wo von diesem Unterrichtsminister bekannt ist, welches Nahverhältnis er zum ORF hat, noch dazu, wo wir in Erinnerung haben, wie der jetzige Innenminister in diesem Unternehmen eine Verrätersuche angeordnet hatte, wie es dann eine Säuberungswelle im ORF gegeben hat, um Mehrheiten zu sichern. Nun soll noch die Regierung ausgegerechnet mit dem Unterrichtsminister als Kontrollorgan in den ORF kommen und dazu noch der Vizekanzler!

Meine Damen und Herren! Das ist ein zutiefst gestörtes Verhältnis zur Information und zur Pressefreiheit schlechthin, das ist eine klassische Inkompatibilität! (Beifall bei der ÖVP.)

Vielleicht war es ein Hauch von schlechtem Gewissen, daß Sie über Kontrolle nicht gesprochen haben. Denn es gibt einen zwei-

Heinzinger

ten Bereich. Wenn wir auf der einen Seite den ORF als sensibles Medium haben, dann haben wir auf der anderen Seite das Kontrollinstrument des Rechnungshofes. Da gibt es eine bedeutsame Entschließung des Parlaments über Aufgaben des Rechnungshofes und darüber, wie dieser Rechnungshof zusammengesetzt sein soll. Das möchte ich Ihnen gerne in Erinnerung rufen. Das stammt aus dem Jahre 1980. Es geht um eine Verfassungsbestimmung, und das zeigt, wie ernst, meine Damen und Herren, diese Materie behandelt wurde, denn in der Verfassung stehen die obersten Spielregeln, denen wir uns verpflichtet fühlen. Es geht dabei um die Aufforderung an die Bundesregierung, den Entwurf einer Bundesverfassungsnovelle vorzulegen, in der vorgesehen wird, daß für die in der Bundesverfassung vorgesehenen Kontrolleinrichtungen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene Personen zu ihrer Leitung vorgesehen sind, die nicht Vertrauensleute der jeweiligen Mehrheitspartei sind.

Meine Damen und Herren! Es geht um eine Verfassungsbestimmung. Und da darf ich Ihnen jetzt einige Namen vorlesen: Broesigke, Frischenschlager, Grabher-Meyer, Haider Jörg, Josseck, Murer, Probst und Steger.

Ich möchte mit allem Respekt, durchaus mit dem Wissen, daß die Freiheitlichen in dieser Koalition diesen Schritt noch bitter werden bezahlen müssen, die Frage stellen: Wie halten Sie es mit Verfassungsbestimmungen? Wie halten Sie es mit Ihrem Wort — denn diese Stimme ist ein Wort — ? Wie hoch ist der Preis für die Preisgabe grundsätzlicher Fragen? Werden Sie daher in dieser Kontrollfrage dieses elementare Kontrollrecht der Opposition überantworten? An sich eine Selbstverständlichkeit. Sie haben weder in der Frage des ORF noch in der Frage des Rechnungshofes noch in der prinzipiellen Frage der Kontrolle hier in diesem Hohen Hause heute eine Meinung geäußert. Und es muß uns schon mit Sorge erfüllen, denken wir an die vielen halböffentlichen Drohungen im Bereich der Pressepolitik, erinnern wir uns daran, daß Kreisky Parteienförderung und Presse gekoppelt hat mit dem Zaunpfahl in Richtung unfreundlicher Kritik, und denken wir an die Ausfälle, zu denen sich auch der Doppelpräsident des Hauses gelegentlich hinreißen hat lassen.

Wir werden uns von dieser Kontrolle nicht abbringen lassen, im Gegenteil, wir werden sie leidenschaftlicher erfüllen, als wir dies in der Vergangenheit getan haben. Nicht deswegen, weil uns das den großartigsten Spaß

bereitet, sondern weil wir das diesem Land und der steuerzahlenden Bevölkerung schuldig sind. (Beifall bei der ÖVP)

Meine Damen und Herren! Abgeordneter Braun hat gemeint, die ÖVP habe keinen einzigen Punkt der Regierungserklärung anerkannt. Das stimmt nicht. Eine Reihe meiner Fraktionskollegen hat auf Punkte hingewiesen, zu denen man ja sagen kann. Auch ich möchte im Bereich des Umweltschutzes zu einer Reihe von Absichtserklärungen ja sagen.

Einige Bemerkungen zu den positiven Absichtserklärungen — ich möchte einige davon zitieren: „Es gilt die Zeitbombe des Versagens im ökologischen Bereich zu entschärfen.“ Selbstverständlich! Jawohl! „Trotz großer Anstrengung im Bereich des Umweltschutzes haben wir in den Augen vieler Bürger auf diesem Gebiet noch Nachholbedarf.“ Jawohl! „Aber unverkennbar damit verbunden ist eine beängstigende Belastung der Umwelt und ein beklemmendes Gefühl der Gefährdung des Lebensraumes.“ Jawohl, meine Damen und Herren! Und es sind auch Einzelmaßnahmen vorgesehen, wie zum Beispiel ein Fonds, um finanziell zu helfen. Jawohl! Diese Maßnahme hat auch die Österreichische Volkspartei schon vorgeschlagen. Aber dann, meine Damen und Herren, gleichzeitig sowohl in dieser Regierungserklärung wie auch in einer Verordnung krasses Fehlen bedeutsamster Fragen des Umweltschutzes und bei den konkreten Fragen Preisgabe elementarer Grundsätze des Umweltschutzes.

Zu Zwentendorf kein Wort, wenn man von der großsprecherischen Erklärung des Herrn Vizekanzlers zunächst einmal absieht. Alles, was vorher zu diesem Problem zuviel gesagt wurde, fand in der Regierungserklärung keine Berücksichtigung. Meine Damen und Herren! Eine Erklärung der Bundesregierung zur Atomfrage, wenn sie auf Umweltschutz Wert legt, wäre angebracht gewesen. Eine zweite, äußerst relevante Umweltfrage bilden die Auen in Hainburg und der Nationalpark Hohe Tauern. Meine Damen und Herren, es gibt zu dieser Umweltfrage zwei böse Untergriffe. Der erste böse Untergriff sind die gefährdeten Arbeitsplätze; dieser wird in beiden politischen Lagern gelegentlich angewendet. Jeder, der sich mit diesen Fragen beschäftigt, weiß, daß das unwahr ist. Der zweite Untergriff lautet: Die Stromversorgung wäre gefährdet, wenn nicht all diese Dinge, die die Energiewirtschaft plant, auch ausgeführt würden.

Heinzinger

In diesem Zusammenhang darf ich Ihnen ein Zitat vorlesen, was die Situation auf dem Energiesektor anlangt. Das Zitat stammt vom Professor Stefan Schleicher — er ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Graz —, und diese Erkenntnis vom Jahre 1981 wurde bisher mehrfach erhärtet. Laut dieser Erkenntnis schaut der Energiezuwachs folgendermaßen aus: Von 1974 bis 1978 — in der Folge hat sich das nicht wesentlich verändert — betrug der Energiezuwachs in Österreich 1,8 Prozent, in der Schweiz 0,9 Prozent, in der Bundesrepublik 0,5 Prozent, in Frankreich 0,8 Prozent, in England —2 Prozent und in Japan 1,3 Prozent. Und das ist schon fünf Jahre lang gleichbleibend. Unsere heimischen Produzenten und manche Institute gehen nach wie vor von Wachstumsraten zwischen 3 und 7 Prozent aus. In der Elektrizitätswirtschaft haben wir ebenso Wachstumsziffern zwischen 1 und 2 Prozent, und die Ausbauraten für die nächsten zehn Jahre liegen zwischen 3,5 und 4,1 Prozent. Weit weg vom tatsächlichen Bedarf.

Meine Damen und Herren! Wir bauen nicht Kraftwerke um der Kraftwerke willen, sondern wir brauchen Strom um des Bedarfes willen. Daher müssen wir uns heute bei jedem Projekt fragen: Brauchen wir das?, denn jedes Projekt heißt nicht nur Stromverbrauch, sondern auch Naturverbrauch. Aus dieser Perspektive sieht die Frage Hainburg und Nationalpark Hohe Tauern ganz anders aus. Denn hier in diesem Hohen Haus, meine Damen und Herren, haben wir im Herbst des vergangenen Jahres einstimmig ein Internationales Übereinkommen über Feuchtbiotope beschlossen. Wir haben einstimmig ein Internationales Übereinkommen über die Erhaltung von wildlebenden Tieren und Pflanzen beschlossen. In diesen Übereinkommen sind die Auen in Hainburg sogar angeführt. Zu diesem Zeitpunkt wußte die Bundesregierung bereits, daß sie beabsichtigt, diese Auen preiszugeben. Und sie gibt diese Auen in dieser Regierungserklärung tatsächlich preis, obwohl sie das einzige große Feuchtbiotop in dieser Art überhaupt im Bereich Mitteleuropas sind. Eine ungeheure Preisgabe.

Damit verliert unser Land den Charakter einer großartigen Aulandschaft für unsere Nachfahren. Wir beeinträchtigen auch die großartige Majestät unserer Alpenlandschaft, wenn wir sagen, es gehe nicht, ohne daß die Umbalfälle angetastet werden.

Meine Damen und Herren! Die Umbalfälle, die schon vielfach Diskussionsgegenstand dieses Hauses waren, haben ein Phänomen an

sich. Da werden Föderalisten plötzlich zu Zentralisten, militante Zentralisten entdecken ihr Herz für den Föderalismus, und zwischen-durch wird die betroffene Bevölkerung in ihren Sorgen und Ängsten um die Zukunft schwer belastet. Das Zusammenleben in diesen Regionen wird erschwert. Die Fragwürdigkeit politischer Verantwortung steigt, wenn immer wieder, zum Teil in höchst problematischer Weise, in dieser Frage unredlich argumentiert wird.

Da muß ich jetzt eine Ausnahme machen. ÖVP und SPÖ haben in ihren Parteien sehr unterschiedliche Auffassungen zu diesem Problem. Es gibt eine Partei, die bisher in der Frage der Erhaltung des Nationalparkes Hohe Tauern eine konsequente Linie eingehalten hat. Ich möchte das anerkennend feststellen: Das ist die Freiheitliche Partei. Und damit, meine Damen und Herren, werden die Umbalfälle zum Rubikon der Glaubwürdigkeit der Freiheitlichen Partei in ihrer Umweltgesinnung. (*Beifall bei der ÖVP.*) Denn es handelt sich bei dieser Sache um die bedeutendsten Mitglieder und Vertreter dieser Partei. Der zuständige Minister Steger, der Generalsekretär und Umweltsprecher Grabher-Meyer und der neugewählte Präsident des Nationalrates Stix haben alle noch zehn Tage vor der Wahl eine leidenschaftliche Erklärung für die Erhaltung der Umbalfälle abgegeben.

Ich möchte gerne ein Schreiben des Herrn Abgeordneten Dr. Norbert Steger an den Österreichischen Alpenverein zitieren: „Wir fordern zumindest die Herausnahme der Gschlößbäche und der oberen Isel.“ Ich gebe mich mit der Hälfte schon zufrieden. Sie sollen nicht sagen, wir seien unbillig zur Freiheitlichen Partei. Mir reicht schon die Hälfte dieser Zusage, die Herausnahme der Umbalfälle. Und dasselbe fordert mit der ihm eigenen sprachlichen Wuchtigkeit Grabher-Meyer und dasselbe — eleganter — Stix. Der zuständige Minister in dieser Frage für Energie, der zuständige Mehrheitseigentümer ist Norbert Steger, und die Umbalfälle sind sein Rubikon geworden.

Ich hoffe sehr, daß die Freiheitliche Partei, die in den Fragen der Kontrolle etwas gutmachen kann, in dieser prinzipiellen Frage der Grünpolitik, wo doch ihr Parteiobmann in Salzburg meinte — für ihn ein denkwürdiger Platz —, sie wäre an sich eine grüne Partei, sich in der Frage des Nationalparkes ein Denkmal setzt. Ich werde einer der ersten sein, der das auch in der Öffentlichkeit anerkennt.

Heinzinger

Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler hat im Regierungsübereinkommen gemeint, die Regierungsparteien stimmen überein, daß bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen ökologische Gesichtspunkte zu berücksichtigen sind. Er meinte weiters, Hohes Haus, daß jene grünen Interessen und Alternativen, die den Einzug in das Hohe Haus nicht geschafft haben, von der Regierungspartei mitvertreten würden. Eine tiefe Verkennung der tatsächlichen Probleme von Ökologie und alternativem Denken! Denn wenn die Rolle von Ökologie darin besteht, die Fehler des Wirtschaftsprozesses zu reparieren, dann ist das ein Zeichen dafür, daß man eben diese neue, tiefreichende Denkänderung nicht begriffen hat oder nicht bereit ist, sie nachzuvollziehen. Ökologie heißt nämlich nicht, den Prozeß Naturentnahme, Verarbeitung in der Wirtschaft und Rückgabe in den Schäden zu minimalisieren, sondern bedeutet sorgfältige Entnahme der Güter aus der Natur, sorgfältige Behandlung und möglichst geringe Rückgabe von Produkten, die in diesen Kreislauf wieder eingeschaltet werden können.

Wenn von dieser Regierung Ideen, Ideale, Visionen, Utopien verlangt wurden: dem stimme ich gerne zu, aber dann gibt es keinen krasseren Widerspruch als diese Regierungserklärung.

Meine Damen und Herren! Alternatives Denken heißt nämlich nicht mehr, sondern heißt besser, das heißt nicht mehr Regierungsmitglieder, sondern eine bessere Regierung. (*Beifall bei der ÖVP.*) Alternatives Denken, meine Damen und Herren, heißt nicht größer, sondern heißt wirkungsvoller, heißt Konferenzzentrum wirkungsvoll und nicht groß, und alternatives Denken heißt nicht funktionell optimal, sondern heißt menschlich, das heißt kein AKH als Betonsilo, vor dem sich die Leute fürchten, sondern eine menschennahe Versorgung. Und alternativ denken heißt nicht abhängig, sondern selbständiger Bürger, nicht abhängig von der Verwaltung, nicht abhängig von der Bürokratie, nicht abhängig vom Staat als großem Eigentümer, sondern heißt selbständiger Bürger mit viel Eigentumsbildungsmöglichkeiten.

Meine Damen und Herren! In dieser Regierungserklärung befindet sich eine bedeutsame Erklärung des Bundeskanzlers über die Funktion der Kunst aus ihrer Tradition heraus, und es ist anerkennenswert, daß die Geschichte nicht im Jahr 1970 beginnt, aber es fehlt eine ganz wichtige zweite Seite.

Kunst ist das, was Menschenhand geschaffen hat. Der Herr Bundeskanzler hat den Begriff Demut schon wiederholt gebraucht. Neben dieser großen Verbeugung vor dem, was Menschenhand geleistet hat, fehlt mir die zweite Seite der Medaille, die Stellung des Menschen in dieser Natur, in dieser Schöpfung, in diesem Evolutionsprozeß. Er steht nämlich nicht darüber, sondern voll mitten drinnen als ein bescheidener Teil. Nicht nur Demut vor dem Kunstschaften daher, sondern auch Demut vor der gewachsenen Natur in diesem Land (*Beifall bei der ÖVP*) wäre ein wichtiger Bestandteil einer ökologischen Politik, denn Freiheit, meine Damen und Herren, ist nicht nur Freiheit zum Schaffen, Freiheit in der Vorstellung, der Mensch dürfe alles tun. Freiheit liegt auch darin, daß wir der Natur ihre wachsende Freiheit lassen in jenen letzten Räumen, wo das noch möglich ist, sonst haben wir einen gestörten Freiheitsbegriff.

Meine Damen und Herren! Ich möchte auch mit einem natürlichen Beispiel schließen. Diese Regierungserklärung ist kein großartiger farbiger Blumenstrauß, sie ist nicht einmal ein bekömmliches Biogemüse, sie ist alles in allem genommen ein Heublumenaufguß, durchaus gesund, aber trockene Blumen vom vorigen Jahr. (*Beifall bei der ÖVP.*)^{15.25}

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Haider.

^{15.26}

Abgeordneter Dr. Haider (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wenn wir als freiheitliche Fraktion dieses Hauses heute mit einer anderen Einstellung, mit dem Bewußtsein der Freude, mit dem Bewußtsein einer inneren Genugtuung die Debatte zur ersten Regierungserklärung bestreiten, so tun wir das nicht, wie das vielleicht der eine oder andere Abgeordnete der Opposition vermutet hat, aus einem billigen Triumph heraus, weil es den Freiheitlichen gelungen ist, in der Regierung Mitverantwortung zu tragen (*Abg. Dr. Kohlmaier: Das ist ein teurer Triumph!*) — Herr Kollege Kohlmaier, Sie sollten warten, was ich sage —, sondern weil wir Freiheitlichen damit den Schlussstrich unter eine jahrzehntelange Entwicklung in der Zweiten Republik setzen, wo Tausende und Abertausende freiheitlich gesinnte Menschen in diesem Lande um ihre Anerkennung, um ihren politischen Stellenwert, um die politische Gleichberechtigung in dieser Republik gekämpft haben.

Es ist sicherlich verständlich, daß wir in

Dr. Häider

einer solchen Situation die Genugtuung haben, daß es im Rahmen der demokratischen Bewegung möglich gewesen ist, auch für freiheitlich denkende Menschen das Vorurteil oder den Vorbehalt, daß es sich um Bürger zweiter Klasse handelt, wegzu bringen. Mit dieser Entscheidung der Mitverantwortung der Freiheitlichen ist aber auch eine Anerkennung für viele, die in unseren Reihen stehen und der älteren Generation zugehören, gefallen, die dieses Ziel oft unter persönlichen Entbehrungen und viel idealistischem Einsatz zu erreichen versucht haben. Aus diesem Grunde hat diese Debatte über die Regierungserklärung für uns eine besondere Bedeutung.

Sie hat aber auch staatsrechtlich eine besondere Bedeutung, weil ich glaube, daß die Situation im derzeitigen Parlament dem entspricht, was sich eigentlich die Verfassungsväter vorgestellt haben: Eine funktionsfähige Regierung auf einer soliden Basis bei einer starken Kontrolle durch das Parlament. Diese starke Kontrolle ist sicherlich mit der Österreichischen Volkspartei sichergestellt, zugleich aber ist mit der neuen Regierungsform einer kleinen Koalition auch der letzte Schritt einer Spielvariante im Rahmen der demokratischen Möglichkeiten in unserer Republik eröffnet worden.

Ich glaube, daß man gerade rückblickend auf die historischen Erfahrungen in der Geschichte unserer Republik auch auf die Erste Republik bezogen sagen kann, daß dieser Entscheidung der Bildung einer kleinen Koalition zwischen Sozialistischer Partei und Freiheitlicher Partei auch eine besondere Bedeutung deshalb zukommt, weil man vielleicht in den schwierigen Jahren der Ersten Republik, in den dreißiger Jahren, mitunter manches an Problemen und Sorgen, an Katastrophen diesem Land hätte ersparen können, wenn dort nicht durch Vorbehalte die Partnerschaft und die Zusammenarbeit zwischen allen Parteien gestört gewesen wären und nicht jener Zustand existiert hätte, daß eine politische Gruppe von der Macht, von der Einflußnahme, von der Mitbeteiligung in dieser Republik abgeblockt wurde.

Ich meine, daß diese Erkenntnis vielleicht auch für die Österreichische Volkspartei heute als ernsterer Hintergrund der Debatte über die Regierungserklärung gewertet werden sollte. Es ist nämlich bedauerlich, wenn man in den Debattenbeiträgen so das Gefühl hat, der Freiheitlichen Partei wird noch immer ihr Anspruch, eine eigenständige politische Gruppe zu sein, verweigert. Wir sind

keine Zuwaage, wir sind kein Blinddarm der Sozialistischen Partei oder der Österreichischen Volkspartei. Wir sind eine eigenständige politische Kraft, die sich ihren Raum in Jahrzehntelanger verantwortungsvoller Tätigkeit auf vielen Ebenen unserer Republik erarbeitet hat, und wir verstehen es daher nicht, wenn man mit Bezeichnungen, es ginge auch darum, ein skurriles Wahlrecht zu ändern, letztlich jenen Hintergedanken wieder ventiliert, der meint, wenn es schon nicht gelingt, die Freiheitlichen durch klare demokratische Entscheidungen aus den Parlamenten zu bringen, dann wenigstens über die Manipulation des Wahlrechtes, das unsere Chancen mindern soll. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich darf auch an Ihre Adresse, Herr Dr. Mock, sagen, daß es, glaube ich, nicht korrekt war, von einem skurrilen Wahlrecht zu sprechen, wo man weiß, daß dieses Wahlrecht, das heute gilt, jene Gleichberechtigung für alle politischen Gruppen, auch für kleinere politische Gruppen, im Wettbewerb in dieser Demokratie gebracht hat und ein Unrecht beseitigt hat, wonach die Freiheitlichen Jahrzehntelang doppelt soviele Stimmen für ein Mandat gebraucht haben, um erfolgreich zu sein, als die beiden größeren Parteien. (Abg. Dr. Mock: Ich möchte Gleichgewichtigkeit haben! Auch das ist skurril!) Sie wollen die Gleichgewichtigkeit. Das genügt mir.

Das heißt, daß wir auch damit rechnen können, daß Sie dieses Wahlrecht nicht mehr als skurril bezeichnen, sondern als gerecht im Sinne der demokratischen Auseinandersetzung. Es kann keine Parias in dieser Demokratie geben, und wir Freiheitlichen sind eine eigenständige politische Kraft, die jetzt ihre Ideen, ihre Vorstellungen einbringt, um Regierungsverantwortung im Interesse der Menschen dieses Landes und nicht einer einzigen Partei zu tragen.

Deshalb hat es mir auch besser gefallen, als der Herr Kollege Graf heute davon gesprochen hat, daß es so etwas wie eine Hochzeit zwischen SPÖ und FPÖ gegeben hat. Denn damit drückt er aus, daß die Hochzeit ein glückliches, erfreuliches Ereignis für alle ist, auch für alle Gäste, die anwesend waren bei dieser Hochzeit, meine Damen und Herren. (Beifall und Heiterkeit bei FPÖ und SPÖ.) Und jene Hochzeitsgäste, die mehr oder weniger als ungeladene Gäste trotzdem an dem Ereignis heute teilnehmen, sollten doch wenigstens ein Stückchen Bereitschaft zeigen, auch dieser neuen Regierungskonstellation eine Chance zu geben, statt bereits über

Dr. Haider

die Scheidung der soeben Vermählten zu philosophieren.

Diese Freude werden wir Ihnen, soweit es an den Freiheitlichen liegt, sicherlich nicht machen, weil wir entschlossen sind, im Interesse der Lösung der wichtigen Aufgaben jene vier Jahre eine vernünftige Politik für Österreich zu machen, die dieses Land weiterbringen wird. (*Beifall bei der FPÖ*)

Sicherlich heißt eine Regierungsbeteiligung für eine kleinere politische Gruppe Chance und Risiko zugleich. Es ist sicherlich zuwenig, wenn einzelne Freiheitliche in Minister- oder Staatssekretärfunktionen stehen; damit verändern wir die Politik noch nicht. Ich glaube aber, daß es falsch und unfair ist, wenn man heute in der Propaganda der Opposition versucht hat zu sagen, es würde der sozialistische Weg mit einer anderen Mehrheitsbildung fortgesetzt werden. Gerade der Kollege Schüssel, der bekannt ist für seine ansonst sehr sachliche Argumentation, hat meines Erachtens in ein zu polemisches Register gegriffen, wenn er am Beispiel Sparbuchsteuer zelebrieren will, daß die FPÖ ihre Position nicht gewahrt hätte.

Meine Damen und Herren! Tatsache ist, daß keiner der Sparer im üblichen Sinn fürchten muß, mit seinem Sparbuch besteuert zu werden, sondern daß sich der Zustand für ihn sogar verbessert hat, denn heute kann eine Familie mit vier Personen bis zu 1 Million Schilling Sparkapital haben, ohne einen einzigen Schilling an Einkommensteuer zahlen zu müssen, unabhängig davon, wie die Freigrenzen für das Wertpapiersparen und ähnliche Anlagen formell existieren.

Das ist doch bitte nicht ein Rückschritt, sondern ein Fortschritt für den kleinen Sparger gewesen, um den es letztlich auch uns gegangen ist, um den es letztlich auch Ihnen gegangen ist. Man sollte die Fairneß haben zu sagen: Jawohl, die freiheitlichen Unterhändler haben bei den Regierungsverhandlungen zweifelsohne die Position, die die absolute Mehrheit vorweg eingenommen hat, verändert im Sinne und im Interesse der Bevölkerung, die verunsichert war durch diese Sparbuchsteuer.

Die Zeitungen haben es ja auch sehr deutlich geschrieben: „Mallorca-Paket geht über Bord.“ „Die Sieger der Koalitionsverhandlungen in der ersten Runde sind die Freiheitlichen“, und so weiter ließe sich noch zitieren.

Wir haben aber auch in der Frage der Kor-

ruptionsbekämpfung — und das steht in dieser Regierungserklärung drinnen — verbindlich eine Weiterentwicklung festgelegt. Es ist gelungen, den 13. und 14. Monatsgehalt aus der Steuerdebatte auszuklammern und damit wirklich jenen leistungswilligen und leistungsbereiten Arbeitern und Angestellten die Sorge zu nehmen, daß jenes Mehr, das sie bisher gehabt haben, abhanden kommt.

Wir haben die Grundlagen einer neuen Wirtschaftspolitik legen können, über eine Strukturreform der verstaatlichten Industrie Übereinkunft erzielt und die allgemein als wichtig anerkannte Frage des Privilegienabbaues auch in Angriff genommen. Das, meine Damen und Herren, kann man nicht damit abtun, daß man sagt: Na ja, ihr habt euch eigentlich nicht durchgesetzt, und wenn man zusammenrechnet, dann hat die 5 Prozent-FPÖ auch nur 5 Prozent an Ministereinfluß, gemessen am Budget, erhalten.

Wenn diese sonderbare Rechnung des Kollegen Schüssel stimmen sollte, dann rechne ich jetzt noch die Staatssekretäre mit ihren Budgetanteilen dazu, und dann komme ich also auf 40,77 Prozent Anteil der Freiheitlichen an der Machtausübung in diesem Lande. Das schaut dann schon ganz anders aus und zeigt eigentlich, daß dieser Vergleich nicht sehr brauchbar ist.

Denn wenn umgekehrt die Dinge betrachtet werden, dann würde nach dem Budgetanteil von 0,08 Prozent der Herr Bundespräsident die unbedeutendste Persönlichkeit in dieser Republik sein. Also so kann man nicht argumentieren. Entscheidend ist, daß wir als Freiheitliche im sachpolitischen Bereich unsere Vorstellungen mit einbringen könnten.

Die Regierungserklärung ist daher ein wirklichkeitsnaher Zuschnitt ohne Übermut im Politischen, der aber bereits Optimismus ausstrahlt. Die Regierungserklärung ist sicherlich ein Problemkatalog, meine Damen und Herren, der mit entschlossenen Absichtserklärungen versehen ist. Es mag vielleicht den Herrn Bundesparteiobmann Dr. Mock beruhigen, wenn er heute gesagt hat: Ja wie soll man denn diese Erklärungen glauben, wenn man einer Regierung seit Jahren gegenübersteht, die all das schon versprochen hat?

Herr Dr. Mock! Das ist ja der Grund, warum wir glauben, daß es notwendig war, daß Freiheitliche in die Regierung kommen. Denn wir stellen sicher, daß jene Versprechungen, die vernünftigerweise schon seit Jahren aufgeschoben worden sind, auch zu

Dr. Haider

einem Gutteil jetzt in die Tat umgesetzt werden. (*Beifall bei der FPÖ. — Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*) Es ist schon möglich, daß das eine Opposition natürlich ein wenig ärgert, wenn ihr keine Munition mehr bleibt, aber, meine Damen und Herren, damit müssen Sie sich anfreunden, daß wir auch unsere Vorstellungen natürlich einbringen konnten.

Die Regierungserklärung ist also sicherlich kein Programm für den Augenblickserfolg, sondern sie ist ein Programm für einen politischen Langstreckenläufer, der zielgerichtet der Verwirklichung seiner Vorstellungen zustrebt.

Nicht nur eine neue Regierung ist gebildet, sondern darin repräsentiert sich ein neues Denken. Ein neues Denken, meine Damen und Herren, wie Sie es in der Regierungserklärung nachlesen können, etwa zum Ausdruck gebracht durch das Bekenntnis der Gleichwertigkeit zwischen öffentlichen Unternehmungen auf der einen Seite und privaten Klein- und Mittelbetrieben auf der anderen Seite, durch ein klares Bekenntnis zur Sparsamkeit, durch ein Bekenntnis, daß auch unpopuläre Maßnahmen gesetzt werden müssen, durch ein Bekenntnis der Eindämmung von Verschwendungsgebieten und durch ein Bekenntnis zur Steuergerechtigkeit durch eine umfassende Steuerreform. Dieses neue Denken, in der Regierungserklärung niedergelegt, findet seinen sichtbaren Ausdruck auch darin, daß diese Regierung sich dazu bekennt, daß nicht alles der Staat machen kann.

Ich glaube, daß das ein gewaltiger, deutlicher Ansatz ist, um auch im Bereich der Wirtschaftspolitik zu neuen Gesichtspunkten zu kommen, daß wir es uns nicht leisten können, alle Aufgaben an den Staat zu delegieren und auf Pump zu leben, sondern daß wir uns dessen bewußt sind, daß in jener schwierigen Situation, in der wir heute stehen, und auch in Anbetracht der Budgetsituation Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit ein Prinzip sein müssen, das in erster Linie dazu beitragen wird, auch die Beschäftigungsmöglichkeiten ausreichender abzusichern.

Wir meinen, meine Damen und Herren, daß man nicht, wie das der Kollege Schüssel gemacht hat, sagen kann, es gäbe nichts Konkretes in der Regierungserklärung. Es gibt die Ankündigung etwa von 10 000 zusätzlichen Wohnungen. Es ist die Althaus-Milliarden verbindlich erklärt. Es wird ein Umweltschutzfonds eingerichtet. Es wird für die Bergbauern die Zone IV geschaffen. Es

kommt das 3. Bergbauern-Sonderprogramm zur Durchführung. Es sollen Gewerbesteuer und Lohnsummensteuer beseitigt werden, was eine wichtige Maßnahme für die Wirtschaft ist. Und es ist verbindlich zugesagt, daß es eine weitere Milliarde Schilling für die Klein- und Mittelbetriebe geben wird.

Das, meine Damen und Herren, ist der sichtbare Ausdruck auch einer erneuerten Politik und der Einstellung auf neue Prinzipien, mit denen wir die gegenwärtigen Probleme lösen wollen.

Wenn man nun sagt, man hätte gerne über den Machtverzicht etwas gelesen, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, dann muß ich fragen: Wo haben Sie Ihre Position bezogen, wo Sie die Möglichkeit dazu haben, den Machtverzicht zu üben? Freiheitliche haben noch in der Oppositionszeit dieses Gesetz zur Objektivierung begonnen; es ist auch jetzt in der Regierungserklärung ein Bekenntnis zum Weiterschreiten im Bereich des Abbaues der Parteibuchwirtschaft bei der Besetzung öffentlicher Positionen drinnen. Es ist daher die Forderung nicht legitim zu sagen: Weil Sie nicht Machtverzicht propagieren, verlangen wir von Ihnen den Rechnungshofpräsidenten!

Es ist heute Dr. Broesigke falsch zitiert worden. Herr Bundesparteiobmann Dr. Mock! Sie haben gemeint, der Rechnungshofpräsident habe seinerzeit erklärt, daß er bei einer Regierungsbeteiligung der FPÖ von der Rechnungshofspitze zurücktreten werde. Ich darf Ihnen den Wortlaut von Dr. Broesigkes Erklärung mitteilen. Er sagte auf die Frage des Journalisten der „Salzburger Nachrichten“ folgendes:

„Ich will das nicht von vornherein sagen, aber ich neige eher der Ansicht zu, dieses Amt dann nicht auszuüben.“

Es war also eine Option, die er eröffnet hat.

Ich glaube, daß Broesigke in seiner Argumentation auch richtig liegt, wenn er sagt, es geht ja letztlich bei diesem zentralen Rechnungshof darum, zu prüfen: Wer hat den geringsten Anteil an der Vollziehung in dieser Republik auf allen Ebenen, die dem Rechnungshof unterstehen? Ich glaube, daß die Freiheitliche Partei sicherlich jene politische Gruppe ist, die den geringsten Anteil an der Vollziehung, an Regierungstätigkeiten, an öffentlichen Funktionen in Ämtern und Unternehmungen hat. Daraus leitet sich auch

Dr. Haider

der objektive Anspruch für den Rechnungshofpräsidenten ab.

Sicherlich sind im Rahmen dieser Regierungserklärung auch Fragen offengeblieben. Das sollte durchaus auch kritisch angemerkt werden. Es wird darum gehen, jene Versprechungen einzulösen, einfachere Gesetze auch für die Wirtschaft zu schaffen, die wieder überschaubar sind. Die Wirtschaft, die heute zum Nulltarif für den Staat in vielen Bereichen arbeitet, ist überfordert.

Auch hier gleich eine Bitte an den neuen Staatssekretär im Finanzministerium: Wir haben gerade im Grenzlandbereich einen sehr intensiven Touristenexport bei unseren Betrieben, bei Klein- und Mittelbetrieben. Die Kompliziertheit der Abrechnung und der Mehrwertsteuerentlastung dieses Touristenexports hat dazu geführt, daß die Finanzbehörden erster Instanz keine verbindliche und vernünftige Erklärung geben können, wie sich ein Betrieb verhalten soll, um die Mehrwertsteuerfreiheit dieser Touristenexporte zu gewährleisten.

Es ereigneten sich sehr viele Fälle in der letzten Zeit, die dazu geführt haben, daß eben gerade bei diesen Steuerprüfungen hohe Nachzahlungen fällig werden, weil man die vorgenommene Entlastung nach den vorgeschriebenen Formalitäten nicht anerkennt. Ich darf Sie bitten, gerade diese Frage, bei der es um Millionen-Nachzahlungen für Betriebe geht, einer ehebaldigen Klärung zuzuführen.

Auch die Frage der Jugendarbeitslosigkeit, die angesprochen wurde in der Regierungserklärung, wird sicherlich noch weiterer Diskussionen und konzeptiver Überlegungen bedürfen. Wir müssen uns im klaren darüber sein, daß jene Vereinbarung, an der ja auch Sie, Herr Dr. Mock, mitgewirkt haben, nämlich an der vom 17. Juli 1982, bei der es um Lehrstellenförderung und Sofortmaßnahmen im Bereich der Jugendbeschäftigung durch den Vertrag Mock — Kreisky gegangen ist, letztlich doch nicht die Probleme gelöst hat.

Ich meine also daher, daß man nicht nur das bestehende Instrumentarium der Arbeitsmarktpolitik, so wie es in der Regierungserklärung anklingt, wird fortschreiben können, sondern daß man ganz gewiß auch für die Sofortmaßnahmen die eine oder andere jener im Rahmen unserer Programmarbeit bereits vorgestellten Überlegungen wird einbinden müssen.

Es ist aber klar — das begrüße ich auch an

dieser Regierungserklärung —, daß man mit der Frage der Jugendbeschäftigung auch die Frage der Berufschulreform verbunden hat. Meine Damen und Herren! Eines unserer Hauptprobleme mit den arbeitslosen Jugendlichen liegt ja heute darin, daß wir die Undurchlässigkeit des Bildungssystems haben, Einbahngassen für einzelne entstehen, und genau diese Barrieren gilt es abzubauen, um für jene jungen Menschen, die heute Probleme mit der Umschulung, Weiterschulung und dem Umsteigen in andere Berufssparten haben, diese zu beseitigen.

Ich begrüße es aber auch, daß gerade in der neuen SPÖ-FPÖ-Koalition deutlich gemacht wird, daß die Frage der sozialen Sicherheit ein besonderer Schwerpunkt ist. Die soziale Sicherheit, die in wirtschaftlich schwierigen Zeiten besonders schwer sicherzustellen ist, wird nur dann gewährleistet werden können, wenn wirklich jene Reformüberlegungen, die in der Regierungserklärung auch angezogen sind, schrittweise umgesetzt werden. Denn wir wissen, daß da die größten Brocken auch für das Budget liegen, etwa im Bereich der Sozialversicherungsreform, wo wir nicht mehr mit kosmetischen Korrekturen über die Runden kommen werden, sondern wo man sich überlegen muß, auch vom Leistungsrecht her berufsgruppenneutrale Entwicklungen einzuleiten, die jedem, der fleißig war und Beiträge gezahlt hat, auch eine ausreichende Versorgung sichern und die sicherstellen, daß das Problem der Armut, das schrittweise auch bei jenen entsteht, die das Pech haben, in den letzten Jahren beruflich nochmals zu ihrem Nachteil umdisponieren zu müssen, beseitigt wird.

Es ist aber auch klar, daß die Streichung der 30 Schilling Wohnbeihilfe, die als Maßnahme vorgeschlagen worden ist, nicht ohne Zusammenhang mit der Ankündigung geschehen werden darf, daß im Bereich der Wohnbauförderung individuelle und den Familienverhältnissen angepaßte Förderungsmöglichkeiten zu entwickeln sind.

Ich begrüße das außerordentlich, weil ich glaube, daß es notwendig sein wird, im Bereich der Subjektförderung im Wohnwesen sicherzustellen, daß nach Einkommensstärke und Familiengröße auch bei Genossenschafts- und Mietwohnungen oder bei anderen Wohnbereichen den Betroffenen bessere Unterstützungen im Bereich der Beihilfengestaltung gegeben werden, wie das etwa im derzeit geförderten Wohnbau bereits der Fall ist.

Ich möchte aber auch sagen, daß es sicher-

Dr. Haider

lich ein richtiger Schritt war, in der Frage der Familienpolitik einmal eine Lösung mit einer klaren Zuständigkeit ins Auge zu fassen. Ich kann darauf verweisen, daß ich in all den Jahren hier im Hause immer wieder gefordert habe, man möge doch die Angelegenheiten der Familien herausnehmen aus dem Zuständigkeitsbereich in verschiedenen Ministerien, einmal beim Bundeskanzler, das nächste Mal beim Finanzminister. Das hat ja alles nichts gebracht, und die Frau Staatssekretär Karl, die jetzt wohlbestallte Ministerin ist, mußte wirklich wie das Kaninchen vor der Schlange darauf bedacht sein, die Mittel des Familienlastenausgleichsfonds zu verteidigen.

Ich halte es daher für richtig, ein eigenes Familienministerium unter der Voraussetzung zu schaffen, daß man dann auch wirklich die Möglichkeiten für die Familien in diesem Bereich entsprechend besorgt. Ich habe es mit sehr großer Zustimmung aufnehmen können, daß gerade in dieser Regierungserklärung auffallenderweise ein vorrangiges und unzweideutiges Bekenntnis zur Familie festgelegt ist, damit klargestellt ist, in welcher Position sich die Familie aus der Sicht der Regierung befindet.

Ich möchte aber auch sagen, daß eine Ankündigung einer rechtlichen Besserstellung der Gemeinden etwas sehr Wesentliches ist. Ich betrachte das gerade auch aus der Sicht meines Bundeslandes, und ich würde an das Hohe Haus appellieren, sich wirklich auch darüber Gedanken zu machen, wie es denn mit dem Selbstbestimmungsrecht der Gemeindebürger für ihre Gemeinden und für ihre Autonomie bestellt ist.

Wir haben in der geltenden Bundesverfassung zu wenig Möglichkeiten, um dieses Selbstbestimmungsrecht auch wirklich zum Durchbruch zu bringen. Gerade die Gemeindezusammenlegungen der letzten Jahre und fast schon Jahrzehnte haben viele Problembeziehe gebracht, die sich heute als lösungsbedürftig herausstellen.

Wenn es daher der Regierung und dem Hohen Haus gelingt, in dieser Frage eine Änderung des Verfassungskonzeptes zu erreichen, wodurch die Selbstbestimmungsmöglichkeit der Gemeindebürger verankert werden könnte, dann wäre das ein wirksamer Schritt, um auch die Probleme im Bereich der Gemeindestruktur dem Willen der Bevölkerung besser anzupassen.

Letztlich noch ein Gedanke zu dem Bekenntnis einer Fortsetzung des Dialogs mit

den ethnischen Minderheiten. Aus der Sicht eines Vertreters des Bundeslandes Kärnten, wo wir mit dieser Frage konfrontiert sind, darf ich doch auch an die Regierung den Appell richten, sich darüber im klaren zu sein, daß es nicht nur darum geht, den Dialog zu führen und fortzusetzen, sondern daß es auch darum geht, den Dialogpartnern auf der Seite der Minderheit klarzumachen, daß man erwarten würde, daß einmal ein erster Schritt der Anerkennung von gültigen Gesetzen im Sinne der Vollziehung der Volksgruppengesetzgebung notwendig ist und daß es nicht vorstellbar erscheint, durch eine Hinhaltetaktik und weitere Vorleistungen in diesem Bereich letztlich die gegebene Gesetzeslage, die wir einstimmig und einhellig — alle drei Parteien hier im Hohen Haus — seit dem Jahre 1976 besorgen, zu umgehen. Auch über diese Problematik muß sich die neue Bundesregierung im klaren sein, einschließlich der damit verbundenen Problematik der Schulen und der Schulausbildung im gemischtsprachigen Bereich, die man sicherlich nicht nur im Wege des Dialogs wird lösen können.

Wenn nun am Schluß der Regierungserklärung der Bundeskanzler gemeint hat, wir brauchen Ideale, dann ist das auch der Versuch einer Neuorientierung der Politik im Wertverständnis. Es wird sicherlich nicht einfach sein, bei all den Problemen, die es zu lösen gilt, die idealistische Grundkonzeption sofort zum Durchbruch zu bringen. Ich glaube, daß die Regierung gut beraten ist, in der Frage des Privilegienabbaues als einer der ersten Maßnahmen etwas zu tun.

Ich möchte aber darauf hinweisen, daß gerade jene Fragen, die am meisten emotional diskutiert worden sind, auch am solidesten gelöst werden sollen. Wenn es Verhandlungen hier im Haus zwischen allen drei Parteien gibt, dann sollte vor allem die Frage des arbeitslosen Einkommens einer optimalen Lösung zugeführt werden, weil ich glaube, daß dafür bei der Bevölkerung das geringste Verständnis besteht, zumal zu viele klare Deklarationen von allen politischen Parteien dieses Hauses vor der Wahl in Prospekten, in Erklärungen, in verbindlichen Aussagen gemacht worden sind.

Mit diesem Schritt würde sicherlich ein Beitrag geleistet, mehr Vertrauen auch gegenüber dem Parlament, den politischen Parteien und der Regierung zu bilden. Ich glaube, daß wir auch als Politiker eine gewisse Vorbildfunktion haben. Wenn wir dem Bürger zumuten, im steuerlichen Bereich Einsicht zu zei-

Dr. Haider

gen, dann muß man hier mit Beispiel entsprechend vorangehen können.

Diese Glaubwürdigkeit kann sicherlich nur schrittweise aufgebaut werden, meine Damen und Herren. Aber die Glaubwürdigkeit wird auch daran gemessen werden, daß wir im Parlament auch innerhalb der Regierungsfraktionen die Kritikfähigkeit erhalten. Eine Kritikfähigkeit ist ein wichtiger Motor, um zu richtigen Entscheidungen zu kommen. Es kann also nicht so sein, daß die Debatte über den richtigen Lösungsweg schlußendlich innerhalb der Regierungsfraktionen beendet sein kann.

Es ist gerade für die neuen und jüngeren Abgeordneten wichtig, daß es das gibt, um nicht jene Entwicklung einzuleiten, vor der Dr. Mock heute gewarnt hat, wenn er meinte, es gibt ohnedies schon zu viele junge Menschen, die sagen: Weg mit diesem System!

Ich glaube nicht, daß es viele junge Menschen sind, die sagen, weg mit diesem System. Aber wir laufen Gefahr, wenn wir die ernsthafte parlamentarische Diskussion und auch die kritische interne Auseinandersetzung innerhalb der Parteien zu leicht nehmen, daß man uns nichts mehr glaubt. Und das sollte man als Maßstab auch für die zukünftige Auseinandersetzung um die besten Wege dieser Regierung für Österreich nehmen.

Da es nun vorläufig meine letzte Rede hier im Parlament ist, weil ich eine neue Aufgabe erhalten werde, möchte ich mich abschließend bei allen Kollegen im Hohen Hause herzlich bedanken für das kollegiale Zusammenwirken. Es war vielleicht nicht immer ganz reibungsfrei gestaltet, aber ich glaube, es war vom Geiste des gemeinsamen Bemühens um optimale Lösungen für die Menschen, die das von uns erwarten, gekennzeichnet.

Ich möchte auch dem Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung, dem ich vier Jahre mehr oder weniger Freude oder nicht Freude gemacht habe, alles Gute für die weitere Arbeit wünschen. Es wartet eine Menge an Reformaufgaben auf Sie, und ich werde mir gestatten, sozusagen aus einer etwas entfernen Sicht dann und wann mit meiner Fraktion jene Überlegungen mitzuformulieren, die notwendig sind, damit das Bekenntnis zur sozialen Sicherheit auch aus der Sicht der freiheitlichen Fraktion von konkreten Ideen und Reformschritten begleitet wird.

Ich danke Ihnen allen für die bewiesene Zusammenarbeit der letzten Jahre. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.) 15.58

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Neisser.

15.58

Abgeordneter Dr. Neisser (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aus der Statistik einer Wochenzeitung geht hervor, daß der Abgeordnete Dr. Jörg Haider zu den eifrigsten Rednern in diesem Parlament gehörte; ich muß jetzt wohl die Mitvergangenheit wählen. Ich habe ihn aber nie in jener Milde und Abgeklärtheit kennengelernt wie heute, als er, wie er es selbst bezeichnete, seine Abschiedsrede deponierte.

Herr Dr. Haider, ich weiß nicht: Ist es die Wehmut zu Wien oder die Sehnsucht nach Kärnten? Wir haben auf alle Fälle mit Interesse vermerkt, daß Sie trotz der 330 km Distanz zwischen Klagenfurt und Wien hier auch noch in der FPÖ kräftig für Linie sorgen wollen.

Meine Damen und Herren! Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich mich allerdings nicht jener Ausgeglichenheit und Milde befleißigen kann, die mein Vorredner heute an den Tag gelegt hat. Gestatten Sie, daß ich am Ende dieser Diskussion um die Regierungserklärung am Beginn mit einer Legendenbildung aufräume, die sich in der Diskussion der letzten beiden Tage deutlich gezeigt hat.

Legende Nummer 1: Die blau-rote Koalition entspringt nicht, wie es die Regierungserklärung behauptet, der Logik des Wahlresultates, sondern die blau-rote Koalition ist das Ergebnis einer langen strategischen Planung der Zusammenarbeit zwischen SPÖ und FPÖ auf Regierungsebene. Sie ist das Ergebnis eines Prozesses, der im Jahre 1970 begonnen hat, als die heutigen Regierungsparteien eine Wahlrechtsreform beschlossen haben, die eine Vorleistung und, wie die spätere Entwicklung gezeigt hat, gleichzeitig auch die Bindung, offensichtlich die ewige Bindung zwischen diesen beiden Regierungsparteien war.

Meine Damen und Herren! Diese enge Verbindung wurde fortgesetzt im Jahre 1975, als es eine sehr klare Stellungnahme des Nach-Parteicheefs Dr. Kreisky in der Auseinandersetzung zwischen Peter und Wiesenthal gab, und diese Diskussion wurde fortgesetzt vor allem auch im Wahlkampf.

Dr. Neisser

Wenn man den Wahlkampf mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt hat, so hat man nicht nur aus Zwischen tönen, sondern schon aus sehr deutlichen Tönen gehört, wie der künftige Weg aussehen wird.

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, das nur noch an einigen Beispielen zu illustrieren. Der frühere Bundeskanzler Dr. Kreisky hat am 4. April 1983 in der deutschen Wochenzeitschrift „Der Spiegel“ ein Interview gegeben und dort auf die Frage, ob man nicht auch die ÖVP in eine etwaige Regierungsbeteiligung mit einbeziehen könnte, die Antwort gegeben, nein, das werde er nicht tun, denn er glaube nicht, daß man der ÖVP sieben Ministerien geben soll, „nur weil uns ein einziges Mandat fehlt“.

Meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, in der Zwischenzeit fehlen Ihnen zwei Mandate. Aber warum zitiere ich diese Stelle? Sie bringt einfach die strategische Überlegung der Sozialistischen Partei zum Ausdruck, daß die rot-blaue Präferenz für Sie deshalb gegeben ist, weil es die billigste — nicht finanziell, aber politisch die billigste — Variante ist. Daher war das schon einmal eine ganz klare Determinante.

Es ist aber auch von der freiheitlichen Seite klar signalisiert worden, wo die Präferenzen sind.

Ich weiß nicht, ob Sie das wissen: Das erste Koalitionsgespräch fand ja schon lange vor dem 24. April 1983 statt, nämlich am 25. März 1983 bei einer Fernsehdiskussion zwischen Dr. Kreisky und Dr. Steger. Wer diese Diskussion verfolgt hat, mußte den Eindruck gewinnen, das sei ein Koalitionsgespräch, wo der heutige Vizekanzler sub misst mit dem früheren Bundeskanzler Informationen austauschen durfte. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Dr. Steger hat ja auch nie einen Zweifel gelassen, wo für ihn die Präferenz lange vor dem 24. April 1983 lag. Das Interview in den „Salzburger Nachrichten“ vom 7. Jänner 1983 ist fast berühmt geworden, wo Dr. Steger wortwörtlich gesagt hat: „Jedenfalls sind wir zu ernsthaften Gesprächen bereit, daß er“ — gemeint Kreisky — „allenfalls auch bei Verlust einer Mehrheit Bundeskanzler bleiben sollte.“ Allerdings natürlich nur, wenn auch die Politik anders ist. In der Zwischenzeit ist Kreisky nicht Bundeskanzler geblieben, es ist Sinowatz gekommen, aber es war doch hier völlig klar schon die Absicht erkennbar: Wesentliches Ziel der Freiheitlichen Partei ist es, die Sozialistische Partei an der Regierung

zu erhalten. (*Abg. Probst: Wolltet ihr nicht auch in die Regierung?*)

Lieber Freund Probst, daß das in der eigenen Partei nicht so klar war, stimmt völlig. Denn einen Tag nach diesem Interview in den „Salzburger Nachrichten“ mit Dr. Steger hat sich nämlich Dr. Jörg Haider, der vorhin seine vorläufige Abschiedsrede gehalten hat, im ORF zu Wort gemeldet und wortwörtlich folgendes gesagt — ich zitiere —:

„Ich bin nicht bereit, in einer Partei zu kandidieren, die nur eine Blinddarmfunktion von ÖVP und SPÖ ist. Wir sollen schauen, eine gute Opposition zu sein.“

Das war damals der Stand von Dr. Haider. Irgendwie verstehe ich natürlich seine Rückkehrentscheidung nach Kärnten, denn ich glaube auch, daß es für ihn angenehmer ist, im Land Kärnten sozusagen eine Zwölffingerdarmfunktion zu haben, als hier in der Bundeshauptstadt Wien nur Blinddarm zu sein. (*Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Wir sollen heute bei dieser Debatte den Österreichern und Österreichern nicht Sand in die Augen streuen. Diese Regierung war sicher ein Mysterienspiel und ein Mysterienspiel, so wurde es einmal bezeichnet. Das Mysterium war allerdings nicht die Frage, wer mit wem koaliert — das war schon lange klar —, sondern nur, wer auf welchen Platz kommt.

Es ist gar keine Frage, daß die Architekten dieser heutigen Koalition Kreisky und Peter heißen und daß die Baumeister — vielleicht haben sie auch nur die Funktion von Baupolieren; soweit kenne ich die innere Entscheidungsgewalt nicht — Sinowatz und Steger heißen.

Legende Nummer 2: Regierungsfunktionen werden nicht primär unter dem Gesichtspunkt der sachlichen Qualifikation gegeben, sondern primär aus politisch-taktischen Überlegungen.

Meine Damen und Herren! Ich bin nicht so naiv zu glauben — und das war in der österreichischen Geschichte der Zweiten Republik nie der Fall —, daß man von vornherein genau überlegt hat, wer ist der beste Ressortminister, und dann hat man die Personalentscheidung getroffen. Jeder weiß, daß bei einer Regierungsbildung natürlich eine parteipolitische Raison besteht. Nur: So deutlich wie bei dieser Regierung, daß es eigentlich externe

Dr. Neisser

Faktoren gibt, die hier mitbestimmen, ist das noch nie geworden.

Wenn ich etwa daran denke: Was waren die Vorgaben für die Sozialistische Partei? Sino-watz hat mit einer gewissen Berechtigung gesagt — ich verstehe schon, zwei starke Politiker muß man unter den Fittichen haben —, Fischer und Blecha müssen in die Regierung kommen.

Ich möchte eines völlig klarstellen, wenn ich diese beiden Namen nenne: Dr. Fischer, Sie sind sicher jemand, dem ich die politische Qualifikation zutraue, das Ressort zu führen, das Sie jetzt bekommen haben, und der Herr Bundesminister Blecha weiß, daß wir trotz verschiedener politischer Standpunkte doch auch eine persönliche Wertschätzung haben.

Ich frage nur: Was war die strategische Überlegung? Es müssen aus parteipolitischen taktischen Gesichtspunkten zwei Leute unbedingt in die Regierung. Als die nun drinnen waren, stellte sich heraus, daß ein weiteres wesentliches Postulat der Partei, nämlich daß eine Frau Bundesminister sein sollte, nicht erfüllt werden kann. Also lautete die nächste Überlegung: Flugs, wir brauchen eine Frau! Die vorhandenen Ministerien sind schon vergeben, daher gründen wir ein neues, daher schaffen wir ein Familienministerium.

Meine Damen und Herren von der Regierungsmehrheit, das ist das Problem. Ich könnte in einer politischen Strategie durchaus die Berechtigung vertreten, zu sagen: Für mich ist Familienpolitik eine Priorität, ich schaffe dafür ein eigenes Ministerium. Aber was uns stört: Daß Sie jetzt, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, nach 13jähriger Alleinregierung plötzlich draufkommen, daß Sie der Familie Priorität geben und ein eigenes Ministerium gründen müssen. Sehen Sie, das kauft Ihnen niemand ab! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Frau Bundesminister Karl, mir tut es leid, ich möchte jetzt nicht den Anschein erwecken, daß ich Sie persönlich diskriminieren möchte. Im Gegenteil, ich sage Ihnen ganz offen, ich schätze an Ihrer Persönlichkeit eine gewisse Zurückhaltung und Bescheidenheit, die nicht bei allen Politikern in diesem Hause feststellbar ist. Aber Ihr Problem ist: Sie sind halt immer sozusagen ein Findelkind gewesen, das man herumgeschoben hat.

Ich kann mich noch erinnern: Als Sie Staatssekretärin im Bundeskanzleramt waren und ins Finanzministerium übersie-

deln mußten, haben wir eine Novelle zum Ministeriengesetz beschlossen. Das war ein reines Gesetz der Arbeitsbeschaffung für Sie. Und jetzt wird wieder eine Novelle zu dem Ministeriengesetz folgen, mit der das Familienministerium geschaffen wird, dem Sie ja schon mit einer inneren Reserve und eher mit Skepsis gegenüberstehen.

Meine Kollegin Hubinek hat heute bereits das Presseinterview in einem anderen Zusammenhang zitiert. Da haben Sie ja selbst gemeint, wie die Kompetenzen ausschauen sollen, das wissen Sie selbst nicht. Aber was ihr großer Erfolg ist: Als nun stimmberechtigtes Mitglied des Ministerrates kann sie jetzt immerhin ihr Veto geltend machen, sollten Gesetze vorgelegt werden, die die Familien in irgendeiner Art und Weise tangieren.

Und dann hat sie wörtlich gesagt: „Als Staatssekretär habe ich mit den Ministern reden müssen, wenn ich etwas wollte. Jetzt muß man mit mir reden.“ — Meine Damen und Herren! Um solche neuen Formen der Kontaktaufnahme herbeizuführen, brauchen wir aber kein eigenes Ministerium. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Noch etwas anderes in diesem Zusammenhang. Diese Regierung besteht aus Ministern und aus acht Staatssekretären. Ich hätte doch erwartet, daß vor allem der Vizekanzler Dr. Steger in der Frage der Staatssekretäre ein etwas kritisches Maß anlegt.

Herr Dr. Steger, ich verstehe schon, das ist aus der politischen Konstellation heraus verständlich, daß Sie wollen, daß der Murer auf den Haiden aufpaßt, daß der Bauer auf den Salcher aufpaßt und daß der Schmidt auf den Steger aufpaßt. (*Abg. Dr. Zittmayr: Das hat er sicher nicht wollen!*) Das wären aber drei Staatssekretäre. Welche sachliche Rechtfertigung finden Sie für die weiteren fünf?

Als ich mir diese Frage gestellt habe, habe ich noch einmal durchgelesen, was Sie, damals noch als Oppositionsabgeordneter, im Jahre 1981 gesagt haben, als ein neunter Staatssekretär in die Regierung berufen worden ist. Sie haben wortwörtlich gesagt: „Doch selbst wenn sich herausstellt, daß man in einem Ministerium einen Experten als Staatssekretär braucht, so wird man diese echte fachliche Notwendigkeit mit Sicherheit einigen anderen Staatssekretären nicht bescheinigen können“ — das ist ja sehr deutlich — „und man wird nicht davon ausgehen können, daß auch deren Unabkömmlichkeit im Amte gegeben sei. Es hätte daher nach freiheitli-

Dr. Neisser

cher Auffassung die Tatsache, daß zu acht Staatssekretären jetzt ein neunter ernannt wurde, mit Sicherheit bedeuten müssen, daß man nachgedacht hätte, ob alle anderen acht in gleicher Form notwendig sind.“ (Vizekanzler Dr. Steger: *Jetzt haben wir nachgedacht!*) Ja, nachgedacht haben Sie, aber herausgekommen ist dabei nichts, bitte! (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Ich glaube aber, wir sollten diese Diskussion führen — bei Beachtung aller persönlichen Fairneß —, nicht ohne die Frage auch der persönlichen Qualifikation auszuklammern.

Sehen Sie, Herr Vizekanzler Dr. Steger, ich muß Sie jetzt als Handelsminister apostrophieren. Sie sind sicher der erste Handelsminister in der Zweiten Republik, der ohne jede wirtschaftspolitische Vorerfahrung dieses Ressort übernimmt. (Vizekanzler Dr. Steger: *Na!*) Das ist ein Faktum, bitte. Keiner Ihrer Vorgänger war von der Wirtschaftspolitik so unbelastet, wie Sie es sind. Nicht flüstern. Ich muß Ihnen ganz offen sagen: Ich vertraue auf Ihre Lernfähigkeit. Ich wünsche mir, daß Sie möglichst bald ein guter Ressortminister werden, vor allem im Interesse der österreichischen Wirtschaftspolitik und der österreichischen Wirtschaft, für die Sie ja die Rahmenbedingungen mit zu formulieren haben. Da vertraue ich auf Sie.

Was mich allerdings etwas skeptischer macht, Herr Vizekanzler Dr. Steger, ist: Wenn ich mir durchschau, was so in den letzten Wochen von Ihnen im Blätterwald der österreichischen Zeitungen geäußert worden ist, so stimmt mich das nachdenklich, nicht deshalb, weil Sie Abgeordneter der Freiheitlichen Partei sind, sondern weil Sie diese Äußerungen gemacht haben in einer Zeit, wo klar war, daß Sie Vizekanzler dieser Republik sind. Und ich muß Ihnen sagen: Wenn man sich diese Äußerungen durchliest, dann hat man so eine Mischung von fast unglaublichem Staunen und Schmunzeln, aber auch von einer großen Nachdenklichkeit. Darf ich Ihnen das nur an drei belegbaren Beispielen vorhalten.

Herr Dr. Steger! Sie haben am 19. Mai 1983 in der „Presse“ ein Interview gegeben, das zunächst einmal aufhorchen ließ, weil da der Satz drinnenstand: „Ich bin“ — in Klammern — „(nach Sinowatz) der am meisten unterschätzte Politiker.“

Ich möchte jetzt den Herrn Bundeskanzler fragen, ob er weiß und ob er auch der Meinung ist, daß er ein unterschätzter Politiker

ist. Der Herr Dr. Steger hat das auf alle Fälle von Ihnen behauptet.

Wobei ich gleich sagen muß, Herr Dr. Steger: Ich glaube, es ist nicht das Problem, daß die anderen Sie unterschätzen, sondern daß Sie sich überschätzen. Dafür werde ich dann auch den Beweis liefern. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber in dem besagten Interview kommt dann ein Stil zutage — das muß ich Ihnen offen sagen —, der Unbehagen hervorruft. Sie sagen da, angesprochen auf Ihre Funktion als Finanzminister, sozusagen auf die neue Wirtschaftspolitik: „Wenn das gelingt, wird es für den Mittelstand gute Jahre geben, wenn es nicht gelingt, wird es schwer werden.“ (Vizekanzler Dr. Steger: *Herr Kollege, ich bin aber nicht Finanzminister!*)

Herr Dr. Steger! Ich sage Ihnen folgendes: Dieser Stil, zu versprechen, aber wenn nicht pariert wird, zu drohen, dann wird es anders werden, das ist ein unguter Anfang für jemand, der als Handelsminister noch keine wirtschaftspolitische Erfahrung hat. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber das, was mich an dem Interview jetzt nicht kaltlassen kann, sondern geradezu aufregt, ist folgende Passage — sie ist Ihnen heute bereits zweimal vorgehalten worden —: „Faschistoid aber nannte Steger in dem Gespräch alle jene Kritiker des Koalitionsabkommens mit der SPÖ, die meinten, die FPÖ sei in so wichtigen Sachpunkten wie Sparbuchsteuer und Konferenzzentrum von ihrem Wahlkampfversprechen abgegangen.“ Steger — wörtlich —: „Es war ein Kompromiß, und wer einen Kompromiß als Umfaller bezeichnet, ist faschistoid.“

Herr Vizekanzler! Ich möchte Sie jetzt wirklich in aller Förmlichkeit ersuchen: Seien Sie beim Gebrauch dieser Worte etwas vorsichtiger! Ich schreibe diesen Ihren „Ausrutscher“ Ihrer doch, wie mir scheint, zu geringen politischen Erfahrung zu, denn, meine Damen und Herren in diesem Haus, Sie wissen es alle: Jeder von uns hat einmal dem anderen den Vorwurf des Umfallens gemacht, aber keiner der Adressaten dieses Vorwurfs wäre auf die Idee gekommen, denjenigen als faschistoid zu bezeichnen.

Ich muß Ihnen sagen: Das ist für mich nicht nur der Ausdruck einer postpubertären Plauderhaftigkeit, sondern das ist für mich Ausdruck einer bestimmten Gesinnung, von der ich hoffe, daß Sie sie nicht haben, Herr

Dr. Neisser

Vizekanzler — und Sie haben heute hier die Gelegenheit, sich von dieser Aussage zu distanzieren. (*Beifall bei der ÖVP.*) Ich ersuche Sie, tun Sie es.

Dieses Interview war kein Einzelfall, und deshalb bringe ich es hier, denn hier bahnt sich eine Kette an, die uns alle zum Nachdenken anregen sollte.

In der letzten Nummer des „*basta*“, die vor kurzem erschienen ist, hat sich Herr Vizekanzler Dr. Steger auch interviewen lassen. Er hat Äußerungen gemacht, die ihn eher als „*Witze*“-Kanzler qualifiziert hätten. So hat er beispielsweise folgendes gesagt:

„Kreisky hat ein Muhammed-Ali-Schicksal erlitten. Beide sind groß geworden mit dem Ali-Shuffle: Immer wegtänzeln, bevor der andere zum Schlag ansetzt. Alt geworden erinnert man sich plötzlich daran, eigentlich der Größte zu sein, und bleibt stehen.“ Und dann kommt der kleine Steger, pickt hinein, Kreisky krümmt sich, und der Steger tänzelt weg und schreit: Ich war's nicht!

Meine Damen und Herren in diesem Hause, egal von welcher Fraktion: Glauben Sie wirklich, daß der neue Stil des Steger-Shuffle der Stil eines Vizekanzlers ist? Herr Dr. Steger, herumtänzeln, wegducken und dann schreien „Ich war's nicht!“, mit Verlaub gesagt: Für einen Vizekanzler dieser Republik ist mir das zuwenig! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber in diesem Interview haben Sie auch noch etwas anderes gesagt, und zwar: „Erst jetzt wird Demokratie wirklich möglich“, sagte Steger, „weil es immer das Risiko des Machtwechsels geben wird, obwohl ich ihn nicht plane.“

Meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, das nur zu Ihrer Information, damit Sie wissen, wen Sie als Partner haben.

Herr Dr. Steger! Eine dritte Feststellung — sie ist jüngsten Datums — Ihrer Äußerungs-freudigkeit. Am 30. Mai haben Sie den „*Salzburger Nachrichten*“ ein Interview gegeben. Dieses Interview hat sich vor allem auch um die Frage gedreht: Was kann Ihr Staatssekretär Dr. Schmidt im Ministerium alles neben Ihnen tun? Ich erinnere mich da an eine „*Politik am Freitag mit Zehn vor zehn*“-Sendung, wo Dr. Schmidt sehr klar zum Ausdruck gebracht hat, wie er sich seine Rolle als Staatssekretär — die natürlich politisch weit über das hinausgeht, was ihm das Gehilfendasein der Verfassung vorschreibt — vorstellt.

Nun, der Konter kam etwas später, er kam in Form des vorhin erwähnten Interviews, wo Sie, Herr Vizekanzler, so quasi gesagt haben, es gäbe volle Information und Mitwirkungsmöglichkeit für Dr. Schmidt. Steger weiters: „Vor allem habe ich ihn jetzt gebeten, die Auslandsreisen wahrzunehmen.“

Bitte, ist diese Vorgangsweise richtig? Haben Sie sich jetzt einen Reisestaatssekretär genommen? (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Dazu möchte ich gleich eines sagen: Bitte, bei aller politischen Differenz zu Dr. Erich Schmidt, aber dazu wäre er zu schade!

Daß er dazu zu schade ist, sind Sie sich übrigens auch im klaren, denn Sie haben dann auf die Frage „Was haben Sie Dr. Schmidt überhaupt zugeordnet?“ geantwortet: „Ich habe ihm gesagt, er soll sich informieren. Man muß sich einmal orientieren, auch wenn man gescheit ist, und das ist er — mindestens so wie ich —, woraus Sie schon ersehen, welch hohe Meinung ich von ihm habe.“ (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.*)

Der Herr Staatssekretär Dr. Schmidt ist leider nicht da. (*Vizekanzler Dr. Steger: Herr Kollege Neisser! Er ist bei einer EFTA-Tagung!*) Aha!, er reist schon — das ist gut. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Es wird ja üblich, daß wir uns in diesem Haus auch per Lautsprecher verständigen. Bitte, ich möchte dem Dr. Schmidt — ich werde es dann auch noch persönlich tun — die Frage stellen: Wie sieht er das? Fühlt er sich geschmeichelt, daß er mindestens so gescheit ist wie Dr. Steger, oder bringt das bei ihm gewisse psychoanalytische Probleme? Das wäre meine Frage an ihn. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Also, ich bin weder Staatssekretär noch Minister, Herr Kollege. Mit Ihrem Niveau nehme ich es auf. Bitte, entschuldigen Sie, fassen Sie das nicht als Unbescheidenheit auf. (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.*)

Sehen Sie, Herr Dr. Steger, es hat ja eigentlich niemand daran gezweifelt, daß Sie ein gesundes politisches Selbstbewußtsein haben. Ich aber denke daran, was der Herr Bundeskanzler gestern in seiner Regierungserklärung gesagt hat — und ich habe aufgehörcht an dieser Stelle —: „Die Lösung der Aufgaben ist nur dann möglich, wenn wir auch mit Demut vor der Größe dieser Aufgaben ans Werk gehen.“

Das war eine Aussage, die mich an sich fasziniert hat. Nur, Herr Vizekanzler Dr. Steger: Ich glaube, bei der Abfassung dieser Passage in der Regierungserklärung müssen Sie

Dr. Neisser

gerade draußen gewesen sein. Denn von Demut sind Sie bisher nicht geplagt gewesen. (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Ich möchte aber diese Frage der persönlichen Qualität auch in einer anderen Richtung stellen: Ist es wirklich ein Ruhmesblatt für diese Republik, wenn wir einen Justizminister haben, der vor kurzem vor Gericht eine Beugestrafte erhalten hat, der von 24 Politikern wegen einer Behauptung geklagt worden ist, die er bis heute nicht zurückgenommen hat? — Das ist die Frage. Ist das also ein Positivum in der Visitenkarte? (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Herr Kollege Kabas! Regen Sie sich nicht auf! Wissen Sie, was mich an Dr. Ofner schon wieder fasziniert? Nämlich, wie großartig er schon wieder beginnt, die Kurve zu nehmen. Wenn man die Abschiedszeremonie im Justizministerium und den großen Kniefall vor Dr. Broda gesehen hat, dann hat man ein bissel große Augen gekriegt, denn es ist ja jedem von uns in diesem Hause klar, daß es ideologisch wahrscheinlich keinen größeren Unterschied gibt als zwischen Broda und Ofner. Es war doch gerade Broda jener Mann, den Ihr jetziger Vizekanzler seinerzeit als „Staatsfeind“ bezeichnet hat. Ich will, meine Damen und Herren, gar nicht davon reden, daß uns wahrscheinlich auch vom derzeitigen Justizminister ideologisch Welten trennen. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Wenn Sie solche Zwischenrufe machen, Herr Kollege, möchte ich Ihnen eine Frage stellen. Der Justizminister ist jener Mann, der vor Jahren in einem Interview mit der „Tiroler Tageszeitung“ gesagt hat: Einer österreichischen Nation fühle ich mich nicht verpflichtet, ich betrachte mich als österreichischer Deutscher. Haben Sie sich das schon einmal überlegt: die österreichische Nation. Sind Sie auch dieser Meinung? Das steht wortwörtlich da. Ich sage Ihnen das nur, damit Sie wissen, wer Ihr Partner ist, was Sie selbst über Ihren Partner in diesem Zusammenhang denken müßten, welches Urteil die SPÖ über Dr. Ofner hat.

Da ist vor einigen Jahren eine Broschüre herausgekommen von einem gewissen Wolfgang Neugebauer: „Gefahr von rechts“. Das Auffallende an der Broschüre sind zwei Dinge. Erstens: Der Herausgeber ist das Dr. Karl Renner-Institut, eine autorisierte Institution für politische Bildung, vom Staat finanziert. Interessant: Die redaktionelle Gestaltung dieses Heftes hatte A. K. Konecny, den

wir heute als Neuabgeordneten bezeichnen können, inne.

Das zweite Bemerkenswerte an dieser Broschüre war folgendes: Es gab einen Beschlagnahmebefehl, und die Abgeordneten Marsch und Blecha haben in einer schriftlichen Anfrage im Jahre 1980 diese Broschüre immunisiert. Das heißt, daß sie sich sehr stark damit identifiziert haben: mit ihrem Verhalten hier im Parlament, mit ihrer Herausgeberschaft und auch mit der redaktionellen Gestaltung.

Herr Vizekanzler Dr. Steger! Ich empfehle Ihnen diese Broschüre zum Nachlesen, denn dann werden Sie vielleicht die semantische Differenz etwas erkennen. Da steht beispielsweise drinnen: Als wesentliche Elemente neofaschistischer Ideologie und Propaganda, wie sie in verschiedenen Formen in den einschlägigen Organisationen und Organen zum Ausdruck kommen, sind anzusehen — denken Sie nach, was ich jetzt über Ofner vorgelesen habe —: Bekenntnis zum Deutschtum, zum deutschen Volk, zur deutschen Kultur- und Schicksalsgemeinschaft und ähnlichem und damit verbunden Ablehnung der österreichischen Nation und der Eigenstaatlichkeit Österreichs. Das ist ein Element neofaschistischer Ideologie nach Auffassung des Dr.-Karl-Renner-Instituts, einer doch repräsentativen Einrichtung der Sozialistischen Partei.

Herr Neoabgeordneter Konecny! Wie fühlen Sie sich hier in dieser Gesellschaft heute? (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Konecny.*)

Es steht aber noch etwas anderes drinnen, was ich Ihnen auch nicht vorenthalten möchte, es ist die Rolle . . . (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Ich informiere Sie ja nur, ich sage es Ihnen gleich, Sie sollen nichts verdrängen, denn Freud hat schon nachgewiesen, daß Verdrängungen schädlich sind; meine Information ist sozusagen ein psychohygienisches Offert an Sie, meine Damen und Herren. (*Heiterkeit.*)

Da steht noch etwas anderes drinnen zur Rolle der Freiheitlichen Partei Österreichs: Liberale Ideen und Kräfte können in der ÖVP nur schwer ausgemacht werden. (*Heiterkeit und Zustimmung bei der SPÖ.*) Nein, nein, können in der FPÖ nur schwer ausgemacht werden.

„Der Salzburger Politologe und FPÖ-Jungabgeordnete Dr. Friedhelm Frischenschlager“ — nunmehriger Verteidigungsminister —

Dr. Neisser

„muß in einem Artikel über die FPÖ-Programme einräumen, daß in keinem FPÖ-Programm das Wort ‚liberal‘ vorkommt und daß die FPÖ nicht unter die liberalen Parteien eingereiht wird.“ Wenn Sie wissen wollen, wo das steht: „Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaften“ II aus 1978, ebenso aus dieser Broschüre. (*Rufe bei der FPÖ: Falsches Zitat!*) Meine Herren! Ich dokumentiere, ich unterstelle nicht, das alles ist dokumentarisch nachgewiesen. (*Abg. Dipl.-Vw. Josseck: Heinrich, mir graut vor dir! — Heiterkeit.*) Ihnen graut vor mir? — Herr Abgeordneter Josseck, mir eigentlich gar nicht vor Ihnen, denn jetzt wollte ich gerade etwas Nettes zu Ihnen sagen. (*Neuerliche Heiterkeit. — Vizekanzler Dr. Steger: Das war ein Fehlzitat!*) Das war kein Fehlzitat. Ihr dementiert dauernd, aber es wird nicht anders.

Der dritte Minister in Ihrem Bunde ist Dr. Frischenschlager. Ich traue ihm persönlich ein hohes Maß an Lernfähigkeit zu. Es war für mich ein bißchen überraschend, Herr Kollege Josseck, daß Sie nicht Verteidigungsminister geworden sind. (*Abg. Graf: Für ihn auch! — Heiterkeit.*)

Herr Kollege Josseck! Wir haben doch sachliche Gegensätze auch gehabt, haben jahrelang zusammengearbeitet, das weiß ich aus meiner Vergangenheit als Wehrsprecher, und zwar gearbeitet an dieser zukunftsorientierten Konzeption der österreichischen Landesverteidigung. Ich habe eigentlich nie den Eindruck gehabt, daß Sie sozusagen ein Kriegsminister sind, sondern Sie waren sehr friedlich und waren auch für uns immer ein Friedensminister. Gerade dieser Wechsel, diese unerwartete Besetzung ruft in mir die Frage auf, da die Sicherheitspolitik eigentlich immer eine klare Position der FPÖ war: Bleibt sie das weiter wie bisher?

Herr Kollege Josseck! Vielleicht könnten Sie im Laufe der Debatte, wenn Sie noch da sind, darauf eine Antwort geben, ich meine später einmal, bei der Budgetdebatte etwa, das wäre nicht uninteressant.

Meine Damen und Herren! Zur dritten Legendenbildung: Was bedeutet diese Koalition? Ich muß Dr. Haider doch den Abschied vergällen und ihm widersprechen, wenn er gemeint hat: Das, was wir heute haben, 102 Mandate Mehrheit und eine starke Opposition mit 81 Mandaten, das ist eigentlich das, was die Verfassung gewollt hat.

Herr Dr. Haider! Ich messe Ihnen hohe fachliche Kompetenz zu, Sie waren jahrelang

Assistent des öffentlichen Rechts bei einem von uns beiden sehr geschätzten Lehrer, Sie wissen genauso wie ich: Die Verfassung legitimiert jedes System, das die parlamentarische Mehrheit hat, auch das von 93 Abgeordneten. Wenn Sie meinen, daß die Breite der parlamentarischen Mehrheit ein verfassungsmäßig gewolltes Argument ist, dann müssen Sie eigentlich der Meinung sein, daß die große Koalition das Beste wäre, was die Verfassung will. (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.*)

Ich habe auch nicht ganz Ihre Empfindlichkeit verstanden, wie Sie sich heute hergestellt und gesagt haben: Gott sei Dank, jetzt ist die FPÖ nicht mehr die Partei der Bürger zweiter Klasse und der Parias. Entschuldigen Sie, ich habe da einen natürlichen und vernünftigen Zugang. Für mich war eine Partei, die in diesem Hause in der Zweiten Republik vertreten war und jetzt noch vertreten ist, nie eine Partei, die Parias vertritt. Von uns hat keiner die Auffassung vertreten, daß die Wähler, die Sie wählen, Bürger zweiter Klasse sind.

Ich verstehe eine gewisse Empfindlichkeit, die klar ist, meine Damen und Herren, denn das, was heute als Regierung präsentiert wird, ist in Wahrheit eine sozialistische Koalitionsregierung, eine sozialistische Regierung mit einer gewissen freiheitlichen Garnierung, wenn Sie so wollen, eine rote Regierung mit blauen Sprengeln.

Meine Damen und Herren! Haider selbst hat es einmal gesagt. Was können Sie anders sein als eine Blinddarmfunktion bei der Sozialistischen Partei? Was können Sie anders sein als der Appendix dieses sozialistischen Weges? Ein Stück des Weges gehen Sie natürlich gemeinsam. Aber dann, wenn die absolute Mehrheit wieder errungen wird, haben Sie Ihre Schuldigkeit getan und können gehen. Seien Sie sich doch klar darüber, daß Sie eine Steigbügelhalterfunktion haben, meine Damen und Herren von der FPÖ! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Diese Konstellation ist nicht zuletzt auch deshalb zu bedauern, weil dadurch endgültig die Chance vertan wurde, die Bewegungen des politischen Liberalismus in diesem Land, den es in der Zweiten Republik nie gegeben hat, aber den ich mir persönlich wünsche — das sage ich in aller Offenheit —, zu organisieren und zum Ausdruck zu bringen. Es ist eine Art „veruntreuter Himmel“ — wenn ich Franz Werfel hier zitieren darf — des politischen Liberalismus in Österreich.

Meine Damen und Herren von der Soziali-

Dr. Neisser

stischen Partei! Ich habe Ihnen heute schon ein paar Mal klarzumachen versucht, wer Ihr Partner ist. Ich rufe Ihnen nur manches in Erinnerung: Ihr Partner ist jener Mann, der heute Vizekanzler ist und der Ihnen früheren Justizminister als „Staatsfeind“ bezeichnet hat. Ihr Partner ist jene Partei, deren heutiger Vizekanzler noch vor Jahren behauptet hat, beim AKH hat es eine Finanzierung SPÖ — ÖVP 2 zu 1 gegeben, und der trotz mehrfacher Befragung immer versichert, es hat Parteienfinanzierung gegeben.

Ist es für Sie sehr lustig, einen Partner zu haben, der Ihnen vorwirft, Sie haben mitgeschnitten beim großen Skandal? Es ist natürlich nicht mehr der große Skandal, wenn man die Regierungserklärung liest, dann hat man schon Nuancen, denn da ist die Rede drinnen vom AKH-Prozeß und vom WBO-Skandal, meine Damen und Herren von der Freiheitlichen Partei: Ist das eine bewußte Veränderung? AKH ist für Sie kein Skandal mehr, sondern lediglich ein Prozeß! Signifikant — signifikant! — kann ich nur sagen.

Meine Damen und Herren! Aber eine andere Frage ist auch noch in den Raum zu stellen — und da möchte ich dem widersprechen, was Klubobmann Peter heute gesagt hat —: Diese Koalition verändert natürlich nicht unwe sentlich den Stellenwert und die Funktion dieses Parlaments. Gestatten Sie mir, das aus zwei Gründen zu behaupten.

Erstens: Durch diese Regierungsbildung ist die FPÖ als Kontrollpartei abgetreten.

Meine Damen und Herren von der Freiheitlichen Partei! Sie sind des Anspruches verlustig gegangen, sich als Kontrollpartei zu etablieren. Sie haben sich immer darauf berufen. Das ist ganz groß von Ihrer Seite immer gespielt worden. Die Rolle, die Sie immer wieder mit großem Pathos vorgetragen und die Sie auch garniert haben mit ständigen Vorwürfen an großkoalitionäre Bindungen ÖVP — SPÖ, ist weg. Es gibt hier nur mehr einen Monopolanspruch der parlamentarischen Kontrolle, und der heißt Österreichische Volkspartei. (*Zustimmung bei der ÖVP*.)

Ich möchte aber noch mit einer weiteren Legende aufräumen: Daß diese neue Koalition wirklich eine neue, flexiblere Form einer Zusammenarbeit zwischen Regierungspartnern ist.

Meine Damen und Herren! Sie ist es nicht. Es ist vor allem von der sozialistischen Seite ganz klar gesagt worden, wer hier Herr im

Ring ist. Dr. Fischer hat einmal in einem Interview gesagt, die SPÖ erwarte von den freiheitlichen Abgeordneten, daß das Abstimmungsverhalten der beiden Regierungsparteien koordiniert werde.

Meine Damen und Herren! Zum Klubzwang kommt bei Ihnen der Koalitionszwang hinzu. (*Zwischenruf bei der SPÖ*.) Egal, wie das heißt, ob Sechserausschuß, Koordinationsausschuß oder Arbeitsausschuß. Das ist der verordnete starre Gleichklang der Fraktionen der Sozialistischen und der Freiheitlichen Partei in diesem Parlament.

Das ist auch nach außen hin erkannt worden. Ein bedeutender — ich würde sagen: ein sehr bekannter — Kolumnist einer sehr auflagenstarken Zeitung in diesem Land hat folgendes dazu geschrieben:

Sollte die FPÖ diese Krot tatsächlich schlucken, dann wäre ihr weiterer Weg eigentlich klar vorgezeichnet. Freiwillige Selbstauflösung und gleichzeitige Wiedergründung als eine eigene Sektion in der Sozialistischen Partei. (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP*. — *Zwischenruf des Abg. Peter*.) Nein, Herr Kollege Peter! Das läßt sich nicht abstreiten. Das wird noch oft diskutiert werden.

Mit diesem starren Koalitionssystem haben Sie natürlich wieder das Parlament zum Notar einer rot-blauen Koalition, eines rot-blauen Arbeitsausschusses gemacht, haben Sie dieses Parlament natürlich zur Abstimmungsmaschinerie degradiert.

Daß dieses Image nicht voll und ganz in der österreichischen Öffentlichkeit zum Tragen kommt, dafür werden wir sorgen. Wir werden uns bemühen, der Öffentlichkeit zu zeigen, daß dieses Parlament auch in diesem starren System eine lebendige Funktion hat. (*Beifall bei der ÖVP*.)

Gestatten Sie mir zum Abschluß noch einige wenige Worte zum Text der Regierungserklärung.

Meine Damen und Herren! Diese Regierungserklärung besteht eigentlich aus verschiedenen Bereichen. Ein Teil ist eine Erbmasse der XV. Legislaturperiode, die Sie übernommen haben. Sie haben Anliegen, die Sie in Ihrer seinerzeitigen Regierungserklärung genannt haben, nicht verwirklicht.

Ich möchte Ihnen ein paar Beispiele nennen. Thema: Grundrechtsreform.

Dr. Neisser

Damals hieß es im Jahre 1979: Die Arbeiten sollen abgeschlossen werden.

Heute, im Jahre 1983, ein bißchen vorsichtiger: Die Bundesregierung wird nach geeigneten Wegen suchen, um die Arbeiten der bisherigen Grundrechtskommission sobald wie möglich in eine konsensfähige Regierungsvorlage zu gießen und in diesem Haus einzubringen.

Weitere Erbmasse: Problem Hochschullehrendienstrecht. — Klingt technokratisch, ist es aber nicht. 4 500 Assistenten — vor allem 4 500 Assistenten — der österreichischen Universitäten sind seit Jahren verunsichert, daß es noch kein Ergebnis gegeben hat. Es ist hin- und hergeschoben worden, es ist hin- und herverhandelt worden.

Herr Wissenschaftsminister Dr. Fischer! Ich ersuche Sie — und ich glaube, Sie haben doch mehr politische Essenz zu bringen als Ihre Vorgängerin —, daß Sie sich dieses Anliegens wirklich mit aller gebotenen Dringlichkeit annehmen.

Dasselbe gilt für die Frage der Studentenheime. Auch das war seinerzeit schon in der Regierungserklärung 1979 angesprochen.

Es fällt auch auf an dieser Regierungserklärung, daß Sie viel weniger Mut zum Konkreten haben, als das im Jahre 1979 der Fall war. Wenn Sie sich beispielsweise das Kapitel Energiepolitik anschauen: Heute allgemeine Orientierungen. Wahrscheinlich eine Konsequenz dessen, daß Sie sich doch nicht so eingenommen konnten. Die Einigungsfähigkeit bei Parteien, die nicht übereinstimmen, setzt eben doch weitgehend voraus, daß man im Allgemeinen bleibt.

Meine Damen und Herren! Aber ein dritter Punkt: Man sollte bei dieser Regierungserklärung auch das nicht vergessen, was nicht drinnen steht.

Ich bedaure es sehr, Herr Wissenschaftsminister Dr. Fischer, daß kein Wort über die soziale Lage der Studenten in Österreich vorhanden ist. Ich finde es auch problematisch, daß es keine richtungsweisende Orientierung für eine neue Technologiepolitik gibt.

Herr Vizekanzler Dr. Steger! Ich habe es unlängst in einem Interview gelesen: Die Schaffung einer neuen Sektion, einer Innovationssektion. Ich warne Sie davor! Das kann nicht der Beitrag zu einer Technologiepolitik sein!

Herr Dr. Fischer! Wieder meine Bitte an Sie: Versuchen Sie, die Idee der Innovationsagentur wieder einmal politisch zu dynamisieren. Sie wissen, das ist eine Idee, die in dem seinerzeitigen Papier Mock — Kreisky drinengestanden ist. Wir sind uns eigentlich klar. Es ist nur die Frage, warum das bis heute nicht realisiert worden ist.

Ein dritter Punkt, meine Damen und Herren, der in dieser Regierungserklärung nicht erwähnt ist und der nachdenklich stimmt:

Es gibt eigentlich kein Kapitel über die Demokratie und die Demokratisierung. Ich möchte nebenbei erwähnen, daß Sie in der seinerzeitigen Regierungserklärung des Jahres 1979 einen Satz drinnen gehabt haben, der — würde ich sagen — doch staatspolitisch nicht unbedeutend war. Sie haben nämlich gesagt:

Es ist der Bundesregierung vollkommen bewußt, daß nicht nur die Gesetzgebung, sondern auch die Kontrolle der Verwaltung zu den grundlegenden Aufgaben des Nationalrates gehört. Die Bundesregierung ist gerne bereit, den Mitgliedern des Nationalrates diese Aufgabe zu erleichtern.

Meine Damen und Herren! Ich muß Ihnen ehrlich sagen: Ein solcher Satz in der heutigen Regierungserklärung wäre eine nicht unbeachtliche vertrauensbildende Maßnahme für die zukünftige parlamentarische Arbeit gewesen! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Aber was mich persönlich noch viel mehr stört: Sie hatten in der damaligen Regierungserklärung eine nicht unbedeutliche — eine auch quantitativ beachtliche — Passage über die Demokratiereform:

Der Ausbau der Instrumente der direkten Demokratie, eine Verbesserung der Strukturen der repräsentativen Demokratie.

Meine Damen und Herren! Davon ist heute überhaupt nichts zu lesen. Ich möchte auch wieder die Damen und Herren von der Freiheitlichen Partei fragen: Wäre es nicht eigentlich Ihre politische und moralische Aufgabe gewesen, für ein solches Kapitel zu sorgen? Oder: Sind Sie in der Frage des Konferenzzentrums jetzt wirklich schon abgetreten? Haben Sie abgeschaltet? — Ich verstehe schon, daß der Herr Grabher-Meyer nach dem 24. über die Donau gefahren ist und gesehen hat, wie weit Sie bereits gebaut haben, und daß er jetzt seine Meinung geändert hat.

Dr. Neisser

Aber, meine Damen und Herren: Das ist ja nicht nur ein ökonomisches Problem. Hier steht ja eine demokratiepolitische Frage im Raum, daß der erklärte politische Wille von 1 361 000 Österreichern wegewischt wurde.

Meine Damen und Herren von der Freiheitlichen Partei! Wir werden Ihnen Gelegenheit geben, zu Ihrem seinerzeitigen Antrag, den Sie ganz groß gebracht haben — der geistige Vater hieß doch Dr. Frischenschlager; das gebe ich schon zu —, wonach man unter bestimmten Voraussetzungen bei einem Volksbegehren, dem das Parlament nicht Rechnung trägt, obligat eine... (Abg. Dr. Frischenschlager: Sie waren dagegen! Sie haben abgelehnt!) Wir haben einen Antrag eingebracht, Herr Dr. Frischenschlager. Schauen Sie nach in der Registratur des Parlaments. (Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Frischenschlager.) Wir werden sehen, wie weit Sie heute sind. Das werden wir sehen, Herr Dr. Frischenschlager. (Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ. — Zwischenruf des Abg. Braun.) Was heißt „angeboten“? (Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Braun.) Ein demokratiepolitisches Paket haben wir Ihnen angeboten. (Rufe und Gegenrufe zwischen Abgeordneten der SPÖ und der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Ich wollte das nur der Vollständigkeit halber sagen. Ich glaube, es ist notwendig, zu sagen, was in dieser Regierungserklärung nicht drinnen steht.

Ich glaube — und das möchte ich zum Schluß sagen —, daß diese Regierungserklärung ein politisches Programm ist wie manche andere, in dem manches drinnen steht — das wurde von meinen Vorrednern gesagt —, was von unserer Seite auch akzeptiert werden kann, wobei immer dann die Frage ist: Wie schaut es aus, wenn sie konkretisiert werden soll?

Was sie nicht ist: Sie ist kein Signal für eine Wende in die Zukunft, sie ist keine Antwort, keine Formulierung auf die Herausforderung einer begrenzten Welt, sie ist auch kein Rahmen für eine Gesamtpolitik, die den nachfolgenden Generationen Hoffnung gibt, daß wir ihnen eine Gesellschaft vermitteln können, mit der sie sich identifizieren können und für die sie Initiativen ergreifen.

Meine Damen und Herren! Grußadressen an die jungen Menschen von heute und an die Religionsgesellschaften anlässlich des bevorstehenden Besuches des Papstes sind hier zuwenig.

Meine Damen und Herren! Es ist heute von meinem Parteibmann gesagt worden, wir werden Ihnen auch in den kommenden Jahren dort die Rolle einer konstruktiven Opposition anbieten, wo wir glauben, daß es sachlich vertretbar ist. Sie wissen, es gibt im englischen Parlament den Begriff: „Ihrer Majestät getreue Opposition.“ Die Majestät in Österreich ist das Volk. In diesem Sinne wollen wir getreue Opposition üben, indem wir uns politisch für das entscheiden, was für das Land und seine Leute und vor allem für die mehr als 2 Millionen Wähler gut ist, die uns am 24. April 1983 zum einzigen Gewinner dieser Wahl gemacht haben. (Beifall bei der ÖVP.) 16.41

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

2. Punkt: Wahl der Ständigen Ausschüsse des Nationalrates (mit Ausnahme des bereits gewählten Hauptausschusses)

Präsident: Wir gelangen nummehr zum 2. Punkt der Tagesordnung: Wahl der ständigen Ausschüsse des Nationalrates mit Ausnahme des Hauptausschusses, der bereits gewählt wurde.

Gemäß § 32 Abs. 1 der Geschäftsordnung setzt der Nationalrat die Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder jedes zu wählenden Ausschusses fest. Die Mitglieder und Ersatzmitglieder werden auf die parlamentarischen Klubs im Verhältnis der Zahl der ihnen angehörenden Abgeordneten verteilt. Die Klubs haben die auf sie entfallenden Ausschußmitglieder und Ersatzmitglieder dem Präsidenten namhaft zu machen; diese gelten damit als gewählt.

Es liegt mir der Vorschlag vor, folgende Ausschüsse einzusetzen:

- Außenpolitischer Ausschuß
- Bautenausschuß
- Familienausschuß
- Finanz- und Budgetausschuß
- Geschäftsordnungsausschuß
- Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz
- Handelsausschuß
- Immunitätsausschuß
- Ausschuß für innere Angelegenheiten
- Justizausschuß
- Landesverteidigungsausschuß
- Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft
- Rechnungshofausschuß
- Ausschuß für soziale Verwaltung

Präsident

Unterrichtsausschuß
 Unvereinbarkeitsausschuß
 Verfassungsausschuß
 Verkehrsausschuß
 Ausschuß für verstaatlichte Betriebe
 Ausschuß für wirtschaftliche Integration
 Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
 Zollausschuß

Ich lasse nun über diesen Vorschlag, welche Ausschüsse eingesetzt werden sollen, abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die diesem ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Es ist nun für die einzelnen Ausschüsse folgende Zahl von Mitgliedern und Ersatzmitgliedern vorgeschlagen, deren Aufteilung auf die Fraktionen gemäß § 30 Abs. 4 der Geschäftsordnung errechnet wurde:

Für den Rechnungshofausschuß und den Verfassungsausschuß je 29 Mitglieder und je 29 Ersatzmitglieder; davon entfallen auf die SPÖ je 14, auf die ÖVP je 13 und auf die FPÖ je 2 Mitglieder und dieselbe Zahl von Ersatzmitgliedern. Für den Geschäftsausschuß, den Immunitätsausschuß, den Unvereinbarkeitsausschuß sowie den Zollausschuß je 14 Mitglieder und je 14 Ersatzmitglieder; davon entfallen auf die SPÖ je 7, auf die ÖVP je 6 Mitglieder und auf die FPÖ je 1 Mitglied und dieselbe Zahl von Ersatzmitgliedern.

Für alle übrigen Ausschüsse werden je 20 Mitglieder und je 20 Ersatzmitglieder vorgeschlagen; davon entfallen auf die SPÖ je 10, auf die ÖVP je 9 Mitglieder und auf die FPÖ je 1 Mitglied und jeweils dieselbe Zahl von Ersatzmitgliedern.

Ich bitte jene Damen und Herrn, die den von mir mitgeteilten Vorschlägen ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig angenommen.

Die einzelnen Klubs haben die auf sie entfallenden Ausschußmitglieder und Ersatzmitglieder gemäß § 32 Abs. 1 der Geschäftsordnung dem Präsidenten namhaft zu machen. Mit dieser Bekanntgabe gelten diese Abgeordneten als Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder der einzelnen Ausschüsse gewählt.

Die Namen dieser Abgeordneten werden im Stenographischen Protokoll angeführt werden (S. 120 ff.)

Außerdem wird allen Abgeordneten eine Aufstellung über sämtliche Ausschüsse und deren Mitglieder und Ersatzmitglieder zugehen.

Der Nationalrat hat noch 13 Mitglieder und ebenso viele Ersatzmitglieder für den Ständigen gemeinsamen Ausschuß im Sinne des § 9 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948 zu wählen. Der Ausschuß besteht aus insgesamt 26 Mitgliedern, von denen 13 vom Bundesrat gewählt werden.

Im Sinne der Bestimmungen des § 9 des Finanz-Verfassungsgesetzes entfallen von den vom Nationalrat zu wählenden 13 Mitgliedern und 13 Ersatzmitgliedern je 7 auf die SPÖ und je 6 auf die ÖVP.

Es liegen mir folgende Vorschläge vor:

Von der SPÖ werden als Mitglieder folgende Abgeordnete vorgeschlagen: Egg, Dr. Gradenegger, Dr. Nowotny, Rechberger, Reicht, Teschl, Dr. Veselsky;

von der ÖVP als Mitglieder die Abgeordneten: Hofer, Dr. Keimel, Lußmann, Dr. Schwimmer, Schwarzenberger, Türtscher;

als Ersatzmitglieder von der SPÖ die Abgeordneten: Braun, Czettel, Dr. Heindl, Kuba, Mühlbacher, Pfeifer, Prechtl;

als Ersatzmitglieder von der ÖVP die Abgeordneten: Dr. Ettmayer, Dr. Kohlmaier, Dr. Neisser, Dkfm. Dr. Steidl, Vonwald, Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr.

Ich lasse über diese Vorschläge unter einem abstimmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die der Wahl der genannten Abgeordneten ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig angenommen.

Damit sind die Ausschußwahlen vollzogen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Die eingelangten Anträge weise ich zu wie folgt:

Dem Ausschuß für soziale Verwaltung:

Antrag 1/A der Abgeordneten Dipl.-Ing.

Präsident

Riegl und Genossen betreffend Sozialversicherungsänderungsgesetz 1983;

dem Verfassungsausschuß:

Antrag 2/A der Abgeordneten Wille, Peter und Genossen betreffend Bundeshaushaltsgesetz;

Antrag 3/A der Abgeordneten Wille, Peter und Genossen betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 hinsichtlich haushaltsrechtlicher Bestimmungen geändert wird.

Die Staatsanwaltschaft Klagenfurt hat angefragt, ob seitens des Nationalrates gemäß § 117 Abs. 1 Strafgesetzbuch die Ermächtigung zur Strafverfolgung des Herrn Humbert Fink wegen des Tatbestandes der übeln Nachrede nach § 111 Abs. 1 und 2 Strafgesetzbuch erteilt wird. Ich werde diese Anfrage gemäß § 80 Abs. 1 der Geschäftsordnung dem Immunitätsausschuß zuweisen.

Dem Finanz- und Budgetausschuß weise ich die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebene Regierungsvorlage, Bundesgesetz, mit dem das Steueramnestiegesetz geändert wird (2 der Beilagen), zu.

Ferner weise ich die eingelangten Berichte folgenden Ausschüssen zu:

Dem Verfassungsausschuß:

Fünfter Bericht der Volksanwaltschaft (1. Jänner bis 31. Dezember 1981) (III-1 der Beilagen);

dem Finanz- und Budgetausschuß:

Bericht der Bundesregierung gemäß §§ 10 Abs. 3 und 11 Abs. 2 des ERP-Fonds-Gesetzes, BGBl. Nr. 207/1962, betreffend das Jahresprogramm, die Grundsätze und Zinssätze für das Wirtschaftsjahr 1983/84 des ERP-Fonds (III-2 der Beilagen);

dem Ausschuß für Wissenschaft und Forschung:

Bericht 1982 der Bundesregierung gemäß § 8 des Forschungsorganisationsgesetzes, BGBl. Nr. 341/1981 (III-3 der Beilagen).

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung der Selbständige Antrag 4/A eingebracht wurde.

Ferner sind die Anfragen 1/J bis 3/J eingelangt.

Die nächste Sitzung des Nationalrates, die für Mittwoch, den 15. Juni 1983, in Aussicht genommen ist, wird durch schriftliche Benachrichtigung einberufen werden.

Bevor ich die Sitzung schließe, gebe ich bekannt, daß die Konstituierung der Ausschüsse heute um 16 Uhr 55 beginnen wird.

Der genaue Terminplan für die Konstituierenden Sitzungen der Ausschüsse ist bereits allen Abgeordneten im Wege der Klubs zugegangen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 16 Uhr 50 Minuten

Berichtigung

1. Sitzung, 19. Mai 1983:

Auf Seite 4 linke Spalte elfte Zeile von unten soll es statt „Rabl-Stadler Helga“ richtig „Rabl-Stadler Helga, Dr.“ heißen.

Verzeichnis der Ausschußmitglieder und Ersatzmitglieder laut den von den Klubs eingereichten Listen

Außenpolitischer Ausschuß

Mitglieder: Dr. Hilde Hawlicek, DDr. Hesele, Hochmair, Dr. Jankowitsch, Marsch, Ing. Nedwed, Dr. Jolanda Offenbeck, Prechtl, Dr. Reinhart, Windsteig (SPÖ);

Dr. Blenk, Dr. Ermacora, Dr. Ettmayer, Fachleutner, Ing. Helbich, Mag. Dr. Höchtl, Dr. Khol, Steinbauer, Dipl.-Vw. Dr. Steiner (ÖVP);

Peter (FPÖ).

Ersatzmitglieder: Cap, Dr. Gradschnik, Arnold Grabner, Höll, Konecny, Kottek, Pfeifer, Schemer, Teschl, Dr. Veselsky (SPÖ);

Bergmann, Deutschmann, Dkfm. Gorton, Graf, Dr. Marga Hubinek, Dkfm. DDr. König, Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Ottlie Rochus, Dr. Taus (ÖVP);

Probst (FPÖ).

Bautenausschuß

Mitglieder: Dietrich, Dr. Fertl, Hesoun, Parnigoni, Dr. Preiss, Remplbauer, Schemer, Strache, Dipl.-Vw. Tieber, Weinberger (SPÖ);

Gurtner, Ing. Helbich, Hofer, Dkfm. Dr. Keimel, Kraft, Lußmann, Schwarzenberger, Dr. Schwimmer, Vetter (ÖVP);

Eigruber (FPÖ).

Ersatzmitglieder: Elmecker, Fauland, Dipl.-Ing. Heinz Grabner, Hofmann, Kräutl, Neuwirth, Adelheid Praher, Reicht, Ing. Tychtl, Veleta (SPÖ);

Burgstaller, Deutschmann, Dipl.-Ing. Flicker, Frodl, Huber, Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Dkfm. Löffler, Karas, Wimmersberger (ÖVP);

Probst (FPÖ).

Familienausschuß

Mitglieder: Egg, Franziska Fast, Dr. Hilde Hawlicek, Ing. Hobl, Matzenauer, Adelheid Praher, Dr. Rieder, Schober, Gabrielle Traxler, Ella Zipser (SPÖ);

Bayr, Dr. Hafner, Dr. Maria Hosp, Dr. Marga Hubinek, Dr. Kohlmaier, Dr. Lanner, Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Dkfm. Dr. Stummvoll, Vonwald (ÖVP);

Dr. Haider (FPÖ).

Ersatzmitglieder: Edith Dobesberger, Dr. Helga Hieden, Hochmair, Dr. Kapaun, Kokail, Mühlbacher, Pfeifer, Dr. Reinhart, Remplbauer, Veleta (SPÖ);

Dr. Blenk, Karas, Pischl, Dipl.-Ing. Maria Elisabeth Möst, Ottlie Rochus, Maria Stangl, Staudinger, Vetter, Helga Wieser (ÖVP);

Mag. Kabas (FPÖ).

Finanz- und Budgetausschuß

Mitglieder: Braun, Czettel, Dr. Heindl, Kuba, Mühlbacher, Dr. Nowotny, Pfeifer, Prechtl, Teschl, Dr. Veselsky (SPÖ);

Dr. Feurstein, Hietl, Dkfm. Dr. Keimel, Dkfm. DDr. König, Koppensteiner, Dipl.-Ing. Riegler, Dr. Schüssel, Dkfm. Dr. Steidl, Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (ÖVP);

Grabher-Meyer (FPÖ).

Ersatzmitglieder: Elmecker, Hesoun, Rechberger, Reicht, Remplbauer, Dr. Stippel, Tirnthal, Gabrielle Traxler, Veleta, Heidelore Wörndl (SPÖ);

Bayr, Dipl.-Ing. Flicker, Dipl.-Ing. Fuchs, Graf, Dr. Hafner, Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Dkfm. Löffler, Dr. Taus, Helga Wieser (ÖVP);

Dipl.-Vw. Josseck (FPÖ).

Geschäftsordnungsausschuß

Mitglieder: Wanda Brunner, Dr. Hilde Hawlicek, Dr. Kapaun, Matzenauer, Dr. Reinhart, Dr. Seel, Dr. Stippel (SPÖ);

Bergmann, Deutschmann, Frodl, Ing. Gassner, Huber, Dr. Paulitsch (ÖVP);

Peter (FPÖ).

Ersatzmitglieder: DDr. Gmoser, Dr. Gradschnik, DDr. Hesele, Dr. Nowotny, Dr. Jolanda Offenbeck, Dr. Preiss, Windsteig (SPÖ);

Burgstaller, Gurtner, Heinzinger, Dr. Lichal, Dkfm. Löffler, Dr. Neisser (ÖVP);

Dipl.-Vw. Dr. Stix (FPÖ).

Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz

Mitglieder: Wanda Brunner, Gärtner, Hochmair, Dipl.-Ing. Dr. Keppelmüller, Kokail, Ing. Nedwed, Ruhaltinger, Samwald, Ingrid Smejkal, Tonn (SPÖ);

Dr. Hafner, Heinzinger, Dr. Marga Hubinek, Manndorff, Dipl.-Ing. Maria Elisabeth Möst, Dr. Puntigam, Dkfm. Dr. Stummvoll, Westreicher, Helga Wieser (ÖVP);

Probst (FPÖ).

Ersatzmitglieder: Brennsteiner, Cap, Franziska Fast, Heigl, Kottek, Kräutl, Dr. Preiss, Resch, Helmuth Stocker, Helmut Wolf (SPÖ);

Brandstätter, Karas, Keller, Dr. Lanner, Dr. Schwimmer, Maria Stangl, Dkfm. Dr. Steidl, Ingrid Tichy-Schreder, Vetter (ÖVP);

Dr. Haider (FPÖ).

Handelsausschuß

Mitglieder: Edith Dobesberger, Egg, Dr. Heindl, Höll, Köck, Mühlbacher, Resch, Strache, Teschl, Heidelore Wörndl (SPÖ);

Ing. Dittrich, Ing. Gassner, Dkfm. Löffler, Dipl.-Ing. Riegler, Ing. Sallinger, Staudinger, Dipl.-Vw. Dr. Steiner, Westreicher, Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (ÖVP);

Grabher-Meyer (FPÖ).

Ersatzmitglieder: Franziska Fast, Dipl.-Ing. Heinz Grabner, Ing. Hobl, Kokail, Modl, Neuwirth, Peck, Schober, Tirnthal, Dr. Veselsky (SPÖ);

Bayr, Dipl.-Ing. Fuchs, Graf, Hietl, Landgraf, Lußmann, Neumann, Franz Stocker, Ingrid Tichy-Schreder (ÖVP);

Eigruber (FPÖ).

Immunitätsausschuß

Mitglieder: DDr. Gmoser, Arnold Grab-

ner, Heigl, Hochmair, Marsch, Neuwirth, Pöder (SPÖ);

Auer, Frodl, Ing. Gassner, Dr. Neisser, Dr. Paulitsch, Dr. Schüssel (ÖVP);

Dipl.-Vw. Dr. Stix (FPÖ).

Ersatzmitglieder: Braun, Dr. Gradenegger, Hofmann, Modl, Peck, Helmuth Stocker, Helmut Wolf (SPÖ);

Hietl, Keller, Dr. Lichal, Dr. Helga Rabl-Stadler, Mag. Schäffer, Johann Wolf (ÖVP);

Dr. Haider (FPÖ).

Ausschuß für innere Angelegenheiten

Mitglieder: Braun, Elmecker, Fister, DDr. Gmoser, Ing. Hobl, Dipl.-Ing. Dr. Keppelmüller, Köck, Neuwirth, Dr. Schranz, Ingrid Smejkal (SPÖ);

Bergsmann, Dr. Ermacora, Dr. Maria Hosp, Kraft, Landgraf, Dr. Lichal, Pischl, Maria Stangl, Westreicher (ÖVP);

Dr. Helene Partik-Pablé (FPÖ).

Ersatzmitglieder: Dipl.-Ing. Heinz Grabner, Dr. Gradišnik, Dr. Helga Hieden, Konecny, Dr. Lenzi, Ing. Nedwed, Parnigoni, Pöder, Ing. Ressel, Helmuth Stocker (SPÖ);

Auer, Dkfm. Gorton, Lußmann, Manndorff, Neumann, Dr. Paulitsch, Mag. Schäffer, Franz Stocker, Vonwald (ÖVP);

Mag. Kabas (FPÖ).

Justizausschuß

Mitglieder: Dietrich, Edith Dobesberger, Dr. Fertl, Dr. Gradišnik, Dr. Helga Hieden, Dr. Kapaun, Dipl.-Ing. Dr. Keppelmüller, Dr. Jolanda Offenbeck, Dr. Reinhart, Dr. Rieder (SPÖ);

Dr. Ettmayer, Dr. Graff, Dr. Lichal, Manndorff, Dr. Neisser, Dr. Paulitsch, Dr. Helga Rabl-Stadler, Ottolie Rochus, Türtscher (ÖVP);

Mag. Kabas (FPÖ).

Ersatzmitglieder: Dr. Heindl, Dr. Jankowitsch, Kuba, Matzenauer, Dr. Nowotny, Peck, Dr. Preiss, Dr. Schranz, Ingrid Smejkal, Dr. Stippel (SPÖ);

Bergmann, Dr. Blenk, Dr. Ermacora, Dr. Marga Hubinek, Dr. Khol, Dr. Kohlmaier, Dkfm. DDr. König, Dr. Puntigam, Helga Wieser (ÖVP);

Dr. Haider (FPÖ).

Landesverteidigungsausschuß

Mitglieder: Wanda Brunner, Fister, Arnold Grabner, Heigl, Hofmann, Kuba, Dr. Preiss, Ing. Ressel, Roppert, Ing. Tychtl (SPÖ);

Dr. Ermacora, Koppensteiner, Kraft, Lafer, Landgraf, Dkfm. Löffler, Mag. Schäffer, Dipl.-Vw. Dr. Steiner, Türtscher (ÖVP);

Dipl.-Vw. Josseck (FPÖ).

Ersatzmitglieder: Egg, Dr. Fertl, Höll, Dr. Jankowitsch, Kottek, Parnigoni, Pöder, Samwald, Dipl.-Vw. Tieber, Helmut Wolf (SPÖ);

Bergsmann, Burgstaller, Dkfm. Gorton, Gurtner, Dr. Maria Hosp, Keller, Dr. Neisser, Dr. Puntigam, Vonwald (ÖVP);

Peter (FPÖ).

Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft

Mitglieder: Gärtner, Hofmann, Parnigoni, Peck, Pfeifer, Remlbauer, Schober, Weinberger, Windsteig, Helmut Wolf (SPÖ);

Ing. Derfler, Deutschmann, Fachleutner, Dkfm. Gorton, Huber, Keller, Dipl.-Ing. Riegler, Ingrid Tichy-Schreder, Helga Wieser (ÖVP);

Hintermayer (FPÖ).

Ersatzmitglieder: Brennsteiner, Wanda Brunner, Arnold Grabner, Höll, Kuba, Neuwirth, Dr. Preiss, Reicht, Steinhuber, Ing. Tychtl (SPÖ);

Brandstätter, Gurtner, Hofer, Lafer, Dkfm. Löffler, Ottilie Rochus, Dr. Taus, Wimmersberger, Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (ÖVP);

Dr. Haider (FPÖ).

Rechnungshofausschuß

Mitglieder: Fauland, Gossi, Dipl.-Ing.

Heinz Grabner, Dr. Gradenegger, DDr. Hesele, Hofmann, Dr. Kapaun, Kottek, Dr. Nowotny, Pöder, Rechberger, Resch, Ing. Ressel, Veleta (SPÖ);

Auer, Bergmann, Burgstaller, Dr. Feurstein, Dipl.-Ing. Flicker, Dipl.-Ing. Fuchs, Dkfm. Gorton, Heinzinger, Mag. Dr. Höchtl, Dkfm. DDr. König, Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Schwarzenberger, Steinbauer (ÖVP);

Dipl.-Vw. Josseck, Hintermayer (FPÖ).

Ersatzmitglieder: Wanda Brunner, Czettel, Dr. Fertl, Hesoun, Dipl.-Ing. Dr. Kepplmüller, Köck, Adelheid Praher, Prechtl, Dr. Rieder, Roppert, Steinhuber, Dipl.-Vw. Tieber, Gabrielle Traxler, Heidelore Wörndl (SPÖ);

Brandstätter, Dr. Ermacora, Dr. Ettmayer, Fachleutner, Karas, Koppensteiner, Kraft, Dr. Neisser, Neumann, Pischl, Dr. Schüssel, Franz Stocker, Wimmersberger (ÖVP);

Dr. Helene Partik-Pablé, Dr. Haider (FPÖ).

Ausschuß für soziale Verwaltung

Mitglieder: Egg, Franziska Fast, Hesoun, Kokail, Kräutl, Rechberger, Dr. Reinhardt, Dr. Schranz, Tirnthal, Gabrielle Traxler (SPÖ);

Dr. Feurstein, Dipl.-Ing. Flicker, Dr. Häfner, Dr. Kohlmaier, Dr. Puntigam, Dr. Schwimmer, Maria Stangl, Dkfm. Dr. Stummvoll, Ingrid Tichy-Schreder (ÖVP);

Dr. Helene Partik-Pablé (FPÖ).

Ersatzmitglieder: Gärtner, Gossi, Arnold Grabner, Dr. Helga Hieden, Köck, Modl, Adelheid Praher, Ruhaltinger, Ingrid Smejkal, Helmuth Stocker (SPÖ);

Brandstätter, Dr. Marga Hubinek, Keller, Pischl, Schuster, Schwarzenberger, Staudinger, Steinhuber, Vetter (ÖVP);

Hintermayer (FPÖ).

Unterrichtsausschuß

Mitglieder: Brennsteiner, Edith Dobesberger, Gärtner, Arnold Grabner, Dr. Hilde Hawlicek, Matzenauer, Ing. Nedwed, Adelheid Praher, Dr. Seel, Dr. Stippel (SPÖ);

Bayr, Mag. Dr. Höchtl, Karas, Dipl.-Ing. Dr.

Leitner, Pischl, Ottolie Rochus, Mag. Schäffer, Dr. Schüssel, Johann Wolf (ÖVP);

Peter (FPÖ).

Ersatzmitglieder: Braun, Cap, Fister, Gossi, Dr. Helga Hieden, Konecny, Dr. Nowotny, Dr. Jolanda Offenbeck, Rempelbauer, Ella Zipser (SPÖ);

Dr. Ettmayer, Dr. Feurstein, Dr. Khol, Lafer, Lußmann, Dipl.-Ing. Maria Elisabeth Möst, Maria Stangl, Dkfm. Dr. Steidl, Steinbauer (ÖVP);

Probst (FPÖ).

Unvereinbarkeitsausschuß

Mitglieder: Dr. Fertl, Konecny, Dr. Lenzi, Dr. Rieder, Roppert, Tonn, Weinberger (SPÖ);

Dr. Ermacora, Ing. Gassner, Graf, Dr. Lanner, Dr. Lichal, Dkfm. Dr. Steidl (ÖVP);

Dipl.-Vw. Dr. Stix (FPÖ).

Ersatzmitglieder: Peck, Ruhaltlinger, Schober, Dr. Schranz, Ingrid Smejkal, Teschl, Heidelore Wörndl (SPÖ);

Huber, Landgraf, Mag. Schäffer, Vonwald, Helga Wieser, Johann Wolf (ÖVP);

Dr. Helene Partik-Pablé (FPÖ).

Verfassungsausschuß

Mitglieder: Elmecker, Dr. Gradenegger, Dr. Gradschnik, DDr. Hesele, Ing. Hobl, Hochmair, Dr. Jankowitsch, Dr. Kapaun, Konecny, Pöder, Dr. Schranz, Dr. Stippel, Dr. Veselsky, Ella Zipser (SPÖ);

Dr. Blenk, Brandstätter, Dr. Ermacora, Dipl.-Ing. Flicker, Dr. Graff, Dr. Khol, Dr. Kohlmaier, Dr. Lichal, Dr. Neisser, Dr. Helga Rabl-Stadler, Dr. Schüssel, Schuster, Vonwald (ÖVP);

Mag. Kabas, Dr. Haider (FPÖ).

Ersatzmitglieder: Cap, Edith Dobesberger, DDr. Gmoser, Dr. Lenzi, Marsch, Matzenauer, Ing. Nedwed, Prechtl, Dr. Reinhart, Dr. Rieder, Dr. Seel, Gabrielle Traxler, Wille, Windsteig (SPÖ);

Auer, Bergmann, Dr. Ettmayer, Fachleutner, Hofer, Dr. Maria Hosp, Manndorff, Neumann, Dr. Paulitsch, Staudinger, Steinbauer, Dr. Taus, Johann Wolf (ÖVP);

Dr. Helene Partik-Pablé, Dipl.-Vw. Josseck (FPÖ).

Verkehrsausschuß

Mitglieder: Brennsteiner, Ing. Hobl, Kuba, Dr. Lenzi, Prechtl, Reicht, Roppert, Schemer, Helmuth Stocker, Helmut Wolf (SPÖ);

Bergsmann, Frodl, Dkfm. Gorton, Hietl, Dkfm. Dr. Keimel, Keller, Dkfm. DDr. König, Landgraf, Neumann (ÖVP);

Peter (FPÖ).

Ersatzmitglieder: Dietrich, Gossi, Dr. Gradenegger, Dipl.-Ing. Dr. Keppelmüller, Ing. Nedwed, Resch, Samwald, Steinhuber, Strache, Windsteig (SPÖ);

Deutschmann, Hofer, Kraft, Dr. Lanner, Pischl, Schwarzenberger, Vetter, Westreicher, Wimmersberger (ÖVP);

Hintermayer (FPÖ).

Ausschuß für verstaatlichte Betriebe

Mitglieder: Fauland, Kokail, Modl, Rechberger, Resch, Ruhaltlinger, Samwald, Steinhuber, Tirnthal, Ing. Tychtl (SPÖ);

Brandstätter, Burgstaller, Dipl.-Ing. Fuchs, Dkfm. Gorton, Gurtner, Heinzinger, Kraft, Neumann, Wimmersberger (ÖVP);

Dipl.-Vw. Josseck (FPÖ).

Ersatzmitglieder: Franziska Fast, Heigl, Köck, Kottek, Prechtl, Reicht, Teschl, Dipl.-Vw. Tieber, Dr. Veselsky, Wille (SPÖ);

Dr. Ettmayer, Ing. Gassner, Dkfm. Dr. Keimel, Lafer, Manndorff, Schuster, Franz Stokker, Dkfm. Dr. Stummvoll, Dr. Taus (ÖVP);

Peter (FPÖ).

Ausschuß für wirtschaftliche Integration

Mitglieder: Czettel, Gossi, Heigl, Pfei-

fer, Ing. Ressel, Teschl, Dipl.-Vw. Tieber, Gabrielle Traxler, Veleta, Weinberger (SPÖ);

Brandstätter, Fachleutner, Dkfm. Gorton, Huber, Dr. Lanner, Franz Stocker, Ingrid Tichy-Schreder, Westreicher, Wimmersberger (ÖVP);

Eigruber (FPÖ).

Ersatzmitglieder: Dietrich, Fauland, Dr. Heindl, Dr. Jankowitsch, Kräutl, Marsch, Mühlbacher, Adelheid Praher, Tonn, Heidlore Wörndl (SPÖ);

Dr. Feurstein, Dipl.-Ing. Fuchs, Gurtner, Ing. Helbich, Mag. Dr. Höchtl, Lafer, Dkfm. Dr. Steidl, Dipl.-Vw. Dr. Steiner, Helga Wieser (ÖVP);

Hintermayer (FPÖ).

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung

Mitglieder: Cap, DDr. Gmoser, Dr. Hilde Hawlicek, Dr. Helga Hieden, Kottek, Matzenauer, Dr. Nowotny, Dr. Preiss, Dr. Seel, Dr. Stippel (SPÖ);

Dr. Blenk, Dr. Ermacora, Dr. Ettmayer, Mag. Dr. Höchtl, Manndorff, Dipl.-Ing. Maria Elisabeth Möst, Dr. Neisser, Dr. Schüssel, Schuster (ÖVP);

Dipl.-Vw. Dr. Stix (FPÖ).

Ersatzmitglieder: Elmecker, Gärtner, Dr. Gradenegger, Dr. Jankowitsch, Dr. Jolanda Offenbeck, Dr. Reinhart, Dr. Rieder, Wille, Windsteig, Ella Zipser (SPÖ);

Bergmann, Ing. Dittrich, Dipl.-Ing. Flicker, Karas, Dr. Khol, Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Dkfm. Löffler, Mag. Schäffer, Steinbauer (ÖVP);

Mag. Kabas (FPÖ).

Zollausschuß

Mitglieder: Dietrich, Gossi, Dipl.-Ing. Heinz Grabner, Höll, Dr. Lenzi, Modl, Reicht (SPÖ);

Dkfm. Gorton, Hietl, Koppensteiner, Lafer, Dkfm. Dr. Steidl, Johann Wolf (ÖVP); Eigruber (FPÖ).

Ersatzmitglieder: Fister, Gärtner, DDr. Hesele, Hochmair, Hofmann, Parnigoni, Schemer (SPÖ);

Burgstaller, Ing. Helbich, Lußmann, Ottilie Rochus, Dipl.-Vw. Dr. Steiner, Türtscher (ÖVP);

Probst (FPÖ).